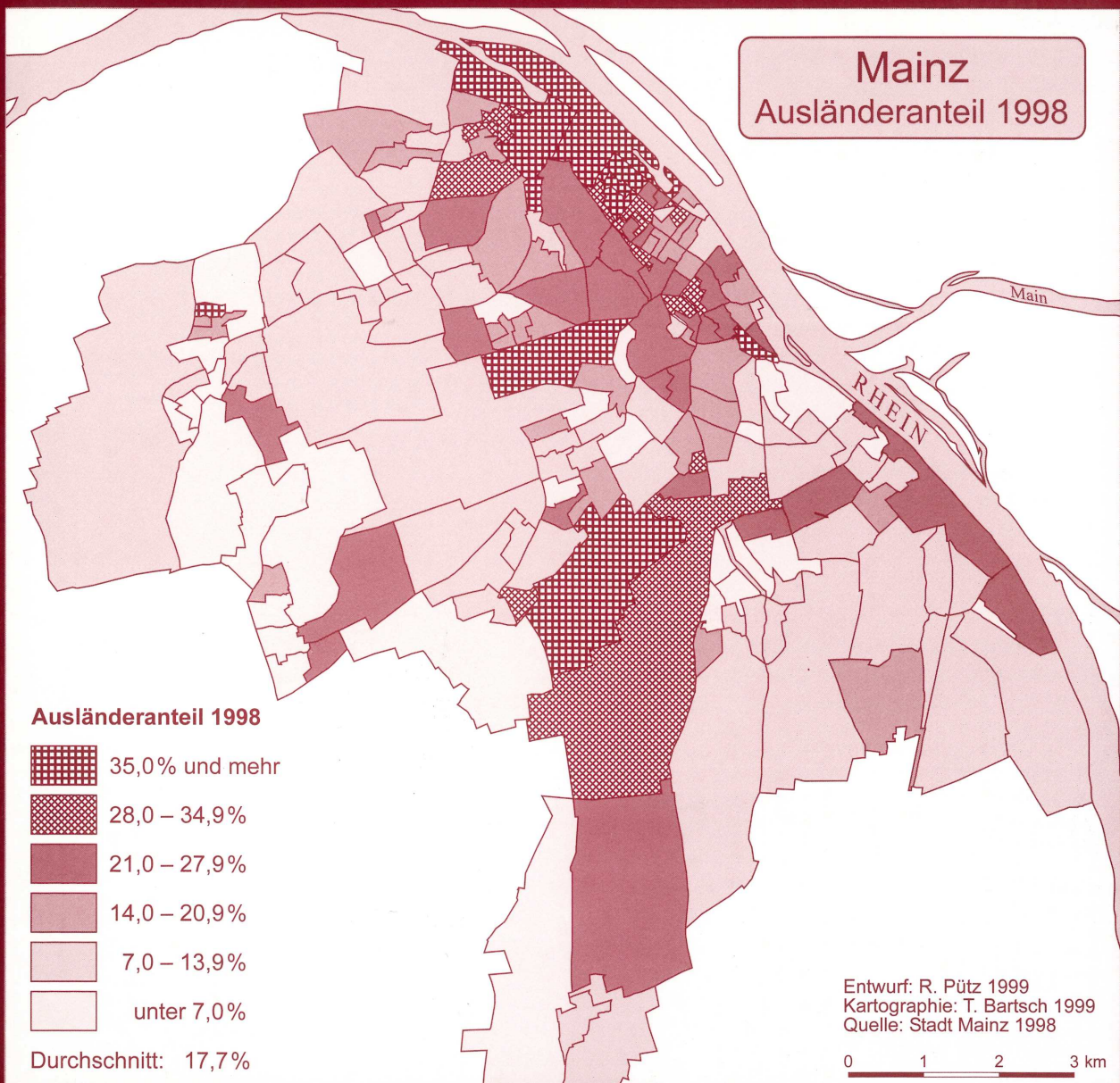


Ausländer in Deutschland

Probleme einer transkulturellen Gesellschaft aus geographischer Sicht

Herausgegeben von Anton Escher



Inhalt

Vorwort	VII-VIII
<i>Frank Esser</i> Ausländer in der deutschen Presse – Medienimage und Medienwirkung im Langzeitvergleich	1
<i>Werner Nell</i> Multikulturelle oder transkulturelle Gesellschaft?	9
<i>Franz Hamburger</i> Migration und Migrationspolitik in Deutschland	19
<i>Robert Pütz</i> Von der Nische zum Markt? Türkische Einzelhändler im Rhein-Main-Gebiet	27
<i>Heike Roggenthin</i> Die Lebenssituation marokkanischer Studierender im Rhein-Main-Gebiet	41
<i>Hans-Joachim Büchner</i> Die marokkanische Moschee in Dietzenbach im kommunalpolitischen Streit Ein Beitrag zur geographischen Konfliktforschung	53
<i>Paul Gans</i> Ausländer in Deutschland: Bevölkerungsstruktur und Erklärungsansätze zur regionalen Verteilung	69
<i>Bodo Freund</i> Hochqualifizierte Migranten im Rhein-Main-Gebiet	85
<i>Wolfgang Riedel</i> Die ethnischen Minderheiten im Vereinigten Königreich (UK)	99
<i>Eberhard Kroß</i> Theorie und Praxis der „Interkulturellen Erziehung“ im Geographieunterricht	107
<i>Jochen Barth</i> Ein „Interkulturelles Projekt“ im Geographieunterricht: „Wanderungsgeschichten aus Bingen“ Schülerinnen erkunden die Lebensgeschichte von Migranten am Schulort	119

Vorwort

In der Bundesrepublik Deutschland lebten Ende 1998 7,32 Millionen Ausländer, dies bedeutet, dass 8,9 % unserer Bevölkerung sich aus Mitbürgern zusammensetzt, die zwar mit uns leben, mit uns arbeiten und somit mit uns einen gemeinsamen Alltag gestalten, aber nicht über einen deutschen Pass verfügen. Mit dieser Information ist die immerwährende Behauptung, dass Deutschland kein Einwanderungsland sei, widerlegt. Die Bundesrepublik benötigt Migranten wenn sie ihren ökonomischen Status quo in der Gemeinschaft der Welt erhalten will. Wie bereits zu Beginn der 60er Jahre, trotz bestehender Arbeitslosigkeit – die in der Regel nicht thematisiert wurde – werden auch heute wieder ganz gezielt Migranten zugelassen, welche die deutsche Wirtschaft dringend benötigt.

Die Existenz von Menschen, die einer anderen, uns fremden Kultur angehören und diese Kultur auch in Deutschland leben, gestaltet sich in der Nachkriegszeit seit der massiven Anwerbung von Arbeitern aus anderen Ländern als erheblich mit Problemen belastet. Auf der einen Seite benötigt die ökonomische Entwicklung in unserer Gesellschaft einen zusätzlichen Input an spezifisch qualifizierten Menschen, auf der anderen Seite scheint unsere Gesellschaft Schwierigkeiten zu haben, diese Menschen als gleichberechtigt zu akzeptieren. Nicht erst seit den verabscheuungswürdigen Ereignissen zu Beginn der 90er Jahre ist die Ausländerproblematik ein politisches Thema. „Asyl“ und/oder „Einwanderung“ sind Schlagworte, die nicht nur an den Stammtischen unserer Republik zu lautstarken Auseinandersetzungen führen. Insbesondere seit der Wiedervereinigung schaukelt sich die Diskussion über ausländische Mitbürger und der Umgang mit ausländischen Mitbürgern in jeder Dimension auf. Inzwischen sehen wir uns in Deutschland mit Verhältnissen konfrontiert, auf die bereits fremdsprachige Reiseführer reagieren: In vielen derartigen Veröffentlichungen werden Regionen Deutschlands namentlich benannt, die der fremde Tourist besser nicht aufsucht, wenn er äußerlich als Nicht-Deutscher erkennbar ist.

Für ein zukünftiges Leben auf unserem Planeten sollten wir in christlich-abendländischer Tradition, in der wir verhaftet sind und die wir säkular rekonstruierend bejahen, davon ausgehen, dass wir ein friedliches Zusammenleben auf der Erde anstreben und dies auf der Basis der gegenseitigen Anerkennung aller Menschen und in gegenseitiger Bestätigung unseres Menschseins und unserer Fähigkeiten erreichen.

Dabei haben wir zu erinnern, dass Anerkennung nicht nur Höflichkeit ist, sondern wie sich R. TAYLOR ausdrückt, dass Streben nach Anerkennung das menschliche Grundbedürfnis schlechthin ist. M. Buber formuliert, dass die Grundlage menschlichen Zusammenlebens eine zweifache und doch eine einzige ist: der Wunsch jedes Menschen, von den anderen als das bestätigt zu werden, was er ist, oder sogar als das, was er werden kann, und die angeborene Fähigkeit der Menschen, seine Mitmenschen in dieser Weise zu bestätigen. Dabei geht es nicht nur darum, fremde Menschen nur zu tolerieren und für die eigene Wohlfahrt in Wert zu setzen. Bereits der Altmeister deutscher Geistesgeschichte J. W. GOETHE schrieb: „Toleranz sollte eigentlich nur eine vorübergehende Gesinnung sein: Sie muss zur Anerkennung führen, dulden heißt beleidigen.“

Dies bedeutet in der derzeitigen Situation in Deutschland, dass Aufklärung und Erziehung notwendig ist. Es ist aufzuklären über die alltägliche Situation der ausländischen Mitbürger in unserer Gesellschaft, aufzuklären über unser eigenes Verhalten gegenüber unseren ausländischen Mitbürgern und aufzuklären über den globalen Kontext von Migration.

Mit der vorliegenden Publikation versuchen wir in Form von elf theoretischen, empirischen und didaktischen Aufsätzen zum Thema „Ausländer in Deutschland“ einen Beitrag zur Aufklärung über die Problematik ausländischer Mitbürger zu leisten und Hilfen für Lehrende und Erziehende zu geben.

Der Beitrag von FRANK ESSER problematisiert die Wahrnehmung von Ausländern durch die Massenmedien, die als Instrument der politischen Manipulation und als Ursache der Zunahme von Gewalttaten auch gegen Ausländer in Deutschland thematisiert werden. Dabei kommt auch die gewaltfördernde Wirkung von Medien zur Sprache, die sich dann wieder in Aggression gegen Migranten ausdrückt. WERNER NELL setzt sich mit dem Konzept der Multikulturellen Gesellschaft auseinander und kommt dabei u. a. zu der Aussage, dass der Diskurs über die Multikulturelle Gesellschaft eher als Ersatzdiskussionsschauplatz interpretiert werden muss, der für verdrängte Probleme steht und dass dabei die Fragwürdigkeit kultureller Muster zu Tage tritt. Er schlägt als konstruktive Alternative das Konzept einer Transkulturellen Gesellschaft vor. Dieses Konzept respektiert die Vielfalt und Komplexität von Lebenszusammenhängen und Identitätsvorstellungen sowie die Prozesse weltweiter Migration und

sozialen Wandels. Er postuliert ein Recht auf Kultur, das allerdings in seinen Erwartungen und Orientierungen als Privatsache angesehen werden sollte. Interkulturalität bedeutet, den Menschen nicht auf eine Rolle festzulegen, sondern jedem Individuum jederzeit viele Rollen zuzugestehen. Danach breitet FRANZ HAMBURGER die unterschiedlichen Typen, Motivationen und Ursachen der weltweiten Migration aus. Auf dieser Basis analysiert er die deutsche Ausländerpolitik und fordert eine gezielte Gestaltung von Einwanderung sowie eine Politik im transnationalen Raum, die in Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg bislang nie betrieben wurden. Die folgenden drei Abhandlungen beschäftigen sich aus verschiedenen Perspektiven mit der Lebenswelt und dem Alltag verschiedener Migrantengruppen. ROBERT PÜTZ beschreibt die dynamische Entwicklung der türkischen Selbständigen in Deutschland und schildert Erklärungsansätze zum unternehmerischen Handeln von Ausländern. Dabei hebt er auf die Probleme des Marktzutritts, die Arbeitsmarktbedingungen und spezifische Gruppenressourcen ab. Ebenso schildert er die Ziele und Handlungsstrategien ausländischer Selbständiger. Danach berichtet HEIKE ROGGENTHIN über die Situation ausländischer Studierender am Beispiel der Marokkaner im Rhein-Main-Gebiet. Sie skizziert die äußerst großen Probleme und vielen Hürden marokkanischer Studierwilliger, einen Weg in die deutsche Universität zu finden. Abschließend fasst sie die Ergebnisse ihrer Untersuchungen in drei kategorialen Typen zusammen, die die mögliche Bandbreite der Lebenssituationen marokkanischer Studierender zwischen den Kulturen Deutschlands und Marokkos repräsentieren. HANS-JOACHIM BÜCHNER schildert die Probleme einer marokkanischen Kolonie bei der Standortsuche für ihr Kulturzentrum mit Moschee. In differenzierter Weise zeichnet der Autor die einzelnen Planungsschritte und die damit einhergehenden sozialen Konflikte in Dietzenbach, einem Vorort Frankfurts, nach. Nach diesen mehr auf die Alltagswelt der ausländischen Mitbürger bezogenen Ausführungen, versucht PAUL GANS Erklärungsansätze zur regionalen Verbreitung der ausländischen Bevölkerung in den deutschen Großstädten für die Jahre 1980 bis 1994 zu finden. Er diskutiert die regionale Differenzierung der Ausländer, schildert die Wanderungssalden in der Bundesrepublik und deckt den Zusammenhang von ausländischer Bevölkerungsballung und regionaler Wirtschaftsstruktur auf. Danach stellt BODO FREUND eine in der Regel nicht beachtete Gruppe von ausländischen Gastarbeitern in Deutschland vor. Er be-

schäftigt sich mit hochqualifizierten Migranten im Rhein-Main-Gebiet und entdeckt dabei eine Population, die er als „erwachsen, jung, ungebunden und mobil“ bezeichnet. Damit die Diskussion um fremde Menschen in Deutschland eine zusätzliche Perspektive erfährt, wagt WOLFGANG RIEDEL einen Blick über die Grenzen ins Vereinigte Königreich. Er gibt einen historischen Abriss über Gesetzgebung und Rassismus nach 1948 und führt über die ethnischen Gemeinschaften und die Reproduktion der Ethnisierung aus. Das englische Beispiel – so formuliert er – zeigt, dass die Auffassung, Rassismus und Diskriminierung seien unerwünschte Verhaltensweisen, die mit Gesetz und Reglement in den Griff zu bekommen seien, erheblich zu kurz greift. Diese Erkenntnis, so meine ich, gilt auch für die Bundesrepublik Deutschland. Sie macht uns deutlich, dass der kulturelle Hintergrund und die Referenzmuster, auf die sich Rassismus und Diskriminierung beziehen, hier eine erhebliche Rolle spielen. Die Beeinflussung des Hintergrundes und der Muster durch Aufklärung und Erziehung ist gefordert! EBERHARD KROSS versucht in seiner Abhandlung „Theorie und Praxis der interkulturellen Erziehung im Geographieunterricht“ diese Forderung einzulösen. Er legt die Ziele, Inhalte und Methoden interkulturellen Lernens in deutlichen Sequenzen dar. Abschließend präsentiert JOCHEN BARTH ein interkulturelles Projekt im Geographieunterricht mit dem Titel „Wanderungsgeschichten aus Bingen. Schülerinnen erkunden die Lebensgeschichte von Migranten am Schulort“. Am konkreten Beispiel erläutert er praktische Durchführung und potentielle Ergebnisse und faktische Resonanz bei der Zielgruppe Schülerinnen und Schüler.

Die Herren Dr. ROBERT PÜTZ (Koordination, Tipps, Hilfen und Titelgestaltung) und JENS SCHREIBER (Layout und Schreibaarbeiten) sowie Frau Dipl. Kartographin KAROLA SCHMIDT-HELLERAU (Graphiken, Karten und Abbildungen) haben in hohem Maße zur Gestalt der vorliegenden Publikation beigetragen. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich.

Die Fortbildungsveranstaltung und die Publikation wurden von der Leiterin der Wissenschaftlichen Weiterbildung, Frau Astrid Sänger, der Fridtjof Nansen-Akademie und dem Zentrum für Interkulturelle Studien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz finanziell gefördert.

Mainz, im Oktober 2000

ANTON ESCHER

FRANK ESSER

Ausländer in der deutschen Presse Medienimage und Medienwirkung im Langzeitvergleich

1 Ansatzpunkte der Forschung

Bei der Frage nach Medienwirkungen sind grundsätzlich zwei Perspektiven zu unterscheiden. Im ersten Fall sieht man in Massenmedien Instrumente der Aufklärung, die der Herstellung von demokratischer Öffentlichkeit sowie von politischer Informations- und Meinungsbildung dienen. Massenmedien werden hier als Vermittlungsinstrumente zum Durchsetzen des „Guten“ wie etwa bei Toleranzkampagnen gegen Ausländerfeindlichkeit eingesetzt. Im zweiten Fall werden Massenmedien als mögliche Ursache für unerwünschte Entwicklungen in der Gesellschaft diskutiert, z. B. als Instrument der sozialen Desintegration, der politischen Manipulation oder der Zunahme von Gewalttaten. Mit dieser zweiten Richtung beschäftigt sich der vorliegende Beitrag, ohne allerdings eine pauschale Medienschelte zu bezwecken.

Bei der Untersuchung der Berichterstattung über Ausländer, Asyl und Fremdenfeindlichkeit gilt es ferner zu unterscheiden, ob sich die Analyse den explizit rechtsextremen Medien (*Deutsche National-Zeitung*, rassistische Fan-zines, Internetseiten, Tonträger) oder den allgemeinverbreiteten, tagesaktuellen Medien widmet. Bei der Erforschung von allgemeinverbreiteten Massenmedien (Fernsehen, Presse) und ihrer Berichterstattung über Ausländer, Asyl und Fremdenfeindlichkeit lassen sich drei Forschungsrichtungen unterscheiden: Erstens Studien, die mit Hilfe von Medieninhaltsanalysen das „Bild der Ausländer in den Medien“ untersuchen und daraus Schlußfolgerungen über deren öffentliches Image in der Gesellschaft ziehen.

Zweitens gibt es Studien, die die Medienberichterstattung auf ihren „rassistischen Gehalt“ hin untersuchen wollen. Drittens gibt es Studien, die die Medienberichterstattung daraufhin untersuchen, ob von ihr eine „gewaltfördernde Wirkung“ ausgeht, die sich in Straftaten gegen Migranten und Fremde niederschlagen kann. Die vorliegende Untersuchung gehört zu dieser dritten Forschungsrichtung. Da die drei Richtungen jedoch aufeinander aufbauen, sind einige knappe Anmerkungen zu den beiden erstgenannten erforderlich.

2 Das Ausländerbild in den Medien

Untersuchungen zum „Ausländerbild in den Medien“ kommen seit zwanzig Jahren zu sehr ähnlichen Ergebnissen: Ausländer bzw. Migranten kommen vor allem im Zusammenhang mit Kriminalität und Gewalt vor. Die Berichterstattung ist von Vorurteilen und ausländerfeindlichen Alltagstheorien gekennzeichnet (z. B. RUHRMANN und KOLLMER 1987; MERTEN 1987). Positive Ausnahmen gelten nur für ausländische Künstler, Sportler, Gäste. Eine systematische Auswertung der Ausländerberichterstattung der führenden deutschen Tageszeitungen, Wochenblätter und Fernsehnachrichten im zweiten Halbjahr 1998 und im zweiten Halbjahr 1999 ergab, daß sich jeweils die große Mehrzahl der Medienbeiträge, in denen es um Ausländer ging, mit Kriminalität und Justiz beschäftigen (SCHATZ 1999a; 1999b). Ein besonders

drastisches Beispiel dafür bot die Wochenschrift *Focus* am 28. Juli 1997 auf seiner Titelseite, bei der der Leser in eine Pistolenmündung blickt und daneben liest: „Gefährliche Ausländer? Fakten, Daten, Mißstände – So brisant ist die Lage wirklich“. Die verantwortlichen Redakteure – nicht nur vom *Focus*, sondern auch von anderen Medien – reagieren entrüstet, wenn man sie auf problematische Tendenzen ihrer Berichterstattung hinweist (vgl. SAGE & SCHREIBE 1999). Sie heben hervor, sich in ihren Kommentarspalten nachdrücklich für Toleranz und Integration und gegen Unterdrückung, Benachteiligung und Gewalt einzusetzen. Allerdings müßten sie in ihren Nachrichtenspalten aus Chronistenpflicht natürlich berichten, was vorfällt – z. B. Schleuser-Praktiken oder Kurdenkrawalle. Und da für Journalisten nicht das Normale, sondern das Abweichende und Negative „Nachrichtenwert“ besitzt, können Medienimages entstehen, die den eigentlichen Intentionen der Journalisten zuwiderliegen (SAGE & SCHREIBE 1999). Hier deutet sich bereits ein Grunddilemma der Ausländerberichterstattung an: Kann man Journalisten für nichtbeabsichtigte negative Nebenfolgen ihrer Berichterstattung zur Verantwortung ziehen? Persönlich ganz sicher nicht.

3 Rassismus in der Berichterstattung

Studien, die die Medienberichterstattung auf ihren rassistischen Gehalt hin untersuchen, stammen von HUNKE (1993), GERHARD (1992) oder OHLEMACHER (1994). Nach deren Ergebnissen werden Asylbewerber durch ganz bestimmte wiederkehrende sprachliche Etikettierungen als minderwertig und illegal dargestellt, zum Beispiel durch ‚Asylant‘ (= Denunziant, Querulant...) oder ‚Scheinasylant‘, ‚Schmarotzer‘, ‚Krimineller‘, ‚Asylmißbrauch, Asylflut oder Asylnotstand. Die mit Hilfe solcher Bezeichnungen ‚inszenierten rassistischen Feindbilder‘ (HUNKE 1993) durch die Medien würden Ausländerhaß und Fremdenfeindlichkeit schüren, bzw. ein öffentliches Meinungsklima der Legitimation fremdenfeindlicher Gewalt begünstigen. Diese These wird allerdings nicht mit empirischen Nachweisen belegt, sondern basiert auf interpretativer Zuschreibung von einzelnen Bildern und Formulierungen. Entsprechende Bilder finden sich beispielsweise auf der Titelseite des *Stern* vom 25. 2. 1999 oder des *Spiegel* vom 14. 4. 1997. Entsprechende Formulierungen finden sich beispielsweise in der Auflistung von *Bild*-Zeitungsschlagzeilen in JÄGER (1997).

4 Gewaltfördernde Wirkungen

Bei den Studien, die sich mit dem Zusammenhang von Medienberichterstattung und einer gewaltfördernden Wirkung gegen Ausländer und Flüchtlinge auseinandersetzen, sind Mikro- und Makro-Studien zu unterscheiden. Mikro-Studien stammen vor allem vom Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung und argumentieren auf der Ebene konkreter Formulierungen und Bilder in den Medien. So knüpft JÄGER (1997) mit seinen Studien an bereits erwähnten sprachwissenschaftlichen Analysen an, die in der Ausländerberichterstattung ganz bestimmte wiederkehrende Symbolketten und Diskursstrategien zu erkennen glauben. Die zwei bekanntesten sind der *Flut-und-Boot*-Symbolkomplex und der *militärische Einkesselung*-Symbolkomplex. Flüchtlinge würden als feindliche Bedrohung, als belagernde Armee vor unseren Grenzen dargestellt, die in großen Massen hier einfallen wollen – obwohl ‚das Boot voll‘ sei. Typische Beispiele dafür finden sich auf der Titelseite des *Spiegel* vom 9. 9. 1991 oder 6. 4. 1992. Laut Jäger „tragen die Medien Mitverantwortung für die Eskalation von Gewalt gegen Einwanderer“ (JÄGER und LINK 1993: 12), indem sie indirekt Nachahmetaten erzeugen (JÄGER 1997: 81 f.). Die Medien trügen zwar „nicht die alleinige Schuld ... jedoch eine erhebliche Mitschuld an den Ereignissen“ (JÄGER und JÄGER 1993: 59). Durch die beklemmende, metaphernreiche Art der Berichterstattung entstünden Diskurse, die im Kopf des Rezipienten einen Eindruck „absoluter Bedrohung“, einer „Art imaginiertes Notwehrsituation“ erzeugt, „die gerade zu nach Handlungsbedarf schreit“. JÄGER (1997: 86) schreibt weiter: „Die gewalttätigen Gruppen, die angesichts dieser Formulierungen in den Medien zur Tat schritten und weiter zur Tat schreiten, müssen sich durch die Berichterstattung und Einschätzungen der Medien und Politiker dazu geradezu aufgefordert fühlen. Das erklärt auch mit, warum die TäterInnen von Hoyerswerda, Hünxe, Rostock, Mölln, Solingen und anderswo ihre Taten auch damit rechtfertigten, sie seien nur die Vollzieher dessen, was der größte Teil des Volkes will und wozu sich die Politiker nicht trauen.“

Hierbei seien die Medien jedoch nicht die direkten Verursacher, sondern die bereitwilligen Übermittler und Weiterleiter dieser gewaltfördernden rassistischen Diskurse aus der Politik an die breite Öffentlichkeit. Die wahre Schuld läge bei der „volksverhetzenden Politik“ und der „ebenso volksverhetzenden Vorbereitung der Abschaffung des Artikel 16 GG durch nahezu die gesamte deutsche Presse“ (JÄGER 1997: 82) Die Herstellung eines Kausalzusammenhangs zwischen fremden-

feindlichen Straf- und Gewalttaten und der Medienberichterstattung bildet einen zentralen Fokus der DISS-Studien. Sie basieren allerdings auf Behauptungen und Schlußfolgerungen, „für die kein empirischer Nachweis geliefert wird“ (ALTHOFF 1998: 75).

Makro-Studien gehen ebenfalls der Frage eines Anstiftungs- oder Nachahmungseffektes durch die Medien nach, untersuchen diese Frage aber (1) nicht auf der Basis konkreter Formulierungen sondern auf der allgemeineren Ebene der Berichterstattungsintensität bestimmter Themen und Ereignisse. (2) Andererseits behaupten sie Wirkungen nicht nur einfach, sondern versuchen sie empirisch nachzuweisen. Dies geschieht, indem sie einen direkten Zusammenhang herstellen zwischen Medienberichterstattung und tatsächlicher, polizeilich ermittelter Gewalttätigkeit. Daß dies sehr schwierig ist, werden die weiteren Ausführungen zeigen.

Es gibt in der Wissenschaft nicht viele Verfahren, um kausale Zusammenhänge systematisch zu untersuchen. Zunächst gibt es die Befragung, bei der man individuell und unmittelbar bei den betreffenden Personen Handlungsbereitschaft, -motivation, und -ausführung erfragt. Diese Methode ist im vorliegenden Fall nicht praktikabel, weil die fremdenfeindlichen Straf- und Gewalttäter von uns nicht zu identifizieren sind, sich auch kaum freiwillig bei uns melden würden und – falls doch – uns kaum verlässliche Angaben machen würden. Das zweite wissenschaftliche Verfahren zur Ermittlung von Kausalität ist die statistische Zeitreihenanalyse, die nicht einzelne Akteure, sondern übergeordnete Prozesse analysiert. Dabei wird die zeitliche Entwicklung der Berichterstattung mit der zeitlichen Entwicklung der Kriminalitätsstatistik über eine Periode mehrerer Jahre in Beziehung gesetzt.

5 Eskalation durch Berichterstattung? Eine Langzeitstudie

Die zugrundeliegende Frage, ob die Berichterstattung der Massenmedien einer Ausbreitung von fremdenfeindlichen Straftaten und damit einer Eskalation der Gewalt Vorschub leistet, haben wir in zwei Projekten untersucht (BROSIUS und ESSER, 1995, 1996; BROSIUS, ESSER und SCHEUFELE i.V.). Die erste Projektphase verlief von der Wiedervereinigung im Oktober 1990 bis zum Inkrafttreten des sogenannten „Asylkompromisses“ im Juli 1993. Sie umfaßt die Schlüsselereignisse Hoyerswerda (17.-22. 9. 1991), Rostock (22.-26. 8. 1992), Mölln (23. 11. 1992), Solingen (29. 5. 1993). Die zweite

Projektphase schließt sich unmittelbar an den ersten Zeitraum an und verlief von August 1993 bis Dezember 1996. Sie umfaßt unter anderem den Brand im Asylbewerberheim von Lübeck (17. 1. 1996) sowie diverse sogenannte „Kurdenkrawalle“ zwischen Frühjahr 1994 und Sommer 1996. Im Vergleich zur ersten Phase, die außergewöhnlich konflikthaltig war, wurde die zweite Phase als etwas ruhiger wahrgenommen, weil sie weniger spektakuläre Schlüsselereignisse aufwies.

5.1 Die Phase 1991 bis 1993

In der ersten Phase zwischen Januar 1991 und Juli 1993 zählte das Bundeskriminalamt rund 13.224 „fremdenfeindliche Straftaten“. Darunter werden Tötungsdelikte, Körperverletzungen, Sprengstoffanschläge, Brandanschläge und sonstige Straftaten verstanden, die aufgrund einer intoleranten Haltung heraus gegen Personen, aufgrund ihrer Nationalität, Abstammung, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes verübt werden. Dabei verlief die Intensität der Gewalt nicht kontinuierlich, sondern war von starken Wellenbewegungen gekennzeichnet. Jeweils unmittelbar in Anschluß an die besonders brutalen, spektakulären Schlüsselereignisse (Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen) stieg die Zahl verübter Straf- und Gewalttaten steil an, um dann wieder abzufallen. Allerdings fiel das Gewaltniveau dann nie aufs Ausgangsniveau zurück, sondern stabilisierte sich nach jedem Schlüsselereignis auf höherem Niveau. So zeigt die Entwicklung vier massive, kurzfristige Gewaltniveaus nach Hoyerswerda, Rostock, Mölln und Solingen und in den Zwischenphasen ein treppenartiges Aufschaukeln (vgl. BROSIUS und ESSER 1995, 1996). In diesem Zusammenhang wurde auch die Rolle der Medien kritisch diskutiert. Hermann Meyn, damaliger Vorsitzender des Deutschen Journalisten-Verbandes, sagte Mitte 1993: „Gerade auch wir Journalisten haben etwas damit zu tun, was die Täter in Hoyerswerda und Hünxe, in Solingen und Mölln angerichtet haben. ... Es hat Formulierungen, Bilder und Kommentare gegeben, die wie Streichhölzer an den Benzinflaschen der rechten Gewalttäter wirken konnten“ (MEYN 1993). Gerade den aktuellen und schnellen Fernsehsendungen wurden diese Anstiftungseffekte zugeschrieben. So ließen Reporter während der Ausschreitungen von Hoyerswerda und Rostock Rechtsradikale mit ausländerfeindlichen Parolen und applaudierende Anwohner, die zum Teil den Hitlergruß entboten, unreflektiert zu Wort kommen.

Mit einer sehr differenzierten Medieninhaltsanalyse analysierten wir daher die Berichterstattung

von *Frankfurter Allgemeiner Zeitung, Süddeutscher Zeitung, Bild-Zeitung, Spiegel*, dpa sowie die Nachrichtensendungen der Fernsehsender ARD, ZDF, RTL und Sat.1. Den Verlauf der Berichterstattung brachten wir mit dem Verlauf der Kriminalitätsdaten, die uns vom Wiesbadener BKA und den 16 LKAs zur Verfügung gestellt wurde, in Zusammenhang (vgl. BROSIUS und ESSER 1995, 1996). Die statistischen Berechnungen dieser Langzeitanalyse (kreuzkorrelierte zeitverschobene ARIMA-modellierte Zeitreihenanalyse auf Wochenbasis) zeigten, daß eine steigende Anzahl von Medienberichten über Ausländer, Asyl und Fremdenfeindlichkeit eine Woche später zu einer Zunahme von ausländerfeindlicher Straftaten in Deutschland führte. Den Medien schien damit ein Auslöseeffekt zuzukommen. Er ließ sich besonders deutlich im Zusammenhang mit den Schlüsselereignissen von Hoyerswerda und Rostock, schwächer bei Mölln und Solingen nachweisen. Die Unterschiede ließen sich durch die unterschiedlichen Ereignistypen erklären: Die ersten beiden Ausschreitungen fanden in Gegenwart von applaudierenden Nachbarn und nationalen und internationalen Kamerateams statt und führten deshalb zu stärkerer Nachahmung, weil infolge dieses öffentlichen, mehrtägigen Pogroms (bei dem es glücklicherweise nur Leichtverletzte gab) die Polizei die Asylbewerber schließlich evakuierte und die Stadt somit ganz im Sinne der rechten Szene „ausländerfrei“ machte. Die Ereignisse in Mölln und Solingen mußten zu geringerer Nachahmung führen, weil bei diesen heimtückischen Brandanschlägen acht Frauen und Kinder getötet wurden und die Republik durch Lichterketten ihre deutliche Ablehnung gegen Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit zum Ausdruck brachte. Dennoch läßt sich folgern, daß sich die Nachahmungseffekte vor allem auf die zentralen Schlüsselereignisse bezogen. Die Effekte waren allerdings völlig unspezifisch: Berichte über Brandanschläge lösten nicht nur weitere Brandanschläge, sondern auch sämtliche anderen Typen fremdenfeindlicher Straftaten aus (vgl. BROSIUS und ESSER 1995, 1996).

5.2 Die Phase von 1993 bis 1996

Die zweite Phase von Mitte 1993 bis Anfang 1997 ist gekennzeichnet durch ein relatives stabiles Niveau *fremdenfeindlicher* Straftaten (monatlich durchschnittlich 200 Delikte) und ein kontinuierlich steigendes Niveau *rechtsextremistischer* Straftaten¹

¹Das Bundeskriminalamt stuft Straftaten als **fremdenfeindlich** ein, „die in der Zielsetzung gegen Personen [oder deren Institutionen, Sachen] begangen werden, denen die Täter aus intoleranter Haltung heraus aufgrund ihrer tatsächlichen oder vermeintlichen Nationalität,

von anfangs 250 auf 800 Straftaten Mitte 1996. Als wichtiges Schlüsselereignis dieser Phase gilt der Brand im Lübecker Asylbewerberheim am 17.1.1996, der zehn Tote und 40 Verletzte zur Folge hatte. Als Tatverdächtige wurden der Hausbewohner Safwan Eid und vier als rechtsradikal bekannte Jugendliche aus dem 30 Minuten entfernt liegenden Grevesmühlen untersucht, ohne daß der Fall bis heute aufgeklärt ist.

Als zweiter zentraler Ereigniskomplex spielen Anschlagserien und Gewaltaktionen kurdischer Aktivisten eine Rolle, die der PKK angehören oder nahestehen. Hier sind vor allem folgende Ereignisse zu nennen: (1) die Kundgebungen und Demonstrationen anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes „Newroz“ im März 1994; (2) Serien kurdischer Brand- und Sachanschläge im Juli 1994 auf türkische Einrichtungen in München, Konstanz, Freiburg; (3) die politische Debatte um die Abschiebung straffällig gewordener Kurden Anfang 1995; (4) Anschlagsskette auf türkische Reisebüros sowie neuerliche „Newroz“-Aktionen zwischen Februar und April 1995; (5) Hungerstreiks und weitere (Brand-) Anschläge in mehreren deutschen Städten im Juli 1996. Über diese Vorfälle wurde von den deutschen Medien intensiv berichtet. Unter allen Kurden-Ereignissen sind vor allem die „Newroz-Aktionen“ im März 1996 als Schlüsselereignis zu betrachten. Von hoher symbolischer Bedeutung war hier das Bild des blutüberströmten Polizisten Rolf Feger, der bei einer von mehreren Autobahnblockaden von Kurden krankenhaushausreif geschlagen wurde. Zeitungsleser und Fernsehzuschauer „lernten“ aus den Medien, daß – salopp gesprochen – immer wieder kriminelle Ausländer in Deutschland gegen Recht und Ordnung verstoßen. In ihren plakativen Schlagzeilen sprachen die Medien von „Kurdenkrawallen“, „Kurdenterror“ oder „Kurdenkrieg“, so daß der Eindruck entstehen konnte, daß es sich hierbei um eine generelles Ausländerproblem handelt und nicht um gezielte, übersteigerte Aktionen eines kleinen, harten gewalttätigen Kerns von PKK-Mitgliedern. Unsere Analysen der polizeilichen Kriminalitätsdaten zeigen, daß immer nach solchen spektakulären Aktionen, bei denen Kurden in den Medien als Verursacher von Gewalt und Demonstrationen dargestellt werden, die Zahl rechtsextremistischer Straftaten anstieg. Auch hier brachten wir den Verlauf der registrierten Straftaten

Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Weltanschauung, Herkunft oder aufgrund ihres äußeren Erscheinungsbildes ein Bleibe- und Aufenthaltsrecht in ihrer Wohnumgebung oder in der gesamten Bundesrepublik bestreiten“. Das Bundeskriminalamt stuft Straftaten als **rechtsextremistisch** ein, die aus „Bestrebungen [heraus verübt werden], die auf die Beseitigung der freiheitlich demokratischen Grundordnung gerichtet sind, um an deren Stelle ein totalitäres, national kollektivistisches System meist nach dem Führerprinzip zu setzen“.

mit dem Verlauf der Medienberichterstattung (diesmal nur Presse) in Beziehung (vgl. BROSIUS, ESSER und SCHEUFELE i. V.). Die statistischen Berechnungen brachten jedoch nur für einen Ausschnitt der zweiten Phasen einen Nachweis: Im Jahr 1996, also dem Jahr der beiden Schlüsselereignisse, zeigte sich: Wenn die Medien intensiv über Kurdenkrawalle berichtet haben, steigt vier Wochen später die Zahl der fremdenfeindlichen und rechts-extremem Straftaten. Wenn man dies als Medieneffekt interpretieren kann, dann sicherlich nicht im Sinne einer kurzfristigen Nachahmungs- oder direkten Anstiftungswirkung, sondern eher im Sinne eines verzögerten Motivationseffektes. Gewaltorientierte Berichterstattung über Kurden und PKK gibt potentiellen Straftätern vermutlich zusätzliche Motivation, die sich nicht direkt-unmittelbar, sondern erst verspätet in Gewalttaten gegen Fremde niederschlägt (vgl. BROSIUS, ESSER und SCHEUFELE i. V.).

6 Erklärung der Befunde

Der von uns gefundene starke Nachahmungs- bzw. Anstiftungseffekt in der Zeit 1991/92 kann mit suggestiv-imitativen Theorien erklärt werden (TARDE 1912; REDL 1949; WHEELER 1966). Danach muß auf Seiten des Gewaltausübenden eine psychologische Motivation vorhanden sein, das medial präsentierte gewalttätige Verhalten auszuüben. Zweitens muß der Täter die Gelegenheit und die notwendigen Utensilien bekommen, das Verhalten zu imitieren, beispielsweise durch den Besitz von Brandflaschen. Drittens muß die nachzuahmende Tat an prominenter Stelle und relativ ausführlich in den Medien dargestellt werden. Der Berichterstattung kommt damit eine Suggestionwirkung zu, die für die Gruppe von Personen am größten ist, die die Art der dargestellten Gewalt (z. B. gegen Ausländer) vorher schon ausüben wollte, sich aber bisher durch gesellschaftliche Kontrolle und Normen davon abhalten ließen. Die Nachahmung wird dann von der Motivation getrieben, auf sich aufmerksam zu machen, selbst anonyme Publizität zu erlangen.

Der weiterführende Ansatz des Priming (vgl. BERKOWITZ und ROGERS 1986; JO und BERKOWITZ 1994) erklärt, daß die Nachahmung auch unspezifisch verlaufen kann, daß also nicht nur dargestellte Brandstiftungen zu weiteren Brandstiftungen führen, sondern auch politische Berichte über die Asyldebatte in diesem Sinne gewaltfördernd sein können. Die zentrale Hypothese des Priming-Ansatzes besagt, daß die Rezeption eines Sachver-

halts dazu führt, daß dieser Sachverhalt im Gedächtnis des Rezipienten eine zeitlang aktiviert bleibt, so daß die Gedanken um diesen Sachverhalt kreisen und ähnliche Sachverhalte assoziiert werden. Durch die wiederholte Rezeption von Gewalt kommt es zu einer wiederholten und damit längerfristigeren Aktivierung von gewaltbezogenen Gedanken und Assoziationen. Wird die Gewalt jeweils im Kontext eines bestimmten Themas gezeigt, kann es durch Verallgemeinerungen auch zu assoziativen Verknüpfungen zwischen der Erwähnung eines Themas und gewalttätigen Gedanken und Gefühlen kommen. Im Gegensatz zu Suggestion und Stimulation steht beim Priming nicht so sehr die affektive und emotionale Reaktion auf Berichterstattung über Straftaten als vielmehr die kognitive Verarbeitung und Bewertung eines Sachverhalts im Mittelpunkt. Bezogen auf fremdenfeindliche Gewalt könnte man mit dem Priming-Konzept also die Wirkung der Berichterstattung über politische Aspekte auf die Zunahme von fremdenfeindlicher Gewalt erklären.

Daß wir zu Beginn unserer Untersuchung 1991/92 die stärksten Effekte und im weiteren Verlauf bis 1996 immer schwächere Befunde finden, kann mit dem von uns konzipierten *Eskalationsmodell der Gewalt* erklärt werden. Die Zahl der Asylbewerber und Aussiedler stieg Anfang der neunziger Jahre dramatisch an. Die provisorischen Sammelunterkünften in Schulen, Jugendherbergen, Zelten, Turnhallen und Containern führten zu erhöhter Sichtbarkeit der Fremden, zu interkulturellen Spannungen unter den Asylbewerbern sowie zu Sozialneid und Sorge über die gestörte Ordnung auf Seiten der Deutschen. Das Problembewußtsein der Bevölkerung verschärfte sich, so daß 1992 mehr als 70 Prozent der Deutschen meinten, zu viele Ausländer würden ins Land kommen wollen. Ein Fünftel meinte sogar: „Ich bin nicht für Gewalt, aber offensichtlich muß man erst auf diese Weise Rabatz machen, damit sich überhaupt etwas tut.“ (vgl. BROSIUS und ESSER, 1995: 101-107). Potentielle Straftäter erlebten sowohl in ihrer eigenen Nahwelt, als auch durch das von den Medien verbreitete Meinungsklima eine Stimmung in der Bevölkerung, daß das Problem rasch und effektiv angepackt werden sollte. Ausländerfeindlich ein-gestellte Jugendliche mußten den Eindruck bekommen, daß die öffentliche Meinung plötzlich insgeheim auf ihrer Seite war. Dieses durch die Medien verbreitete Meinungsklima wurde durch plakative Metaphern und symbolhafte Formulierungen wie „Springflut“, „Ansturm“, „Hineindrängen“ und „volles Boot“ verschärft, die in den Köpfen der Rezipienten regelrechte innere Monologe auslösen und das Bild einer bedrohlichen Notwehrsituation entstehen ließen.

Als dann eine der Ausschreitungen, in diesem Fall Hoyerswerda, außer Kontrolle geriet, die Gewalt plakativ und unreflektiert im Fernsehen dargestellt wurde, einem Millionenpublikum die Unterstützung der Straftäter durch die applaudierenden Anwohner vor Augen geführt wurde, explodierte die gereizte Stimmung. Die tagelange Berichterstattung über die Ausschreitungen, die bald als Stichflammenjournalismus bezeichnet wurde, führte zu einer regelrechten Welle der Gewalt. Zuerst lernten die Täter aus den Medien Gewalt als erfolgversprechendes Mittel zur Problemlösung kennen (die Polizei evakuierte die Asylbewerber aus der Stadt), dann lernten sie, daß sie sich fast blind auf große Medienresonanz bei ihren Taten verlassen konnten (mit dem Hitlergruß und einem Molotowcocktail in der Hand kam man sogar auf die Titelseite der *New York Times*). Quasi reflexhaft stürzten sich die Medien nun auf alle Formen der „Gewalt von rechts“, selbst auf kleinste Straftaten. Dadurch verliehen sie dieser „neuen Bewegung“ eine kollektive, identitätsstiftende Bedeutung, die ihr ohne *Tagesschau* und *Explosiv* wahrscheinlich gar nicht zugekommen wäre.

Die starke Wirkung der Massenmedien muß vor dem Hintergrund der verschiedenen Stufen des Eskalationsmodells gesehen werden. Durch die tatsächlichen Zuwanderungsströme, die daraus resultierenden Schwierigkeiten in den Kommunen, die vermeintliche Unfähigkeit der Politiker und die daraus erwachsende Legitimation von Gewalt in größeren Bevölkerungsteilen entwickelten die Gewalttäter die Motivation, gegen Fremde vorzugehen. Wohlgedenkt sind alle genannten Vorstufen und Entwicklungen notwendig gewesen, um der Berichterstattung diesen ansteckenden Charakter zu geben. Ohne die Vorgeschichte wären die gleichen Berichte wesentlich harmloser gewesen. Das nicht nur für den Journalismus pessimistische Fazit lautet, daß selbst durch eine verantwortungsvolle, aufklärende Berichterstattung Nachahmung kaum verhindert werden kann.

Dieses Eskalationsmodell der Gewalt war in der zweiten Phase nicht mehr angemessen, daher ließen sich auch kaum noch Anstiftungs- und Nachahmungseffekte finden. Die Zuwanderung entschärfte sich nach dem Asylkompromiß Mitte 1993, wenn auch weniger, als offizielle Statistiken andeuten. Auch die Sorgen der Bevölkerung hinsichtlich Asyl und Ausländern gingen laut Umfragen insgesamt etwas zurück. Die meisten Bürger sind überzeugt, daß mit der Asylrechtsänderung eine eingetreten ist, obwohl weiterhin die Auffassung vorherrscht, daß zu viele Ausländer in Deutschland leben. Auch wenn die rechtsextremistisch motivierten Straftaten ansteigen, gehen die rein fremdenfeindlich motivierten Straftaten zurück. Von einer Eskalation der

Gewalt nach Schlüsselereignissen kann in der zweiten Phase nicht mehr die Rede sein. Der Zuwachs rechtsextremer Straftaten ist auf minderschwere Delikte zurückzuführen und steht allerdings in zeitlichem Zusammenhang mit den sogenannten „Kurdenkrawallen“. Auch in den Medien hat das Thema Ausländer und Asyl an Brisanz und Bedeutung verloren, der Berichtsumfang geht im Untersuchungszeitraum klar zurück. Die veränderten strukturellen und situativen Bedingungen erklären den Rückgang des Anstiftungseffektes. Dies schließt allerdings nicht aus, daß sich in erneuten Krisenphasen die alten Effekte nicht wieder zeigen könnten.

7 Literatur

- ALTHOFF, MARTINA: Die soziale Konstruktion von Fremdenfeindlichkeit. - Opladen 1998.
- BERKOWITZ, LEONHARD und KAREN H. ROGERS: A Priming Effect Analysis of Media Influence. In: BRYANT, JENNINGS und DOLF ZILLMANN (Hrsg.): Perspectives on Media Effects. - Hillsdale 1986: 57-81.
- BROSIUS, HANS-BERND, FRANK ESSER und BERTRAM SCHEUFELE (in Vorbereitung): Massenmedien und fremdenfeindliche Straftaten: Eskalations-, Framing- und Ländereffekte. Laufendes Buchprojekt.
- BROSIUS, HANS-BERND und FRANK ESSER: Eskalation durch Berichterstattung? Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt. - Opladen 1995.
- BROSIUS, HANS-BERND und FRANK ESSER: Massenmedien und fremdenfeindliche Gewalt. In: FALTER, JÜRGEN W, HANS-GERD JASCHKE und JÜRGEN R. WINKLER (Hrsg.): Rechtsextremismus. Ergebnisse und Perspektiven der Forschung (PVS-Sonderheft 27): - Opladen 1996: 204-218.
- GERHARD, UTE: Wenn Flüchtlinge und Einwanderer zu ‚Asylantenfluten‘ werden. Zum Anteil des Mediendiskurses an rassistischen Pogromen. In: JÄGER, SIEGFRIED und FRANZ JANUSCHEK (Hrsg.): Der Diskurs des Rassismus. Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie 46. - Hamburg 1992: 163-178.
- HUHNKE, BRIGITTA: Intermediale Abhängigkeiten bei der Inszenierung rassistischer Feindbilder seit Mitte der achtziger Jahre am Beispiel der Wochenzeitungen ‚Bild am Sonntag‘ und ‚Der Spiegel‘. In: JÄGER, SIEGFRIED und JÜRGEN LINK (Hrsg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und Medien. - Duisburg 1993: 213-266.
- JÄGER, MARGRET und SIEGFRIED JÄGER: Verstri-

- ckungen. Der rassistische Diskurs und seine Bedeutung für den politischen Gesamtdiskurs in der Bundesrepublik Deutschland. In: JÄGER, SIEGFRIED und JÜRGEN LINK (Hrsg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und Medien. - Duisburg 1993: 49-79.
- JÄGER, SIEGFRIED und JÜRGEN LINK (Hrsg.): Die vierte Gewalt. Rassismus und Medien. - Duisburg.
- JÄGER, SIEGFRIED: Die Anstifter der Brandstifter? Zum Anteil der Medien an der Eskalation rassistisch motivierter Gewalt in der Bundesrepublik Deutschland. In: SCHEFFER, BERND (Hrsg.): Medien und Fremdenfeindlichkeit. Alltägliche Paradoxien, Dilemmata, Absurditäten und Zynismen. - Opladen 1997: 73-98.
- JO, EUNKYUNG und LEONHARD BERKOWITZ: A Priming Effect Analysis of Media Influences: An Update. In: BRYANT, JENNINGS und DOLF ZILLMANN (Hrsg.): Media Effects. Advances in Theory and Research. - Hillsdale 1994: 43-60.
- MERTEN, KLAUS: Das Bild der Ausländer in der deutschen Presse. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Ausländer und Massenmedien. Bestandsaufnahme und Perspektiven. - Bonn 1987: 69-78.
- MEYN, HERMANN: Beitrag zum sozialen Frieden. Eröffnungsrede auf dem DJV-Verbandstag in Stuttgart. - Journalist, Heft 12 (1993): 78-80.
- OHLEMACHER, THOMAS: Medien und Gewalt. „Bild“ in der Zeit ausländerfeindlicher Gewalttaten. In: LÜDEMANN, CHRISTIAN und HANSGÜNTHER HEILAND (Hrsg.): Soziologische Dimensionen des Rechtsextremismus. - Opladen 1994: 137-159.
- REDL, FRITZ: The Phenomenon of Contagion and „Shock Effect“ in Group Therapy. In: EISSLER, KURT R. (Hrsg.): Searchlights on delinquency. - New York 1949: 315-328.
- RUHRMANN, GEORG und JOCHEN KOLLMER: Ausländerberichterstattung in der Kommune. Inhaltsanalyse Bielefelder Tageszeitungen unter Berücksichtigung ‚ausländerfeindlicher‘ Alltagstheorien. - Opladen 1987.
- SAGE & SCHREIBE : Titelthema Ausländer in deutschen Medien. - Sage & Schreibe Nr. 3/4, März/April 1999:1-20.
- SCHATZ, ROLAND : Die ‚Fremden‘ werden auf Kriminalität reduziert. - Medien Tenor Nr. 81, Februar 1999a: 14-15.
- SCHATZ, ROLAND: Wer sind die ‚Fremden‘? - Medien Tenor Nr. 91, Dezember 1999b: 14-15.
- TARDE, GABRIEL: Penal philosophy. - Boston 1912.
- WHEELER, LADD: Toward a Theory of Behavioral Contagion. - Psychological Review 73 (1966): 179-192.

Dr. Frank Esser
Institut für Publizistik, Universität Mainz
Colonel-Kleinmann-Weg 2, 55099 Mainz
Email: frank.esser@uni-mainz.de
Tel. 0 61 31 / 39 21 80

WERNER NELL

Multikulturelle oder transkulturelle Gesellschaft?

In der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat die aus den angelsächsischen Ländern seit dem Beginn der 1980er aufgenommene Diskussion um das Konzept einer multikulturellen Gesellschaft vor allem in zweierlei Hinsicht Bedeutung gehabt. Zum einen stellt „multikulturelle Gesellschaft“, zumal in den ersten Jahren, in denen sich der Begriff über die Tagungen evangelischer Akademien (vgl. EPD-Dokumentation 1980; Evangelische Akademie Iserlohn 1989) und entsprechende teils kritische, teils professionell angestoßene Diskussionsrunden zur schulischen und vorschulischen Situation von Kindern ausländischer Familien (vgl. NITSCHKE 1982) bis hin zu Heiner Geißlers öffentlichen Interventionen zu Anfang der 1980er Jahre (vgl. GEISLER 1988) langsam, aber erfolgreich in das öffentliche Bewußtsein schieben konnte, einen Anerkennungsdiskurs für die Situation eines Einwanderungslandes „wider Willen“ dar. Darin suchte sich ein sozialreformerisches und zugleich nationalstaatskritisches, auf gesellschaftliche und politische Veränderungen drängendes Bewußtsein zu artikulieren und entlang dieser Vorstellung einen eigenen, auf Toleranz und kultureller Vielfalt aufruhenden Gesellschaftsentwurf und entsprechende Maßstäbe zum Umgang mit Migration und Migranten zu entwickeln (vgl. MIKSCH 1989).

Zum anderen hat das in der Öffentlichkeit und auch in den politischen Diskussionen dann vertretene Konzept der multikulturellen Gesellschaft gerade auch durch seine eher erfolgreiche Aufnahme Anstoß zur kritischen Weiterführung der mit ihm verbundenen Ideen gefunden (vgl. SCHULTE 1990). In dieser Perspektive wurde bald auf die Problematik der im Konzept des Multikulturalismus voraus-

gesetzten jeweils besonderen „kulturellen“ Identität und die damit verbundenen Fallstricke (vgl. RADTKE 1990; HAMBURGER 1994) hingewiesen. Damit erscheint freilich auch die Tauglichkeit eines gesellschaftlichen Entwurfs in Frage gestellt, der auf der Basis von Unterschieden, die vor allem im Bereich des Kulturellen verordnet bzw. postuliert wurden, politische, soziale, ökonomische und rechtliche Probleme (etwa verweigerter Teilhabe und Zugangsberechtigungen, Diskriminierung und Schlechterstellung) ansprechen und lösen wollte. Denn statt diese Lösungsvorschläge in den jeweils angesprochenen Subsystemen (Recht, Wirtschaft, Politik, Bildung, Siedlung) auszuarbeiten und in diesen Bereichen Veränderungen zu bewirken, wurde – in der Sicht der Kritiker – mit der Schiene der Kultur eine zwar allseits geschätzte, aber insgesamt wohl eher ablenkende und Lösungsmöglichkeiten verbauende Diskussion in Gang gesetzt. „Das Dilemma der kulturalistischen Position liegt ... darin, dass die Akteure eines Diskursfeldes ihre ‚Kultur‘, um sie zu verteidigen, stilisieren, reduzieren und standardisieren... Es handelt sich um einen Prozeß, der tendenziell zur Selbstverkapselung führt.“ (SCHIFFAUER 1997: 150)

So geriet das Konzept der multikulturellen Gesellschaft bereits Mitte der 1990er Jahre von zwei Seiten aus ins Zwielficht: Zum einen schien es aus der Perspektive gesamtgesellschaftlicher Entwicklungen, innerhalb deren auch mitunter von wirtschaftsliberaler Seite aus der Einwanderung und den mit ihr verbundenen Problemen wohlwollende Aufmerksamkeit geschenkt wurde (vgl. MIEGEL 1994), eine Art Ersatzschauplatz anzubieten, auf dem die nicht stattfindenden bzw. nicht gestalteten gesellschaftlichen Integrations- und Anerkennungs-

ansprüche eine „kulturelle“ Kompensation erfahren konnten (vgl. BADE 1994). Zum anderen wurde durch eine zum Teil im Zeichen der Postmoderne geführte Diskussion um die Vielgestaltigkeit und die Fragwürdigkeit kultureller Muster, insoweit sie als verbindliche Rahmenbedingungen für soziales Handeln verstanden wurden, die normative Geltung kultureller Zuordnungen selbst in Frage gestellt (vgl. BAUMAN 1995). Dies führte auch zu einer kritischen Distanz gegenüber kulturellen Zuschreibungen, die durch die ethnisch interpretierten Konflikte in der zweiten Hälfte des letzten Jahrzehnts, sei es auf dem Balkan, sei es in Afrika oder in den GUS-Staaten, ebenso bestärkt wurde wie durch die kritische Diskussion der These vom „Kampf der Kulturen“ (MEYER 1997), die durch Samuel Huntington 1993 bzw. 1996 in die Welt gesetzt worden war. Vor diesem Hintergrund dieser Kritik sollen hier nun zwei Thesen vertreten und im folgenden unter dem Stichwort „transkulturelle Gesellschaft“ ausgeführt werden:

- Angesichts der Vielfalt und Komplexität von Lebenszusammenhängen und Identitätsvorstellungen in modernen Migrationsgesellschaften ist es nicht sinnvoll, die Grundlagen des Zusammenlebens unterschiedlicher Menschen und Gruppen auf der Basis von Vorstellungen kultureller Homogenität zu entwickeln. Die Orientierung an kulturellen Unterschieden stellt vielmehr eine Einladung zur Regression dar, wenn sie nicht aufgrund mangelnder Komplexität schlicht unfähig sind, die „Realität“ des Lebens in fortgeschrittenen Industriegesellschaften unter den Bedingungen weltweiter Migration und schnellen sozialen Wandels überhaupt zu beschreiben.
- Angesichts der Ausdifferenzierung unterschiedlicher Subsysteme, die in ihren jeweiligen „Eigenlogiken“ gerade die Substanz und das Funktionsgefüge moderner Gesellschaften ausmachen (vgl. NECKEL 1994: 47), erscheint es illusorisch, wenn nicht ideologisch, ausgerechnet das Feld *der* Kultur als eine Art Metaebene gesellschaftlicher Synthesis zu setzen. „Transkulturelle Gesellschaft“ zielt vielmehr auf eine Relativierung kultureller Bindungen und Muster, auf eine Situation mithin, in der wie in der Vorstellung der Religion in den bürgerlichen Gesellschaften seit der Aufklärung, das Recht und die Notwendigkeit kultureller Orientierungen eingeräumt werden, das Recht auf Kultur aber zugleich dadurch gerechtfertigt, geschützt und entschärft wird, dass die auf sie gründenden Erwartungen und Orientierungen innerhalb allgemein gültiger Rechtsordnungen und politischer Partizipationsrechte Privatsache bleiben dürfen (müssen).

1 Perspektiven des Multikulturalismus

Bereits innerhalb des Anerkennungsdiskurses lassen sich freilich hinsichtlich der Konzeption einer multikulturellen Gesellschaft mehrere Zielsetzungen unterscheiden. So ging es in den ersten Jahren vornehmlich darum, die möglicherweise vorhandenen oder angenommenen kulturellen Unterschiede von Migranten(kindern) ins Zentrum pädagogischer Praxis und Reflexion zu stellen, wobei bereits in der Tatsache einer sich zur Einwanderung verstetigenden Migration gleichsam naturwüchsig Probleme und Konflikte in Rechnung gestellt wurden, zu deren Lösung neben gutem Willen zunehmend auch professionelle Hilfestellungen erforderlich schienen und also auch Gelder einzuwerben waren, ja ganze Berufsprofile, etwa im Bereich der Sozialarbeit, sich hieraus neu zu bestimmen suchten (vgl. AUERNHEIMER 1990; zur Kritik: MÜLLER 1996).

Ausgehend von diesen ersten, in mehrfacher Hinsicht „romantischen“ Anfängen, in denen sich neben caritativem Engagement und sozialfürsorigem Impetus eine Menge zivilisationskritischer und exotistischer Motive mischten (vgl. dazu RADTKE 1993: 26), erweiterte sich die Zielsetzung der Diskussion in den folgenden Jahren dann aber dahingehend, dass es nunmehr zum einen darum ging, die Tatsache einer auch für die Bundesrepublik bestehenden und zugleich weitgehend von ihren vorherrschenden politischen und rechtlichen Vorstellungen und dem Selbstverständnis ihrer Bürger her gelegneten Einwanderung zu thematisieren und auf deren Anerkennung zu dringen. Zum anderen ließ sich der Anspruch auch in der Richtung erweitern, dass sich in der Vorstellung einer multikulturellen Gesellschaft das Modell einer Gesellschaft entwickeln und vertreten ließ, das sich – vor dem Hintergrund der wechselvollen und teilweise katastrophischen Geschichte des deutschen Nationalismus (vgl. JOHNSTON 1990; DANN 1994: 274 ff.) – als weltbürgerlich orientierte Alternative darstellen wollte (vgl. COULMAS 1990). Vor allem für die jüngeren und besser ausgebildeten Altersgruppen erschien in den 1980er Jahren die Vorstellung des Lebens in einer multikulturellen Gesellschaft in ihrer die deutschen nationalstaatlichen Vorstellungen transzendierenden Konsequenz als eine das Unbehagen der Deutschen mit ihrer Nation (vgl. WEIDENFELD 1983; GREIFFENHAGEN 1993: 34 ff.) versöhnende Zukunftsorientierung. Zumal sie um ein postnationalistisches Staatsbürgerbewußtsein zentriert war, wie es mit unterschiedlichen Akzenten von Dolf Sternberger und Jürgen Haber-

mas im Begriff des „Verfassungspatriotismus“ (vgl. STEINGERRER 1982) thematisiert wurde und sich in den 1990er Jahren zu den Konturen einer „postnationalen Konstellation“ (HABERMAS 1998: 113 ff.) ausziehen ließ. In dieser Perspektive stellt das Programm einer multikulturellen deutschen Gesellschaft bis heute den Alternativentwurf zu einem monomanischen Staatsverständnis dar, das sich nicht zuletzt in dem auf der biologischen Abstammung (ius sanguinis) basierenden Staatsbürgerschaftsrecht der Bundesrepublik spiegelte, das erst zum 1.1.2000 verändert wurde.

Aufgrund der genannten unterschiedlichen Zielsetzungen: einerseits zielte die Diskussion auf die Anerkennung der Einwanderungssituation und auf die praktische, zum Beispiel sozialpädagogische und juristische, Gestaltung der damit verbundenen Aufgaben (u. a. die Förderung muttersprachlichen Unterrichts, die Schaffung von Treffpunkten und Beratungsdiensten, die Berücksichtigung anderer Sprachen und Kulturen in Öffentlichkeit und Bildungskanon), andererseits ging es um die Überwindung des Monopolcharakters der vermeintlich homogen sich verstehenden „deutschen Kultur“ und zumal ihrer christlichen Wertordnung (vgl. OBERNDÖRFER 1991; POMMERIN-GÖTZE u. a. 1992), geriet die Debatte freilich auch in die Fallstricke einer grundlegenden Auseinandersetzung zwischen einem kulturellem Relativismus, der die faktische Gleichgültigkeit aller Kulturen, also eine Gleichwertigkeit von Minderheiten- und Dominanzkulturen und eine jeweils damit unhintergehbare Grenze sowohl für Verständnis als auch für Kritik postulierte (vgl. GEERTZ 1998; RORTY 1993: 104 ff.), und einem Universalismus, der ob menschenrechtlich oder anthropologisch fundiert, die prinzipiell mögliche Gleichwertigkeit jeder Kultur mit dem Problem der Bewertung ihrer jeweils konkret unterschiedlichen Erscheinungsformen in Verbindung brachte, und damit einem grenzenlosen Relativismus entgegentrat (vgl. TAYLOR 1993: 65 f.).

In diesem Zusammenhang kam dem Begriff der Kultur zunächst die Funktion einer strategischen Option zu, die dazu geeignet schien, die Forderungen nach Anerkennung unterschiedlicher Personen und Gruppen auf der Ebene von Wertsetzungen zu thematisieren, ohne damit aber zugleich die prinzipielle Wertgleichheit vertreten zu müssen. „Bei unserer Beschäftigung mit einer Kultur werden wir entweder etwas entdecken, das großen Wert besitzt, oder nicht. Aber zu fordern, dass wir etwas finden *müssen*, ist genauso unsinnig, wie zu verlangen, wir müßten herausfinden, dass die Erde rund oder flach ...sei.“ (TAYLOR 1993: 66). Zugleich traten im Begriff der Kultur selbst Mehrdeutigkeiten in den Blick, wodurch die Grenzen und Zwiespälte eines

über das Thema der Kultur geführten Anerkennungsbegehrens erst Recht zur Geltung kamen. Denn der zunächst positiv ausgezeichnete Begriff der Kultur und die Vorstellung einer hierauf aufbauenden „kulturellen Vielfalt“ enthielten eine Reihe weitergehender, erst im Laufe der Zeit durchschauter Nebenbedeutungen, die eine Konzentration auf das Feld der Kultur und erst recht die Vorstellung einer das Individuum umfassenden, ja ganze Gruppen prägenden Kultur gerade aus der Perspektive sozialen Wandels und individueller Veränderungschancen und -wünsche durchaus fragwürdig erscheinen ließen. „Wo immer jemand auf *eine* Rolle festgelegt, sozusagen festgenagelt wird, die in alle anderen Rollen durchschlägt und die als ein Schicksal, als gleichsam naturhafte über den Rollenträger verfügt wird – der Deutsche, türkische Gastarbeiter..., Jude, Homosexuelle... die Frau...- da ist das in der modernen Gesellschaft ein Signal der Intoleranz, der verweigerten Freiheit. Verfemung ist dann mindestens heimlich immer schon vorhanden, und die Verfolgung duckt sich zum Sprung“ (KROCKOW 1983: 67).

2 Mehrdeutigkeiten im Kultur-Begriff

Seit der zweiten Hälfte der 1980er Jahre richtete sich eine grundsätzlicher ansetzende Kritik des Multikulturalismus – soweit sie nicht die eben genannten Probleme nutzte, um sie mit dem Hinweis auf die grundlegendere Berechtigung der christlich-abendländischen Dominanzkultur abzuweisen – zum einen gegen die Essentialisierung der mit dem Konzept angesprochenen kulturellen Orientierungen und gegen die unfreiwillige Reduzierung unterschiedlicher Menschen und Gruppen auf eine vermeintlich homogene kulturelle Identität. Zum anderen wandte sie sich gegen eine Vorstellung, die in der Anerkennung der Relativität von Kulturen und deren wie auch immer begründeter und ausgeweiteter Wertschätzung einen Schlüssel zur Gestaltung einer auf der Basis von Freiheit, Gleichheit und Solidarität beruhenden Gesellschaft sah.

Mit einer zunächst aus dem Geiste des Postmodernismus geborenen Dezentrierung des Kulturbegriffs (vgl. KONERSMANN 1998) und einer damit einhergehenden Differenzierung und De-Essentialisierung kultureller Bindungen rücken freilich die Kontingenzen kultureller Prägungen und ihre lebensgeschichtliche Privatisierung ebenso in den Vordergrund wie grundsätzliche Positionen

universeller Anerkennung (etwa der Menschenrechte) gerade im gesellschaftlich-politischen Bereich nicht aufgegeben werden können. „Fast alle Unterschiede – von Sitten, Gebräuchen, Traditionen, Werten – können und müssen entgegen jeder dumpfen und mißgünstigen Verschlossenheit in einem brüderlichen Dialog überwunden werden. Aber es können sich Situationen ergeben, da Kulturen, Gruppen und Individuen unter Umständen das, was dem anderen unannehmbar und unmenschlich erscheint, als für sie unverzichtbare Werte empfinden. Man soll immer auf den Dialog setzen, aber im Bewußtsein, dabei womöglich vor dramatische Entscheidungen gestellt zu werden, die ihn verhindern“ (MAGRIS 1998). Diese Problematik eines auf der Basis vorgegebener Kulturen geführten Dialogs führt in der Folge dazu, die Frage kultureller Orientierungen auf einer Metaebene erneut zu stellen.

Hierfür läßt sich die Vorstellung einer transkulturellen Gesellschaft als Umriß formulieren. Das Konzept geht von der für Individuen und Gruppen teilweise gültigen orientierenden Funktion partikularer Kulturen aus, verweist dann aber auf eine gesamtgesellschaftlich gebotene Verzichtleistung, jeweils eine kohärente und verbindliche Kultur zu definieren, und strebt damit die Überwindung jeweils bestimmter konkreter Muster zugunsten einer Wahlfreiheit auf der Basis universeller kultureller Kompetenzen an. „ ‚Transkulturalität‘ will beides anzeigen: dass wir uns jenseits der klassischen Kulturverfassung befinden; und dass die neuen Kultur- bzw. Lebensformen durch diese alten Formationen wie selbstverständlich hindurchgehen“ (WELSCH 1992: 5).

In der Konsequenz erscheint die Zuordnung von Menschen zu Kulturen dann sowohl unter der Perspektive ihrer personalen Identität als auch unter der Wahrnehmung ihrer Gruppenzugehörigkeit (vgl. KRAPPMANN 1975: 32 ff.) entweder als verfehelter Ansatz, weil die tatsächlich in fortgeschrittenen Industriegesellschaften wirksamen Zugehörigkeit und Identität stiftenden Muster: Bildung, Leistung, Rechte, Geld und soziale Anerkennung hiervon nicht oder kaum berührt werden (vgl. REESE-SCHÄFER 1997), oder aber die Zuordnung zu Kultur bringt die Ambivalenzen des Kulturbegriffs selbst in den Blick, von denen aus sich zwar Identitäten und Zugehörigkeiten diskutieren lassen, gerade diese aber nicht in gewünschter oder postulierter Eindeutigkeit erscheinen können. „Es gibt keinen Schluß von wie auch immer beschaffener, definierter kultureller Andersartigkeit, Verschiedenheit in Eigen- und Fremdwahrnehmungen und der politischen Dramaturgie und Konstruktion von Fremd- und Feindbildern. Diese Inszenierungen *bedienen* sich der Bemäntelung des Natürlichen, der Her-

kunft, des Ursprünglichen und Substantiellen, aber sie vollziehen tatsächlich Entscheidungen, Selektionen, Konstruktionen, die Erfindungen gleichkommen“ (BECK 1996: 339).

Eine hieran anschließende Diskussion setzt freilich eine grundlegende Umorientierung des Kulturbegriffs voraus. Sie besteht im wesentlichen darin, dass die Vorstellung von Kultur als eines wertsetzenden Kontinuums, so wie sie von Herder über die Romantik bis zur Begründung der Kulturwissenschaften am Ende des 19. Jahrhunderts zumal die deutsche Diskussion bestimmte (vgl. BOLLEN-BECK 1994) und hier vor allem durch die Oppositionsbildungen zu „Natur“ (vgl. BÖHME 1996: 48 ff.) einerseits und zu „Zivilisation“ (FISCH 1992: 724 ff.) andererseits ihre Konturen erhielt, zugunsten einer formalen, funktionalistischen Bestimmung von Kultur verändert wird. Denn gerade die teils beschönigende, teils beschwichtigende Alltagsrede, dass sich über Geschmack nicht streiten lasse, verdeckt bzw. übersieht die Tatsache, dass sich über kulturelle Wertsetzungen, die im gebildeten Verständnis gerade die Voraussetzung eines Geschmacksurteils (vgl. STIERLE 1974) bilden, durchaus streiten läßt, ja dass Kultur als Feld und Objekt individueller und gruppenspezifischer Wertungen als bevorzugtes Feld der Auseinandersetzung und des Streites angesehen werden kann.

Entsprechend geht Klaus Eder von einer „polemogenen“ Eigenschaft der Kultur aus. „Was eine Gesellschaft integriert, ist gerade nicht Kultur. Im Gegenteil, *Kultur entzweit*. Kultur hat nur die Funktion, Handlungsorientierungen mit Bedeutungen zu versehen. Und über Bedeutungen läßt sich – wie jeder weiß – trefflich streiten. Die These lautet also, dass Kultur Streit erzeugt, dass Kultur sozial desintegrativ ist“ (EDER 1994: 149; Hervorh. dort). In ähnlicher Weise findet sich die Kritik des „klassischen“ Kulturbegriffs bei Wolfgang Welsch: „...das klassische Kulturmodell ist ... seiner Struktur nach kultur-rassistisch. Er [der kulturelle Rassismus – Anm. W. Nell] besagt: Diese Kultur ist eine andere als jene; nichts aus ihr ist unverändert in eine andere zu übertragen; man muß die Kulturen reinlich trennen und scheiden. Es braucht eine Polizei nach innen und nach außen: nach innen, um über die Authentizität der Kultur zu wachen, die nicht durch Importe verwässert, durch Einwanderung untergraben werden darf; nach außen um die Grenze dicht zu halten.“ (WELSCH 1992: 9 f.) oder Werner Schifffauer: „Das Problematische an diesem Kulturbegriff zeigt sich, wenn man versucht, ihn etwa in bezug auf die ‚deutsche Kultur‘ zu füllen. Was sind eigentlich die geteilten Normen, Werte und Überzeugungen (Deutungsmuster!) die den ‚Kern‘ unserer politischen Kultur ausmachen? Sobald wir versuchen, dieses Phänomen zu fassen,

entzieht es sich. Jeder Versuch, die Differenzen zu benennen und das Eigentümliche heraus zu präparieren, endet unweigerlich beim Klischee – bei Ordnungsliebe, Sauerkraut und Lederhose“ (SCHIFFAUER 1999: 18).

Geschuldet ist dieser Einstieg in eine Sackgasse freilich einem affirmativ gebrauchten zweiwertigen Kulturbegriff nach dem Muster von Sätzen: „Kultur ist...“ und „Kultur ist nicht...“, während im Lichte einer systemtheoretischen Betrachtung Kultur als das Festhalten der Beobachtung an einer dreiwertigen Strukturierung des gesellschaftlichen Feldes verstanden werden kann. „Kultur als Kommunikation zu beschreiben, die einen ganz besonderen Typ von Beobachtung realisiert...“, nämlich die Beobachtung von Sachverhalten als *Unterscheidungen* und die Beobachtung dieser Unterscheidungen *auf ihre Form hin*. (...) Kultur ist sozusagen der universell gewordene dritte Wert, das tertium datur als Einspruch gegen alles, was diese Gesellschaft in die Form des Entweder-Oder zu bringen können glaubt. (...) Kultur ist der Einwand des tertium datur gegen die Zweiwertigkeit aller Unterscheidungen“ (BAECKER 1996: 8 f.). In dieser kommunikationstheoretischen Sicht bietet Kultur somit als eigenständiger Code einen Überschuß an Bedeutungsmöglichkeiten an, den sie in seiner Mehrdeutigkeit gegen jede Form eines Abbaus dieser Polyvalenzen durch Eindeutigkeit (des Handelns, des Verstehens, der Wertorientierungen und der zu vermittelnden Maximen) anstrebende Interpretation festhält. Auf der Basis eines so verstandenen mehrwertigen Kulturbegriffs lassen sich dann entsprechende Konzepte und Realisierungen für die Vermittlung transkultureller Orientierungen und Kompetenzen bis hinein in die politische Bildung und Alltagskultur (HAMBURGER u. a. 1997: 277 ff.) einlösen.

Ob damit kulturelle Diskurse und Repertoire eher als ein Widerlager auch gegen politische Handlungsvollzüge dienen oder als Medium für diese gesehen werden können, bleibt freilich umstritten. Zu denken ist etwa an die Rede von der „Kulturgesellschaft“ oder von der Stadtkultur in den 1980er Jahren, gerade als neue Verwerfungen der Sozialstruktur sichtbar wurden und unter neoliberalen Vorzeichen etwa durch eine „Festivalisierung der Städte“ (vgl. SIEBEL 1992) verdeckt werden sollten. Entsprechend hatte Otto K. Werkmeister den Krisenkult in der westlichen Kultur am Ende der 1980er Jahre als Mischung von verschärften Ansprüchen auf sinnliche Erfahrung („kicks“ und „thrills“) und Neutralisierung von Zusammenhängen und Verantwortlichkeiten beschrieben und im Stichwort der „Zitadellenkultur“ gefaßt: „Sie hält den Widerspruch zwischen Wohlstand und Leiden in einer tragischen Collageform bewußt, die ihn der rationalen Klärung enthebt und der Frage seiner

politischen Lösung ausweicht. So illuminiert die Zitadellenkultur die vollständige, aber entscheidungslose Informations- und Meinungsfreiheit, die in den demokratischen Industriestaaten erreicht ist. (...) Die ästhetischen Projektionen eines allgemeinen Konfliktbewußtseins, die sie ihnen liefert, tragen dazu bei, die Zitadellengesellschaften von der Lösung der Notlage zu entlasten, in die sowohl ihre eigenen unterlegenen Schichten als auch die Bevölkerungen ihrer Zuträgerländer abgedrängt werden“ (WERCKMEISTER 1989: 18 f.).

Andererseits stellt die Behauptung eigenständiger kultureller Muster immer auch ein die Individuen und Gruppen sicherndes und sichtbarmachendes Element im Zusammenhang von gesellschaftlichen Diskursen dar, in denen – zumal im Zuge ihrer medialen Vermittlung – Codierungsfragen und Codierungsleistungen in den Mittelpunkt treten. Gegenüber der damit ermöglichten und zumeist auch geforderten binären Struktur ließe sich auf der Basis des hier umrissenen Kulturbegriffes nun allerdings eine mehrwertige, damit relativierte und reflexiv gesetzte kulturelle Identität bestimmen, die dem einzelnen Sichtbarkeit und Selbständigkeit gestatten könnte: „Jedes Individuum, jedes Selbst kann unter normalen äußeren Bedingungen mit einer Mehrfachidentität leben, ohne dass es sich in gefährlicher Weise fragmentiert fühlen muß. Michael Walzer hat darauf hingewiesen, dass die Herausbildung einer komplexeren Identität jedes und jeder einzelnen, die ihr oder ihm erlaubt, Differenzen sozusagen in der eigenen Persönlichkeit zu verschmelzen, die Erde als weniger gefährlichen Ort erscheinen läßt“ (REESE-SCHÄFER 1997: 326).

Dem entsprechend läßt sich die Auseinandersetzung um die multikulturelle Gesellschaft in den letzten Jahren entlang der Linie eines einfachen, affirmativen und eines reflexiv-kritischen Gebrauchs des Kultur-Begriffs beschreiben. Gerade „weil sich die emergierenden Gemeinsamkeiten in einer komplexen Gesellschaft so gut wie nie zu einem geteilten Komplex von Deutungsmustern, Normen und Werten verfestigen, ist es schlicht unmöglich, die Gemeinsamkeit insgesamt zu benennen. Die Verfangenheit im Herderschen Kulturbegriff produziert demnach Verhaltensweisen, die einem Phantom angemessen sind: Beschwörungen auf der Seite der Rechten – sie fordern die Verteidigung von etwas, von dem sie nicht angeben können, was es ist – und die Dämonisierung seitens des Linken – sie verteufeln etwas, von dem sie ebensowenig angeben können, was es ist“ (SCHIFFAUER 1999: 18). Schiffauer vertritt demgegenüber den Vorschlag, Kultur als ein Diskursfeld zu begreifen, dessen Inhalte und Formen zur Verhandlung stehen. Das Prozedere und die Vorstellungen von Ergebnissen und Kompromissen

würden dann – Thema und Signatur der transkulturellen Gesellschaft – dem Sachverhalt Rechnung tragen, dass sich Menschen über Kulturen definieren, dass sie aber zugleich gut daran tun, sich nicht mit einer bestimmten ganz zu identifizieren; nicht zuletzt deshalb, weil das Nebeneinander kultureller Versatzstücke in Gesellschaften, Gruppen und auch in Individuen den „Normalfall in einer komplexen Gesellschaft“ (ebd.) darstellen. „Während der klassische Kulturbegriff also von Gemeinsamkeiten ausgeht, von geteilten Normen und Werten, geht der hier vorgeschlagene Kulturbegriff von Differenzen aus.“ (ebd.).

3 Das Dilemma des Multikulturalismus

Wenn diese Einsicht von der Nominalität der Kultur nun auf die mit dem Stichwort „Multikulturalismus“ ansprechbaren Anerkennungs- und Aushandlungsprozesse von Minderheiten- und Mehrheitskulturen in modernen Gesellschaften bezogen wird, so erscheinen eine systematische, dann eine historische und schließlich eine gesellschaftstheoretische Problematik des Konzepts, die zunächst darin besteht, dass der Vorstellung einer die Individuen übergreifenden Kultur immer auch ein Hang zur Totalisierung und damit zur Ideologisierung eignet, die dann in einem zweiten Schritt darauf ausgeht, Individualität, Ehre und Selbstbestimmung, die ja gerade als Erzeugnisse der Kultur gelten, unter den Anforderungen eben dieser kulturellen Selbstbestimmung wieder einzuziehen. „Das Programm des Multikulturalismus zielte auf einen Beitrag der vielen Kulturen zur common culture; der faktische Multikulturalismus aber hat den Weg des Separatismus eingeschlagen. Die Entwicklung ist drastisch und war in letzter Zeit mehrfach Gegenstand öffentlicher Debatten. Statt Pluralität bildet sich Partikularismus, statt Bürgerlichkeit entsteht eine Diktatur der Minderheiten, ja ein Totalitarismus partikularer Kulturen“ (WELSCH 1992: 14). Beispiele aus dem Alltag solcher Zurechnungs- und Verhandlungskonflikte finden sich zuhauf (vgl. etwa HELLER 1994 für die USA; für die Bundesrepublik zuletzt GRIMM 2000). Am nachhaltigsten hat in der deutschen Diskussion wohl Frank-Olaf Radtke die im Konzept des Multikulturalismus vorhandenen Widersprüche herausgearbeitet, wobei das zentrale Dilemma darin besteht, „die ethnische Differenz zwar zu sehen (und zu respektieren) aber dennoch sozial keinen Gebrauch davon zu machen.“ (RADTKE 1993: 27), und er hat frühzeitig vor den

mit dem Konzept des Multikulturalismus verbundenen Formen der „Ethnisierung“ gewarnt: „alle münden in einer Ethnisierung und Selbstethnisierung gesellschaftlicher Gruppen und sozialer Konflikte“ (RADTKE 1990: 13).

Besteht das Dilemma des Multikulturalismus in systematischer Hinsicht darin, dass im Sinne eines sozialen Konstruktivismus alle Zuordnungsmuster, die als Kulturen oder kulturelle Versatzstücke in Betracht kommen, selbst wieder Ergebnisse gesellschaftlicher Selektionsprozesse sind, die die kulturellen Ansprüche erst „erfinden“ müssen, auf die gestellt sie sich dann legitimieren können (also „Münchhausen“ als Kulturschöpfer), so erscheint die Debatte in historischer Hinsicht davon bestimmt, dass sich die als kulturell verstandenen Differenzen gerade nicht über kulturelle Muster begründen lassen, sondern selbst Ergebnisse historischer Entwicklungen und Setzungen aus dem Nachhinein sind, die in einigen Fällen das Muster der Kultur, in anderen Fällen andere Muster (Sprache, Geschlecht, soziale Gruppenbildungen, Konfessionszugehörigkeit, Regionalität, Familie oder Generation) als Medien der Zuordnung (und damit auch der Ausschließung) genutzt bzw. bevorzugt haben. „Die ‚kulturelle‘ Differenzierung erfolgt entlang kontingenter, historisch tradierter Merkmale zur Herstellung von ‚Wir‘- und ‚Sie‘-Gruppen, wodurch die schon immer diskriminierten oder die später hinzugekommenen in der Konkurrenz um Güter, Transferleistungen und Chancen geschwächt werden. (...) ‚Multikulturalität‘ ist wie ‚Pluralität‘ ein Merkmal von marktwirtschaftlich und rechtsstaatlich geprägten Einwanderungsgesellschaften, die in der Konkurrenz der Prinzipien ‚politische Gleichheit‘ und ‚ökonomische Freiheit‘ Unterschiede, d. h. Diskriminierung zwischen Gesellschaftsmitgliedern zulassen und aufrechterhalten“ (RADTKE 1990: 13).

Wem heute die Frage, ob Muslime Beamte werden können in Deutschland sinnvoll erscheint, der möge sich daran erinnern, dass sich zu Zeiten des Bismarck'schen Kulturkampfes auch die Frage diskutieren ließ, ob von (ultramontanen) Katholiken hinreichend genug Loyalität zu erwarten sei, so dass sie als zuverlässige Staatsdiener (und „Gastarbeiter“) in Betracht kommen konnten; in der Regel wurde auch damals diese Frage verneint (vgl. ULLRICH 1995). Gerade in dem Maße, in dem gesellschaftliche und damit verbunden wirtschaftliche und rechtliche Ungleichheit erzeugt bzw. geduldet werden – und dies ist die Regel marktkapitalistischer Gesellschaften – entsteht bzw. besteht ein Bedarf an Unterscheidungskriterien und Bearbeitungsformen (Sinndeutungen) dieser Unterscheidungen. Dies begründet das dritte – gesellschaftstheoretische – Dilemma des Multikulturalismus.

Denn gerade vor dem Hintergrund der deutschen Bildungsgeschichte wird dem Medium Kultur die vermittelnde, ja „versöhnende“ Funktion zugetraut (vgl. BOLLENBECK 1994), die es - wie oben bei Eder angesprochen - gerade nicht bieten kann. „Multikultur, auch das wird häufig übersehen, ist nicht an die Präsenz von unterschiedlichen Ethnien unterschiedlicher geographischer Herkunftsorte gebunden. Kultureller Streit und somit die gegenseitig nicht tolerierte Gegenwart unterschiedlich bewerteter Lebensformen ist im Kern des Abendlandes ... bereits vorhanden“ (UNSCHULD 1999).

Angesichts fortbestehender und in den 1990er Jahren verschärfter gesellschaftlicher Ungleichentwicklung und Ausgrenzung, die – denkt man an das Verhältnis Ost-West oder an die Konkurrenz älterer und jüngerer Arbeitnehmer, nicht zuletzt an die ungleiche Verteilung von Bildungschancen – auch erneut als Konturen einer Klassengesellschaft (GEISLER 1996) interpretieren werden können, hebt das Konzept der multikulturellen Gesellschaft nicht nur einseitig kulturelle Muster unangemessen hervor, sondern liefert auch noch Formen des kulturellen Rassismus (BALIBAR 1989) und einer kulturalistisch begründeten Fremdenfeindschaft Vorschub (SILBERMANN und HÜSERS 1995). Demgegenüber ließe sich vom Konstruktionscharakter kultureller Zuschreibungen allenfalls etwas über die grundlegende soziale Konstruktion von Eigen- und Fremdbestimmungen selbst lernen: Ihre historische Kontingenz und ihre Determiniertheit als soziale Funktion. „Der Fremde in vormodernen Gesellschaften ist als Fremder das, was heute alle sind, nämlich zunächst einmal bloße Funktionsträger. Leistungsformen, die zu ihrer Realisierung gerade nicht persönliche Bindungen, Freundschaft oder Verwandtschaft voraussetzen... sind charakteristisch für moderne Gesellschaften. Man kann sagen, sie basierten darauf, dass Fremdheit kein besonderer sozialer Status mehr ist, sondern allgemeines Los. Die Voraussetzung dafür, dass dies funktionieren kann, ist allerdings, dass eine allgemeine Anerkennung aller Bürger als Bürger gegeben ist, daß also auch Schutz und Rechtszugang universal zugänglich sind. Moderne Gesellschaft kann nur deshalb Fremdheit generalisieren, weil sie gleichzeitig Fremdheit als Sonderstatus dadurch aufhebt, dass *alle* Fremde sind“ (HAHN 1994: 62).

Was hier zum Status der Fremdheit und seiner Aufhebung in einer Gesellschaft der Fremden (vgl. KRISTEVA 1990) gesagt wird, kann auf das Feld der Kultur(en) übertragen werden. In dem Maße wie alle als Träger unterschiedlicher teilkultureller Muster gesehen werden können, werden die jeweiligen Mischungsverhältnisse individualisiert und relativiert. Dies bietet zum einen die Chance neuer auch gruppenspezifischer Zusammensetzungen

gen unterschiedlicher kultureller Versatzstücke („Turkish Power Boys“; vgl. TERTILT 1996; „KANAK ATTAK“ 1999), zum anderen wird der jeweils durch eine Kultur gegebene und ermöglichte Rahmen dadurch überschritten („Transkulturelle Gesellschaft“) und selbst zur Diskussion und weiterer politischer oder künstlerisch-kultureller Bearbeitung freigegeben.

4 Transkulturalität und reflexive Kulturen

Tatsächlich aber – und dies zeigt auch der Verlauf der Diskussion um Multikulturelle Gesellschaften in den neunziger Jahren – wird Kultur noch immer weitgehend als Ersatzfeld für fehlende und eingeschränkte Teilhabemöglichkeiten an gesellschaftlicher Anerkennung gesehen, die in der Regel über Arbeit, Geld, Recht, Bildungschancen und politische Partizipation gewährt wird und – typisch für fortgeschrittene Industriegesellschaften – in einer Kombination dieser Faktoren und mit einer damit verbundenen, jeweils unterschiedlich gemischten Vielgestaltigkeit kultureller Muster in Erscheinung tritt. Demgegenüber ist der bei kulturellen Zuordnungen, auch in empirisch-analytischen Zusammenhängen (vgl. SCHERR 1998) zugrundeliegende Begriff einer homogenen Gruppenkultur unterkomplex und eher geeignet, aufs Neue Individuen zu unterwerfen bzw. auszugrenzen als deren partielle und jeweils neu auszuhandelnde Integration zu befördern.

Unter den Bedingungen reflexiver Modernisierung könnte statt dessen ein die Besonderheiten jeweiliger kultureller Zuschreibungen übersteigender selbstreflexiver Gebrauch kultureller Wertsetzungen und Muster („Transkulturalität“) die jeweils für nötig empfundenen Bindungen ebenso anbieten wie die verdinglichende Reduktion komplexer gesellschaftlicher Handlungszusammenhänge auf sogenannte Kulturfaktoren wenn nicht verhindern, so doch wenigstens begrenzen. Eine solche Überschreitung der herkömmlichen und immer neu zugeordneten kulturellen Schranken läßt sich auf der Ebene der Individuen als komparative Kompetenz fassen: „Das Leben in zwei Kulturen enthält Entwicklungsanreize, die als Anregungen zum Vergleich zwischen jeweils mindestens zwei Handlungs- und Interpretationsmodellen wahrgenommen werden und die nicht zu einer möglicherweise unbewußten Unterordnung unter ein Modell, sondern zur reflexiven Wahl einer Alternative veranlassen. Wenn sich dabei zwei Faktoren kontra-

diktatorisch gegenüberstehen, kann dieses Dilemma zur kreativen Herausbildung einer prinzipienorientierten Synthese provozieren. Migration muss deshalb als Chance des Kulturfortschritts definiert werden, vor allem aber im Hinblick auf die Ermöglichung von Handlungsautonomie untersucht werden“ (HAMBURGER 1997: 9 f.).

Auf der Ebene des gesellschaftlichen Systems und seiner Institutionen wird dem Gedanken einer transkulturellen Gesellschaft wohl in dem Sinne am ehesten Rechnung getragen, dass kulturelle Orientierungen und entsprechende Handlungen solange Privatsache sein müssen (können), so lange hierdurch nicht die grundlegenden Menschenrechte und die pluralistische Ordnung moderner Gesellschaften eingeschränkt bzw. aufgehoben werden. „Da jede Freiheit, auch die religiöse, in Konflikt mit anderen Freiheiten oder mit derselben Freiheit anderer geraten kann, sind gesetzliche Beschränkungen zur Verhütung von Freiheitsmissbrauch und zur Wahrung wichtiger Gemeinschaftsgüter nötig und zulässig“ (GRIMM 2000: 13). Tatsächlich kann das Modell transkultureller gesellschaftlicher Orientierungen nur unter Bedingungen gelingen, die kulturellen Relativismus und Pluralismus mit institutionellen Sicherungen eben dieser Vorgaben verbinden. „Nicht alle Kulturkonflikte lassen sich harmonisch lösen. In bestimmten Kernbereichen bleibt nur die Alternative von Anpassung oder Wegzug“ (GRIMM 2000: 13).

So wie sich für die Beschreibung einer Kultur bereits die Wahl des Modells immer wieder stellt: „Sie muß einmal betrachtet werden, als ob sie ein vergleichsweise geschlossenes System von Standards und Regeln darstellte, zum anderen als ob sie ständig im Fluss wäre.“ (SCHIFFAUER 1997: 149), so bietet sich auch das Modell transkultureller Gesellschaft möglicherweise nur im Wechsel zu multikultureller Gesellschaft an, je nachdem welche Funktionen kultureller Orientierung und welche individuellen und gruppenbezogenen Zielsetzungen (Anerkennung, Einschränkung oder Erweiterung von Freiheitschancen) angesprochen werden. Dabei stellen die das Individuum schützenden Menschenrechte und die durch Bildung und andere institutionelle Sicherungen ermöglichte Fähigkeit zu einer reflexiven Selbstverortung die wichtigsten kulturellen Muster dar, die unter den Rahmenvorgaben Integration und Individualisierung eine Diktatur der kulturellen Orientierungen verhindern können.

5 Literatur

- AUERNHEIMER, GEORG: Einführung in die interkulturelle Erziehung. - Darmstadt 1990.
- BADE, KLAUS JÜRGEN: Was man tabuisiert, kann man nicht gestalten. - Frankfurter Rundschau 21. November 1994: 12.
- BAECKER, DIRK: Der Einwand der Kultur. - Berliner Journal für Soziologie 6 (1996) 1: 5-14.
- BALIBAR, ETIENNE: Gibt es einen „neuen Rassismus“? Das Argument 31 (1989) 175: 369-380.
- BAUMAN, ZYGMUNT: Philosophie der Fitness. - Die Tageszeitung 25./26. März 1995: 19-21.
- BECK, ULRICH: Wie aus Nachbarn Juden werden. Zur politischen Konstruktion des Fremden in der reflexiven Moderne. In: MILLER, MAX und SOEFFNER, HANS-GEORG (Hrsg.): Modernität und Barbarei. - Frankfurt a.M. 1996: 318-343.
- BÖHME, HARTMUT: Vom Cultus zur Kultur(wissenschaft). Zur historischen Semantik des Kulturbegriffs. In: GLASER, RENATE und MATTHIAS LUSERKE (Hrsg.): Literaturwissenschaft – Kulturwissenschaft. Positionen, Themen, Perspektiven.- Opladen 1996: 48-68.
- BOLLENBECK, GEORG: Bildung und Kultur. Glanz und Elend eines deutschen Deutungsmusters. - Frankfurt a.M., Leipzig 1994.
- COULMAS, PETER: Weltbürger. Geschichte einer Menschheitssehnsucht. - Reinbek 1990.
- DANN, OTTO: Nation und Nationalismus in Deutschland 1770-1990. - München 1994.
- EDER, KLAUS: Das Paradox der „Kultur“. Jenseits einer Konsensustheorie der Kultur. - Paragrana 3 (1994) 1: 48-173.
- EPD-Dokumentation: „Wir leben in der Bundesrepublik in einer multikulturellen Gesellschaft“. Neun Thesen zum Tag des Ausländischen Mitbürgers und Texte eines Symposiums der Kirchen im September 1980. - Frankfurt a.M. 1980.
- Evangelische Akademie Iserlohn (Hrsg.): „Multikulturelle Gesellschaft“ – Wunsch, Realität oder Reizwort? - Iserlohn 1989 (Tagungsprotokoll 11/89).
- FISCH, JÖRG: Zivilisation, Kultur. In: BRUNNER, OTTO u. a. (Hrsg.): Geschichtliche Grundbegriffe. Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland 7. - Stuttgart 1992: 679-774.
- GEERTZ, CLIFFORD: Anti-Antirelativismus. In: KONERSMANN, RALF (Hrsg.): Kulturphilosophie. - Leipzig 1998: 253-291.
- GEISSLER, HEINER: „Demokratie ist kein Gesangsverein Harmonie“. - Die Zeit vom 28. Oktober 1988: 9-10.
- GEISSLER, HEINER: Kein Abschied von Klasse und Schicht. Ideologische Gefahren der deutschen

- Sozialstrukturanalyse. - Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie 48 (1996) 2: 319-338.
- GREIFFENHAGEN, MARTIN und SYLVIA: Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland. - München, Leipzig 1993.
- GRIMM, DIETER: Das Andere darf anders bleiben. Wie viel Toleranz gegenüber fremder Lebensart verlangt das Grundgesetz? - Die Zeit 8 vom 17. Februar 2000: 12f.
- HABERMAS, JÜRGEN: Die postnationale Konstellation und die Zukunft der Demokratie. In: ders.: Die postnationale Konstellation. Politische Essays. - Frankfurt a.M. 1998: 91-169.
- HAHN, ALOIS: Die soziale Konstruktion des Fremden. In: SPRONDEL, WALTER M. (Hrsg.): Die Objektivität der Ordnungen und ihre kommunikative Konstruktion. Für Thomas Luckmann. - Frankfurt a.M. 1994: 140-163.
- HAMBURGER, FRANZ: Pädagogik der Einwanderungsgesellschaft. - Frankfurt a.M. 1994.
- HAMBURGER, FRANZ: Kulturelle Produktivität durch komparative Kompetenz. - Mainz 1997.
- HAMBURGER, FRANZ u. a.: Migration. Geschichte(n) – Formen – Perspektiven. - Schwalbach/Ts. 1997.
- HELLERS, AGNES: Die Zerstörung der Privatsphäre durch die Zivilgesellschaft. - Ästhetik und Kommunikation 23 (1994) 85/86: 23-35.
- JOHNSTON, OTTO W.: Der deutsche Nationalmythos. Ursprung eines politischen Programms. - Stuttgart 1990.
- KANAK, ATTAK: „Dieser Song gehört uns!“ - Die Tageszeitung vom 28. Januar 1999: 12.
- KONERSMANN, RALF: Kultur als Metapher. In: ders. (Hrsg.): Kulturphilosophie. - Leipzig 1998: 327-354.
- KRAPPMANN, LOTHAR: Soziologische Dimensionen der Identität. Strukturelle Bedingungen für die Teilnahme an Interaktionsprozessen. - Stuttgart 1975.
- KRISTEVA, JULIA: Fremde sind wir uns selbst. - Frankfurt a.M. 1990.
- KROCKOW, CHRISTIAN GRAF VON: Gewalt für den Frieden? Die politische Kultur des Konflikts. - München, Zürich 1983.
- MEYER, THOMAS: Identitäts-Wahn. Die Politisierung des kulturellen Unterschieds. - Berlin 1997.
- MAGRIS, CLAUDIO: Die ungeschriebenen Gesetze der Götter. Notwendigkeit und Schwierigkeit des Dialogs über Europa. - Frankfurter Rundschau 283 vom 5. Dezember 1998: ZB 3.
- MIEGEL, MEINHARD: Die Zukunft von Bevölkerung und Wirtschaft in Deutschland. In: BADE, KLAUS J. (Hrsg.): Das Manifest der 60. Deutschland und die Einwanderung. - München 1994: 30-34.
- MIKSCH, JÜRGEN: Kulturelle Vielfalt statt nationaler Einfachheit. Eine Strategie gegen Nationalismus und Rassismus. - Frankfurt a.M. 1989.
- MÜLLER, HEINZ: Interkulturelle Pädagogik und Sozialpädagogik. Anmerkungen zu einem unbestimmten Verhältnis. In: BERNHARD, ARMIN (Hrsg.): Interkulturelle Aspekte sozialpädagogischen Handelns. Überlegungen zu Ausbildungsinhalten und Praxiskompetenzen. - Mainz 1996: 15-43 (= European Community Studies. Schriftenreihe des pädagogischen Instituts der Johannes Gutenberg-Universität Mainz Sonderband 7).
- NECKEL, SIGHARD: Gefährliche Fremdheit. Notizen zu Zygmunt Bauman. - Ästhetik und Kommunikation 23 (1994) 85/86: 45-49.
- NITSCHKE, VOLKER (Hrsg.): Multikulturelle Gesellschaft – multikulturelle Erziehung? - Stuttgart 1982 (Brennpunkte der Bildungspolitik, 10).
- OBERDÖRFER, DIETER: Die offene Republik. Zur Zukunft Deutschlands und Europas. - Freiburg, Basel, Wien 1991
- POMMERIN-GÖTZE u. a. (Hrsg.): Es geht auch anders! Leben und Lernen in der multikulturellen Gesellschaft. - Frankfurt a.M. 1992.
- RADTKE, FRANK-OLAF: Multikulturalismus – vier Formen der Ethnisierung. Politische und soziale Gleichheit sollte auf der Basis von Unterschieden organisiert werden. - Frankfurter Rundschau 139 vom 19. Juni 1990: 13.
- RADTKE, FRANK-OLAF: Multikulturalismus – Die unbeabsichtigten Folgen der ethnologischen Beschreibung der Gesellschaft. In: Institut für sozialpädagogische Forschung (ISM) e.V. (Hrsg.): Rassismus – Fremdenfeindlichkeit – Rechtsextremismus: Beiträge zu einem gesellschaftlichen Diskurs. - Bielefeld 1993: 16-32.
- REESE-SCHÄFER, WALTER: Supranationale oder transnationale Identität – zwei Modelle kultureller Integration in Europa. - Politische Vierteljahresschrift 38 (1997) 2: 318-329.
- RORTY, RICHARD: Dekonstruieren und Ausweichen. In: ders.: Eine Kultur ohne Zentrum. Vier philosophische Essays. - Stuttgart 1993: 104-146.
- SCHERR, ALBERT: Jugendkriminalität, Sicherheitspaniken und präventive soziale Arbeit. Aspekte einer Analyse und Kritik der aktuellen Diskussion. - Neue Praxis (1998) 6: 577-591.
- SCHIFFAUER, WERNER: Fremde in der Stadt. Zehn Essays über Kultur und Differenz. - Frankfurt a.M. 1997.
- SCHIFFAUER, WERNER: Verhandeltbare Diskursfelder. Beschwörungen eines Phantoms: die Angst vor kultureller Desintegration. - Frankfurter Rundschau 97 vom 27. April 1999: 18.

- SCHULTE, AXEL: Multikulturelle Gesellschaft: Chance, Ideologie oder Bedrohung? - Aus Politik und Zeitgeschichte B 23-24 (1990): 3-15.
- SIEBEL, WALTER: Die Festivalisierung der Politik. - Die Zeit 45 vom 30. Oktober 1992: 62.
- SILBERMANN, ALPHONS & FRANCIS HÜSERS: Der „normale“ Haß auf die Fremden. Eine sozialwissenschaftliche Studie zu Ausmaß und Hintergründen von Fremdenfeindlichkeit in Deutschland. - München 1995.
- STERNBERGER, DOLF: Verfassungspatriotismus. - Hannover 1982 (Grundfragen der Demokratie 3).
- STIERLE, KARLHEINZ: Geschmack. In: RITTER, JOACHIM (Hrsg.): Historisches Wörterbuch der Philosophie 3. - Darmstadt 1974: 444-449.
- TAYLOR, CHARLES: Multikulturalismus und die Politik der Anerkennung. - Frankfurt a.M. 1993.
- TERTILT, H.: Turkish Power Boys. Ethnographie einer Jugendbande. - Frankfurt a. M. 1996.
- ULLRICH, VOLKER: Krieg gegen die Katholiken. - Die Zeit 35 vom 25. August 1995.
- UNSCHULD, PAUL U.: Das Kreuz mit dem Kopftuch. Am Ende des „Kulturalismus“: Welche Wertvorstellungen sind relativierbar? - Frankfurter Rundschau 153 vom 6. Juli 1999: 7.
- WEIDENFELD, WERNER (Hrsg.): Die Identität der Deutschen. - München 1983.
- WELSCH, WOLFGANG: Transkulturalität. Lebensformen nach der Auflösung der Kulturen. - Information Philosophie 2 (1992): 5-20.
- WERCKMEISTER, OTTO K.: Zitadellenkultur. Die schöne Kunst des Untergangs in der Kultur der achtziger Jahre. - München Wien 1989.

Privatdozent Dr. Werner Nell
Gaustraße 43, 55278 Selzen.

FRANZ HAMBURGER

Migration und Migrationspolitik in Deutschland

1 Zum Begriff Migration

Migration ist eine allgemeine Sammelbezeichnung für den Umstand, daß Personen für einen längeren oder unbegrenzten Zeitraum einen früheren Wohnort verlassen haben und in der Gegenwart in einem anderen Land als ihrem Herkunftsland leben. Diese Verwendung des Begriffs „Migranten“ schließt deutlich die Wohnortveränderung innerhalb eines Staates aus und bezieht sich auf den internationalen Charakter von Migration.

Die allgemeinste Kategorie zur Bezeichnung der Veränderung der „Verortung“ von Menschen ist der Begriff der „Mobilität“. Er wird vor allem in der Demographie und Geographie verwendet und schließt die räumliche wie die soziale Bewegung/Veränderung von Individuen und Kollektiven ein.

Eine Differenzierung des Mobilitätsbegriffs wird vorgenommen im Hinblick auf die Dauer der Veränderung (von alltäglicher Zirkulation bis zur endgültigen Auswanderung) und die Distanz, die durch Mobilität überwunden wird (regional bis interkontinental) (vgl. HAMBURGER u. a. 1997).

Der soziologische Migrationsbegriff nimmt diese Aspekte auf: „Wir verstehen also unter Wanderung zunächst die Ausführung einer räumlichen Bewegung, die einen vorübergehenden oder permanenten Wechsel des Wohnsitzes bedingt, eine Veränderung der Position also im physischen und im ‚sozialen Raum‘.“ In einer Perspektivenerweiterung rückt die Veränderung der sozialen Beziehungen von Migranten, aber auch der sozialen Struktur des Auswanderungs- und des Einwanderungskontextes in den Mittelpunkt der Aufmerksamkeit

(ALBRECHT 1972: 23). Im Begriff der Migration sind also die Dimensionen Raum, Zeit und Sozialität in spezifischer Weise enthalten.

Für das Verständnis des individuellen Sinnzusammenhangs wie auch der sozialen Bedeutung von Migration ist zunächst der Wanderungsgrund von Bedeutung. Während man begrifflich relativ klar zwischen erzwungener und freiwilliger Wanderung unterscheiden kann, ist die Wirklichkeit der Migrationsursachen auf einem Kontinuum zwischen den Polen „gewaltsam erzwungener Wanderung“ und „freiwilliger Mobilität“ verteilt. Im Hinblick auf das Aspirationsniveau wird zwischen „Superordinationsabsicht“ (z. B. Eroberungsfeldzüge, Aufbau von Produktionsstandorten in anderen Ländern u. ä.) und „Subordinationsbereitschaft“ (Gast- und Saisonarbeiter) unterschieden (vgl. ESSER 1980).

Der weitere Verlauf des Migrationsprozesses hängt auch davon ab, ob das Handeln des Migranten auf die Erreichung bestimmter Migrationsziele ausgerichtet ist oder ob er sich nur an den Gelegenheiten, die sich ihm bieten, orientiert. Hat er feststehende Ziele im Herkunftsland im Auge, beispielsweise in der Sozialstruktur des Auswanderungslandes einen höheren Rang zu erreichen, wird er sich auch im Einwanderungsland ganz auf dieses Ziel konzentrieren und vor allem mit Personen Kontakt halten, die ähnliche Aspirationen haben. Strebt er jedoch Ziele eher im Einwanderungskontext an, wird sein Handeln stärker auf Veränderung, beispielsweise der Art des familialen Zusammenlebens und der Erziehungsvorstellungen ausgerichtet sein.

Die Handlungsmotive von Migranten sind mit den Migrationsursachen verknüpft. Eine erste Gruppe stellen Kriege und Naturkatastrophen wie

Überschwemmungen und Erdbeben dar. Hierzu gehören auch Hungersnöte und die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen; in diesen Fällen verbinden sich Veränderungen der Natur und menschliche Aktivitäten. Migration zielt hier auf das nackte Überleben, auf die Sicherung der minimalen Lebensbedingungen.

Eine zweite Gruppe von Migrationsursachen bilden wirtschaftliche Not, Arbeitslosigkeit und materielle Verelendung. Zwar sind diese Lebenslagen in der Welt weit verbreitet, führen jedoch erst dann zur Migration, wenn sie mit dem Gefühl der Hoffnungslosigkeit verbunden sind, die eigene Lage im Heimatland/am bisherigen Wohnort ändern zu können. Auch muß die Hoffnung oder Vermutung bestehen, irgendwo anders oder an einem bestimmten Ort die entbehrten Existenzgrundlagen finden zu können. Das Spektrum in dieser Gruppe reicht von „Armutsfüchtlingen“ bis hin zu „Arbeitsmigranten“, die der „relativen Armut“ ihrer Herkunftsregion entfliehen oder sich als Arbeitskräfte anwerben lassen, um so die Lebenslage ihrer Familien verbessern können.

Flüchtlinge aus Gründen politischer und religiöser Verfolgung bilden die dritte Gruppe. Für diese Notlage wurde schon bei den Hethitern im 2. Jahrtausend vor Christus die Institution des Asyls entwickelt, um Schutz vor solchen Arten der Verfolgung zu gewähren. Das Asylrecht hat also eine lange Tradition und ist die menschliche Reaktion auf die Möglichkeit und Realität des Machtmißbrauchs. Mit der Erklärung der Allgemeinen Menschenrechte durch die Vereinten Nationen 1948 und die Verabschiedung der Genfer Flüchtlingskonvention von 1951 ist dieses Asylrecht universal anerkannt und abgesichert worden.

Der vierte Typus von Migration beruht auf sozialen Gründen. Hierzu gehört sowohl die Familienzusammenführung bei ursprünglich individueller Wanderung als auch Migration zur Verbesserung der sozialen, wirtschaftlichen oder beruflichen Situation. Hierunter fällt auch jener Teil der Arbeitsmigration, der nicht von blanker Not verursacht ist, sondern dem sozialen Aufstieg dient.

Einer fünften Gruppe können die Migranten zugerechnet werden, die aus ganz individuellen Motiven, persönlichen Gründen ihren Wohnort wechseln. Motive wie Neugier und Abenteuerlust finden sich hier ebenso wie das Bestreben, langweiliger Alltäglichkeit, beruflicher Routine oder einem engen sozialen Lebenskontext zu entkommen (vgl. WESSEL, NAUMANN und LEHMANN 1993).

Zu ergänzen sind Formen wie Sklaverei oder Eroberungsfeldzüge.

2 Arbeitsmigranten – Aussiedler – Flüchtlinge

In der Bundesrepublik Deutschland werden gegenwärtig drei Gruppen von Migranten besonders wahrgenommen: Arbeitsmigranten, Aussiedler und Flüchtlinge. Flüchtlinge und Arbeitsmigranten sind der Gruppe „Ausländer“ zuzuordnen, Aussiedler werden nach ihrer Einwanderung eingebürgert.

Insgesamt lebten in der Bundesrepublik Deutschland Ende 1996 ca. 7,3 Millionen Ausländer, die ca. 9 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.

Drei Viertel von ihnen stammen aus den Mittelmeerländern, mehr als zwei Drittel leben seit mehr als 10 Jahren in Deutschland, vier Fünftel ihrer Kinder sind hier geboren. Diese größte Gruppe der Migranten kam einmal durch Anwerbung als „Gastarbeiter“ nach Deutschland; Familienzusammenführung und ständige Zu- und Abwanderung (insbesondere im Rahmen der Europäischen Union) haben die Zusammensetzung dieses Bevölkerungsteils modifiziert, ihre soziale Lage hat sich insgesamt kaum verändert.

Die Gruppe der Arbeitsmigranten ist durchaus heterogen zusammengesetzt. Die EU-Mitgliedschaft sichert für einen Teil Aufenthalts- und Arbeitsrechte. Wieder andere Gruppen werden durch bilaterale Vereinbarungen in verschiedenen Lebensdimensionen (Aufenthaltsrecht, Sozialversicherung, Arbeitslaubnis u. ä.) differenziert behandelt. Das Ausländergesetz von 1990 hat diese Möglichkeiten der Differenzierung erheblich erweitert.

Zwischen 1955, dem Jahr der ersten Anwerbevereinbarung mit Italien, und 1973, dem Jahr des Anwerbestopps nach der Ölkrise, sind 15 Millionen Personen ein- und 11 Millionen abgewandert. Nach einer Phase der gezielten Anwerbung von Arbeitskräften ist eine Phase der Familienzusammenführung eingetreten, nach 1989 hat die unregulierte und teilweise illegale Zuwanderung von Arbeitskräften zugenommen. In Vereinbarungen mit osteuropäischen Ländern wurden neue Formen von Arbeitsmigration rechtlich vereinbart (Saisonarbeiter, Gastarbeitnehmer, Werkvertragsarbeitnehmer).

Die Aussiedler sind nach der amtlichen Definition keine Ausländer, sondern „deutsche Staatsangehörige oder Volkszugehörige, die vor dem 8.5.1945 ihren Wohnsitz in den zur Zeit unter fremder Verwaltung stehenden deutschen Ostgebieten, bzw. in Polen, der Sowjetunion, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien, Jugoslawien, Danzig, Estland, Lettland, Litauen, Bulgarien, Albanien oder China gehabt und diese Länder nach Abschluß der allge-

meinen Vertreibungsmaßnahmen verlassen haben oder verlassen“ (Bundesvertriebenen- und Flüchtlingsgesetz). In den vier Jahren zwischen 1988 und 1991 sind ca. 1,2 Millionen Aussiedler in die Bundesrepublik eingewandert. Auch gegen sie wurden „Eindämmungsmaßnahmen“ ergriffen, jedoch erhalten sie Eingliederungshilfen und die Einbürgerung als Rechtsanspruch. Durch die Reduzierung der Eingliederungshilfen, durch Hilfen zum Verbleib in den Ländern der früheren Sowjetunion und durch Steuerung über die deutschen Botschaften ist die Zuwanderung auf ca. 200 000 jährlich begrenzt worden; im Verlauf der 90er Jahre ist sie weiter zurückgegangen.

Die dritte Gruppe der Migranten sind Flüchtlinge. Die politische Diskussion über das Asylrecht, die seit Anfang der 80er Jahre in Deutschland intensiv geführt wurde und am Anfang der 90er Jahre erheblich eskalierte, hat diese Gruppe in das Zentrum öffentlicher Aufmerksamkeit gerückt. Mit der Grundgesetzänderung vom 28.6.1993 wurde dieser Prozeß vorläufig abgeschlossen; die tiefgreifende Änderung des Asylrechts hat eine völlig neue Situation geschaffen.

In fünf Jahren zwischen 1989 und 1993 haben insgesamt ca. 1,3 Millionen Personen einen Antrag auf Gewährung von Asyl in Deutschland gestellt. 1995 lebten ca. 1,65 Millionen Flüchtlinge in Deutschland.

Asylbewerber sind jene Flüchtlinge, die aufgrund des Art. 16 des Grundgesetzes Asyl beantragen, weil sie politisch verfolgt sind. Es lassen sich fünf Gruppen unterscheiden:

1. Asylbewerber, über deren Antrag noch nicht entschieden ist (1995: 332 000).
2. Diejenigen, über deren Antrag positiv entschieden wurde. Sie leben als „anerkannte Flüchtlinge“ mit einem relativ sicheren Rechtsstatus in Deutschland (1995: 289 000 einschließlich Familienangehörige).
3. Diejenigen, deren Antrag zwar abgelehnt wurde, die aber aus politischen, rechtlichen oder humanitären Gründen nicht in ihre Heimatländer abgeschoben wurden (weil ihnen z. B. Tod oder Folter droht), De-facto-Flüchtlinge genannt. Diese Gruppe macht immerhin ein Drittel der Asylsuchenden insgesamt aus (1995: 550 000).
4. Kontingentflüchtlinge, die - wie die vietnamesischen „boat-people“ - als Gruppe aufgenommen wurden (1995: 31 100). Hinzu kommen Zuwanderergruppen, für die - wie für Juden aus Rußland - besondere Regelungen getroffen werden.
5. Bürgerkriegsflüchtlinge, deren Aufenthalt durch das Ausländerrecht eigenständig geregelt ist (1995: 320 000).

Die Einteilung der Ausländer/Migranten kann noch um einige Gruppen ergänzt werden, die aus einer systematischen Perspektive relevant sind: ausländische Studierende mit kurzem oder längerem Aufenthalt, Touristen und Geschäftsreisende, Stationierungstreitkräfte und Diplomaten.

3 Einwanderung in Deutschland

Die Migration in Deutschland hat nach 1945 in typischen Formen und Phasen stattgefunden (vgl. BADE 1994; BLAHUSCH 1992).

1. Nach dem 2. Weltkrieg und als dessen Folge flohen 12 Millionen Menschen aus dem früheren Ostdeutschland in die DDR und die BRD. Die „Integration“ der Vertriebenen verlief im Alltagsleben durchaus konfliktreich, war aber nicht mit einer prinzipiellen Neudefinition des staatlichen und ethnischen Selbstverständnisses der „deutschen“ Gesellschaft verbunden. Allerdings ist aus der Perspektive heutiger Problemlagen in Erinnerung zu rufen, daß Regionen relativer konfessioneller Homogenität oder Segmentierung durch die Nachkriegswanderung aufgelöst wurden; die seitdem erreichte konfessionelle Pluralisierung und Mischung der Religionen ist ein bedeutsames Merkmal „multikultureller“ Gesellschaften.
2. Die Anwerbung und dauerhafte Beschäftigung von Gastarbeitern seit Mitte der 50er Jahre ist der zweite Migrationsschub, den die Bundesrepublik selbst in Gang gesetzt hat. Während es in der Bundesrepublik eine Million Arbeitslose gab, wurde 1955 die erste Anwerbevereinbarung mit Italien geschlossen; bereits damals hat also nicht ein volkswirtschaftliches Gesamtkalkül den Bedarf an ausländischen Arbeitskräften geweckt, sondern die Nachfrage einzelner Sektoren der Wirtschaft und Regionen.
3. Bis 1973 schien dann der Bedarf an Arbeitskräften unbegrenzt zu wachsen, bevor die zweite Wirtschaftskrise eine neue Migrationsphase einleitete: die Zeit der Familienzusammenführung und des Strukturwandels der ausländischen Wohnbevölkerung. Dieser Zeitraum findet seinen Abschluß mit den Jahren 1981/82, in denen eine restriktive Ausländerpolitik einsetzt und eine neue Migrationsepoche beginnt.
4. Die Epoche der 80er Jahre ist charakterisiert durch sehr widersprüchliche Entwicklungstendenzen:

- Begrenzungs- und Rückkehrförderungspolitik treten zunehmend in Widerspruch zu faktischen Einwanderungsprozessen;
 - neue Formen der Migration (illegale Anwerbung und Beschäftigung, Aussiedlung, Flüchtlingsbewegungen) entstehen;
 - der Prozeß der europäischen Integration schreitet voran und ist mit einem Verlust traditioneller Steuerungsinstrumente zur Abwehr von Migration verbunden;
 - die Integration der Bundesrepublik in den Weltmarkt entwickelt eine rasante Dynamik; dabei wird es immer schwieriger, den Markt der Dienstleistungen und der Arbeit abzuschotten, will man nicht den ökonomischen Prozeß stören;
 - die Gleichzeitigkeit von Arbeitslosigkeit und spezifischen Bedarfen in Teilbereichen hält Migration in Gang und erzeugt zunehmend sozialstrukturelle Spannungen.
5. Die letzte Phase der Migrationsgeschichte setzt am Ende der 80er Jahre ein und ist durch die Einwanderung von Aussiedlern und Asylsuchenden bestimmt, mehr jedoch von einer heftigen politischen Diskussion über den „Mißbrauch“ des Asylrechts und die Vorstellungen, diesen „Mißbrauch“ zu beenden. Seit dem 1. Juli 1993 gilt – nach der Änderung des Grundgesetzes – ein neues Asylrecht, das die Abwehr von Asylbewerbern an den Grenzen erlaubt und deshalb zu einer erheblichen Reduktion der Zahl der registrierten Flüchtlinge führt. Gleichzeitig nimmt die illegale Einwanderung zu, deren Größenordnungen allerdings nur diffus geschätzt werden. Neben der durch Arbeitslosigkeit im Norden Deutschlands hervorgerufenen Nord-Süd-Binnenmigration entwickelt sich seit 1989 und nach 1991 forciert eine Ost-West-Wanderung, die perspektivisch – verbunden mit einem starken Geburtenrückgang – zu einer Verringerung der Bevölkerung in Ostdeutschland führt. Gleichzeitig beginnt eine neue Diskussion um eine Einwanderungspolitik, die in den 90er Jahren den prognostizierten jährlichen Bedarf von 300 000 bis 400 000 Arbeitskräften decken soll. Ähnlich wie in den 50er Jahren entwickelt sich diese Tendenz bei gleichzeitig hoher Arbeitslosigkeit, die jetzt aber nicht mehr wie in den Zeiten des „Wirtschaftswunders“ zurückgeht, sondern konstant bleibt, auch in Zeiten eines Wirtschaftswachstums. Es überrascht nicht, daß seit der deutschen Einigung die Gewalt gegen Fremde als Ausdruck dieser gesellschaftlichen Konfliktlage (starke Disparitäten zwischen Ost und West, aktive Ethnisierung der Politik, Herausbildung einer Armutsbevölkerung, hohe

Arbeitslosigkeit bei aktiver Einwanderungspolitik) erheblich zunimmt.

Die gesellschaftlichen Konflikte in der Mitte der 90er Jahre sind die typischen Konflikte von Einwanderungsgesellschaften, auch wenn „das Land“ sich nicht als Einwanderungsland erklärt hat.

4 Migration und Ausländerpolitik

Die Politik mit Ausländern steht in scharfem Gegensatz zu einem überwiegend parteienübergreifenden Konsens, dass die Bundesrepublik Deutschland ein Einwanderungsland und dieser Sachverhalt politisch zu gestalten sei. Doch auch ganz unabhängig davon, ob man den sozialwissenschaftlich schon am Ende der 70er Jahre diagnostizierten Sachverhalt der Einwanderung akzeptiert, verlangt die Anwesenheit, und zwar die andauernde, einer zugewanderten Bevölkerung im Umfang von ca. 9 % der Gesamtbevölkerung eine gestaltende Politik. Diese bleibt seit zwei Jahrzehnten auf Bundesebene aus. Bis heute sind zentrale Forderungen des Berichts des ersten Ausländerbeauftragten der Bundesregierung, Heinz Kühn, von 1979 nicht umgesetzt worden, und dieser Bericht hatte nur soziologisch den Einwanderungsprozess analysiert, die entsprechenden bildungs- und sozialpolitischen Konsequenzen formuliert und noch nicht den heute angemahnten staats- und einbürgerungsrechtlichen Wandel verlangt. Auch das Ausländergesetz von 1990 hat lediglich das Abwehrinstrumentarium verfeinert und die schmalen Rechte für Migranten an viele Voraussetzungen geknüpft.

Dabei gehört anhaltende Migration zur Gesellschaft dazu, und zwar nicht nur heute, sondern in der ganzen Menschheitsgeschichte. Die Intensität der Wanderungen und deren Formen variieren, aber eine immobile Zeit hat es noch nie gegeben. Die vergeblichen Versuche, Migration mit Gewalt zu verhindern, sind ebenfalls Bestandteil der Migrationsgeschichte. Erst neuerdings (*Die Zeit* Nr. 17 vom 16.04.1998: 82) wurde der Versuch der deutschen Wehrmacht in Erinnerung gerufen, durch einen mit 2000 Volt geladenen Elektrozaun zwischen den Niederlanden und Belgien während des Ersten Weltkriegs den Zustrom von Kriegsfreiwilligen zum Feind nach Frankreich zu verhindern. Zwar sind 3000 Menschen an diesem Todeszaun ums Leben gekommen, doch hat es nach einiger Zeit genügend Strategien zu seiner Überwindung gegeben. Die sogenannten „passeurs“ – heute würde man sie Schlepper nennen, gelegentlich hat man auch von

Fluchthelfern gesprochen – führten am Ende ganze Gruppen von Kriegsfreiwilligen aus den besetzten Niederlanden nach Belgien.

Diese und andere Erfahrungen, zum Beispiel gegenwärtig an der Grenze zwischen Mexiko und den Vereinigten Staaten, die durch einen Metallzaun gesichert wird, oder an der deutschen Ostgrenze, die zunehmend elektronisch gesichert wird, verdeutlichen die Unmöglichkeit, eine Festung Europa zu bauen. Diese Festung wird auch deshalb nicht entstehen, weil das zukünftige Europa Bedarf an billigen Arbeitskräften, für die Europa nicht die „Produktionskosten“ übernehmen will, haben wird. Zwar wird Europa Mauern gegen den unerwünschten Zugang errichten, aber ebenso wird es viele Tore für den erwünschten Zugang öffnen bzw. offen halten.

Die Bundesrepublik Deutschland hat seit mehr als einem Jahrzehnt ein Wanderungsvolumen von ca. 1,5 Millionen Menschen jährlich. Mit dem Begriff des Wanderungsvolumen wird in der Migrationssoziologie seit langem die Gesamtheit der nicht nur kurzfristigen (z. B. touristischen) Zu- und Anwanderungen erfasst. Das Wanderungsvolumen ist ein Maß für die Fluktuation an den Grenzen einer Gesellschaft; in Europa ist Deutschland ein vergleichsweise unruhiges Land, auch deshalb, weil es keine Beruhigungsstrategie z. B. in Form der Einbürgerungspolitik hat. Der Umfang des jährlichen Wanderungsvolumen ist nun auch deshalb überraschend, weil ein stetig größer werdender Teil der ausländischen Wohnbevölkerung dauerhaft in Deutschland lebt. Es müssten also gleichzeitig die durch einen Verbleib von Eingewanderten wie auch durch eine anhaltende Fluktuation entstehenden Problemlagen politisch gestaltend bearbeitet werden.

Im Hinblick auf die Fluktuation hat die innereuropäische Mobilität erst angefangen. Die Freizügigkeitsregelungen in der Europäischen Union beginnen sich erst langsam in der sozialen und kulturellen Praxis bemerkbar zu machen. Die Einbeziehung der Drittstaaten wird diesen Prozess beschleunigen, wobei ganz generell mit einer Zuwanderung in die Metropolen Europas zu rechnen ist. Die Zukunft wird also durchaus auch nach den Mustern der Vergangenheit strukturiert sein.

Auch die Migration der hochqualifizierten Arbeitskräfte wird sich auf die großen Ballungsgebiete konzentrieren, in denen auch die Nichtqualifizierten Arbeit suchen. Dies führt zu dem nur scheinbar paradoxen und heute schon eingetretenen Zustand, dass in den reichen Regionen Europas die Zahl der Armen steigt. Unter ihnen ist der Anteil der Migranten jeder Art höher als in der gesamten Bevölkerung; aber auch unter den Wohlhabenden gibt es die Migrationsgewinner.

Dabei liegen die Gründe für die anhaltende Wanderung in erster Linie in Deutschland selbst. Das Interesse an billigen Arbeitskräften, auch und gerade für eine bestimmte Saison, lässt sich immer noch am besten mit Ausländern befriedigen. Die Ausweitung nichtqualifizierter Dienstleistungen, die steuerliche Förderung der Dienstbotengesellschaft, die Verbilligung der Arbeit insgesamt schafft Arbeitsplätze für Migranten. Prostitution, privatisierte Pflege und rationalisierte Putzdienste benötigen leistungsfähiges weibliches Personal, das überwiegend im Ausland requiriert wird. Der Status der Illegalität wird dabei billigend in Kauf genommen oder geschickt genutzt, ist er doch mit einer nützlichen Abhängigkeit verbunden. Ökonomisch zahlt sich Illegalität und rechtloser Aufenthaltsstatus aus. Die Deregulierung des Arbeitsmarkts insgesamt hat also die Wanderungsanreize im Inland vergrößert.

Im Ausland werden – in ganz unterschiedlicher Weise natürlich – die Migrationsanreize ebenfalls verstärkt. Auch wenn die sogenannte Globalisierung nicht als plötzlich hereingebrochenes Unglück, sondern eher als ein Knüppelargument im Verteilungskampf diagnostiziert werden kann, ist gerade der lang anhaltende Prozess der internationalen Wirtschaftsverflechtung unaufhaltsam folgenreich. Immer mehr Regionen der Welt (dies gilt auch für Europa auf einem anderen Niveau) werden in eine arbeitsteilige Weltökonomie einbezogen, entwickeln zur Konkurrenzfähigkeit ganz spezielle, sektorale Schwerpunkte, werden dadurch krisenanfällig und verlieren vor allem die Fähigkeit zur selbstbestimmten Steuerung und zur Krisenbewältigung. Mobilisierung von Arbeitskräften und ihre Freisetzung in Krisen schaffen Migrationsdruck. Die Beseitigung von Mobilitätsbarrieren durch ein weltweit funktionierendes Verkehrsnetz und die Förderung von Migrationsimpulsen durch ein ebenso weltweites Massenkommunikationssystem mit seinen suggestiven Werbeeffekten tun ein übriges zur Vitalisierung der Migration.

5 Gestaltung von Einwanderung

Ausländer sind nicht nur ein ökonomisches Gut als Arbeitskräfte, sondern auch ein politisches Gut. Ausländerpolitik wird für Inländer gemacht, denen man als Politiker seine Liberalität demonstrieren kann oder deren Loyalität man sichern kann durch Ungleichbehandlung der Ausländer. Die nicht wahlberechtigte ausländische Bevölkerung ist dieser

Instrumentalisierung ausgesetzt. Gerade in Zeiten, in denen die Kräfte des Nationalstaats und damit der Politik zur Steuerung des Kerns der Gesellschaft, nämlich der Ökonomie, schwinden, gewinnen die Politikfelder an Bedeutung, die durch symbolische Handlungen Loyalitätszuwachs sichern können. In einem solchen Kontext kann eine gleichzeitig so triviale wie dreiste Forderung der CSU, die Ausländer, die in Deutschland bleiben wollten, sollten mehr und richtig Deutsch sprechen lernen, politische Bedeutung erreichen.

Dass Ausländer als knappes politisches Gut zur Loyalitätserringung missbraucht werden, schmälert die verbliebenen Chancen einer gestaltenden Integrationspolitik. Allein die kontinuierliche und konsistente Verwandlung von Ausländern in Inländer, wie sie beispielsweise Schweden mit einer jährlichen Einbürgerungsrate von 5 % betreibt, ist in Deutschland mit seiner Rate von 0,3 % als Problembegrenzungspolitik bisher nicht realisierbar gewesen.

Jede Diskussion und Reflexion über Kultur, Multi- und Interkulturalismus hat sich dieses Rahmens von Ausländerpolitik zu vergewissern, weil die im Kulturdiskurs zu führende Auseinandersetzung über Differenz und Differenzen unter den Voraussetzungen der fundamentalen Ungleichheit von In- und Ausländern ganz anders aussieht als unter der Voraussetzung gleicher Bürgerrechte.

Mit dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht, das im Jahr 1999 nach heftigen Auseinandersetzungen als Kompromiss erreicht werden konnte und das seit dem 1.1.2000 in Kraft getreten ist, wird nur ein sehr begrenzter Schritt von einer Abwehr- zu einer Integrationspolitik gemacht. Auch wenn Einbürgerungsansprüche an restriktiv auslegbare Bedingungen geknüpft werden und die doppelte Staatsbürgerschaft eine Kindheits- und Jugenderfahrung bleiben soll, sind erstmals Rechte und kalkulierbare Sicherheiten geschaffen worden. Wenn es sich bei dem neuen Staatsangehörigkeitsrecht um den Beginn einer Kurskorrektur handeln sollte, dann könnte zu Beginn des 21. Jahrhunderts eine Entwicklung eingeleitet werden, die den bevölkerungs- und arbeitsmarktpolitischen Anforderungen dieses Jahrhunderts noch gerecht wird. Denn die nationalistisch und abstammungstheoretisch legitimierte Politik des 20. Jahrhunderts hat eine Umstellung auf diese kommenden Aufgaben verhindert (vgl. Deutscher Bundestag 1998). Sehr bald nämlich werden die ökonomischen und sozialen Probleme einer schrumpfenden Gesellschaft so virulent werden, dass der Ruf nach aktiver Einwanderungspolitik die Abwehrparolen übertönt (vgl. OBERNDÖRFER 1999). Zwei Bedingungen könnten den notwendigen Politikwandel erleichtern: Die Internationalisierung

von sozialen Räumen und die Europäisierung der Politik.

6 Politik im transnationalen Raum

Zwei Bedingungen haben auf dem Gebiet der Migrationspolitik einen spezifischen Einfluss: das Entstehen transnationaler sozialer Räume und die Europäisierung des politischen Instrumentariums.

Die Herausbildung von transnationalen sozialen Räumen durch Migration ist als Forschungsansatz vor allem in den USA entwickelt worden und enthält Anregungen auch für die europäische Situation (vgl. PRIES 1996 a und b). Dieses Konzept wurde insbesondere zur Analyse der Migration zwischen Lateinamerika und Nordamerika entwickelt und hat verdeutlicht, dass die (Berufs-) Biographien vieler Menschen nicht mehr sinnvoll nationalen Räumen zugeordnet werden können. Nicht mehr die Räumlichkeit der Nationalstaaten präformiert Biographien, sondern die Gelegenheitsstrukturen für Arbeit und Lebenschancen im internationalen Raum.

„Unter transnationalen Sozialen Räumen werden alltagsweltliche Lebenswirklichkeiten verstanden, die in erster Linie im Kontext internationaler Migrationsprozesse entstehen, geographisch-räumlich diffus bzw. deterritorialisieren sind und gleichzeitig einen nicht nur transitorischen sozialen Raum konstituieren, der sowohl eine wichtige Referenzstruktur sozialer Positionen und Positionierungen ist, als auch die alltagsweltliche Lebenspraxis, (erwerbs)biographische Projekte und Identitäten der Menschen strukturiert und gleichzeitig über den Sozialzusammenhang von Nationalgesellschaften hinausweist“ (PRIES 1996 b: 24).

Die in diesem Konzept abgebildete Wirklichkeit zeichnet sich durch Verflüssigung der bisherigen Orientierungsmuster aus, wobei insbesondere das Denken in Herkunfts- und Ankunftsregionen und die Verknüpfung von „Identität“ mit einem Nationalstaat betroffen ist.

Andererseits entstehen neue Strukturen, die sich in den folgenden Dimensionen analysieren lassen:

- Politisch-regulativer Rahmen (Förderung, Toleranz, Illegalisierung, Verhinderung der Migration; Verhältnis von Aufenthaltsrecht, Arbeitsmarktzugang und Sozialversicherungssystemen);
- Materiale Infrastruktur (Kommunikationsmedien sorgen für Präsenz; Transportmedien sorgen für Austausch von Waren, Geld, Personen; soziale

- Soziale Strukturen: Positionen Institutionen; Berufsbiographien;
- Transnationale Identitäten.

In Europa hat möglicherweise die starke Orientierung am Nationalstaat – trotz oder wegen der europäischen Integration – die Entwicklung und Übernahme des Konzepts der Transnationalen Sozialen Räume blockiert (wobei man sagen muss, dass es den Nationalstaat keineswegs übersieht, sondern voraussetzt). In jedem Fall regt es dazu an, viele Einzelbeobachtungen konsistent zusammenzufassen. Beispielsweise wird die vielfach beobachtete und eher problematisierte „Pendelmigration“ als Element in diesem Zusammenhang „normalisiert“. Auch die Differenzierung, Entstandardisierung und Deregulierung der europäischen Migrationsprozesse werden besser interpretierbar. Da die staatlich geregelten sozialen Sicherungssysteme wegen des Bedeutungsverlusts der standardisierten Arbeitsverhältnisse für die Migranten an Relevanz verlieren, dürfte der Individualisierungsschub, der normalerweise mit Migration verbunden ist, an Kraft verlieren zu Gunsten gemeinschaftlicher Einbindungen – etwas, was bei der „Zweiten Generation“ gut zu beobachten ist und der Selbstethnisierung Vorschub leistet.

Mit dem „neuen“ Europa der Europäischen Union entsteht ein solcher transnationaler sozialer Raum, der – im Unterschied zu anderen Regionen der Welt – eine eigene politische Handlungsebene etabliert. Mit den europäischen Institutionen (Europäischer Rat, Ministerrat, Kommission, Parlament und Gerichtshof) entstehen Steuerungsinstrumente für eine übernationale Migrations- und Staatsangehörigkeitspolitik, die zwar nicht weniger als bisher den Interessen der „Einheimischen“ und ihrer Ökonomie folgt, sich aber zumindest von den nationalen Beschränktheiten des 19. und 20. Jahrhunderts entfernt.

7 Literatur

- ALBRECHT, GÜNTER: Soziologie der geographischen Mobilität. - Stuttgart 1972.
- BADE, KLAUS J.: Homo migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen. - Essen 1994.
- BLAHUSCH, FRIEDRICH: Zuwanderer und Fremde in Deutschland. Eine Einführung für soziale Berufe. - Freiburg 1992.
- Deutscher Bundestag, Referat Öffentlichkeitsarbeit (Hrsg.): Demographischer Wandel: Zweiter Zwischenbericht der Enquête-Kommission „Demographischer Wandel“. - Bonn 1998.
- ESSER, HARTMUT: Aspekte der Wanderungssoziologie. Assimilation und Integration von Wanderern, ethnischen Gruppen und Minderheiten. Eine handlungstheoretische Analyse. - Darmstadt 1980.
- HAMBURGER, FRANZ, THOMAS KOEPF, HEINZ MÜLLER und WERNER NELL: Migration. Geschichte(n), Formen, Perspektiven. - Schwalbach/Ts. 1997.
- HAMBURGER, FRANZ: Migration, Ausländerpolitik und Gewalt. In: Landeszentrale für politische Bildung Rheinland-Pfalz (Hrsg.): Bildung schafft Toleranz – Perspektiven für Demokratie. - Mainz 1999: 75-84.
- HAMBURGER, FRANZ: Pädagogik der Einwanderungsgesellschaft. - Frankfurt a. M. 1994.
- HOFFMANN-NOWOTNY, HANS-JOACHIM: Soziologie des Fremdarbeiterproblems. Eine theoretische und empirische Studie am Beispiel der Schweiz. - Stuttgart 1973.
- OBERNDÖRFER, DIETER: Migration und Nationalstaat. Rückblick und Ausblick am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. - Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit (1999) 3-4: 18-24.
- PRIES, LUDGER: Transnationale Räume. Theoretisch-empirische Skizze am Beispiel der Arbeitswanderung Mexico-USA. - Zeitschrift für Soziologie 25 (1996): 456-472 (a).
- PRIES, LUDGER: Internationale Arbeitsmigration und das Entstehen Transnationaler Sozialer Räume. In: GOGOLIN, INGRID und BERNHARD NAUCK (Hrsg.): Folgen der Arbeitsmigration für Bildung und Erziehung. Dokumentation der Fachtagung vom 20. bis 22. März 1997 in Bonn. Hamburg, Chemnitz 1997 (als Manuskript veröffentlicht): 21-31 (b).
- WESSEL, KARL-FRIEDRICH, FRANK NAUMANN und MONIKA LEHMANN (Hrsg.): Migration - Bielefeld 1993.

Prof. Dr. phil. Franz Hamburger M. A.
Pädagogisches Institut, Universität Mainz
Colonel-Kleinmann-Weg 2, 55099 Mainz

ROBERT PÜTZ

Von der Nische zum Markt? Türkische Einzelhändler im Rhein-Main-Gebiet

1 Ausländische Selbständige in Deutschland

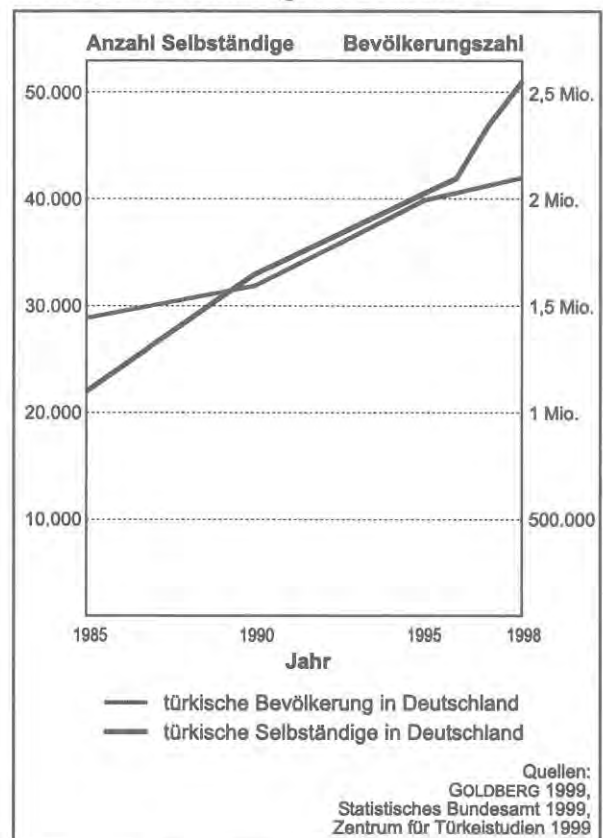
In der Bundesrepublik Deutschland vollzieht sich seit einigen Jahren ein bemerkenswerter Wandel in der Beschäftigungsstruktur von Ausländern: Waren ausländische Erwerbspersonen bis in die 70er Jahre hinein fast ausschließlich in abhängigen Beschäftigungen tätig, so machen sich seitdem immer mehr Ausländer selbständig und bauen eigene unternehmerische Existenzen auf.

Anfang der 70er Jahre wurden in der Bundesrepublik nur ca. 40.000 ausländische Selbständige gezählt. Bis 1993 hat sich diese Zahl bereits mehr als verfünffacht und stieg auf 220.000. Für 1998 gibt das Statistische Bundesamt 250.000 ausländische Selbständige an, also nochmals eine Zunahme um fast 14 % in fünf Jahren (Statistisches Bundesamt 1999: 12). Die Vermutung, dass die Zahl der Selbständigen aufgrund einer wachsenden Zahl von Ausländern in der Bundesrepublik steige, trifft dabei nur mit Einschränkungen zu. Dies zeigt das Beispiel der türkischen Selbständigen, die unter den ausländischen Existenzgründern die größte Gruppe stellen: Der Anteil der türkischen Bevölkerung in Deutschland ist seit 1985 um ca. 40 % gestiegen. Der Anteil an türkischen Selbständigen hat sich dagegen von 22.000 auf heute 51.000 mehr als verdoppelt (vgl. Abb. 1).

Bezogen auf die sektorale Verteilung konzentrieren sich die türkischen Selbständigen vornehmlich auf zwei Bereiche: den Einzelhandel, in dem laut Schätzungen des Zentrums für Türkeistudien fast

die Hälfte der Selbständigen tätig ist (ŞEN 1997, Zentrum für Türkeistudien 1991), und die Gastronomie mit etwa einem Viertel der ausländischen Betriebe – hier finden sich selbständige Unternehmensgründungen vor allem im Imbiss-Bereich.

Abb. 1: Entwicklung der türkischen Bevölkerung und der türkischen Selbständigen in Deutschland



Die starke Zunahme ausländischer Selbständigkeit führte zu einem gesteigerten Interesse an den Hintergründen und den Folgen ausländischer Selbständigkeit in Deutschland. Bis Anfang der 80er Jahre gab es hierzu kaum deutschsprachige wissenschaftliche Untersuchungen. Der Schwerpunkt des Interesses lag (und liegt bis heute) vielmehr auf dem volkswirtschaftlichen Nutzen der Ausländerbeschäftigung, also der abhängig Beschäftigten, der Situation ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland und der Integrationswirkung abhängiger Beschäftigung.

Erste Analysen zur Selbständigkeit von Ausländern wurden in den 80er Jahren von WIEBE (1982 und 1984), BLASCHKE und ERSÖTZ (1987) und dem Zentrum für Türkeistudien in Essen durchgeführt, das sich seit 1987 (ERICHSEN und ŞEN 1987) mit Betriebsgründungen von Ausländern auseinandersetzt und bis heute die meisten Studien zu diesem Themenbereich vorgelegt hat (v. a. Zentrum für Türkeistudien 1989, 1991, CZOCK 1990, GOLDBERG 1999). Da es sich bei einer Vielzahl der Studien um Auftragsarbeiten handelt, sind sie zumeist durch eine deutliche Anwendungsorientierung gekennzeichnet, wobei standardisierte Befragungen von ausländischen Selbständigen dominieren.

In der deutschsprachigen Geographie standen bislang Fragen der Mobilität und der Integration von Ausländern im Vordergrund, also Aspekte, die unmittelbar mit der Migration zusammenhängen. Das Phänomen der zunehmenden Selbständigenquote von Ausländern in der Bundesrepublik wurde bislang kaum behandelt.

Bei der theoretisch-konzeptionellen Erfassung ausländischer Selbständigkeit kommen die wesentlichen Impulse aus dem angloamerikanischen Raum, wo Studien zur Selbständigkeit von Ausländern unter dem Stichwort „ethnic business“ seit längerer Zeit in der Soziologie, der Ethnologie, aber auch in der Geographie einen wichtigen Stellenwert einnehmen (vgl. v. a. PORTES 1995, WALDINGER, ALDRICH und WARD 1990, LIGHT 1987)¹. Die diesen Studien zugrunde liegenden Ansätze werden im vorliegenden Beitrag in einem Modell „Erklärungsansätze zum unternehmerischen Handeln von Ausländern“ vorgestellt und ihre Argumentationsweise anhand der Ergebnisse eigener empirischer Untersuchungen in den Zentren des Rhein-Main-Gebiets erläutert².

¹ Es handelt sich hierbei zumeist um Studien zu ethnischen Minderheiten, unabhängig davon, ob sie die amerikanische Staatsbürgerschaft besitzen oder nicht. Auch in der vorliegenden Studie werden sowohl Türken als auch eingebürgerte Türken untersucht, die einen Anteil von etwa 8% ausmachen.

² Das beschriebene Projekt wurde vom Zentrum für interkulturelle Studien der Johannes Gutenberg-Universität Mainz finanziell unterstützt. Mein Dank für Kooperation gilt Hermann Kandler sowie für engagierte Mitarbeit bei Befragungen gilt den Projektbeteiligten Marc-Antonin Bleicher, Olaf Borm, Peter Christ, Ulrike Duthel,

2 Erklärungsansätze zum unternehmerischen Handeln von Ausländern

In der bislang vorliegenden Literatur zur Selbständigkeit von Ausländern können im Wesentlichen vier grundlegende Ansätze differenziert werden, die von den jeweiligen Autoren mit unterschiedlicher Schwerpunktsetzung zur Erklärung des unternehmerischen Handelns und der zunehmenden Selbständigkeit von Ausländern herangezogen werden (vgl. Abb. 2): Die „Möglichkeiten des Marktzutritts“, „Arbeitsmarktbedingungen“, „Gruppenressourcen“ und „individuelle Ressourcen“ der Unternehmensgründer.

2.1 Möglichkeiten des Marktzutritts

Ansätze, die auf die „Möglichkeiten des Marktzutritts“ („market opportunities“) als Erklärungsfaktor für ausländische Selbständigkeit verweisen, beruhen auf den Überlegungen, ob bestimmte Marktsegmente mit günstigen Entwicklungsperspektiven speziell für ausländische Bevölkerungsgruppen bestehen und ob Teile der Gesamtwirtschaft existieren, die eher als andere Bereiche für ausländische Selbständigkeit geöffnet sind.

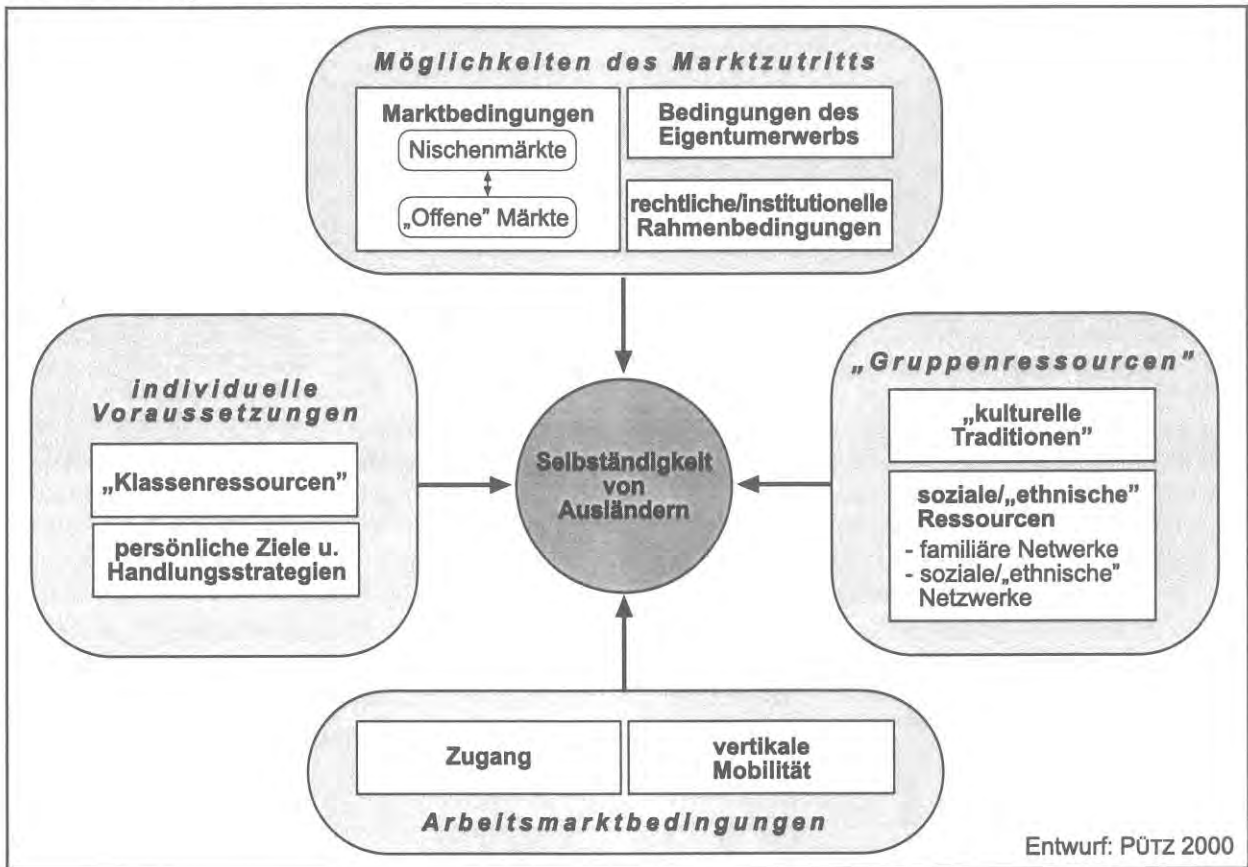
Nischenökonomie

Viele der Arbeiten, die bislang zum Thema „Selbständigkeit von Ausländern“ durchgeführt worden sind, heben auf die Existenz von sogenannten „Nischenmärkten“ ab, die die Existenzgründungen von Ausländern erleichtern (LEE u. a. 1997, RAZIN und LIGHT 1998, WALDINGER 1994, WALDINGER, ALDRICH und WARD 1990). Dieses Modell der Nischenökonomie („ethnic niches“, „immigrant niches“) besagt – kurz zusammengefasst –, dass die Konsumbedürfnisse der Migranten ein spezifisches Nachfragepotential schufen, und dass Selbständige der gleichen Herkunft die „kulturelle Kompetenz“ besäßen, um diese Marktnische zu besetzen.

Michael Klapproth, Christian Maus, Wolf Röss, Daniel Seeger und Frank Stubbe sowie Kirstin Beck, Martin Fetzer und Markus Jung.

Im Rahmen des Projektes wurden in Frankfurt, Wiesbaden, Mainz, Offenbach und Rüsselsheim zunächst die Läden ausländischer Selbständiger in den Stadtteilen mit überdurchschnittlich hohen Ausländeranteilen kartiert. Dies war notwendig, da statistische Angaben über ausländische Selbständige fehlen. Anschließend wurden 10 explorative, Leitfaden gestützte Interviews und 124 Befragungen anhand eines standardisierten Fragebogens mit türkischen Einzelhändlern geführt – der zahlenmäßig bedeutendsten Gruppe unter den ausländischen Selbständigen. Umfangreichere qualitative Untersuchungen laufen 1999, konnten für den vorliegenden Beitrag aber nicht mehr berücksichtigt werden.

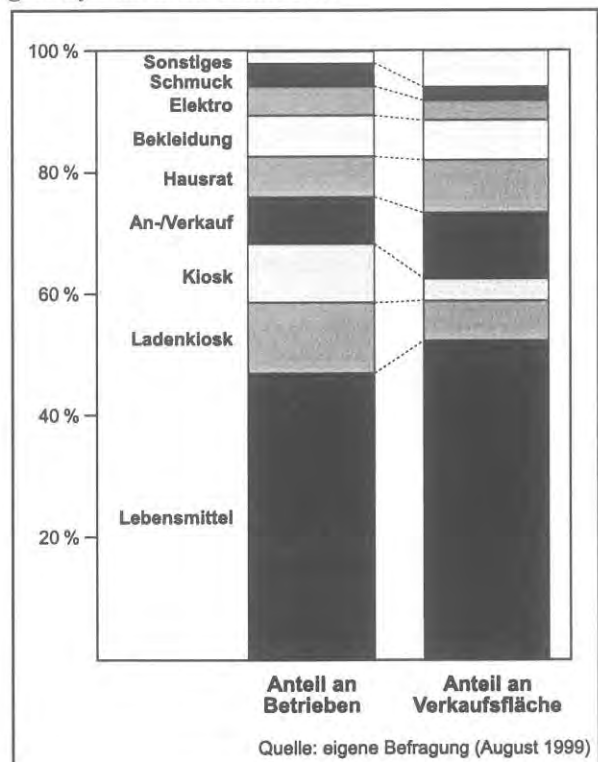
Abb. 2: Erklärungsansätze zum unternehmerischen Handeln von Ausländern



Die Argumentationsweise dieses Ansatzes lässt sich anhand der ersten Gründungen türkischer Lebensmittelgeschäfte in Deutschland nachvollziehen. Diese wurden seit 1961 eröffnet, als nach dem Anwerbeabkommen mit der Türkei die ersten Arbeitsmigranten nach Deutschland kamen. Diese hatten spezifische Bedürfnisse nach landestypischen Lebensmitteln, die von den deutschen Lebensmittelhändlern nicht befriedigt werden konnten. Hierdurch entstand eine Marktlücke, die türkische Pionierunternehmern nutzen konnten, indem sie entsprechende Lebensmittelgeschäfte eröffneten. Mit dem Wandel der Migrantenstruktur seit dem Anwerbestopp 1973, als vermehrt Familienangehörige nach Deutschland kamen, erlebten die Geschäfte einen enormen Aufschwung.

Kennzeichen der Betriebe in „Nischenökonomien“ ist eine starke räumliche und sektorale Konzentration (KAPLAN 1997, WALDINGER, MCEVOY und ALDRICH 1990), was auch für die türkischen Unternehmen in Deutschland festzustellen ist: Räumlich konzentrieren sie sich auf die Stadtteile mit einem hohen Anteil türkischer Bevölkerung, also meist auf die Großstädte und dort vor allem auf die gründerzeitlichen Wohnquartiere. Sektorale ist eine starke Konzentration auf Gastronomie und Einzelhandel festzustellen, und hier vor allem auf den Lebensmitteleinzelhandel.

Abb. 3: Branchenstruktur der türkischen Einzelhandelsgeschäfte im Rhein-Main-Gebiet



Diese starke sektorale Konzentration, die über- dies auch im Bereich des Handwerks festzustellen ist (s. u.), bestätigen auch die Kartierungen der türkischen Geschäfte im Rhein-Main-Gebiet (vgl. Abb. 3): Etwa zwei Drittel der kartierten Betriebe zählen zum Lebensmitteleinzelhandel, sowohl bezüglich der Zahl der Betriebe als auch bezüglich ihrer Verkaufsfläche. Weitere Schwerpunkte liegen im Bereich An- und Verkauf sowie Haushaltswaren. Alles also Bereiche, in denen spezifische, landestypisch geprägte Konsumpräferenzen besonders zum Ausdruck kommen und die dementsprechend bevorzugt für Nischenmarktstrategien geeignet sind.

Nischenökonomien bestehen aber nicht nur im Bereich des Einzelhandels, sondern auch in anderen Dienstleistungsbranchen, die sich explizit an die türkische Bevölkerung wenden: türkische Reisebüros, Übersetzungsbüros, türkische Fahrschulen usw.

In der angloamerikanischen Literatur ist es eine viel diskutierte Frage, ob Selbständigkeit im kleinbetrieblichen Bereich für die ethnischen Minderheiten einen sozialen und wirtschaftlichen Aufstieg und Weg aus der ökonomischen Benachteiligung bedeutet, oder ob sie nach der „economic dead-end-thesis“ eine ökonomische Sackgasse ist (KLOOSTERMAN, VAN DER LEUN und RATH 1999, BARRETT, JONES und MCEVOY 1996). Diese Frage kann pauschal nicht beantwortet werden, da der spezielle Kontext der Rahmenbedingungen in der Aufnahmegesellschaft, der jeweiligen Gruppenzugehörigkeit des Unternehmers und seiner individuellen Handlungsstrategien berücksichtigt werden muss. Grundsätzlich lassen sich aber sowohl Vor- als auch Nachteile der „Nischenökonomie“ identifizieren.

Vorteile der Betriebe in Nischenökonomien liegen darin, dass sie sich in einem quasi „geschützten Markt“ befinden, der nämlich vom deutschen Einzelhandel nicht bedient wird – einerseits, weil diesem die Zielgruppe als zahlenmäßig zu unbedeutend erscheint, andererseits, weil deutsche Mehrbetriebsunternehmen eine verhältnismäßig geringe Kenntnis von den Konsumbedürfnissen der türkischen Bevölkerung haben.

Das Verharren in der ökonomischen Nische birgt aber auch einige Nachteile: So ist der potenzielle Markt begrenzt und damit wirtschaftliches Wachstum kaum möglich. Zudem sind die Betriebe häufig abhängig von der Nachfrage einer Bevölkerungsgruppe, die sich – aufgrund der geringeren Durchschnittseinkommen und einer insgesamt höheren Arbeitslosigkeit (s. u.) – in einer ökonomisch benachteiligten Situation befindet. Dies kann dazu führen, dass die Betriebsinhaber in marginalen ökonomischen Positionen verharren und überproportional von gesamtwirtschaftlichen Rezessionsphasen betroffen sind.

Die Nachteile, die bei einer Konzentration des unternehmerischen Handelns auf eine ökonomische Nische entstehen, werden vor allem dann existenzbedrohend, wenn die Zahl der Anbieter auf dem begrenzten Markt wächst. Genau dies ist, wie gezeigt, seit einigen Jahren der Fall (vgl. Abb. 1).

Die Schwierigkeiten, die hieraus erwachsen, schildern auch die türkischen Einzelhändler im Rhein-Main-Gebiet auf die Frage nach den Hauptproblemen der Geschäftsentwicklung (vgl. Abb. 4): Neben der mangelnden Kaufkraft, insbesondere der türkischen Konsumenten, ist für sie der zunehmende Wettbewerb mit ähnlichen Anbietern das größte Problem. Die Konkurrenz durch andere türkische Lebensmittelgeschäfte wird also als viel bedrohlicher eingeschätzt als die Konkurrenz durch Supermärkte, SB-Warenhäuser oder Discounter – Läden, die im traditionellen kleinflächigen Lebensmitteleinzelhandel zu einem großen Ladensterben beigetragen haben. Diese Einschätzung der Ladeninhaber kann vergleichsweise plausibel durch die starke Nischenorientierung ihrer Absatzstrategien erklärt werden.

Von der Nische zum Markt

Die große Anzahl türkischer Läden lässt sich aber nicht ausschließlich mit der Existenz einer ökonomischen Nische erklären – ebenso wenig reicht das Nischenmodell zur Erklärung des Gangs in die unternehmerische Selbständigkeit. Außerdem haben zahlreiche Betriebe mittlerweile einen Wandel vollzogen, der sich plakativ mit „von der Nische zum Markt“ umschreiben lässt. Die Vorstellung, dass türkische Unternehmer ausschließlich in Kleinstbetrieben wie Gemüseläden oder Imbissen

Abb. 4: Hauptprobleme der Geschäftsentwicklung türkischer Einzelhandelsbetriebe

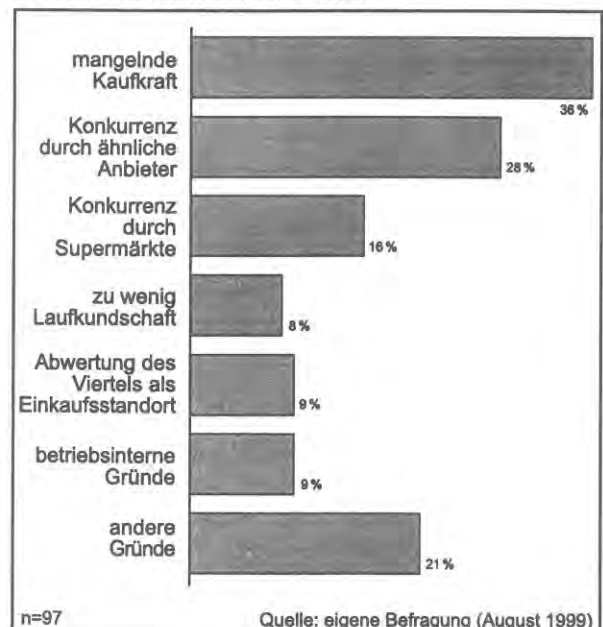


Abb. 5: Von der Nische zum Markt: Marktgebiet und Marktsituationen ausländischer Selbständiger

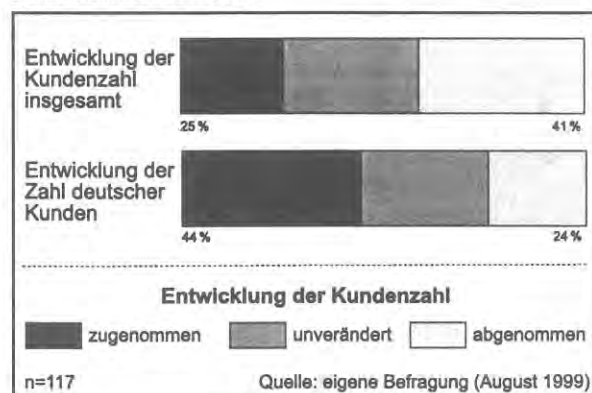


tätig seien, entspricht damit längst nicht mehr der Realität.

Wie vollzieht sich dieser Wandel zum „offenen Markt“, der von englischsprachigen Autoren als „break-out“ (OC und TIESELL 1999), als Ausbruch aus der Nischenökonomie bezeichnet wird? Ausgehend von der bereits skizzierten traditionellen „Pionierform“, deren Marketingstrategien auf Bevölkerungsgruppen gleicher Herkunft und in hoher Konzentration in der Nachbarschaft des Kleinbetriebes zielen, sind grundsätzlich zwei Entwicklungspfade denkbar: erstens eine Änderung der „Marktsituation“, d.h. das Ausrichten der unternehmerischen Tätigkeit von der Nischenökonomie auf den „offenen“ Markt, zweitens eine Erweiterung des Marktgebietes (vgl. Abb. 5).

Zunächst ist empirisch zu beobachten, dass viele der türkischen Geschäfte die Nischenökonomie dadurch verlassen, dass sie vermehrt deutsche Konsumenten als Kunden haben (vgl. Abb. 6): Bei einem in den meisten Läden rückläufigen Kundenaufkommen – 41 % der Händler beklagen sinkende

Abb. 6: Wandel der Kundenstruktur türkischer Einzelhandelsbetriebe



Kundenzahlen, was mit dem zunehmenden Wettbewerb innerhalb der ökonomischen Nische zu erklären ist – steigt der Anteil deutscher Kunden bei den meisten Betrieben deutlich an. Auf eine ähnlich steigende Bedeutung deutscher Konsumenten für ausländische Geschäfte verweisen auch andere Studien (z.B. GOLDBERG 1999, Zentrum für Türkeistudien 1991).

Dieser Wandel der Kundenstruktur kann neben einer Differenzierung des Angebots und einer Änderung der Marketingstrategien als betriebsinternen Unternehmensstrategien in zwei „externen“ Ursachen gesehen werden: Erstens hat sich das Konsumverhalten der deutschen Verbraucher in der letzten Zeit gewandelt. Vor allem seit der Entdeckung des Mittelmeerraumes als Urlaubsziel stieg der Wunsch, die im Urlaub kennen gelernten Produkte auch zu Hause zu kaufen. Ohne, dass dies von den türkischen Einzelhändlern mit irgendwelchen Marketingstrategien verfolgt worden wäre – die Mehrzahl der Händler gab an, ihr Sortiment *nicht* speziell für die deutsche Kundschaft verändert zu haben –, wächst also ihr zuvor begrenzter Absatzmarkt.

Zweitens bietet auch der hiesige Einzelhandelsmarkt Nischen, die von ausländischen Einzelhändlern besetzt werden können. Dies gilt vor allem in Bereichen mit hoher Arbeitsintensität und geringer Standardisierbarkeit. Hiermit ist insbesondere der Strukturwandel im deutschen Einzelhandel hin zu großflächigen Betriebsformen angesprochen, der sich seit den 70er Jahren vollzieht und der zu einem enormen Ladensterben unter den sogenannten „Tante-Emma-Läden“ geführt hat. Viele davon sind nach dem Ausscheiden der deutschen Eigentümer von ausländischen Selbständigen übernommen worden. Damit sprechen sie natürlich auch deutsche Konsumenten an und decken die Angebotslücken in der Nahversorgung ab, die durch die Konzentrationsprozesse im Einzelhandel entstanden sind. Außer diesem Aspekt der „Nähe“ sind es die „Frische“ des Warenangebotes in den türkischen Lebensmittelläden wie auch Aspekte des „Erlebniseinkaufes“ in fremdkulturell geprägten Geschäften, die eine große Attraktivität ausstrahlen.

Ob dies „alle“ deutschen Konsumenten betrifft, oder ob sich in den Stadtvierteln mit hoher ethnischer Pluralität, wie in den Gründerzeitvierteln der Großstädte, bestimmte Bevölkerungsgruppen ausdifferenzieren lassen, die aufgrund eines „interkulturellen Lebensstils“ bewusst und gezielt in Geschäften ausländischer Selbständiger einkaufen, ist noch zu untersuchen. Zweifelsohne haben zahlreiche türkische „Tante-Emma-Geschäfte“ mittlerweile aber die räumlich begrenzte Community verlassen: Sie liegen nicht mehr nur in den traditionell von Ausländern bewohnten Stadtteilen,

sondern in jüngerer Zeit vermehrt auch im suburbanen Raum und in ländlichen Siedlungen, die durch sehr geringe Ausländeranteile gekennzeichnet sind.

Der skizzierte Wandel der Eigentümerstrukturen ist nicht nur im Lebensmitteleinzelhandel, sondern auch im Dienstleistungs- und Handwerkssektor zu beobachten. Vor allem kleine Änderungsschneidereien, aber auch andere „handwerksähnliche Betriebe“ wie Schlüsseldienste werden heute vermehrt von türkischen Selbständigen geführt. Wie beim kleinflächigen Lebensmittelhandel handelt es sich dabei durchweg um Bereiche, die einen hohen Arbeitseinsatz erfordern und zugleich nur geringen Ertrag abwerfen.

Offensichtlich sind diese Nachteile – wie auch die anderen Wettbewerbsdefizite des kleinflächigen Lebensmitteleinzelhandels, die gleichermaßen für deutsche wie für ausländische Selbständige gelten – für zahlreiche ausländische Bevölkerungsgruppen im Gegensatz zu Deutschen kein Hindernisgrund, sich selbständig zu machen. Dies wird von vielen Autoren damit erklärt, dass sich Ausländer nicht so sehr an der durchschnittlichen Einkommenssituation in Deutschland orientierten, sondern eher die – im Durchschnitt geringeren – Verdienstmöglichkeiten in ihrem Heimatland zum Maßstab nähmen (vgl. BARRETT, JONES und MCEVOY 1996). Zudem zeichneten sich zahlreiche ausländische Unternehmer auch nach ihrem Entschluss des dauerhaften Aufenthaltes noch durch typische Verhaltensweisen von temporären Migranten aus („Sojourner“-Mentalität): Sparsamkeit und Eifer, die zugleich grundlegende Bestandteile des Erfolgs im kleinbetrieblichen Bereich seien (ebd. nach BONACICH 1973).

Eine weitere Möglichkeit zum „break-out“ aus der lokal orientierten Nische besteht in der Erweiterung des Marktgebietes. Auch für diesen Entwicklungspfad gibt es mehrere Beispiele: Hier sind zum einen türkische Großhandelsfirmen zu nennen, die bereits einen hohen Konzentrationsgrad erreicht haben und auf regionaler Ebene, teilweise jedoch auch deutschlandweit die türkischen Einzelhändler mit Waren beliefern. Zum anderen konnten vor allem Händler der „ersten Stunde“, die noch günstige Wettbewerbsverhältnisse genossen, genügend Kapital ansammeln, um weitere Betriebe zu eröffnen und teilweise überregional agierende Filialnetze aufzubauen.

Den Höhepunkt dieser Entwicklung stellt sicherlich das türkische Unternehmen Yimpas dar, dass 1999 mit sieben Filialen in Deutschland tätig ist und derzeit stark expandiert. Yimpas agiert als erstes türkisches Unternehmen auf der SB-Warenhaus-Schiene, d. h. mit Verkaufsflächen weit über 3.000 m². Es liegt auf der Hand, dass durch diese Entwicklungen – Filialisierung und Trend zu großflächigen Betriebsformen – ein grundlegender

Wandel der Wettbewerbsverhältnisse im türkischen Einzelhandel eingeleitet wurde. Der zu erwartende Strukturwandel wird mit den ähnlichen Konsequenzen einer „Modernisierung“ einhergehen, wie sie im deutschen Lebensmitteleinzelhandel in den vergangenen Jahrzehnten prägend waren.

Außer erheblichen Konzentrationsprozessen sind dies auch Veränderungen im institutionellen Gefüge: Bislang verfügten die türkischen Einzelhändler über keine formellen Institutionen, sondern substituierten deren Aufgaben durch informelle Netzwerke (s. u.). Die seit Ende der 90er Jahre auf den Markt tretenden Mittel- und Großunternehmen schaffen sich jedoch auch formelle Institutionen und Interessenvertretungen wie den „Bundesverband des Türkischen Groß- und Einzelhandels in der Bundesrepublik Deutschland“, der am 19. April 1999 unter dem Dach des HDE (Hauptverband des deutschen Einzelhandels) gegründet wurde. Dieser Wandel von informellen zu formellen Institutionen wird zukünftig auch die Rahmenbedingungen des unternehmerischen Handelns von türkischen Selbständigen grundlegend beeinflussen.

Bedingungen des Eigentumserwerbs

Neben den Marktbedingungen prägen die „Bedingungen des Eigentumserwerbs“ die Selbständigkeit von Ausländern. Hierunter fällt insbesondere der Zugang zu Geschäftsräumen, der sich vornehmlich mit dem bereits angesprochenen Wandel der Eigentumsverhältnisse im kleinflächigen Einzelhandel verbindet. Die größten Chancen des Eigentumserwerbs boten sich in der Vergangenheit vor allem in den Gebieten, aus denen sich der traditionelle „deutsche“ kleinflächige Einzelhandel zurückgezogen hatte: Es handelt sich hier vor allem um die gründerzeitlichen Mietskasernenviertel der Großstädte, also Gebiete, die von deutschen Geschäftsleuten – wenn auch nicht in dem Maße wie z. B. in britischen Innenstädten (vgl. WERBNER 1990) – aufgrund der negativen Images/Konstruktionen, die sie mit diesen Räumen verknüpften, zunehmend gemieden worden sind.

Institutionelle und rechtliche Rahmenbedingungen

Von großer Bedeutung für den Umfang und die sektorale Struktur ausländischer Selbständigkeit sind die bestehenden institutionellen Rahmenbedingungen, wobei die rechtlichen Restriktionen beim Gang in die Selbständigkeit eine besondere Rolle spielen: So gilt in Deutschland der Grundsatz der Gewerbefreiheit *expressis verbis* nur für Deutsche. Alle Ausländer, die nicht aus EU-Staaten kommen, unterliegen den Regelungen des Ausländergesetzes und brauchen, wenn sie sich in Deutschland selbständig machen wollen, als Voraussetzung eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung. Ausländer, die nur über eine befristete Aufenthaltserlaubnis

verfügen, müssen für eine unternehmerische Existenzgründung einen Antrag bei der zuständigen Ausländerbehörde stellen. Allerdings wurde die Genehmigungspraxis für solche Anträge in jüngerer Zeit liberalisiert, was auf eine zunehmende Förderung des Kleingewerbes zurückzuführen ist und sicherlich auch ein Einflussfaktor für die wachsende Selbständigkeit von Ausländern ist.

Zusätzliche Zugangsbeschränkungen bestehen vor allem im Bereich des Handwerks. In diesem Sektor werden die im Heimatland erworbenen Qualifikationen häufig nicht anerkannt, sondern ein deutscher Meistertitel verlangt. Dies führt dazu, dass die zahlreichen ausländischen Handwerksbetriebe nicht ausbilden dürfen – ein Nachteil nicht nur für die Betriebe selbst, sondern auch für die Lage auf dem Markt für Ausbildungsplätze – und dass unternehmerische Selbständigkeit nur in sogenannten „handwerksähnlichen Bereichen“ zugelassen wird, also z. B. Änderungsschneidereien. Diese rechtlichen Rahmenbedingungen sind auch für die starke sektorale Konzentration ausländischer Selbständigkeit verantwortlich.

2.2 Arbeitsmarktbedingungen

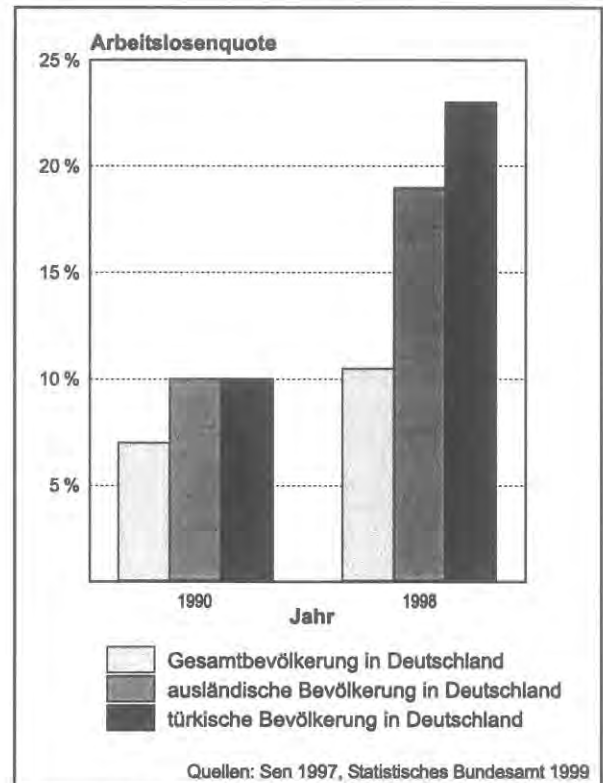
Neben den Rahmenbedingungen des Marktes sind auch die Rahmenbedingungen des Arbeitsmarktes, d. h. des Zugangs zu Arbeitsplätzen und der Aufstiegsmöglichkeiten ein wichtiger Einflussfaktor für ausländische Selbständigkeit.

Ansätze, die ausschließlich in diese Richtung zielen, sind dem sogenannten „Reaktionsmodell“ verhaftet. Autoren, die auf einer solchen Basis argumentieren, verfolgen die Annahme, dass von den Migranten nicht beeinflussbare Rahmenbedingungen in den Herkunfts- oder Aufnahmegesellschaften bestünden, die aber letztlich ihr Handeln determinierten. Auch diesen Ansätzen liegen also – wie bei den geschilderten Argumentationslinien zu den rechtlichen Rahmenbedingungen und den Bedingungen des Marktes – strukturalistische Interpretationsmuster zugrunde.

Übertragen auf den Arbeitsmarkt bedeutet das: Bestehende Benachteiligungen von Ausländern auf dem Arbeitsmarkt führen dazu, dass zur Existenzsicherung der Weg der Selbständigkeit gewählt wird. Dass dieser Faktor durchaus eine Rolle für das unternehmerische Handeln von Ausländern spielen kann, zeigt die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland, wenn man sie nach Nationalitäten aufteilt (vgl. Abb. 7).

Ausländer und insbesondere Türken waren von den jüngsten strukturellen Umbrüchen auf den Arbeitsmärkten nämlich besonders betroffen: Während die Arbeitslosigkeit in Deutschland

Abb. 7: Entwicklung der Arbeitslosigkeit in Deutschland



zwischen 1990 und 1998 insgesamt von knapp 7 % auf gut 11 % stieg, hat sich die Arbeitslosenquote bei der türkischen Bevölkerung von 10 % auf über 23 % mehr als verdoppelt. Die Gründe hierfür liegen darin,

- dass Türken vor allem als an- oder ungelernete Arbeiter tätig waren und daher von Rationalisierungsmaßnahmen als erste betroffen waren,
- dass sie zu großen Teilen in „Krisenbranchen“ wie der Montanindustrie tätig waren, die ohnehin von großen Entlassungswellen gekennzeichnet waren,
- dass sie größere Schwierigkeiten haben, einen neuen Arbeitsplatz zu finden, was wiederum an der schlechteren beruflichen Qualifikation, an Sprachproblemen, an nicht anerkannten Zeugnissen oder aber auch an der Fremdenfeindlichkeit mancher Arbeitgeber liegt.

Dass Benachteiligungen auf dem Arbeitsmarkt im Sinne einer „Überlebensstrategie“ zu unternehmerischen Existenzgründungen führen können, zeigen die Befragungen türkischer Einzelhändler im Rhein-Main-Gebiet: Jeder Dritte der befragten Geschäftsinhaber gab „Arbeitslosigkeit“ als Hauptmotiv für die selbständige Existenzgründung an (vgl. Abb. 8).

Die Tatsache, dass viele der türkischen Selbständigen zuvor als Fabrikarbeiter tätig waren, beeinflusst auch die sektorale Struktur der unternehmerischen Selbständigkeit. So werden hierfür

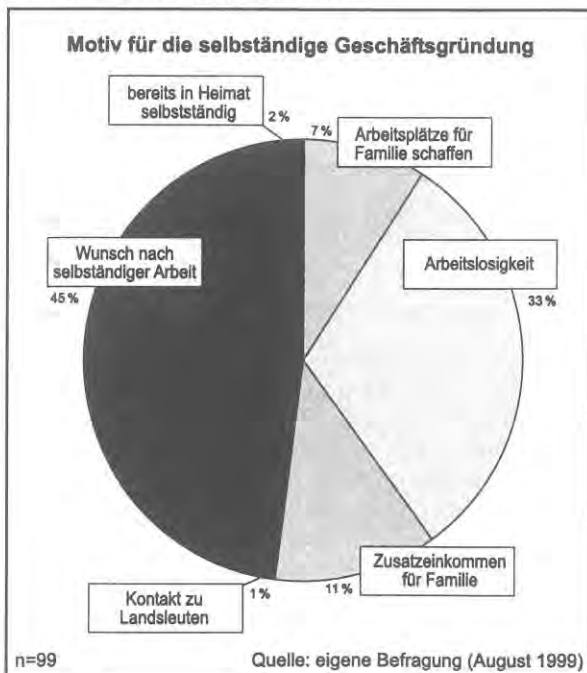
fast nur Branchen gewählt, in denen geringe Vorqualifikationen und niedrige Anfangsinvestitionen erforderlich sind. Dies ist vor allem im kleinflächigen Einzelhandel der Fall.

Zur Rekonstruktion des Entstehungszusammenhanges der Selbständigkeit von Ausländern und zum Verständnis ihres unternehmerischen Handelns tragen strukturalistische Ansätze wie das „Reaktionsmodell“ aber nur wenig bei: Zunächst ist die „Validität“ der Aussagen zur Arbeitslosigkeit fraglich, da es sich um einen sensiblen Bereich handelt – niemand gibt gerne zu, arbeitslos gewesen zu sein. Vor allem aber stellt sich die Frage der Interpretierbarkeit: Denn nicht jeder arbeitslose Ausländer macht sich selbständig, und es bleibt unklar, warum Arbeitslosigkeit bei manchen zur Selbständigkeit führt und bei anderen nicht.

2.3 Gruppenressourcen

Als dritter Erklärungsansatz für das unternehmerische Handeln von Ausländern sind die „Gruppenressourcen“ („group resources“, „ethnic resources“, „social capital“) zu nennen. Im Hintergrund solcher Herangehensweisen stand meist die Beobachtung, dass manche Migrantengruppen signifikant höhere Selbständigkeitsquoten aufweisen als andere, wobei die Argumentation lautet, dass bestimmte Gruppen über spezifische „Ressourcen“ verfügten, die den Gang der Gruppenmitglieder in die Selbständigkeit erleichterten. Hierbei lassen sich sowohl sogenannte „kulturelle Traditionen“ als auch „soziale Netzwerke

Abb. 8: Motive türkischer Geschäftsgründer für die Selbständigkeit im Einzelhandel



ke“ zusammenfassen (PORTES 1995, WALDINGER, ALDRICH und WARD 1990).

Kulturelle Traditionen

Als „Kulturmodell“ können Erklärungsansätze zusammengefasst werden, hinter denen die Annahme steht, dass die Selbständigkeit bestimmter Gruppen das Ergebnis spezifischer kultureller Merkmale dieser Gruppe sei, die unternehmerische Aktivitäten begünstigten. Mit anderen Worten: Vermeintlich „ethno-spezifische“ Handlungsstrategien, die „traditionellen Verhaltensweisen aus der Herkunftsregion („Bazar-Mentalität““) entstammen (WIEBE 1984), prägen in nahezu deterministischer Weise das Handeln des selbständigen Unternehmers im Aufnahmeland.

Oftmals schon Klischee gewordene Aussagen wie „Geschäfte im Blut haben“ oder „ausgeprägte Händlermentalität von Muslimen“ sind solchen Vorstellungen zuzuordnen, die bei früheren Arbeiten teilweise im Vordergrund standen, heute aber weitgehend aus der Diskussion verschwunden sind. Denn erstens sind sie empirisch in der Regel nicht haltbar – viele Studien weisen beispielsweise nach, dass Einwanderergruppen, die in ihrem Herkunftsland über keine Erfahrungen mit Selbständigkeit verfügten, sich im Aufnahmeland überdurchschnittlich erfolgreich unternehmerisch betätigen (LIGHT 1987) – und zweitens ignorieren die konventionellen kulturellen Erklärungsansätze die Rolle der Aufnahmegesellschaft bei der Selbständigkeit.

Soziale Netzwerke

Ebenfalls auf einen kulturellen Hintergrund der Migranten – aber mit einer anderen Schwerpunktsetzung – zielen Ansätze, die bestehende soziale Ressourcen in den Vordergrund stellen und dabei insbesondere die Bedeutung familiärer und „ethnischer“ Netzwerke hervorheben. Solche Beziehungsgeflechte gelten als ein zentraler Bestandteil für den Erfolg bzw. teilweise sogar auch für das Überleben der Kleinstbetriebe und können zahlreiche der Nachteile ausgleichen, denen ausländische Selbständige unterliegen. Sie werden wesentlich durch den „Außenseiter-Status“ der Gruppenmitglieder gefördert, der die Beziehungen unter den Gruppenmitgliedern intensiviert und zu Vertrauen, Kooperation und kollektiver Selbsthilfe führt.

Abb. 9: Kapitalakquisition türkischer Einzelhändler

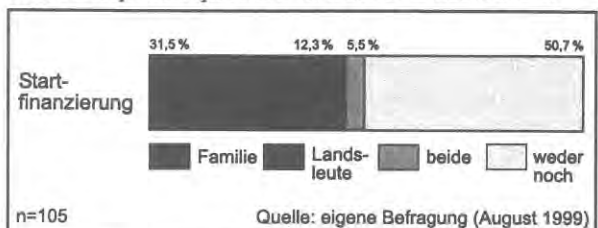
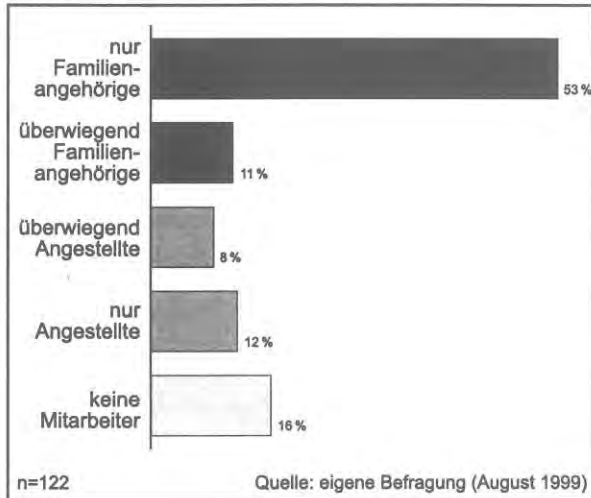


Abb. 10: Mitarbeiterstruktur türkischer Einzelhandelsbetriebe

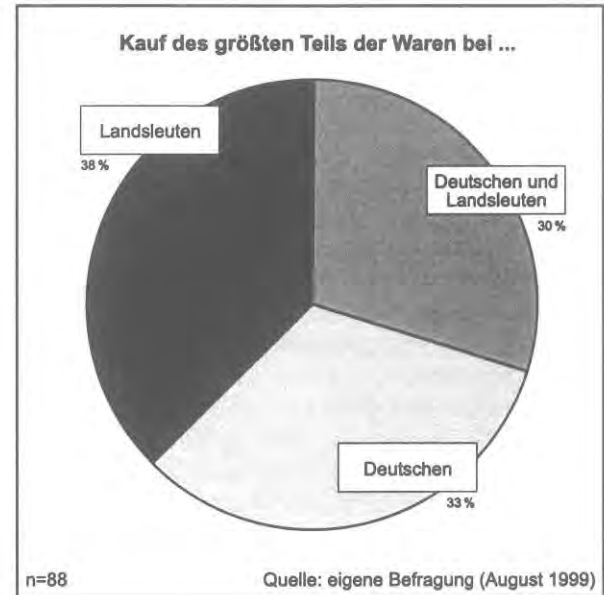


Familäre und soziale Netzwerke tangieren nahezu alle Bereiche der unternehmerischen Tätigkeit und lassen sich sowohl bei der Geschäftsaufnahme als auch beim laufenden Geschäftsbetrieb nachweisen.

So spielen soziale Netzwerke eine große Rolle bei der Akquisition von Kapital. Etwa die Hälfte der befragten Einzelhändler bewältigte die Startfinanzierung ihres Betriebes mit Unterstützung ihrer Familie oder von Landsleuten (vgl. Abb. 9); Finanzierungen, die nur über Prinzipien von Treue und Ehre abgesichert werden (BLASCHKE und ERSÖZ 1987). Diese Form der Kapitalbeschaffung ist für die Unternehmensgründer umso mehr ein existenziell wichtiger Punkt, weil die Gründung eines Kleinbetriebes bei vielen Banken nicht als ausreichende Sicherheit für einen Kredit angesehen wird.

Eine weitere wichtige Form insbesondere familiärer Netzwerke für die Überlebensfähigkeit vieler Betriebe liegt in der Akquisition von Mitarbeitern. Von den befragten türkischen Einzelhandelsbetrie-

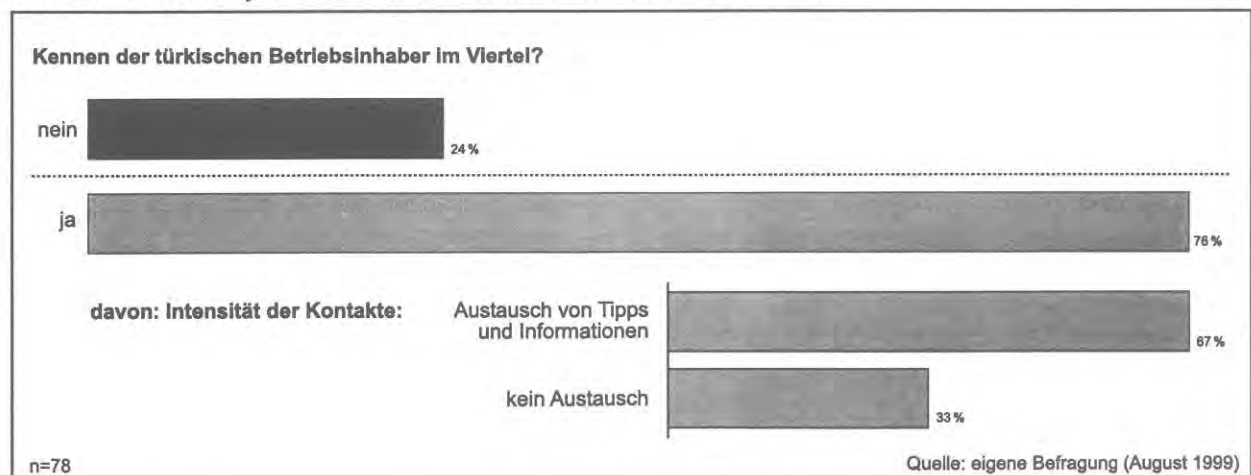
Abb. 11: Warenbezug türkischer Einzelhandelsbetriebe



ben im Rhein-Main-Gebiet beschäftigt nur jeder fünfte Betrieb Angestellte (vgl. Abb. 10). Die Mehrzahl baut auf die Mitarbeit von Familienangehörigen, die zu großen Teilen unentgeltlich arbeiten. Der Betrieb wird hierbei als ein Teil des Gesamthaushaltes „Familie“ angesehen, womit die Familienloyalität auch Teile des Geschäftsrisikos abdeckt. Was für die ausländischen Betriebe zunächst als Wettbewerbsvorteil erscheint, wird mittelfristig jedoch zu einem schwerwiegenden Nachteil: wenn nämlich die mithelfenden Unternehmerkinder aufgrund der Beschäftigung im Familienbetrieb ihre eigene Ausbildung vernachlässigen müssen.

Außer der günstigeren Kostensituation wird die Mitarbeit von Familienangehörigen sowie die Anstellung von Landsleuten auch damit erklärt, dass diese die „kulturelle Kompetenz“ zum erfolgreichen Agieren in der Nischenökonomie besäßen (vgl. z. B. die Untersuchungen von YAVUZCAN 1997).

Abb. 12: Nachbarschaftliche Netzwerke zwischen türkischen Einzelhändlern



Als dritter Punkt seien noch funktionale Netzwerke zwischen den Unternehmen gleicher Nationalitäten genannt, die zu einer starken horizontalen wie auch vertikalen Verflechtung von Einzel- und Großhandelsunternehmen führen können. Diese zeigen sich einerseits darin, dass beim Warenbezug überdurchschnittlich häufig Großhändler bzw. Hersteller der gleichen Nationalität in Anspruch genommen werden (vgl. Abb. 11), was auf die Kategorie „Vertrauen“ als eine wichtige Geschäftsgrundlage verweist.

Zum Anderen zeigen sie sich darin, dass auch zwischen den Einzelhändlern selbst ein enges Netzwerk besteht (vgl. Abb. 12). Der Austausch von Tipps und Informationen gleicht hier Nachteile aus, denen ausländische Selbständige in Deutschland unterliegen. Hierzu zählen z. B. mangelnde Erfahrung im Umgang mit Behörden und deutschen Rechtsnormen – ein Problem, welches von den türkischen Selbständigen sehr häufig genannt wird – Sprachprobleme oder eine mangelnde Verankerung im deutschen Institutionengefüge (Einbindung in lokale Einzelhandelsverbände, Weiterbildungsangebote speziell für ausländische Selbständige ...).

Betrachtet man die Forschungsansätze, die auf sogenannte „Gruppenressourcen“ abheben, stellt man fest, das – aus sozialtheoretischer Sicht – eine implizite strukturalistische Grundposition absolut vorherrschend ist, wobei der Strukturbegriff selber kulturtheoretisch ausgerichtet ist: Strukturen werden in den meisten Ansätzen als vorbewusste Denkgelungen aufgefasst, die im Bewusstsein des einzelnen Akteurs – also etwa des Unternehmers – verankert sind, aber kollektiv als etwas wie „kulturelle Codes“ geteilt werden. Und ohne dass sich die Akteure dessen zwingend bewusst sind, reproduzieren sie nun mit ihrem unternehmerischen Handeln die virtuelle Realität eines solchen kontextübergreifenden abstrakten Regelsystems.

2.4 Individuelle Ressourcen

Eine etwas andere Strukturvorstellung verfolgen Ansätze, die auf dem Konzept der sogenannten „Klassenressourcen“ beruhen. Hierbei werden Strukturen als quantifizierbare Verteilungsmuster von sozialen Positionen verstanden, wobei die Argumentationsweise darauf beruht, dass Ressourcenverteilungen wie Privatbesitz an Produktionsmitteln, Finanzkapital oder Bildung letztlich in entscheidender Weise darüber bestimmen, wie Akteure handeln (vgl. LEE u. a. 1997, LIGHT und ROSENSTEIN 1995, WALDINGER 1990). Unternehmertum würde so mit der Ressourcenverfügbarkeit einer „unternehmerischen Klasse“ z. B. an materiellem Kapital zur Unternehmensgründung und an

Bildungskapital zur Unternehmensführung aber auch „bourgeoisien Werten, Einstellungen, Kenntnissen und Fertigkeiten, die im Rahmen des Sozialisationsprozesses von Generation zu Generation weitergegeben werden“ (LIGHT 1987: 210) erklärt.

Ohne an dieser Stelle ausführlicher zu diskutieren, ob individuelle Ressourcen – zu denen auch „unternehmerisches Geschick“ zu zählen wäre – tatsächlich nur auf dem Weg der Zugehörigkeit zu einer bestimmten „Klasse“ erworben werden (können), ist ihre Rolle für den Erfolg und Misserfolg sowie für die Strategien unternehmerischen Handelns unbestreitbar. Es liegt nahe, dass Selbständige die über größere individuelle Ressourcen verfügen, auch bessere Bedingungen beim Start in die Selbständigkeit vorfinden: Sie sind weniger auf die Akquisition von „Gruppenressourcen“ angewiesen, sie erhalten eher Kredite von einheimischen Banken und sie können erfolgreicher auch außerhalb von Nischenökonomien agieren.

3 Ziele und Handlungsstrategien ausländischer Selbständiger

Die vorgestellten und die Debatte beherrschenden Ansätze zur Erklärung unternehmerischen Handelns von Ausländern sind vornehmlich strukturalistischen Interpretationsmustern zuzuordnen: Das Handeln der Unternehmer wird zu großen Teilen als Reflex auf Strukturen gedeutet, die außerhalb des Einflussbereiches der Akteure liegen. Auch die vorgestellten Konzeptionen der „Gruppenressourcen“ und der „Klassenressourcen“ werden zumeist als solchermaßen strukturierende Faktoren aufgefasst. Die strukturalistische Position wird in der Regel implizit verfolgt, und zwar häufig ohne den verwendeten Strukturbegriff, z. B. das Verständnis dessen, was unter „Kultur“ oder „Ethnie“ eigentlich verstanden wird, offen zu legen.

Der Entstehungs- und Entwicklungskontext ausländischer Selbständigkeit kann mit diesen Ansätzen alleine aber nur unbefriedigend rekonstruiert werden. So gelten ja zum Beispiel die „Möglichkeiten des Marktzutritts“ und zahlreiche Arbeitsmarktbedingungen gleichermaßen für alle ausländischen Selbständigen einer bestimmten Nationalität. Aber Arbeitslosigkeit führt nicht zwangsläufig zur Selbständigkeit. Offensichtlich spielt die – von der individuellen Biographie des Unternehmers beeinflusste – subjektive Konstruktion der strukturellen Rahmenbedingungen, hierunter fällt auch die individuelle Konstruktion von „Ethnie“ als ökonomische Strategie, eine entscheidende Rolle für das unternehmerische Handeln.

Um so mehr verwundert es, dass gerade die persönlichen Zielsetzungen und Strategien beim Gang in die Selbständigkeit in der Literatur vernachlässigt werden, bzw. dass qualitative Studien, die diese Ziele erhellen würden, fast gänzlich fehlen. Damit bleiben auch viele Fragen offen, z. B. nach der Veränderlichkeit von handlungsbeeinflussenden „kulturellen Codes“, nach der Kontextgebundenheit unternehmerischen Handelns oder nach der individuellen Konstruktion „kultureller Ressourcen“. Für den vorliegenden Beitrag konnten umfangreichere qualitative Erhebungen noch nicht herangezogen werden, da sie erst in einer späteren Projektphase durchgeführt werden. An dieser Stelle kann an einem Beispiel jedoch die Notwendigkeit solcher qualitativer Studien dargestellt werden.

So antworteten die meisten türkischen Einzelhändler auf die Frage nach den „Motiven“, sich selbständig zu machen, mit „Wunsch nach selbständiger Arbeit“ (vgl. Abb. 8, S. 34). Auch in den meisten anderen auf Befragungen beruhenden Untersuchungen zur Selbständigkeit von Ausländern wird diese Aussage immer als ein zentrales Ergebnis herausgestellt. Es handelt sich dabei allerdings um eine ausgesprochen vage Kategorie, die zumeist wohl auf eine Kategorienbildung der Befragter zurückzuführen ist, hinter der sich aber viele andere Gründe verbergen können.

Das zeigen qualitative Interviews mit den Befragten: Bei einigen, die „Wunsch nach Selbständigkeit“ angaben, stand nämlich ein Wandel im Migrationsverhalten im Hintergrund: Bis in die 70er Jahre kamen viele Migranten aus der Türkei mit dem Ziel eines temporären Arbeitsaufenthaltes nach Deutschland. Ziel war es dabei für viele, Geld anzusparen, und damit eine selbständige Existenz in der Türkei aufzubauen. Mit dem Nachzug der Familie veränderte sich dann diese Zielsetzung. Zahlreiche Migranten entschlossen sich, dauerhaft in Deutschland zu bleiben, und ihren Wunsch zur Selbständigkeit nun in Deutschland zu verwirklichen (vgl. auch ŞEN 1997).

Auch bei anderen, die in der standardisierten Befragung „Wunsch nach selbständiger Arbeit“ angaben, standen sehr unterschiedliche Zielsetzungen im Hintergrund, wie einige Auszüge aus wörtlich transkribierten Interviews zeigen:

- Die Aussage einer Mainzer Kiosk-Inhaberin, die vor ihrer Selbständigkeit als Schneiderin, Einzelhandelskauffrau und Erzieherin tätig war: *„eigentlich, du hast keinen Chef, du hast keine nervenden Kollegen, du bist nicht gebunden, du kannst machen, was Du willst“* lässt sich am ehesten mit „Wunsch nach Selbstbestimmung“ beschreiben.

- Bei der beruflichen Zielsetzung eines Inhabers eines kleinen Lebensmittelgeschäftes in Mainz, der vor seiner Selbständigkeit als Arbeiter bei „Schott-Glaswerke“ tätig war: *„nach Taxi, wir haben, Cousin immer wir wollten schon zusammen als Partner zusammen ein Geschäft machen“* steht eher der „Wunsch nach geschäftlicher Partnerschaft mit Familienangehörigem“ im Vordergrund.
- Die Reflexion des eigenen beruflichen Werdeganges eines Imbiss-Besitzers in Mainz, der 10 Jahre bei der Deutschen Bahn AG arbeitete und danach diverse Jobs in der Gastronomie ausübte: *„also damals (...) ich habe sogar gespült und alles, als Kellner dann, Bedienung und als Koch habe ich schon gearbeitet. Dann mit der Zeit kommt das wahrscheinlich automatisch, dass man sich da auch selbständig macht“* lässt auf den „Wunsch nach beruflichem Aufstieg“ als Motiv für Selbständigkeit schließen.
- Und die Selbsteinschätzung eines Mainzer Kiosk-Inhabers, der nach einer abgebrochenen Lehre zum Kfz-Mechaniker vier Jahre als Hilfsarbeiter arbeitete und danach arbeitslos wurde: *„durch Druck von Eltern, meine Freundin, ich muss irgendwas machen, und den ersten Gelegenheit habe ich mir dann genutzt – habe ich mir genommen“* zeigt, dass es auch der „Druck von Familie“ sein kann, der zu einem Motiv für eine unternehmerische Existenzgründung wird.

Die individuelle Perzeption struktureller Rahmenbedingungen, individuelle Biographien und – hiervon beeinflusst – persönliche Ziele, die Ausländer mit Selbständigkeit verfolgen, sind für die Rekonstruktion des Entstehungs- und Entwicklungszusammenhangs ausländischer Selbständigkeit von großer Bedeutung. Bislang fehlt es aber an qualitativen Studien, die zu einem besseren Verständnis des unternehmerischen Handelns und zu einer Typisierung beitragen können. Dies gilt auch für die Betrachtung von informellen Netzwerken, die als entscheidendes Charakteristikum türkischer Selbständiger im Rhein-Main-Gebiet anzusehen und ein wichtiger Erklärungsfaktor für das Überleben der zahlreichen Kleinstbetriebe sind.

Die bislang dominierende strukturalistische Perspektive sollte daher um handlungsorientierte Ansätze erweitert werden und der Blick vermehrt auf die Wechselbeziehungen zwischen strukturellen Rahmenbedingungen und den Strategien von Akteuren und ihren Handlungszielen gerichtet werden.

4 Literatur

- BARRETT, GILES A., TREVOR P. JONES und DAVID MCEVOY: Ethnic Minority Business: Theoretical Discourse in Britain and North America. - *Urban Studies* 33 (1996) 4-5: 783-809.
- BLASCHKE, JOCHEN und AHMET ERSÖZ: Herkunft und Geschäftsaufnahme türkischer Kleingewerbetreibender in Berlin. - Berlin 1987 (= Reihe Forschungsmaterialien Migration, M3).
- BONACICH, EDNA: A theory of middleman minorities. - *American Sociological Review* 37 (1973): 547-559.
- CZOCK, HEIDRUN: Ausländische Betriebsgründungen als Ausbildungsstätten. Erste Ergebnisse eines Modellversuchs zur Erschließung zusätzlicher Ausbildungsplätze für ausländische Jugendliche. - Bonn 1990 (= Working Paper des Zentrum für Türkeistudien, Nr. 6).
- ERICHSEN, REGINE und FARUK ŞEN: Hinwendung zur Selbständigkeit bei Gastarbeitern mit besonderer Berücksichtigung der Türken. - Genf 1987.
- GOLDBERG, ANDREAS: Der türkische Lebensmittel-einzelhandel in Deutschland. Erfolgsgeschichte und Zukunftsperspektiven. - Essen 1999.
- KAPLAN, DAVID H.: The Creation of an Ethnic Economy: Indochines Business Expansion in Saint Paul. - *Economic Geography* 73 (1997): 214-233.
- KLOOSTERMAN, ROBERT, JOANNE VAN DER LEUN und JAN RATH: Mixed embeddedness: (in)formal economic activities and immigrant businesses in the Netherlands. - *International Journal of Urban and Regional Research* 23 (1999) 2: 252-266.
- LEE, YUK u. a.: Ethnic Minority Small Business: A Comparative Analysis of Restaurants in Denver. - *Urban Geography* 18 (1997) 7: 591-621.
- LIGHT, IVAN (1987): Unternehmer und Unternehmertum ethnischer Gruppen. In: HEINEMANN, KLAUS (Hrsg.): *Soziologie wirtschaftlichen Handelns*. - Opladen 1987: 193-215.
- LIGHT, IVAN und CAROLYN ROSENSTEIN: Expanding the Interaction Theory of Entrepreneurship. In: PORTES, ALEJANDRO (Hrsg.): *The Economic Sociology of Immigration. Essays on Networks, Ethnicity and Entrepreneurship*. - New York 1995: 166-212.
- VON LOEFFELHOLZ, HANS DIETRICH: Ausländische Selbständige in der Bundesrepublik unter besonderer Berücksichtigung von Entwicklungsperspektiven in den neuen Bundesländern. - Berlin 1994 (= Schriftenreihe des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung, Heft 56).
- PORTES, ALEJANDRO: Economic Sociology and the Sociology of Immigration: A Conceptual Overview. In: PORTES, ALEJANDRO (Hrsg.): *The Economic Sociology of Immigration. Essays on Networks, Ethnicity and Entrepreneurship*. - New York 1995: 1-41.
- RAZIN, ERAN und IVAN LIGHT: The Income Consequences of Ethnic Entrepreneurial Concentrations. - *Urban Geography* 19 (1998) 6: 554-576.
- ŞEN, FARUK: Türkische Selbständige in der Bundesrepublik. - *Geographische Rundschau* 49 (1997) 7-8: 413-417.
- Statistisches Bundesamt (Hrsg.): *Ausländer nach Familienstand, Staatsangehörigkeit und Beteiligung im Erwerbsleben (Ergebnisse des Mikrozensus)*. - Bonn 1999.
- OC, TANER und STEVEN TIESDELL: Supporting Ethnic Minority Business: A Review of Business Support for Ethnic Minority in City Challenge Areas. - *Urban Studies* 36 (1999) 10: 1723-1746.
- WALDINGER, ROGER: Immigrant enterprise in the United States. In: ZUKIN, SHARON und PAUL DIMAGGIO (Hrsg.): *Structures of capital. The social organization of the economy*. - Cambridge 1990: 395-424.
- WALDINGER, ROGER: The Making of an Immigrant Niche. - *International Migration Review* 28 (1994) 1: 3-30.
- WALDINGER, ROGER, HOWARD ALDRICH und ROBIN WARD: Opportunities, Group Characteristics, and Strategies. In: WALDINGER, ROGER, HOWARD ALDRICH und ROBIN WARD (Hrsg.): *Ethnic Entrepreneurs. Immigrant Business in Industrial Societies*. - Newbury Park 1990: 13-48 (= Sage Series on Race and Ethnic Relations).
- WALDINGER, ROGER, DAVID MCEVOY und HOWARD ALDRICH: Spatial Dimensions of Opportunity Structures. In: WALDINGER, ROGER, HOWARD ALDRICH und ROBIN WARD (Hrsg.): *Ethnic Entrepreneurs. Immigrant Business in Industrial Societies*. - Newbury Park 1990: 105-130 (= Sage Series on Race and Ethnic Relations).
- WERBNER, P.: Renewing an industrial past: British Pakistani entrepreneurship in Manchester. - *Migration* 8 (1990): 17-41.
- WIEBE, DIETRICH: Sozialgeographische Aspekte ausländischer Gewerbetätigkeiten in Kiel. - *Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie* 26 (1982) 3: 69-78.
- WIEBE, DIETRICH: Zur sozioökonomischen Bedeutung der türkischen Gewerbetreibenden in der Bundesrepublik Deutschland. In: BRANDT, HANS JÜRGEN und CLAUS-PETER HAASE (Hrsg.): *Begegnungen mit Türken, Begegnungen mit dem Islam*. - Hamburg 1984: 319-326.

YAVUZCAN, ISMAIL H.: Ethnischer Arbeitsmarkt in Köln. Am Beispiel türkischer Kleinbetriebe. - Köln 1997 (unveröffentlichte Magisterarbeit).
Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Türkische Unternehmensgründungen: von der Nische zum Markt? - Opladen 1989.

Zentrum für Türkeistudien (Hrsg.): Ausländische Betriebe in Nordrhein-Westfalen. Eine vergleichende Untersuchung zur unternehmerischen Selbständigkeit von Türken, Italienern, Griechen und Jugoslawen. - Opladen 1991 (= Studien und Arbeiten des Zentrums für Türkeistudien, Bd. 8).

Dr. Robert Pütz
Geographisches Institut, Universität Mainz
Becherweg 21, 55099 Mainz
www.geo.uni-mainz.de/puetz

HEIKE ROGGENTHIN

Die Lebenssituation marokkanischer Studierender im Rhein-Main-Gebiet

Ausländische Studierende aus allen Erdteilen der Welt zählen heute zum Erscheinungsbild an deutschen Hochschulen. Das scheinbar friedliche Miteinander von ausländischen und deutschen Studierenden ist jedoch nicht selten von Ignoranz und Bürokratismus seitens der Gastgeber geprägt. Kaum ein deutscher Student oder Dozent weiß von den Problemen eines ausländischen Kommilitonen mit der Studien- und Alltagssituation in Deutschland.

Die Untersuchung will die Rahmenbedingungen und sozialen Zwänge mit denen nahezu alle ausländischen Studierenden in Deutschland konfrontiert sind, am Beispiel der marokkanischen Kommilitonen deutlich machen. Es sollen Schwierigkeiten bei der Bewältigung von Studium und Alltag aufgedeckt und benannt werden. Über eine Analyse des studentischen Alltags von Marokkanerinnen und Marokkanern in Mainz wird der Versuch unternommen, die ursprünglichen Zielvorstellungen und Planungen ihres Auslandsstudiums in Deutschland mit der Realität der Studien- und Alltagssituation zu vergleichen. Allein vor diesem Hintergrund, werden die verschiedenen Lebensstrategien verständlich.

Im Rahmen eines Forschungsprojekts am Geographischen Institut der Universität Mainz wurden FachvertreterInnen aus Ministerien, Ausländerbehörden, Bildungsinstitutionen, Förderinstitutionen zu Studienmöglichkeiten für marokkanische Studierende in Deutschland u. a. interviewt. Neben einer postalischen Befragung¹ aller marokkanischen Studierenden der Mainzer Universität, wurden ca. 30 narrative Interviews zur Situation ihres Alltags

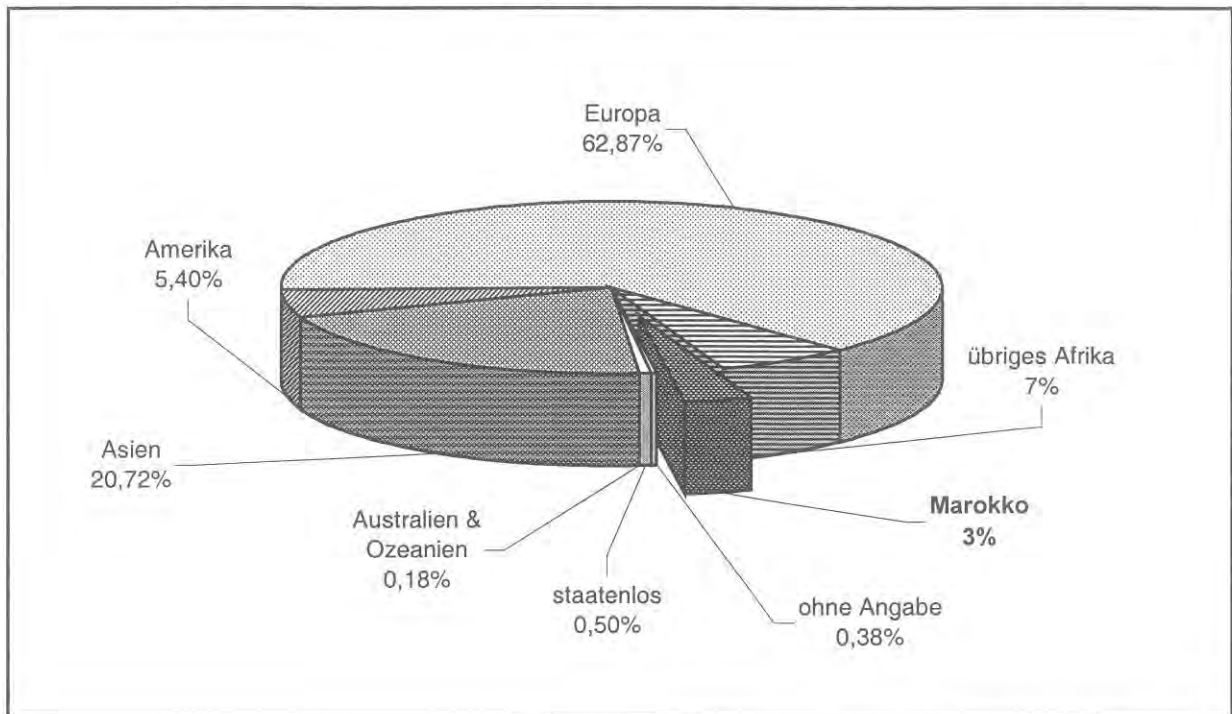
geführt, auf Band aufgenommen und mit Aussagen von Studierenden verschiedener Nationalitäten kontrastiert. Die Auswertung mündete in eine grobe Typisierung der marokkanischen Studierenden, die anhand von biographischen Portraits verdeutlicht wird.

1 Das „Ausländerstudium“ in Deutschland

Insgesamt sind im Wintersemester 1998/99 ca. 1,8 Mio. Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben. Unter ihnen sind rund 165.600 ausländische Studierende aus aller Welt. Sie machen heute einen Anteil von 9,1 % aller Immatrikulierten aus (vgl. Statistisches Bundesamt 1999). Immer größer wird dabei die Zahl der sogenannten „Bildungsinländer“, wie sie heute in den amtlichen Statistiken als eigene Rubrik auftauchen. Unter dem Terminus werden Studierende mit ausländischer Nationalität gefasst, „(...) die ihre Hochschulreife in Deutschland erworben haben und von denen angenommen wird, dass sie einen Großteil ihres Bildungsweges in Deutschland zurückgelegt haben“ (SCHNITZER und SCHRÖDER 1996: 10). Diese Regelung hat heute in fast allen Bundesländern Geltung. Gemäß den Verordnungen des Staatsvertrages über die Vergabe von Studienplätzen werden 5 % der verfügbaren Studienplätze an ausländische Studienanfänger (außer EU) mit Hochschulzugangsberechtigung vergeben. Bislang konkurrierten

¹ An dieser Stelle sei dem Akademischen Auslandsamt der Universität Mainz für seine Kooperation bei der Adressensuche und der Versendung von Fragebögen herzlich gedankt.

Abb. 1: Herkunft ausländischer Studierender an deutschen Hochschulen im Wintersemester 1998/99



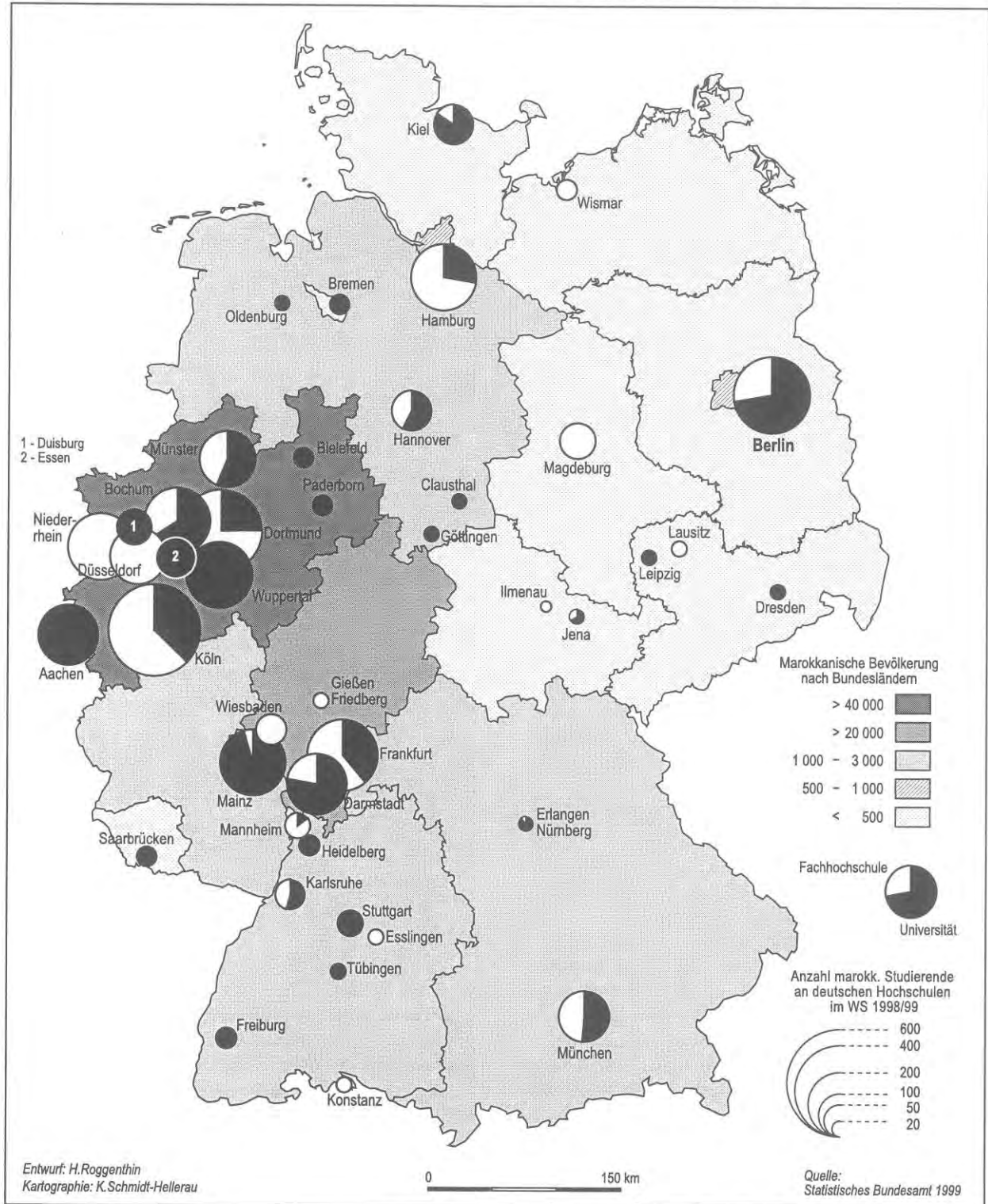
Quelle: Statistisches Bundesamt 1999

die ausländischen Absolventinnen und Absolventen deutscher Gymnasien mit den übrigen ausländischen Bewerbern um die begehrten Studienplätze (vgl. HOLTkamp 1997). Diese Quotenregelung entfällt mit Einführung des Status als „Bildungsinländer“ (vgl. FUNCKE 1990). 34,5 % aller Studierenden ausländischer Nationalität waren 1998 „Bildungsinländer“. Verwischt wird diese Kennziffer durch die zunehmende Zahl an Einbürgerungen ausländischer Schülerinnen und Schüler in Deutschland. Obwohl der Aussage „Erkenntnis, Einsicht und kunstvolles Können haben weder eine Hautfarbe noch ein Geschlecht noch einen Nabel, und sie gehen auch nicht hinter einer Fahne oder nach dem Rhythmus von Nationalhymnen“ (Jörg Rahloff) uneingeschränkt Recht gegeben werden kann, sieht die Realität in Deutschland anders aus. Im Kampf um begehrte Studienplätze, Stellen, Wohnheimzimmer, Stipendien und Fördermittel an deutschen Hochschulen herrschen gravierende Ungleichheiten beim Status ausländischer Studierender. Das folgende Kreisdiagramm gibt nicht nur Auskunft über die Anzahl und Herkunft ausländischer Studierender in Deutschland sondern spiegelt zugleich politische Interessen wider (siehe Abb. 1).

Seit man am Gedanken der Europäischen Union feilt, fokussiert sich die Hochschulpolitik auf Studierende aus Europa (Schnitzer und Schröder 1996). Staatlich geförderte und von der EU subven-

tionierte Austauschprogramme für Studierende und WissenschaftlerInnen europäischer Universitäten (wie z. B. das Sokrates/Erasmus-Programm), integrierte oder vereinheitlichte Studiengänge mit einem European Credit Transfer System (ECTS) und international anerkannte Abschlüsse (wie Bachelor, Master oder Maîtrise) verdichten das Hochschulsystem in Europa und tragen den Anforderungen einer zunehmend global vernetzten Gesellschaft Rechnung. Auch Studieninhalte „sind stark theoretisch konzipiert und gehen von den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Verhältnissen in den Industrieländern aus“ (vgl. KOTENKAR 1989: 20). Das Beherrschen eines selbstbestimmten, individuell organisierten Studienalltags setzt Fähigkeiten und Erfahrungen voraus, die in Ländern Europas größtenteils bereits in der Kindheit erworben werden, welche Studierenden aus anderen Kulturereichen aber teilweise fehlen. Die knapper werdenden universitären „Ressourcen“ werden verstärkt an Studierende vergeben, die sich durch kompakte Studienorganisation und konkrete Zielvorstellungen profilieren. In welcher Weise wird das Engagement ausländischer Studierender wertgeschätzt? Welchen Stellenwert wird ihrem Erfahrungsschatz beigemessen? Reduziert sich multikultureller Studienalltag nicht auf Raggeafeste im Studierendenhaus und arabische Märchenstunden in der Cafeteria der Mensa?

Abb. 2: Marokkanische Studierende an deutschen Hochschulen im Wintersemester 1998/99

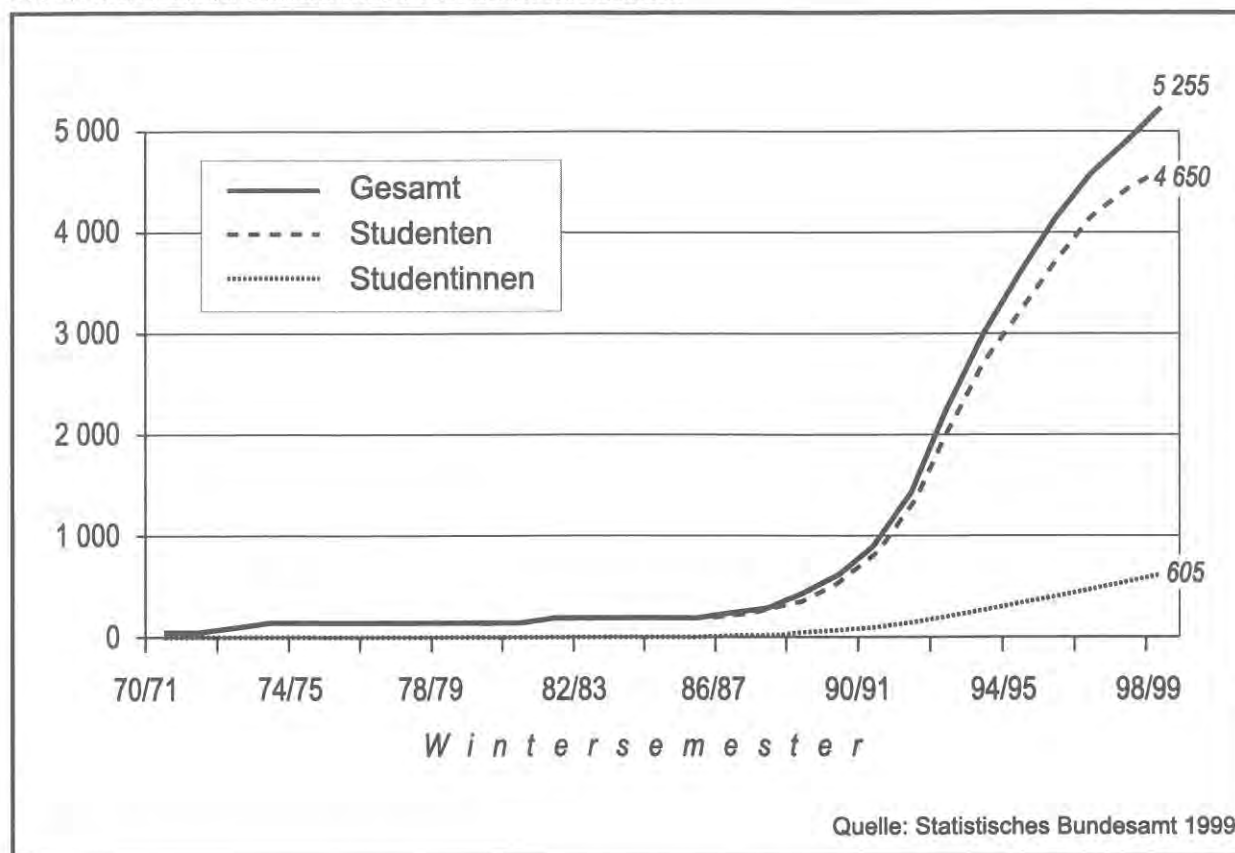


2 Die Marokkanischen Studierenden in der Bundesrepublik Deutschland

Marokkanische Studierende gehören seit langem zum „multikulturellen Bild“ an deutschen Universi-

täten. Im Wintersemester 1998/99 sind insgesamt 5255 Studierende immatrikuliert, darunter 605 Frauen. Im bundesweiten Vergleich machen die marokkanischen Studierenden mit nur 3 % einen sehr kleinen Anteil am Gesamt der ausländischen Studierenden aus (vgl. Statistisches Bundesamt 1999). Auf regionaler Ebene, bilden sie dagegen teilweise die stärkste Studierendenfraktion. Die

Abb. 3: Marokkanische Studierende an deutschen Hochschulen



Verteilung der marokkanischen Studierenden an den deutschen Hochschulen korreliert, mit Ausnahme Berlins, mit der Verteilung der marokkanischen Bevölkerung in den Bundesländern (siehe Abb. 2).

Insgesamt leben 1998 rund 80.000 Marokkanerinnen und Marokkaner in Deutschland. Mehr als die Hälfte davon lebt in Nordrhein-Westfalen, ein weiteres Viertel in Hessen. Rheinland-Pfalz steht an dritter Stelle. Entsprechend hoch sind die Studierendenzahlen an den nordrhein-westfälischen, hessischen und rheinland-pfälzischen Hochschulen. Im Wintersemester 1975/76 waren lediglich 143 marokkanische Studierende an deutschen Hochschulen eingeschrieben, darunter nur sechs Frauen. Diese Zahl hält sich in etwa konstant bis Mitte der 80er Jahre, danach nehmen die Studierendenzahlen stark zu (siehe Abb. 3).

Nach Aussagen Studierender setzte in dieser Zeit in Marokko ein regelrechter „Deutschland-Boom“ ein. Bereits im Wintersemester 1993/94 sind fast 3000 Studierende an deutschen Hochschulen immatrikuliert. Heute überschreitet die Zahl der marokkanischen Studierenden die 5000er Marke. Ist damit vorläufig der Zenit erreicht? Großen Einfluss auf Wanderungsbewegungen übt das Image eines Zielgebietes und dessen Bevölkerung aus. Widerstände und Übergriffe auf Nordafrikaner Mitte der 80er Jahre in Frankreich sowie positive Informatio-

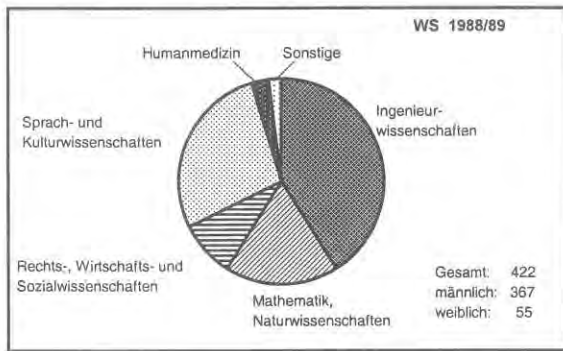
nen von marokkanischen Gastarbeitern² und gutes Image für technisches „Know How“ in Deutschland werden von Studierenden, als Entscheidungsgründe für ein Studium in Deutschland genannt. Omar erinnert sich:

„Unter den Studenten war das 1986 so eine Welle. Das stand nicht in der Presse, sondern wurde mündlich weitererzählt. Jeder erzählt dem anderen wie er es gemacht hat und an wen er sich wenden muss.“

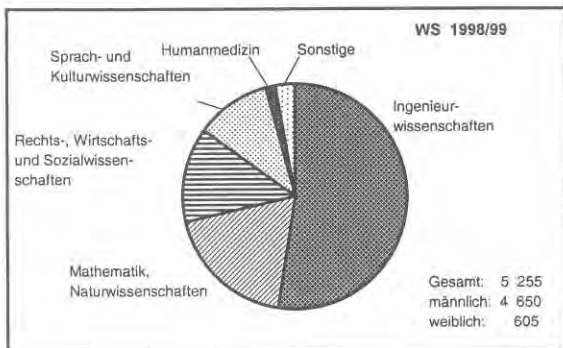
Seit Anfang der 90er Jahre ist auch in Deutschland das positive Image durch ausländerfeindliche Übergriffe gestört (vgl. BERRIANE 1993). Dies spiegelt auch die geringere Zunahme von marokkanischen Studierenden in Deutschland wider. Nach Aussagen von MitarbeiterInnen des Akademischen Austauschdienstes, von Ausländerbehörden, der Deutschen Botschaft in Rabat und des Ministeriums für Bildung, Wissenschaft und Weiterbildung in Rheinland-Pfalz spielen die Aufnahmebedingungen dabei keine Rolle, da sie in den letzten Jahren nicht modifiziert wurden. Ende der 90er Jahre nehmen die Zahlen marokkanischer Studierender in Deutschland

² Die Bundesregierung schloss 1963 erste Anwerbeabkommen mit Marokko, einer wirtschaftlichen Krisenregion mit hoher Arbeitslosigkeit und folglich großem Potential an Arbeitsmigrantinnen und -migranten (vgl. BELGENDOUZ 1987; BENCHERIFA/BERRIANE/REFASS 1992; HAMBURGER u. a. 1997). Insbesondere in den Opelwerken Rüsselsheim fanden viele Marokkaner aus der Provinz Nador im Nordosten Marokkos eine Anstellung.

Abb. 4: Erstes Studienfach marokkanischer Studierender im WS 1988/89 und WS 1998/99



Quelle: Statistisches Bundesamt 1990



Quelle: Statistisches Bundesamt 2000

stark zu. Bade konstatiert: „Wanderungsbewegungen sind gesellschaftliche Antworten auf das Zusammenleben der verschiedensten materiellen und immateriellen Faktoren in Ausgangs- und Zielräumen“ (BADE 1992: 449). Zum einen macht sich heute die Zahl der „Bildungsinländer“, meist Kinder der zweiten Generation in Deutschland lebender marokkanischer Familien, jetzt verstärkt bei den Studierendenstatistiken bemerkbar, zum anderen zwingen die schlechten Berufsaussichten für Schulabgänger in Marokko einen Teil seiner Absolventen zur Auswanderung³ (vgl. LANKENAU, DÖRING und WEIB 1997; FADULLAH 1994; CONSTANZO 1999).

Was die Zahlen nicht wiedergeben können, sind die Konflikte und Lebensgeschichten der marokkanischen Studierenden, die mit der Absicht nach Deutschland kamen, ein qualifiziertes Studium zu absolvieren (vgl. SCHLETTE 1993; HAMBURGER 1988). Angestrebt werden gute Ausgangsbedingungen für einen Berufsstart in der Heimat. Nicht immer gelingt das Vorhaben und müssen Alternativen gewählt werden. Nach Aussagen des Kulturre-

ferenten⁴ der Deutschen Botschaft in Rabat werden Abschlüsse von Absolventen deutscher Hochschulen vom marokkanischen Staat nur sehr zögerlich anerkannt. Gründe seien die hohen Arbeitslosenzahlen und ein geringes Angebot an qualifizierten Arbeitsplätzen. Lange Wartezeiten, zermürbende Verhandlungen mit Behörden und hohe Übersetzungskosten zerschlagen oftmals den Rückkehrwunsch. Andererseits haben die Absolventen keinen Anspruch auf eine Aufenthaltsgenehmigung in Deutschland.

Im Vergleich der gewählten Studienfächer fällt besonders der hohe Anteil an Natur- und Ingenieurwissenschaften im Wintersemester 1998/99 auf (siehe Abb. 4). Mehr als die Hälfte aller Studierenden sind in den Ingenieurwissenschaften immatrikuliert, knapp 19 % in den Naturwissenschaften. Ein Rückgang an Studierendenzahlen kann besonders in den Sprach- und Kulturwissenschaften verzeichnet werden, die einen überproportional hohen Anteil an marokkanischen Studentinnen verzeichneten. 60 % aller Studentinnen waren im WS 1988/89 in den Sprach- und Kulturwissenschaften eingeschrieben (vgl. Statistisches Bundesamt 1989). Auch die Rechts-, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften erfahren heute einen Rückgang. Die Studierenden begründen diesen Trend mit den veränderten Arbeitsplatzchancen in Marokko und den unterschiedlichen Anforderungen der Fachbereiche an die sprachliche Kompetenz. Zum einen reizt die marokkanischen Studenten die Möglichkeit, sich als Ingenieur mit europäischem „Know-How“ selbständig machen zu können. Zum anderen werden in den Natur- und Ingenieurwissenschaften häufig international geltende Termini benutzt, die den Studierenden ein leichteres Verständnis der gelehrt Inhalte ermöglichen.

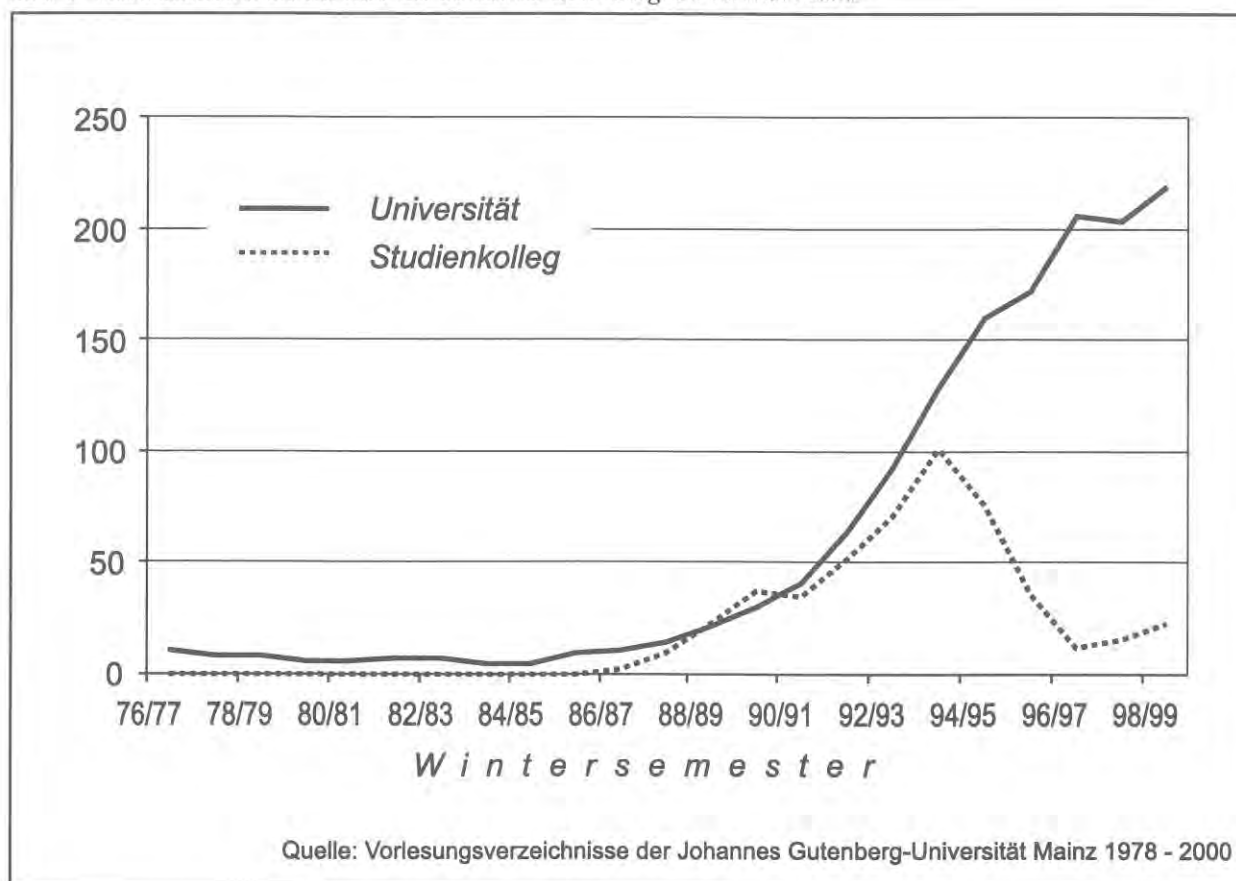
3 Das Studium in Mainz

Mit 219 marokkanischen Studierenden im Wintersemester 1998/99 befindet sich die Johannes Gutenberg-Universität Mainz auf Platz sieben im bundesdeutschen Vergleich. Nach Studierenden aus der Türkei (360), aus Polen (236) und bilden die marokkanischen Studierenden gleichrangig mit Studierenden aus dem Iran, die dritt größte ausländische Gruppe.

³ Unter dem Terminus „Brain Drain“ wird die Abwanderung von Akademikerinnen und Akademikern sowie einem Personenkreis mit hohem Intelligenzpotential aus Afrika, Asien und Lateinamerika in die westeuropäischen Länder und in die USA verstanden (vgl. MERGNER 1993).

⁴ Bei einer Fachtagung der Arbeitsgruppe „Wissenschaft“ der Deutsch-Marokkanischen Gesellschaft im Sommer 1998 zum Thema: „Studienmöglichkeiten für marokkanische Studierende an deutschen Hochschulen“ wurden spezifische Probleme marokkanischer Kommilitonen und Lösungsansätze von Fachvertretern diskutiert.

Abb. 5: Marokkanische Studierende der Johannes Gutenberg-Universität Mainz



dische Gruppe (vgl. Präsident der Johannes Gutenberg-Universität Mainz 1999c).

23 Studierende besuchen 1999 das Studienkolleg (siehe Abb. 5). Der starke Einbruch der Teilnehmerzahlen im staatlichen Studienkolleg zu Beginn der 90er Jahre kann nur vor dem Hintergrund der deutschen Wiedervereinigungen verstanden werden. Die ausländischen Studierenden verteilen sich seither auf staatliche Studienkollegs im gesamten Bundesgebiet. Bei anfangs gleichbleibenden Studierendenzahlen führte diese Tatsache zu rückläufigen Zahlen bei den Einrichtungen in den alten Bundesländern. Angst vor ausländerfeindlichen Übergriffen in den neuen Bundesländern sind heute ein Grund für die erneut steigenden Zahlen in den Studienkollegs Westdeutschlands.

4 Die Alltagswelt der marokkanischen Studierenden

Bevor marokkanische Studierende die ersehnte Immatrikulation einer deutschen Hochschule in Händen halten, bedarf es oft eines langen und beharrlichen Weges durch die „Mühlen der deutschen Bürokratie“. Auch während des Studiums

stellen die Finanzierung des Alltags und die psychischen Belastungen durch Fremdheitserfahrungen und Identitätskonflikte eine harte Probe an die oft unerfahrenen und jungen Studierenden (vgl. KAUSAR 1988). Im Folgenden wird eine Auswahl an Problemen, die von Studierenden formuliert wurden, dargestellt. Zitate aus den Interviews sollen das Beschriebene transparent machen.

4.1 Die Hürden vor dem Studienbeginn

Für ein Studium in Deutschland bedarf es einiger Voraussetzungen. Ein gültiger Reisepass, ein anerkanntes Sekundarabschlusszeugnis, einen Nachweis von deutschen Sprachkenntnissen⁵, einen Finanzierungsnachweis und den Zulassungsbescheid bzw. die Bewerbungsbestätigung einer deutschen Universität sind bei der Deutschen Botschaft in Rabat vorzuweisen. Um ein Visum zu erhalten, müssen die Ausreisewilligen die deutsche Auslandsvertretung „(...) davon überzeugen, dass ihnen die notwendigen Mittel zur Deckung der

⁵ Erforderliche Kenntnisse der deutschen Sprache müssen vor Aufnahme des Studiums durch die „Deutsche Sprachprüfung für den Hochschulzugang ausländischer Studienbewerber“ (DHS) nachgewiesen werden. Diese Prüfung kann am Goetheinstitut in Rabat absolviert werden oder im Rahmen des staatlichen Studienkollegs.

Lebenshaltungskosten während des gesamten Studienaufenthaltes zur Verfügung stehen“ (Deutscher Akademischer Austauschdienst 1995: 9). Für eine Regelstudiendauer von acht Semestern ist eine Summe von 75.000 DM nachzuweisen. Eine Verpflichtungserklärung eines Bürgen, der für die finanzielle Absicherung des Studierenden garantiert, ist vorzulegen. Die Ausländerbehörden in Deutschland verlangen den Nachweis, dass mindestens 1100.- DM zur finanziellen Sicherung des Studiums zur Verfügung stehen. Ein Kontoauszug über die entsprechende Summe, ist bei der regelmäßigen Aufenthaltsverlängerung vorzuzeigen.

Studienwillige aus Marokko müssen, da ihr Abitur in Deutschland nicht anerkannt wird, die sogenannte „Prüfung für die Feststellung der Eignung ausländischer Studienbewerber für die Aufnahme eines Studiums an Hochschulen“ (=Feststellungsprüfung) ablegen (Präsident der Johannes Gutenberg-Universität 1999: 18). Zur Vorbereitung auf diese Prüfung und für den Erwerb ausreichender Sprachkenntnisse für das anschließende Studium muss mindestens ein Jahr lang (30 Std./Woche) ein staatliches Studienkolleg besucht werden. Da die Plätze im Studienkolleg begrenzt sind muss wiederum auch hier eine Aufnahmeprüfung in den Fächern Deutsch und Mathematik bestanden werden. Das Lehrangebot im Studienkolleg ist sehr verschult. Im Bundesland Rheinland-Pfalz wird mit dem Bestehen der Feststellungsprüfung am staatlichen Studienkolleg nur eine fachgebundene Studienberechtigung für diejenigen Studienfächer erteilt, die den Studienbereichen des jeweiligen Schwerpunktkurses (z. B. Sprachwissenschaften, Sozialwissenschaften oder Naturwissenschaften u. a.) zugeordnet sind. In anderen Bundesländern gelten z. T. abweichende Regelungen. Diese „Vorab-Festlegung“ schränkt die Studierenden in ihrer späteren Fächerwahl sehr ein.

4.2 Die Finanzierung des Studiums und des Alltags

Sind die Hürden der Anerkennung und Aufnahmeprüfungen genommen, so steht neben der mühsamen Aneignung bzw. Erweiterung von Deutschkenntnissen die Finanzierung des Studiums und des Alltags an. Ein Großteil der marokkanischen Studierenden finanziert sein Studium selbst, da die Eltern im Heimatland meist keine Unterstützung bieten können. Die finanzielle Sicherung kostet die Studierenden den größten Kraftaufwand. Sie kompensieren zwar den Zeitmangel für die Erwerbsarbeit eher über den Schwund an Freizeit als über eine geringere Stundenzahl an der Universität,

doch die Ermüdung mindert die Konzentrationsfähigkeit in den Seminaren und Vorlesungen.

„Wenn du halt bis nachts um 1.00 Uhr arbeitest, dann ist schon fast die ganze Woche verdorben. Am Wochenende muss ich arbeiten. Freizeit gibt es bei den marokkanischen Studenten nicht. Vielleicht mal ins Kino gehen oder in die Disko“ beschreibt Rachid, ein aufgeweckter Pädagogikstudent.

In der Informationsschrift der Akademischen Auslandsämter 1999 ist zwar festgesetzt, dass eine Arbeitsaufnahme zum Geldverdienen neben dem Studium grundsätzlich nicht möglich ist und die Aufenthaltsgenehmigung zu Studienzwecken eine Arbeitserlaubnis ausschließt, aber wovon sollen die Studierenden leben? Der Tages- und Wochenablauf ist gekennzeichnet durch Studium, Arbeit und kurzen Erholungsphasen. Meist arbeiten die Studierenden auch am Wochenende. So berichtet der 28jährige Hassan:

„Ich bin von 8.00 Uhr bis 18.00 Uhr an der Uni. Dann arbeite ich drei- bis viermal in der Woche abends von 18.30 bis 1.30 Uhr. Am Wochenende arbeite ich als Portier und während der Woche im Restaurant. Es gibt Wochen, da arbeite ich 48 Stunden und bin 33 Stunden in der Uni. Das ist wahr! Ich würde es sonst nicht schaffen den Aufenthalt zu finanzieren, ja.“

Die „Bildungsinländer“ haben Anspruch auf staatliche Studienförderung (Bafög) und erhalten meist auch eine Zuzahlung von den Eltern. Da sie auch psychisch durch engere Verwandtschaftsbindungen gestützt werden, haben sie wesentlich bessere Chancen auf einen erfolgreichen Studienabschluss. Die Situation seiner Kommilitonen kommentiert ein Student folgendermaßen:

„Die meisten wollen wirklich einen Abschluss machen, aber sie schaffen es einfach nicht. Es gibt wenige, die einen Abschluss machen, weil sie das volle Studium finanzieren müssen. Viele brechen dann ab. Ich denke der Wille ist da, aber man schafft es nicht.“

4.3 Die „inneren“ und „äußeren“ Schwierigkeiten der Studierenden in Deutschland

„Innere“ Schwierigkeiten sind Sprache, Alleinsein und Heimweh, die eng im Zusammenhang miteinander stehen und sich teilweise gegenseitig bedingen. Deutschkenntnisse als Voraussetzung für die Teilnahme am Studienbetrieb und auch zur Kontaktaufnahme mit Kommilitoninnen und Kommilitonen sind für viele marokkanische Studienanfänger ein ernstes Problem. Meist wird im Heimatland kein ausreichendes Sprachvermögen erworben und muss vor Studienbeginn angeeignet werden. Für diese

Mühe geht oft die nötige Motivation für das folgende Studium verloren. Größte Schwierigkeiten bereitet den marokkanischen Studierenden auch das Alleinsein in einer ihnen fremden Kultur. Die meist aus einem größeren Familienverband stammenden Studierenden müssen sich schrittweise an die individualistisch geprägte deutsche Gesellschaft gewöhnen und ihren Platz darin finden. Vor allem in den Weihnachtsferien, wenn die deutschen Studierenden zu ihren Familien nach Hause fahren, fühlen sich die ausländischen Studierenden einsam. Eine 23jährige marokkanische Studentin erzählt:

„Weihnachten ist alles so ausgestorben, weil alle bei ihrer Familie sind. Das ist die schlimmste Zeit hier in Deutschland, die Weihnachtszeit. Sie bedeutet Depressionen für mich.“

Viele Studierende brechen ihr Studium aus Heimweh ab. Vom Akademischen Austauschdienst der Universität Mainz werden für ausländische Studierende vor Semesterbeginn Orientierungstage (3 Tage) oder ein Sommerkurs (4 Wochen) angeboten, um ein Einleben in Mainz und das Kennenlernen des Campus zu erleichtern. Deutschkurse und die Hilfestellung bei der Studienplanung stehen im Mittelpunkt. Während des Semesters werden gemeinsame Tagesausflüge organisiert. Jeden Tag stehen Tutoren für Sach- und Organisationsfragen als Ansprechpartner zur Verfügung. In der Vorweihnachtszeit werden alle ausländischen GastwissenschaftlerInnen und Studierende samt ihren Familien vom Präsidenten der Universität zu einer zwanglosen Adventsfeier eingeladen. Woran es den Studierenden jedoch mangelt, sind Kontakte zu deutschen Kommilitonen und eine persönliche Betreuung im Alltag.

„Hier im Wohnheim habe ich eigentlich nur zu ausländischen Kommilitonen Kontakt. Auch wenn einige meiner Freunde einen deutschen Pass haben und nur deutsch sprechen, fühlen wir uns als Ausländer miteinander verbunden. Hier und auf dem Campus sind wir Ausländer und Deutsche eigentlich alle gleich. Hier habe ich noch nie Diskriminierung erfahren. Mein Freund, mit dem ich viel zusammenhocke ist auch ein Ausländer, aus Ghana glaube ich“ erzählt ein 26jähriger Informatikstudent aus der Nähe von Kenitra.

Die „äußeren“ Schwierigkeiten, mit denen Marokkanerinnen und Marokkaner fertig werden müssen sind Konflikte mit anderen marokkanischen Studierenden, Ausländerfeindlichkeit und Identitätsprobleme. Aufgrund der „inneren“ Schwierigkeiten neigen die Studierenden dazu, sich bei verschiedenen Gruppierungen zu engagieren. Politisch oppositionell eingestellte Studierende versuchen in der marokkanischen Studierendenschaft Stimmung zu machen und engagieren sich in studentischen Vereinigungen. Andere wollen vom

rechten Glauben überzeugen und besuchen die Moschee als Zufluchtsort und Ort der Kommunikation mit Gleichgesinnten. Alle marokkanischen Studierenden können von negativen Erlebnissen mit ausländerfeindlichen Deutschen berichten. Dabei handelt es sich meist um Anpöbeleien. Latente Angst vor körperlichen Übergriffen wird von allen Befragten geäußert. Da sich viele Studierende nur mehr äußerlich als „Ausländer“ empfinden, weil sie in Deutschland mit deutschen Freunden aufwachsen, deckt sich das Eigenbild der Studierenden mit Zuschreibungen von Außenstehenden oftmals nicht mehr. Die Identität erleidet daher oft empfindliche „Schläge“. Vor allem bei den Familienbesuchen in Marokko bekommen die Studierenden ihre Situation zu spüren. So berichtet die 25jährige Sprachstudentin Fatima:

„Ich glaube es ist für alle schwierig, die im Ausland gelebt haben, wieder zurückzugehen. Es ist dann alles wieder neu, sogar die eigenen Leute werden einem wieder fremd sein. Zu Hause fragen sie uns, warum bist du jetzt nicht wie eine Deutsche? Warum verhältst du dich jetzt so wie wir? Das ist das Problem! Ich fühle mich hier zu Hause. Ich will nicht mehr nach Marokko zurückkehren. Ich möchte hier als Marokkanerin mit meiner Familie leben.“

5 Die Situation marokkanischer Studentinnen

Ein Studium im Ausland stellt für eine junge Frau aus einem muslimischen Herkunftsland eine besondere Herausforderung dar. Sehr stark prägen Familienstrukturen den Handlungsraum der Frauen. Erhalten marokkanische Studentinnen aus konservativen Familien die Erlaubnis zu einem Auslandsstudium, so leben sie in Deutschland in der Regel bei Verwandten. Fest im muslimischen Rollenideal verhaftet, werden Aktivitäten auf die Familie fokussiert oder beschränken sich Kontakte auf Frauen ihrer Community (vgl. SPULER-STEGMANN 1998; WEIGT 1996). Nach Möglichkeit reisen sie regelmäßig nach Hause und versuchen engen Kontakt mit der Verwandtschaft in Marokko aufrecht zu erhalten. Frauen aus europäisch sozialisierten, liberalen Familien, in denen Bildung als Gut auch für Frauen selbstverständlich ist, wohnen oftmals allein in Studierendenwohnheimen und regeln couragiert ihre Studienangelegenheiten. Häufig äußern diese Frauen den Wunsch, auch in Zukunft in Deutschland oder in einem europäischen Land leben zu wollen. „Der unsere Gesellschaft und

unser Wirtschaftssystem prägende Gegensatz von männlicher Norm und weiblichem Sozialcharakter, verschärft durch die Vorurteile gegenüber dem Studium von Frauen aus Entwicklungsländern, führt dazu, dass die Studien- und Lebenssituation von Studentinnen tendenziell immer konfliktreich ist“ (BUBLITZ und WEHNER 1993: 47). Diese Aussage trifft für die marokkanischen Studentinnen in dieser Form nur zum Teil zu. Vielmehr ist der Umgang zwischen muslimischen Studentinnen und deutschen Studierenden durch Unsicherheit und gegenseitige Vorurteile geprägt.

6 Typen marokkanischer Studierender

Die marokkanischen Studierenden lassen sich ganz grob drei Typen zuordnen: Der traditionsbewusste Student, der orientierungslose Student und der „Deutsche Marokkaner“. Die wichtigsten Unterscheidungsmerkmale sind die persönliche und die familiäre Situation, Bindung an Eltern und Verwandte, Kontakte zu marokkanischen Kommilitoninnen und Kommilitonen, Religiosität und der Grad der Anpassung an die deutsche Kultur. Nach einer allgemeinen Skizze jedes Typs wird jeweils an einem Portrait die Lebenssituation der Studierenden verdeutlicht. Die Beispiele können in diesem Rahmen nur sehr verkürzt dargestellt werden und wurden auf wichtige Aussagen verdichtet.

6.1 Typ A: Der traditionsbewusste Student - geht in die Mensa und in die Moschee

Tief verwurzelt in der marokkanischen Tradition, versucht der Student/die Studentin auch in Deutschland möglichst viele Elemente seiner Kultur aufrechtzuerhalten. Hierbei spielt der Kontakt zur Familie in Marokko sowie zu Verwandten und marokkanischen Freunden in Deutschland eine wichtige Rolle. Diese Studierenden haben überwiegend unter ihresgleichen Kontakt und unterstützen sich bei ihren Alltagsproblemen. Studierende dieses Typs wollen auch Angehörige der gleichen Nationalität, zumindest aber des muslimischen Glaubens, heiraten. Regelmäßig wird am Freitagsgebet in der Moschee teilgenommen und im Ramadan gefastet. Für eine steigende Zahl an Studierenden erzeugt der Moscheebesuch am Freitag Gemeinschaft, Heimatgefühl und Geborgenheit. Außerdem ist er Orientierungspunkt im Wochenrhythmus. Hier treffen sich

auch junge Studenten, die ihren Glauben bisher nicht lebten, weder beteten noch im Ramadan fasteten. Die Moschee in der Stadt und die Mensa der Universität sind Treffpunkte der marokkanischen Studierenden, da oftmals entsprechende Räumlichkeiten zur Kommunikation fehlen.

Die Studierenden dieses Typs wollen zügig studieren und mit einem Abschluss, der die Berufschancen in Marokko verbessert, heimkehren. Das Studium wird von Anfang an als zeitlich begrenzter Aufenthalt gesehen. Die baldige Heimkehr ist das Ziel. Eine Integration in Deutschland wird nur soweit angestrebt, als es für das Studium und die Alltagsbewältigung notwendig ist.

6.1.1 Abdallah und Aisha aus Marrakech⁶

Als eines von acht Geschwistern wurde Abdallah in Marrakech als Sohn eines Lehrers geboren. Von 1987 bis 1989 studierte er in Marrakech Geographie und Geschichte. 1990 reist er mit einer Gruppe von 15 Studienwilligen nach Deutschland. Bis 1994 bleibt er in Bonn und besucht das Studienkolleg. 1993 lernt Abdallah seine zukünftige Frau in Bonn kennen. Aisha ist Tunesierin und wanderte schon als Kleinkind nach Deutschland aus. Im Rahmen der Familienzusammenführung folgt sie mit ihrer Mutter und ihren Geschwistern dem Vater nach Deutschland. Sie spricht perfekt Deutsch und wurde im deutschen Schulsystem groß. Als Grund für die Wahl einer arabischen Frau gibt er an:

„Einfach diese Erziehung in unseren Ländern. Eine Deutsche wollte mich heiraten. Ich habe das mit meiner Familie besprochen und die haben gesagt, nein, mach` so was nicht! Dann bist du nicht mehr frei und dann bist du nicht mehr unser Sohn. Wenn du eine deutsche Frau heiratest, dann bleibst du immer in Deutschland. Wenn du eine Araberin heiratest kannst du immer wieder zurück.“ Auch seine Frau ist heute dieser Meinung:

„Wenn die deutschen Frauen einen ausländischen Mann heiraten, dann bezahlen sie die Wohnung und geben ihm Geld und dann wird er immer unterdrückt und besetzt. Die deutsche Frau regiert immer und das wollen die Männer bestimmt nicht haben.“

1994 nimmt er sein Studium auf. Er will Übersetzer für Französisch, Deutsch und Arabisch werden und zieht schweren Herzens nach Gernersheim um. 1995 heiraten sie, noch im gleichen Jahr kommt die Tochter zu Welt, im Sommer 1997 der Sohn. Sie leben in einer kleinen Zweizimmerwohnung im Studierendenwohnheim. Abdallah arbeitet nur in den Semesterferien, und setzt manchmal ein Semester aus, um Geld zu verdienen. Sie muss ihre Studienwünsche wegen der Kinder hintanstellen

⁶ Personennamen und Herkunftsorte wurden verändert.

und sorgt ganztags für die Familie. Seit der Hochzeit trägt sie ein Kopftuch und lange marokkanische Hauskleider. Sie betet und fastet mit ihm im Ramadan.

„Das war meine eigene Entscheidung. Wenn ich den Koran lese, dann habe ich das Gefühl, man braucht auch ein Kopftuch“ meint sie überzeugt.

Er besucht regelmäßig die Moschee und sucht Kontakt zu religiösen Marokkanern in seinem Umfeld. Studium und Versorgung der Familie füllen seinen Alltag völlig aus. Kontakt zu deutschen Kommilitonen und Kommilitoninnen haben sie nicht, im Wohnheim leben sie isoliert.

6.2 Typ B: Der orientierungslose Student - überall und nirgends zu Hause

Bei diesem Typ finden sich Studierende, die nicht genau wissen, was sie nach dem Studium anfangen sollen. Meist sind es Studierende, die zum Zwecke eines Vollstudiums nach Deutschland kommen und an den Anforderungen von Studium und Alltagsfinanzierung scheitern. Sprachprobleme, finanzielle Probleme und das Gefühl der Einsamkeit, vermischen sich zur Perspektivlosigkeit. So ergreifen diese Studierenden in ihrem Aufenthalt die Chance, in Deutschland für eine begrenzte Zeit Geld zu verdienen. Problematisch ist die fehlende Arbeitserlaubnis. Der Kontakt zu deutschen Partnerinnen und Partnern scheint dabei eine wichtige Rolle zu spielen. Eine Heirat bietet die Möglichkeit einer „lebenslänglichen“ Aufenthaltsgenehmigung und damit auch Arbeitserlaubnis in Deutschland.

6.2.1 Hassan aus Berkane

Im Alter von 23 Jahren kommt Hassan nach Deutschland. Er kopiert damit das Muster seiner sechs Brüder. Sie alle gingen zwecks Arbeit oder Studium ins Ausland. Hassan hatte sich in Marokko als Student politisch unbeliebt gemacht und saß für 40 Tage in Gefängnis. Ein Studium in Deutschland verhieß ihm eine Lösung seines Konfliktes. Sein Bruder, der seit längerem mit seiner Familie in Mainz lebt, erleichterte ihm den Start in dieser Stadt. Nach Beendigung des Studienkollegs hatte er kein konkretes Studienziel. Versuche, Politikwissenschaft und Philosophie zu studieren schlugen fehl, so entschied er sich für Pädagogik. Noch im fünften Semester weiß er nicht, was er mit dem Studium anfangen will. Für einen Abbruch kann er sich auch nicht entscheiden. Seit zwei Jahren ist er mit einer Deutschen verheiratet und arbeitet 20 Stunden als fester Angestellter bei der Post. Scheine absolviert er nach Lust und Laune. Er hatte eigentlich optimale Startbedingungen für ein erfolgreiches

Studium. Seine Freizeit verbringt Hassan mit seiner Frau und hat weder zu Deutschen noch zu Marokkanern engen Kontakt. Die meiste Zeit verbringt er vor der Fernseher. Seine tägliche Arbeitszeit von 18.00 bis 22.30 Uhr verhindert den Kontakt zu Freunden. Seine Frau, die als Kinderpflegerin berufstätig ist, schildert er als sehr zurückgezogen und schüchtern. Er lässt sich treiben und wartet ab, anstelle zielgerichtet zu planen und zu handeln.

6.3 Typ C: Der „deutsche Marokkaner“ - nur an seinem Äußeren zu erkennen

Die bereits in Deutschland geborenen, oder als Kleinkinder mit den Eltern nach Deutschland emigrierten Studierenden, haben gegenüber den Kommilitonen des Typs A und B einen weiten Vorsprung. Sie beherrschen die deutsche Sprache perfekt und sind im deutschen Schulsystem großgeworden. Sie haben Anspruch auf Bafög und werden emotional und finanziell von ihren Familien unterstützt. Die Freunde sind meist Deutsche aus der gesellschaftlichen Bildungsschicht oder Ausländer verschiedener Nationalitäten. Marokkanische Freunde haben sie seltener. Gegenüber einer Heirat mit einer deutschen Frau/einem deutschen Mann sind sie aufgeschlossen. Herkunft und Religionszugehörigkeit spielen nicht die entscheidende Rolle (bei Frauen schon eher). Die Studierenden haben ein festes Berufsziel. Problematisch ist ihr Verhältnis zu Marokko, das sie meist nur von Besuchen her kennen. Sie leben „zwischen den Kulturen“ und werden sowohl in Deutschland als fremd, wie auch in ihrer Heimat als nicht mehr marokkanisch erlebt. Oft beherrschen sie kein Arabisch und fühlen sich daher in Deutschland integrierter als in Marokko.

6.3.1 Mustafa, „ein Rüsselsheimer“ aus dem Rif

Schon im Alter von zwei Jahren kommt Mustafa 1977 mit seiner Mutter und seinen beiden Geschwistern nach Deutschland, wo sein Vater seit 1969 lebt. Der Vater arbeitet bei Opel in Rüsselsheim. Er verbringt seine Kindheit mit deutschen Freunden in einem Dorf bei Groß Gerau. Marokkanische Nachbarn hatte die Familie keine. 1995 beginnt er sein Studium in Mainz.

„Ich studiere Psychologie aus einem grundsätzlichen Interesse an Menschen. Während des Abiturs habe ich festgestellt, dass der NC im Fach Psychologie erreichbar für mich ist und dann habe ich mich dafür entschieden. Mein Wunsch wäre es, weiter an der Uni zu bleiben und hier weiter zumachen. Ich würde am liebsten promovieren, die

Alternative ist Marktforschung. Ich habe nicht vor, länger als acht Semester zu studieren. Bis jetzt scheint es durchführbar zu sein.“

Der 21-Jährige spricht sehr gut Deutsch und hat eine klare Vorstellung, welches Ziel er mit seinem Studium erreichen will. Er bezieht Bafög und kann sich über eine studentische Hilfskraftstelle (7 Std./Woche) im psychologischen Institut finanzieren. Er arbeitet in einer Arbeitsgruppe mit Psychologiestudenten und fokussiert seine ganze Aufmerksamkeit auf die Ausbildung. Probleme im Studium kennt er nicht. In seinem Selbstverständnis ist er zerrissen zwischen einer marokkanischen und einer deutschen Identität.

„Da ich mich weder als Deutscher noch als Marokkaner noch als irgendsonstwas fühle, fällt es mir schwer nachzuvollziehen, dass man, allein wo man geboren wird, automatisch reingesteckt wird. Ich habe überhaupt keinen Anschluss zu Marokkanern hier an der Uni. Ich kenne keinen einzigen. Ich bin ohne Marokkaner aufgewachsen und als ich dann Marokkaner kennenlernt habe, da waren sie mir eigentlich fremd. Man steht mit einem Fuß in Deutschland und mit einem Fuß in Marokko. Also ich werde sicher in Deutschland bleiben oder halt irgendwo in Europa. Ich war ziemlich lang in Deutschland und von daher bin ich wahrscheinlich mehr Deutscher als Marokkaner.“

Er fühlt sich stark im muslimischen Glauben verankert und wünscht sich auch eine Frau, die seine Gesinnung teilt.

„Der Glaube ist wichtig, auf jenen Fall Muslimin, obwohl ... auch ein anderer Glaube wäre nicht schlimm, aber ein Glaube zumindest. Das ist meine persönliche Einstellung.“

Er ist sich seiner guten Voraussetzungen für ein erfolgreiches Studium in Deutschland bewusst. Er kennt die Schwierigkeiten, die Ausländer im allgemeinen mit einer Ausbildung haben:

„Es ist ein Nachteil, wenn man von den Eltern hier nicht unbedingt „das Handwerkszeug“ mitbringt, um seinen Weg gehen zu können.“

7 Zusammenfassung

Die marokkanischen Studierenden verlieren sich im „kulturellen Zwischenraum“ zwischen Marokko und Deutschland. Nicht ganz hier und nicht ganz dort suchen die Studierenden einen Platz in der marokkanischen Gesellschaft, in beiden Gesellschaften oder in der deutschen Gesellschaft. Ein schwerer

Weg, wenn man dabei als Fremder wenig Unterstützung und als Ausländer zunehmende Feindlichkeit erfährt.

8 Literatur

- BADE, K. J.: Deutsche im Ausland – Fremde in Deutschland. Migration in Geschichte und Gegenwart. - München 1992.
- BELGENDOZ, A.: L'émigration des travailleurs marocains. In: AGOUMY, M. T. und A. BENCHERIFA. (Hrsg.): La grande Encyclopedie du Maroc, Géographie Humaine. - Rabat 1987: 37-64.
- BENCHERIFA, A., M. BERRIANE. und M. REFASS: Etude des mouvements migratoires du Maroc vers la communauté européenne, Rapport final. - Rabat 1992.
- BERRIANE, M.: L' image de l'Allemagne et des Allemands chez les émigrés marocains. In: BENDAOU, A. und M. BERRIANE: Marocains et Allemands. La Perception de l'Autre. - Rabat 1993: 67-98.
- BUBLITZ, H. und M. WEHNER: Studien- und Lebenssituation von Studentinnen aus Entwicklungsländern in Deutschland. - Auszeit 29 (1993) 5: 47-58.
- COSTANZO, S.: Migration aus dem Maghreb nach Italien. Soziale und räumliche Aspekte der Handlungsstrategien maghrebinischer Migranten und Migrantinnen in Kampanien, Süditalien. - Passau 1999.
- Deutscher Akademischer Austauschdienst (Hrsg.): Studium in Deutschland – Universitäten. Informationen über das Studium an deutschen Universitäten für Ausländer. - Bonn 1995.
- FADOUILLAH, A.: Migratory flows from the countries of the South to western Europe. In: CAGIANO DE AZVEDO, R. (Hrsg.): Migration and development cooperation. - Strasbourg (1994)(= Population Studies 28, Council of Europe): 13-50.
- FUNCKE, L.: Bildungsinländer. - Auszeit 22 (1990) 3/4: 15-18.
- GORZINI, M. J. und H. MÜLLER: Handbuch der interkulturellen Arbeit. - Wiesbaden 1993.
- HAMBURGER, F.: Der Kulturkonflikt und seine pädagogische Kompensation. - Mainz 1988.
- HAMBURGER, F. u. a.: Migration. Geschichte(n), Formen, Perspektiven. - Schwalbach/Ts. 1997.
- HOLTKAMP, R.: Die Attraktivität deutscher Hochschulen für ausländische Studenten. - Bonn 1997.

- KAUSAR, J. K.: Auslandsstudium als Kritisches Lebensereignis. Eine empirische Untersuchung zur psychosozialen Situation ausländischer Studenten in der Bundesrepublik Deutschland. - Wiesbaden 1988.
- KOTENKAR, A.: Ausländische Studenten in der Bundesrepublik am Beispiel der Universität Frankfurt. - Auszeit 20, (1989)1 / 2: 16-27.
- LANKENAU, I., DÖRING P. A. und B. WEIß: Mobilität des wissenschaftlichen Nachwuchses und die Attraktivität des Wissenschaftsstandortes Deutschland für Interessenten aus dem Ausland. - Bonn 1997.
- MERGNER, G.: Ausbildungs-Probleme der qualifizierten Arbeitskraft in den „Entwicklungsländern“ und das Ausländerstudium in der Bundesrepublik Deutschland. In: GORZINI, M. J. und H. MÜLLER: Handbuch der interkulturellen Arbeit. - Wiesbaden. 1993: 439-453.
- Präsident der Johannes Gutenberg-Universität (Hrsg.): Info für ausländische Studienbewerber. Teil I. - Mainz 1999a.
- Präsident der Johannes Gutenberg-Universität (Hrsg.): Info für ausländische Studienbewerber. Teil II. - Mainz 1999b.
- Präsident der Johannes Gutenberg-Universität (Hrsg.): Personen und Vorlesungsverzeichnis Wintersemester 1999/2000. - Trier 1999c.
- SCHLETTE, S.: Darstellung einiger Grundprobleme ausländischer Studenten an der Universität Hamburg. - Auszeit 29 (1993) 5: 28-46.
- SCHNITZER, K. und M. SCHRÖDER: Die wirtschaftliche und soziale Lage der ausländischen Studierenden in Deutschland. Ergebnisse der 14. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks durchgeführt durch die HIS Hochschul-Informations-System. - Bonn 1996.
- SPULER-STEGMANN, U.: Muslime in Deutschland. Nebeneinander oder Miteinander? - Freiburg im Breisgau 1998.
- Statistisches Bundesamt: Große Hochschulstatistik. - Wiesbaden 1989, 1990, 1999, 2000.
- WEIGT, CLAUDIA: Zwischen Tradition und Selbständigkeit. Junge marokkanische Frauen in Frankfurt am Main. - Frankfurt a. M. 1996.

Dr. Heike Roggenthin
Geographisches Institut, Universität Mainz
Becherweg 21, 55099 Mainz
Email: h.roggenthin@geo.uni-mainz.de

HANS-JOACHIM BÜCHNER

Die marokkanische Moschee in Dietzenbach im kommunalpolitischen Streit

Ein Beitrag zur geographischen Konfliktforschung

1 Die inhaltliche Ausrichtung der Fallstudie

Die Gebetsräume und provisorischen kleinen Moscheen, die sich die verschiedenen muslimischen Zuwanderungsgruppen in den letzten drei Jahrzehnten in Privatwohnungen, Garagen und Hinterhöfen eingerichtet haben, sind von der deutschen Öffentlichkeit kaum wahrgenommen worden. Mit der Stabilisierung der Einwanderungssituation und getragen vom wachsenden Selbstbewusstsein der hier lebenden Muslime versuchen mittlerweile zahlreiche Moscheevereine, sich mit dem Bau einer „richtigen“ Moschee einen funktional angemessenen und zugleich repräsentativen Rahmen für ihr Gemeindeleben zu schaffen. Dieser Anspruch trifft auf eine deutsche Öffentlichkeit, die noch immer große Schwierigkeiten hat, die Moschee als neues Element des Stadtraumes zu akzeptieren.

Der Beitrag bietet eine Fallstudie zu diesem Problemfeld. Berichtet wird, wie sich das marokkanische Moscheeprojekt in Dietzenbach, einer Trabantenstadt im Süden der Frankfurter Agglomeration, im hessischen Kommunalwahlkampf von 1997 zu einem brisanten Streitthema aufgeladen hat. Die Untersuchung konzentriert sich dabei auf zwei Aspekte:

- Vorgestellt wird die mit rd. 1.500 Personen recht große marokkanische Einwanderungskolonie von Dietzenbach, die in ihrer Mehrheit in einer

als Ghetto wahrgenommenen Hochhaussiedlung wohnt und sich dort in einem der Keller eine Moschee eingerichtet hat.

- Vor diesem Hintergrund werden die kommunalpolitischen Auseinandersetzungen um die baurechtliche Zulässigkeit der Kellermoschee und die Genehmigung der vom marokkanischen Moscheeverein geplanten neuen Moschee analysiert. Der geographiespezifische Zugriff ergibt sich dadurch, dass mit dem öffentlich ausgetragenen Streit um den Standort der künftigen Moschee der unterschwellige, durch ethnisch-kulturelle bzw. religiöse Differenz bestimmte Konflikt räumlich „gelesen“ und interpretiert werden kann.

2 Grundüberlegungen zum Stellenwert der Thematik

Diese Fallstudie greift ein für unsere Gesellschaft neues Problemfeld auf, dessen politischer und fachwissenschaftlicher Stellenwert noch nicht klar definiert ist. Daher erscheint es sinnvoll, wenn hier zusammen mit einer Sichtung thematisch relevanter Literatur aufgedeckt wird, welche Impulse und Interessen diese Untersuchung veranlasst bzw. mitbestimmt haben.

2.1 Das Interesse am marokkanischen Bevölkerungsanteil in Deutschland

Der Plan, gerade die Marokkaner von Dietzenbach ins Blickfeld zu nehmen, steht in engem Zusammenhang zur eigenen wissenschaftlichen Biographie, die eine vertiefte landeskundliche Kenntnis Marokkos und eine Vertrautheit mit Fragen der internationalen marokkanischen Arbeitsmigration (BÜCHNER 1986) einschließt.

Die Provinz Nador als Hauptherkunftsregion der marokkanischen Arbeiterwanderung nach Deutschland wurde 1991-95 im Rahmen des deutsch-marokkanischen Forschungsprojekts „Remigration Nador“ von BERRIANE, HOPFINGER, KARGERMEIER und POPP (1996) einer gründlichen Regionalanalyse unterzogen. In diesem Band hat BERRIANE (1996: 173 ff.) festgestellt, dass rd. 80 % der bis 1990 in die Bundesrepublik zugewanderten Marokkaner aus dieser Provinz kommen. Ende 1998 wohnten offiziell 82.700 Marokkaner in Deutschland einschließlich der eingereisten Studierenden und der ranghohen Zuwanderer, allerdings ohne dabei die vergleichsweise hohe Rate der bereits als Deutsche nationalisierten Marokkaner einzurechnen. BERRIANE (1994) hat darüber hinaus auch im Milieu der in Deutschland lebenden marokkanischen Arbeitsmigranten erfragt, wie von ihnen die deutsche Gesellschaft wahrgenommen und bewertet wird. Er gibt damit einen guten Einblick in die Integrations- und Identifikationsprobleme dieser vergleichsweise wenig untersuchten Ausländergruppe.

Schwerpunkte der Ansiedlung marokkanischer Arbeitsmigranten sind das Ruhrgebiet und das Rhein-Main-Gebiet. Es war ein kurzer Magazinbeitrag des Hessischen Rundfunks im Oktober 1997, der meine Aufmerksamkeit auf die Stadt Dietzenbach im Süden Frankfurts lenkte. Thematisiert wurde darin die Hochhaussiedlung Spessartviertel (ehem. „Starkenburgring“), in der zusammen mit anderen Ausländergruppen ein Großteil der in Dietzenbach registrierten Marokkaner wohnt, ein Quartier, das als „Sozialer Brennpunkt“ angesprochen wird und in dem augenscheinlich gerade jugendliche Marokkaner durch Vandalismus, Gewaltbereitschaft und Drogenhandel auffallen.

Es ist nachvollziehbar, dass die Marokkaner von Dietzenbach nach einer Reihe schlechter Erfahrungen mit den Medien mit Misstrauen auf die Ausforschung ihrer Alltagswelt reagieren. Dem Autor ist es wohl vor allem durch seine „marokkanische Vorprägung“ gelungen, hier einen vertrauensvollen Zugang herzustellen und Einstellungen und Motive auch der Repräsentanten dieser ethnischen Gruppe zu Fragen der Wohnsituation, der Jugendprobleme und vor allem der Bedeutung der Moschee zu erkunden (BÜCHNER 1998).

2.2 Das wachsende gesellschaftspolitische Gewicht des Islams in Deutschland

Der kommunalpolitische Streit um das marokkanische Moscheeprojekt, der sich durch Pressemitteilungen, Kommentare und Leserbriefe rasch zu einer öffentlichen Auseinandersetzung über den Islam ausweitete, verweist auf ein neues gesellschaftspolitisches Problemfeld, nämlich die Frage nach dem Stellenwert der muslimischen Minderheiten in Deutschland.

Man darf nicht übersehen, dass der Islam in Deutschland mittlerweile zur drittgrößten Religionsgemeinschaft aufgerückt ist, der man gegenwärtig nach groben Schätzungen rund 2,8 Millionen Menschen zurechnet (SPULER-STEGEMANN 1998: 44; vgl. HEINE 1997: 109 ff.). Fest etabliert hat sich der Islam hier seit gut drei Jahrzehnten vor allem mit der Arbeitsmigration aus islamisch geprägten Staaten des Mittelmeerraums und in der Folge durch verschiedenen Flucht- und Asylzuwanderungen. Die unterschiedlichen Migrationsbedingungen erklären auch die Heterogenität der islamischen Gruppierungen in Deutschland, die sich nach Nationalität, Sprache, Islamverständnis, politischer Ausrichtung etc. stark voneinander abheben und z. T. auch gegeneinander agieren. In den meist städtischen Zuwanderungsgebieten haben sich auf lokaler Ebene eine Vielzahl von islamischen Gemeinden herausgebildet, insgesamt in Deutschland wohl mehr als 2000, die sich als Moscheevereine bzw. islamisch ausgerichtete Kulturvereine in der Regel in der Rechtsform des eingetragenen Vereins organisieren (siehe JONKER 1997 zur Ausformung islamischer Gemeinden in Berlin).

Mittlerweile haben sich auch mehrere islamische Dachorganisationen unterschiedlicher politischer Ausrichtung herausgebildet (FEINDT-RIGGERS und STEINBACH 1997). Es ist ihnen bislang aber nicht gelungen, einen Gesamtverband zu gründen, der als Repräsentant der Muslime in Deutschland auftreten und verbindliche Abkommen mit dem Staat abschließen könnte. Die Bundesregierung hat der islamischen Glaubensgemeinschaft daher die Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts und die damit verbundenen Privilegien, wie sie ja den großen christlichen Kirchen und der jüdischen Gemeinschaft zugestanden werden, bislang verweigert.

Präsent wird der Islam für die deutsche Öffentlichkeit vor allem dort, wo Muslime versuchen, ihren Alltag nach den muslimischen Lebensregeln auszurichten und sich dafür die ihnen religiös-kulturell vertrauten Institutionen aufzubauen (siehe dazu die islamwissenschaftlich abgesicherte, mit konkreten Beispielen unterlegte Darstellung der Formen und Schwierigkeiten muslimischen Lebens

in Deutschland bei HEINE 1997: 137 ff. und SPULER-STEGEMANN 1998: 44 ff.). Der Bau einer Freitagsmoschee mit Minarett, der Muezzinruf zu den Gebetszeiten, die muslimische Bestattungsform und die Einrichtung eigener Friedhofsbereiche, die Zulassung der rituell korrekten Schächtung im Schlachthof, die Einführung des Islamunterrichts als schulisches Pflichtfach, das sind nur einige der für Moslems wichtigen Forderungen, die in unserem Staat in zunehmendem Maße die Gerichte und Behörden und vor allem die Politik beschäftigen und in der Regel ein hohes Maß an medialer Aufmerksamkeit, z. T. mit diffusen Islamängsten unterlegt, auf sich ziehen.

Die Moschee hat dabei den wohl höchsten Stellenwert. Ist sie doch vorrangig die Räumlichkeit, in der die muslimische Gemeinde das rituelle Gemeinschaftsgebet vollzieht und sich damit öffentlich zum Islam bekennt, eine religiöse Funktion, für die sich in der Welt des Islams verschiedene regionaltypische Architekturformen herausgebildet haben, die man gerade auch in der Diaspora als identitätsstiftendes Symbol für die eigene Gruppe bei der baulichen Gestaltung einsetzen will (siehe Photosammlung „deutscher Moscheen“ in klassischer Moscheearchitektur bei BEDNARZ und KREUELS 1998).

In der Migrationssituation gewinnt neben der religiösen auch die kommunikative Funktion der Moschee an Bedeutung. Sie ist „ein Stück Heimat“, aber gleichzeitig auch der Ort, wo man sich untereinander über die Bedingungen des Gastlandes informieren kann. Vielfach übernehmen Moscheevereine soziale Aufgaben, um den Landsleuten das Leben und die Integration im Zielland zu erleichtern (also neben der Koranschule z. B. Hausaufgabenhilfe, Jugendbetreuung, Beratung im Umgang mit Behörden, Sprachkurse, EDV-Schulung). Oft werden im Gebäudekomplex der Moschee auch Versorgungsleistungen angeboten (ethnisch spezifiziertes Lebensmittelangebot, Reparaturleistungen, Versicherungen etc.). KRUMMACHER und WALTZ (1996, bes.: 230 ff.), die die Grundlagen und Chancen „multikultureller Stadtpolitik“ ausgelotet haben, sehen in diesen Angeboten keine bewusste Segregation, sondern sehr effektive Lebens- und Integrationshilfen und fordern daher eine Kommunalpolitik, die solche Migranten- bzw. Moscheevereine als Partner wahrnimmt und gezielt unterstützt.

Es ist klar, dass die Moscheegemeinden versuchen, sich für all diese Aufgaben angemessene räumliche Verhältnisse zu schaffen. Mittlerweile hat ein erheblicher Teil der Moscheevereine die provisorischen Mietunterkünfte verlassen, Baugrundstücke bzw. größere Immobilien gekauft und sich mit neuen Moscheen bzw. islamischen Kulturzentren fest etabliert.

Der Islam in Deutschland ist also längst keine ephemere Erscheinung mehr. Mit dem Generationswechsel innerhalb der Moscheevereine, der etwa zu Beginn der 90er Jahre verstärkt eingesetzt hat, rückt eine in Deutschland aufgewachsene Generation nach, die sich zum Ziel gesetzt hat, hier auf Dauer zu leben, ohne den Islam als Religion aufzugeben. (vgl. JONKER und KAPPHAN 1999: 7). Moscheen werden also, zumindest im Bereich der alten Bundesländer, zum strukturellen Bestandteil des Siedlungsraumes.

Zahlreiche Moscheevereine sind um Akzeptanz bemüht und versuchen, Misstrauen und Ablehnung abzubauen z. B. durch den jährlichen „Tag der offenen Moschee“ und den Dialog mit den christlichen Kirchen. Stellvertretend für die zahlreichen Publikationen zu Chancen und Schwierigkeiten des christlich-muslimischen Dialogs in Deutschland sollen hier wegen ihrer Nähe zur Geographie nur JÄHNICHEN (1999) und EGGELING (1999) genannt werden. Auf die neue große Mannheimer Yavuz Sultan Selim Moschee und die mit ihr verbundene Öffentlichkeits- und Bildungsarbeit sei hier besonders hingewiesen (ALBERT et al. 1995 und 1997).

2.3 Die fachwissenschaftlichen Perspektiven

Die Literaturrecherche belegt, dass die Frage nach der Moschee in Deutschland von der Geographie bislang kaum aufgegriffen bzw. aufbereitet worden ist. Trotz der intensiven geographiewissenschaftlichen Beschäftigung mit der Ausländerthematik und den zahlreichen Studien zu den bevölkerungsgeographischen bzw. sozial- und wirtschaftsräumlichen Ausprägungen der internationalen Zuwanderung nach Deutschland fehlen Untersuchungen zur raumbezogenen Ausformung des Islams weitgehend.

So vermisst man als Grundlage eine verlässliche, nach relevanten Kriterien geordnete Auflistung und kartographische Darstellung der in Deutschland eingerichteten Moscheen, auch wenn mittlerweile verschiedene islamische Verbände, kirchliche Organisationen, Ausländerbeauftragte großer Kommunen etc. für ihre Bedürfnisse entsprechende Informationen oft in Form grauer Literatur zusammengestellt haben (MIHÇRYAZGEN 1990 zu Hamburg, LIER und PIEST 1994 zu Köln, FRESE und HANNEMANN 1995 zu Bremen, ANDERSON 1996 zu München u. a.). Allerdings fehlen hier in der Regel Angaben zum Gebäudetyp, zu Lagemomenten und zu den mit der Moschee direkt oder mittelbar verknüpften Funktionsangeboten. BERNIS'AU (1993) hat in seiner leider nicht veröffentlichten geographischen Examensarbeit im Bonner Norden eine Mo-

scheen-Kartierung in Verbindung mit qualitativen Interviews durchgeführt, um vor allem die räumlichen und sozialen Strukturen der verschiedenen islamischen Einwanderungskolonien vergleichend zu erfassen.

Einen wichtigen interdisziplinären Beitrag liefert der Ergebnisband des universitären Projektseminars zu den Berliner Moscheen, den die Islamwissenschaftlerin JONKER und der Stadtsoziologe KAPPAN zusammen 1999 herausgegeben haben. Denn hier wird nicht nur nach der Entstehungsgeschichte und der Organisationsform der Moscheen und ihrem religiösen und sozialen Angebot gefragt, sondern u. a. auch die Art der Partizipation der Gemeindemitglieder, die Außenkontakte der Moscheevereine und ihre Zukunftsstrategien ermittelt. Besondere Aufmerksamkeit aus geographischer Sicht verdient dabei die Analyse der Raumsituation der Berliner Moscheen durch GEBHARDT (1999), der Lage, Gebäudetyp, Mietkostenniveau etc. der Moscheen vor dem Hintergrund des Handlungsspielraums der Moscheevereine interpretiert. Der Bericht von PRZYBYLA (1999, bes.: 61 ff.) zum Projekt einer Berliner Zentralmoschee deckt sowohl die Uneinigkeit der islamischen Dachverbände als auch die verkappten Widerstände von Berliner Kommunalpolitikern auf.

Die Frage, welchen Part die Humangeographie bei einer interdisziplinär angelegten gesellschaftswissenschaftlichen Untersuchung der Moschee übernehmen sollte, kann hier nicht voll ausgelotet werden. Zwei Perspektiven versprechen aber einen besonders fruchtbaren fachspezifischen Zugriff und sind wohl auch geeignet, den gegenwärtigen geographietheoretischen Diskurs voranzubringen: Nämlich einerseits die Untersuchung der Moschee als raumbestimmter und raumwirksamer Institution im Rahmen der Binnenorganisation von islamischer Gemeinde und Einwanderungskolonie und andererseits die räumliche und symbolische „Platzierung“ der Moschee im Siedlungsgefüge und in der Mehrheitsgesellschaft.

- Mit dem Konzept der „sozialgeographischen Institution“, wie sie ESCHER (1992: 89 ff.) für die lebensweltliche Erschließung der Medina von Fes/Marokko entwickelt hat, steht ein Instrument zur Verfügung, das eingesetzt werden kann, um aufzudecken, wie durch die Moschee das Alltagshandeln von Muslimen in Deutschland reguliert bzw. im lebensweltlichen Kontext sinnhaft geordnet wird. Ausgangspunkt wäre nach diesem Konzept das Moscheegebäude in seiner Architektur und den darin etablierten Funktionen. Indem nicht nur der Gebetsraum selbst, sondern auch die verschiedenen räumlich zugeordneten Funktionsbereiche ins Blickfeld rücken, kann auch die Art der Überschneidung von Moschee-

gemeinde und Einwanderungskolonie abgesteckt werden. Das Moscheegebäude selbst wird verstanden als ein im Stadtraum materiell verankerter zeit-/räumlicher „Orientierungspunkt“ für eingespielte spezifische aktionsräumliche Handlungsmuster, die von den durch „Repräsentanten“ (z. B. Moscheevereinsvorsitz) vermittelten bzw. kontrollierten Normen strukturiert und sinnbezogen gedeutet werden. Dieses Konzept der „sozialgeographischen Institution“ korrespondiert recht gut mit DANGSCHAT (1996, bes.: 118 ff.), der im Rahmen der gegenwärtigen soziologischen „Wiederentdeckung des Raumes“ ein vergleichbares Modell des „Sozialen Raumes“ entwickelt hat.

- BOURDIEU (1991: 30), der „Herrschaft über den Raum“ als „eine der privilegiertesten Formen von Herrschaftsausübung“ betrachtet, sieht in den „ungleichen Chancen des Zugangs beziehungsweise der materiellen oder symbolischen Aneignung ... die objektivierte Form eines Zustandes sozialer Auseinandersetzung um ... Raumprofite...“. Was hier von ihm als soziologische Grundlegung räumlicher (Wohn-) Segregation konstatiert wird, kann auch auf die räumliche Verankerung von Institutionen wie die einer Moschee übertragen werden. Als verortete Einrichtung des organisierten Islams erhält sie innerhalb des räumlichen Symbolsystems, das die materielle Siedlungsstruktur nach Bedeutung, Wert und Rang ordnet, dann einen markanten Stellenwert, wenn der Bekenntnischarakter in der Bauform ausgeprägt und der Standort hochrangig ist, das heißt, wenn dem Moscheegebäude ein eindeutiger Repräsentations- und Symbolcharakter zugeschrieben werden kann.

Zu klären ist also, wo und wie sich eine von vielen mit Fremdheit und Misstrauen betrachtete islamische Minderheit im Stadtraum mit ihrem Sakralgebäude „positionieren“ und „Zeichen setzen“ kann. Gerade der oft in Form öffentlicher Auseinandersetzungen ausgetragene Konflikt um Architektur bzw. Standort eines Moscheeprojektes bietet dabei die auch für den Außenstehenden einsehbare Bühne und Szenerie, um die am Streit partizipierenden Akteure und ihre Argumente, Strategien und Handlungen zu identifizieren und damit für eine diskursanalytische Interpretation verfügbar zu machen. Damit wird ein sozialwissenschaftliches Verfahren eingesetzt, das die gesellschaftliche Auseinandersetzung als konkurrierendes Gegeneinander der für die Akteure sinnstiftenden und handlungsleitenden Deutungsmuster begreift und deren Wirksamkeit im Konfliktprozess durch Aufdeckung der unterschiedlichen Machtverhältnisse und Durchsetzungsstrategien hinterfragt.

Die „geographische Konfliktforschung“, wie sie sich gegenwärtig in der deutschen Politischen Geographie durchzusetzen beginnt, bezieht sich auf die Diskursanalyse. Sie gewinnt ihre geographiespezifische Ausrichtung, indem sie politisch-gesellschaftliche Konflikte auf unterschiedlichen Maßstabsebenen wissenschaftlich so dekonstruiert, dass die Strategien bei der Instrumentalisierung des Raumes erkennbar und die Machtpotentiale und Ziele der Akteure durch ihr Handeln im Raum erschließbar werden (vgl. u. a. BÜCHNER 1998: 34 ff. und REUBER 1999 mit seiner fundierten theoretischen Grundlegung einer konstruktivistisch angelegten Interpretation raumpolitischen Handelns).

Bei der Vorstellung der Fallstudie zur marokkanischen Moschee in Dietzenbach wird folgende Argumentationslinie verfolgt. Zunächst werden mit der kurzen Skizze der Stadt Dietzenbach die Rahmenbedingungen, die in den Standortstreit um die Moschee eingehen, abgesteckt. Die Darstellung der marokkanischen Einwanderungskolonie zielt darauf ab verständlich zu machen, welche Interessen sie mit dem Neubau einer Moschee verfolgt. Die Aktionen und Reaktionen, die der Bauantrag des Moscheevereins ausgelöst, werden in Form eines Berichtes und als Karte festgehalten. Sie bilden den Konfliktverlauf ab und liefern damit die Sachgrundlage für die wissenschaftliche Auswertung. Die Diskursanalyse der raumbezogenen Entscheidungen und Handlungen deckt dann die Strategien und unterschiedlichen Machtpotentiale der Akteure auf und offenbart damit, wie hier über Raumentscheidungen gesellschaftliche Differenzen ausgetragen werden.

3 Rahmenbedingungen und Grundlagen

In einem Überblick sollen hier nur die Tatbestände zu Dietzenbach registriert werden, die für die Moscheefrage als handlungsbestimmende Rahmenbedingungen unbedingt gebraucht werden, also Informationen zur Stadtstruktur und die Kennzeichnung der Einwanderungskolonie der Marokkaner.

3.1 Die Stadt Dietzenbach und das Spessartviertel

Die Stadt Dietzenbach, etwa 10 km südlich von Frankfurt gelegen, gehört mit rund 34.000 Einwoh-

nern zu jungen Trabantenstädten der Frankfurter Agglomeration.

Aus der in Abbildung 6 im Ausschnitt wiedergegebenen topographischen Karte von Dietzenbach lässt sich aus dem Grundrissmuster unschwer die räumliche Struktur, bauliche Entwicklung und funktionale Gliederung der Stadt erschließen (s. dazu auch die ausführliche stadtgeschichtliche Darstellung in RATHERT und KINDEL 1995).

An den verdichteten, lanzettförmig ausgebildeten alten Ortskern schließt sich unmittelbar im Osten die Nachkriegserweiterung an. Dietzenbach war noch zu Beginn der 60er Jahre eine typische Arbeiter-Bauern-Gemeinde mit damals 6.300 Einwohnern. Um die in den 60er Jahren massiv einsetzende Suburbanisierung im Frankfurter Großraum zu steuern, wurde Dietzenbach als einer von mehreren Siedlungs- und Entwicklungsschwerpunkten für geplante 60.000 Einwohner ausgewiesen. Rechts der Bahnlinie wurde eine neue große Industrie- und Gewerbezone eingerichtet. Und links davon, im Anschluss an die Ortssiedlung, wurde ein sehr großflächiges neues Wohnareal ausgewiesen, das in den 70er Jahren nach dem damals geltenden städtebaulichen Prinzip der „urbanen Dichte“ in Form von kompakten, hohen Baukörpern schrittweise aufgefüllt wurde, bis sich dann in den 80er Jahren die viergeschossige Blockrandbebauung durchsetzte.

Die günstige Verkehrslage zum Frankfurter Flughafen und zu den gewerblich-industriellen Schwerpunkten im südlichen Frankfurter Großraum auf der einen Seite und der in Dietzenbach durch den kompakten Geschosswohnungsbau ausgelöste Siedlungsschub auf der anderen Seite führten bei rasch wachsender Bevölkerungszahl auch viele Ausländer in die Stadt. Von den Kommunen des Umlandverbandes Frankfurt hat Dietzenbach mit 31 Prozent den höchsten Ausländeranteil. Dabei nehmen die rund 1.500 Marokkaner nach den Türken den zweiten Rangplatz in der Liste der hier wohnenden mehr als hundert Nationalitäten ein.

In den fünf Hochhäusern der Großwohnanlage Rosenpark mit rd. 1000 Wohnungen, heute Spessartviertel genannt (Abb. 1), wohnt gut ein Drittel der in Dietzenbach registrierten Ausländer, nämlich knapp 2.000 Türken und 1.300 Marokkaner, gefolgt von Jugoslawen, Afghanen und Pakistani. Hinzu kommen kleinere Gruppen von Vietnamesen, Roma aus Südosteuropa u. a.. Der deutschstämmige Bevölkerungsanteil liegt hier mittlerweile unter fünf Prozent.

Diese Hochhausgruppe ist zwischen 1970 und 1974 von einem Bauträger nach dem sogenannten Bauherrenmodell errichtet worden. D. h., gutverdienende Investoren kauften sich hier Eigentumswohnungen, mussten diese aber aus Gründen der Steu-

Abb. 1: Blick auf die Großwohnanlage „Spessartviertel“ mit seinen für die 70er Jahre typischen uniformen Hochhäusern (Aufnahme 11/97)



erabschreibung über eine Hausverwaltung für mindestens zehn Jahre vermieten. Diese Wohnungen mit ihrer einfachen Ausstattung in solchen Betonblocks ließen sich selbst mit Sonderofferten (z. B. mietfreies Wohnen für die ersten drei Monate) nur schwer vermieten. In diese Wohnungsmarktnische drängten ab Mitte der 70er Jahre Türken, Jugoslawen und auch Marokkaner. Durch die Änderung der deutschen Steuer- und Sozialgesetzgebung sahen sie sich genötigt, ihre Familien nachzuholen.

Das Spessartviertel hat sich in den letzten Jahren zum einem der schwierigsten städtischen Problemquartiere der Frankfurter Agglomeration entwickelt und weist mittlerweile deutliche Ghettoerkmale (räumliche Abgrenzung/Ghettoisierung und soziale Ausgrenzung/Stigmatisierung) auf. Die Stadtpolitik klassifiziert ein solches Viertel aufgrund der baulichen Mängel, der sozialen Problemlagen und der relativ hohen Kriminalitätsrate besonders bei Jugendlichen als „Sozialen Brennpunkt“ bzw. als „benachteiligtes Wohnquartier“.

Von den Medien wird das Spessartviertel in der Regel einseitig überzeichnend als fremd und bedrohlich, als kaum kontrollierbarer Gefahrenherd für die öffentliche Ordnung und Sicherheit dargestellt. Der immerhin dreiseitige Artikel im *Spiegel* zum Spessartviertel vom Februar 1998 rückt dieses Viertel sogar in die Nähe der „brennenden Vorstädte“ französischer Großstädte. Und dabei ist es recht kennzeichnend, dass als eine Facette dieses Negativimages sogar die Koranschule der marokkanischen Kellermoschee im Bild aufgegriffen wird, wohl um in diesem Kontext auf die als sehr fremd wahrgenommenen muslimischen Migranten hinzuweisen.

3.2 Die marokkanische Einwanderungskolonie und ihre Kellermoschee

Das Spessartviertel beherbergt verschiedene Einwanderungsgruppen, die sich in unterschiedlichem Maß als ethnische Kolonien durch Binnenintegration organisieren, um ihren alltäglichen Lebensbereich zu stabilisieren und die erheblichen Anpassungsprobleme abzufangen (vgl. LUBIG 1990). Dieses Quartier wird also nicht von einem völlig destrukturierten, amorphen sozialen Milieu im Sinne eines Slums bestimmt, auch wenn das von der Presse gelegentlich suggeriert wird.

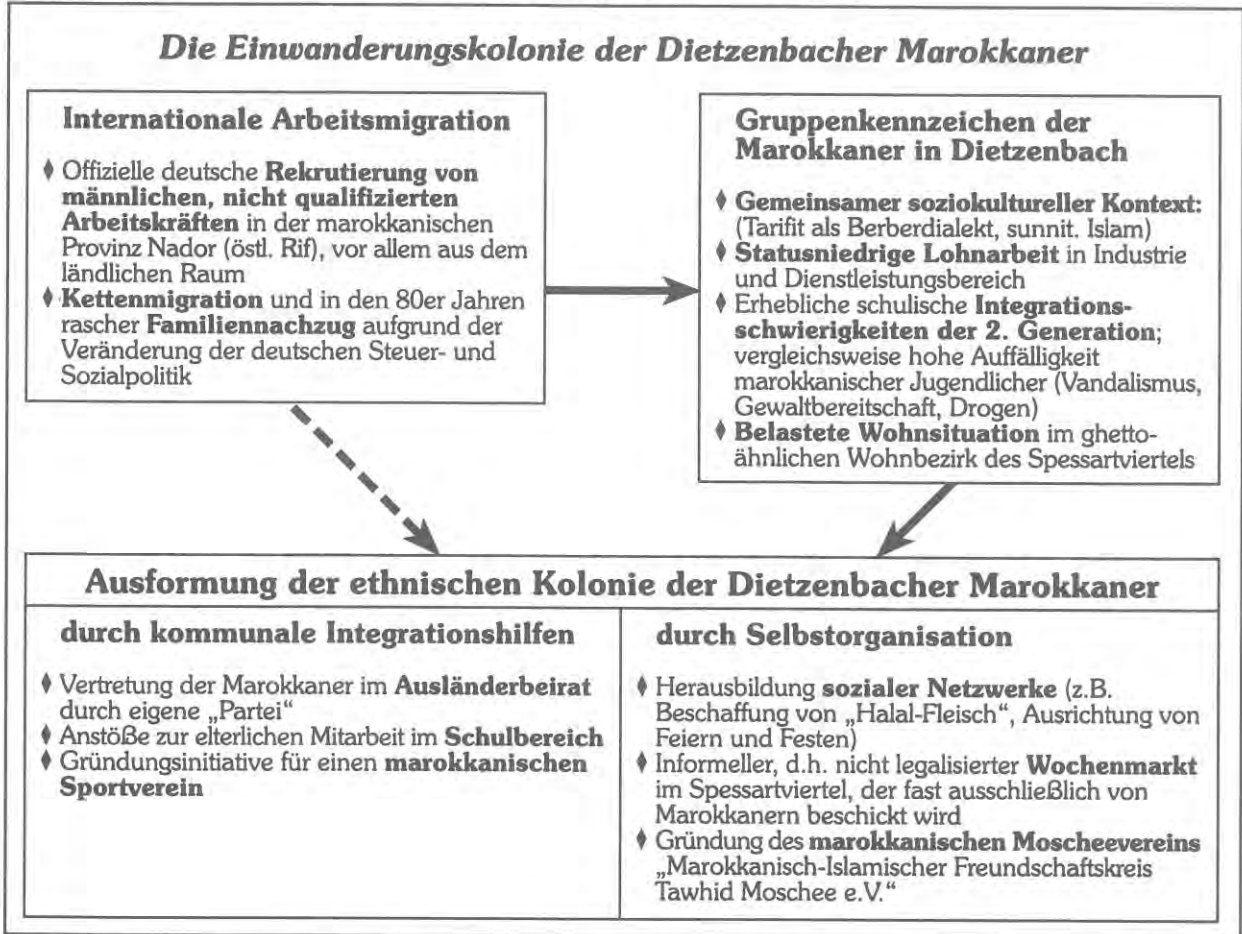
In der Soziologie spricht man nach Heckmann (1992: 97 ff.) von „ethnischen Kolonien“, wenn die in einer räumlich-territorialen Einheit lebenden Einwanderer auf der Grundlage ihrer gemeinsamen Herkunft und ihres gemeinsamen Gruppenschicksals durch Selbstorganisation innerethnische soziale Beziehungsstrukturen entwickeln.

Die Dietzenbacher Marokkaner bilden nach dieser Definition eine ethnische Kolonie (Abb. 2). Sie stammen fast ausschließlich aus dem östlichen Rif, sind also Tarifit sprechende Berber, kamen in den 60er Jahren durch Rekrutierung und anschließende Kettenmigration als männliche Arbeitsmigranten (Gastarbeiter) in den Rhein-Main-Raum und hier vor allem zu Opel (Rüsselsheim). Beim späteren Familiennachzug bot das von Deutschen gemiedene Spessartviertel für sie eine der wenigen Wohnungsmarktnischen, so dass durch Nachziehen heute hier gut 90 Prozent der Dietzenbacher Marokkaner wohnen. Sie bilden nach ihren Merkmalen eine recht homogene Gruppe, die durch Verwandtschaft bzw. lokale Herkunft und Arbeits- und Wohnplatz sozial eng verbunden ist.

Bei Gesprächen mit Familienvätern klingt als gemeinsame Hauptsorge immer wieder der schwere Generationenkonflikt durch. Marokkanischen Eltern versuchen in der Regel, ihre Kinder mit strenger Autorität vor den aus ihrer Sicht besonders negativen Einflüssen der deutschen Gesellschaft abzuschirmen, also „der laxen Sexualmoral, der Respektlosigkeit gegenüber den Älteren und dem mangelnden Familiensinn“. Sie müssen aber erleben, dass sich viele Jugendliche ihnen entziehen (vgl. BERRIANE 1994).

Die Marokkaner halten in Dietzenbach engen Kontakt, haben ein relativ dichtes soziales Netz entwickelt und partizipieren an den von kommunal-

Abb. 2: Kennzeichen der marokkanischen Einwanderungskolonie von Dietzenbach



ler Seite angeboten Integrationshilfen. Im Ausländerbeirat der Stadt stellen sie sogar die eigene Partei „Lettehad Maroc“ (Marokkanische Freundschaft). Der kleine informelle Straßenmarkt am Samstag vor dem Spessartviertel wird vor allem von Marokkanern beschickt und frequentiert. Ein „Internationaler marokkanischer Sport- und Kulturverein Al Amal Dietzenbach“, der sich vor allem an die fußballbegeisterte Jugend wendet, ist noch im Aufbau. Die wichtigste der von der marokkanischen Kolonie initiierte Institution ist die Moschee, die durch einen Moscheeverein organisiert wird.

Vor gut sieben Jahren hatte die Gruppe der Marokkaner im Hochkeller eines der Hochhäuser des Spessartviertels den ungenutzten verwahrlosten Wasch- und Trockenraum angemietet und hier eine Moschee eingerichtet, die dann bis zur Anfang Januar 1998 behördlich veranlassenen Schließung genutzt werden konnte (Abb. 3). Sie verfügte über die essentiellen Elemente, die der Islam für das gemeinschaftliche Pflichtgebet verlangt, also, eingelassen in der Qibla-Wand (die Wand, vor der die Gläubigen sich zum Gebet formieren) den Mihrab, d. i. die nach Mekka ausgerichtete Nische als räumliche und spirituelle Gebetsorientierung, und direkt vor der Qibla-Wand, also der Gemeinde gegenüber, die Minbar, also den Predigtstuhl mit seinem kleinen

Podest in Form einer Kanzel. Im ehemaligen Waschraum fanden sich die Einrichtungen für die rituelle Waschung. Außerdem war ein kleines Büro und ein als Koranschule eingerichteter Raum abgeschlossen.

Getragen wurde die Moschee von einem als „Marokkanisch-islamischer Freundschaftskreis Tawhid Moschee e.V.“ ins Vereinsregister eingetragenen Moscheeverein. Von den Monatsbeiträgen der ca. 220 Mitglieder wurden Miete, Strom und Wasser und mit 2.300 DM monatlich das Gehalt des Imam (marokk.: „Fkih“) bezahlt, den man sich aus der Heimat geholt hatte.

Vor allem aus zwei Gründen fasste vor jetzt vier Jahren der Moscheeverein den Entschluss zum Kauf einer Immobilie in Dietzenbach, um hier als Um- oder Neubau ein marokkanisches Kulturzentrum mit einer neuen großen Moschee zu errichten:

- Viele der mittlerweile älteren Marokkaner der ersten Generation haben sich entschlossen, in Dietzenbach zu bleiben, vor allem um den Kontakt zu ihren Kindern zu halten. Sie wollen sich in der Diaspora eine würdige Moschee und ein angemessenes, repräsentatives Heimatrefugium schaffen. Daher wurde in einem Nebenraum auch ein Cafe geplant. Dieser Treffpunkt sollte nicht nur den Moscheebesuchern offen stehen,

Abb. 3: Die marokkanische Kellermoschee mit der Gebetsnische (Mihrab) aus in die Wand verlegten Mosaiksteinchen und der Predigtkanzel (Minbar) mit Mikrophon, um die Predigt auch in die den Frauen vorbehaltene im Erdgeschoss angemietete Wohnung zu übertragen



sondern auch die Landsleute einzubeziehen, die mit dem Islam und der Moschee nicht so eng verbunden sind.

- Die Marokkaner leiden unter der Ghettosituation des Spessartviertels. Daher wurden auch Aufenthaltsräume für Frauen und Kinder eingeplant und ein attraktiver Jugendtreff, um die Jugendlichen von der Straße zu holen und an die Moschee heranzuführen.

Innerhalb der marokkanischen Kolonie hat man dann in relativ kurzer Zeit insgesamt 1,2 Mill. DM gesammelt, die der Moscheevereiner, um den Vorwurf des Zinswuchers bei diesem heiligen Zweck auszuschließen, entsprechend der strengen Koran-auslegung zinslos bei der Sparkasse deponierte. Um zu verhindern, dass das Negativeimage des Spessartviertels auf das geplante Kulturzentrum ausstrahlt, suchte man bewusst nach einem Standort außerhalb dieses Quartiers. Anfang 1997 glaubte man mit einem leerstehenden Maschinenbaukomplex in der Nähe des Bahnhofs ein geeignetes Objekt gefunden zu haben.

Der Verein beauftragte einen Architekten mit einem Planentwurf (Abb. 4), um vor dem definitiven Kauf durch eine Bauvoranfrage bei der zuständigen Bauaufsichtsbehörde klären zu lassen, ob das Pro-

jekt in dieser Form überhaupt genehmigt werden kann. Auf einen Minaretturm hatte man aus Rücksicht auf deutsche Empfindlichkeiten bewusst verzichtet. Nur beim Portal wollte man den Bezug zum städtischen marokkanischen Moscheestil herstellen.

4 Die marokkanische Moschee im politischen Diskurs

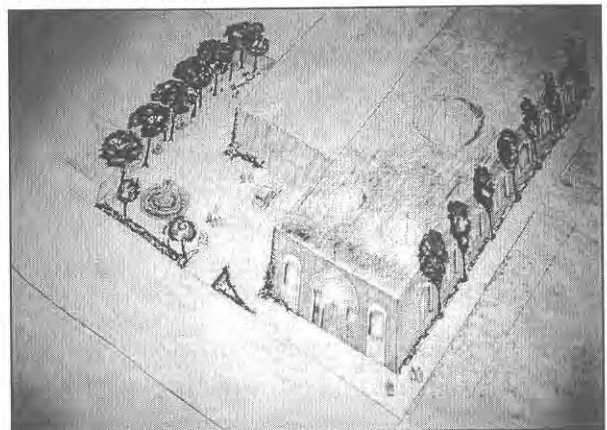
Durch den Bauantrag kam das marokkanische Moscheeprojekt in die Öffentlichkeit und wurde innerhalb des laufenden hessischen Kommunalwahlkampfes zu einem auch in der Lokalpresse ausgeprägten sehr aufgeheizten politischen Streit, der die behördlichen und kommunalpolitischen Aktionen maßgeblich beeinflusst hat. Es zeichneten sich dabei zwei miteinander verschränkte Handlungsebenen ab:

(1) Auf der ordnungspolitischen Ebene gelang es der Bauaufsichtsbehörde letztendlich, die Schließung der Kellermoschee wegen fehlender Brand-schutzwege durchzusetzen.

(2) Das Moscheeprojekt konnte nach der heftigen Standortdiskussion auf der kommunalpolitischen Ebene anders als geplant schließlich nur in dem vom Wohnbereich getrennten Gewerbegebiet realisiert werden.

Um diese raumbezogenen Auseinandersetzungen im Sinne geographischer Konfliktforschung methodisch zu erschließen, wird ähnlich wie bei REUBER (1999, Abb. 8) verfahren. Er hat für seine Fallbeispiele jeweils die „Konfliktbiographie“ „rekonstruiert“, d. h. den Konfliktverlauf möglichst authentisch und quellengestützt nachgebaut und aufbereitet, um in einem zweiten Schritt durch „theoriegeleitete Re-Interpretation der Konfliktbio-

Abb. 4: Aufriss-skizze des geplanten marokkanischen Kulturzentrums mit großer Moschee, die durch ein Tor im maurischen Stil und eine kleine Kuppel nach außen erkennbar sein sollte



Mit Kammerjäger und Polizei Großreinemachen im Starkenburgring



Nicht nur im Wahlkampf stark: Peter Walter (CDU) ließ die Wohnungen im Ex-Starkenburgring kontrollieren.

Sie fanden illegale Moscheen und Beige von Müll: Polizei, Bauaufsicht und Gesundheitsamt kontrollierten die schlimmsten Hochhäuser Dietzenbachs im ehemaligen Starkenburgring – und kamen aus dem Staunen nicht mehr raus.

In den 70er-Jahren wurden die Hochhäuser errichtet, als Bauherrenmodelle. Kaum ein Wohnungseigner wohnt selbst dort, kümmert sich um sein Haus. Dann gab's, wegen Flaute auf dem Immobilienmarkt, auch noch viele Wohnungen die erst drei Monate mietfrei folgten. Die Straße wurde zum Ghettomüll und Ungeziefer in den Flur-

ren, Vandalismus, in den Parkdecks brannten ständig Autos.

Schließlich der Versuch, durch Umbenennung in Lohrer, Markt-Heidenfelder- und Rohrbrunner Weg das Image zu heben, bessere Mieter zu kriegen. Erfolglos.

Kein Wunder, denn die Kontrollen auf Anweisung des 1. Kreisbeigeordneten Peter Walter (CDU) förderten unglaubliche Zustände zutage:

● In allen Häusern tummelten sich Mäuse und Kakerlaken. Schädlingsbekämpfung angeordnet.

● Kellerräume wurden illegal als Moscheen benutzt. Geschlossen.

● Verrammelte Brandflucht-Türen machten Häuser zu potentiellen Todesfallen.

● Balkone waren so voller Gerümpel gestellt, daß die Statik nicht mehr stimmte – geräumt.

● Auf Parkdecks wurden illegale Autowerkstätten betrieben. Öl sickerte ins Erdreich.

Als Nebeneffekt schnappte die Polizei noch acht Turken, Inder, Polen und Nigerianer ohne Aufenthaltserlaubnis – abgeschoben.

Peter Walter: „Viele Bewohner freuten sich, daß endlich was getan wird. Wir wollen ihnen jetzt helfen, selber für bessere Verhältnisse zu sorgen.“ kg

graphie“ den Einzelfall terminologisch fassbar und fachtheoretisch verwertbar zu machen, ein Zugriff, der den bekannten Ansatz der „doppelten Hermeneutik“ bei GIDDENS (1997: 429) aufgreift und dem kulturwissenschaftlichen Verfahren der „Dichten Beschreibung“ des Ethnologen GEERTZ (1997, bes.: 34 ff.) sehr verwandt ist.

4.1 Die politische Instrumentalisierung der marokkanischen Keller-Moschee

Die für Dietzenbach zuständige Bauaufsichtsbehörde des Landkreises Offenbach, durch das marokkanische Moscheeprojekt sensibilisiert, prüfte im Januar 1997 die baupolizeiliche Zulässigkeit der vorhandenen „Kellermoschee“ und stellte dabei fest, dass diese Versammlungsstätte im Brandfall über keine geeigneten Fluchtmöglichkeiten verfügt. Sie wies die Hausverwaltung der Hochhäuser unter Androhung eines Zwangsgeldes von zunächst 5.000 DM im Mai 1997 an, die Moschee innerhalb von zwei Wochen zu schließen und die Räumlichkeiten spätestens zum 31. Oktober 1997 in den alten Zustand als Wasch- und Trockenraum zurückzuführen. Da dieses Verfahren formal nur die Bauaufsichtsbehörde und die Hausverwaltung betraf, sah der Moscheeverein als Mieter keine Möglichkeiten, gegen die Nutzungskündigung vorzugehen. Ihr Angebot,

im Moscheeraum unterhalb eines Kellerfensters mit einem Mauerdurchbruch ohne großen konstruktiven Aufwand eine Außentür zu schaffen, wurde von der Hausverwaltung nicht aufgegriffen. Die Frist lief ab; die Moschee wurde weiterhin benutzt. Eine polizeiliche Schließung erfolgte nicht. Es hieß im Rathaus, die Polizei habe vor einer solchen Maßnahme, die sie wohl nur mit massiver Gewalt werde durchsetzen können, gewarnt.

Dieser schwelende ordnungspolitische Konflikt um die marokkanische Kellermoschee, der zunächst nur behördenintern bekannt war, wurde Ende September 1997 im Wahlkampf öffentlichkeitswirksam eingesetzt. Der erste Kreisbeigeordnete von Offenbach, der für den Posten des Landrats kandidierte, nutzte kurz vor der Wahl die Gelegenheit, Stärke und Durchsetzungskraft zu zeigen und ordnete eine von der Polizei begleitete behördliche Begehung des Spessartviertels an. Der Bericht in der *Bild*-Zeitung macht die Stoßrichtung dieser Aktion recht deutlich, indem dort Schmutz, Ratten, illegale Ausländer und die angeblich illegale Kellermoschee auf eine Assoziationslinie gebracht werden (Abb. 5).

In der Folge wurde das angedrohte Zwangsgeld auf 50.000 DM erhöht, wenn die Hausverwaltung nicht bis zum 15. Januar 1998 die Schließung durchführt. Die Behörde war sich bei ihrer Festsetzung allerdings nicht darüber im Klaren, dass dieser Termin in den islamischen Fastenmonat Ramadan fiel.

Um dem Zwangsgeld zu entgehen, ließ die Hausverwaltung am 16. Januar um 8 Uhr die Metallkellertür der Moschee zuschweißen. Zwei besonders fromme Marokkaner, die die Nacht in der Moschee verbracht hatten, konnten sich durch das Kellerfenster retten, informierten den Moscheevorstand, der mit großer Empörung zum Rathaus zog. Der Bürgermeister, der den Ernst der Lage erkannte, veranlasste den Landrat als zuständigen obersten Dienstherren der Baubehörde telefonisch zur Anweisung der sofortigen Wiederöffnung der Tür, allerdings unter der Bedingung, dass die definitive Schließung mit dem Ende des Ramadans erfolgen müsse. Diese Auflage konnte der Moscheevorstand akzeptieren, weil er kurz zuvor für die geplante neue Moschee eine Immobilie erworben hatte.

Der Verlauf dieser ganzen Aktion belegt, dass hier gegen den Moscheeverein ohne jede „interkulturelle“ Sensibilität ausschließlich mit ordnungspolitischen Maßnahmen vorgegangen wurde, ohne die Betroffenen auch nur ein einziges Mal in ein klärendes Gespräch einzubeziehen und einen sachgerechten Kompromiss zu suchen. In der Eskalation des Konfliktes wird deutlich, wie hie Kontrolle über den Raum und seine Nutzung strategisch eingesetzt wird, um durch eine Verschärfung kultureller Differenz parteipolitischen und persönlichen „Profit“ zu erzielen.

4.2 Der Standortstreit um das marokkanische Moscheeprojekt

Das Beispiel der Mannheimer Yavuz Sultan Selim Moschee, die erst gebaut werden konnte, nachdem durch Änderung des Bauantrags sichergestellt war, dass das eingeplante Minarett unter der Turmhöhe der benachbarten Kirche blieb, belegt recht gut, dass der Repräsentations- und Symbolcharakter einer Moschee als hochrangig damit auch als recht konfliktrichtig eingeschätzt werden muss. Mit der verbindlichen Baugesetzgebung sind zwar die Spielregeln, nach denen in Deutschland die „Aneignung von Orten“ reguliert wird, vorgegeben. Kommt es aber zu Auseinandersetzungen um Standort, Architektur oder Nutzung, dann zeigt sich, wer letztlich politische Kontrolle über den Raum hat, d. h., wer über die Kompetenz und das Machtpotential verfügt, um durch strategische Anwendung bzw. taktischen Einsatz der „Rauminstrumente“, wie sie mit dem schwer überschaubaren Apparat der Bau- und Baunutzungsverordnungen gegeben sind, seine Interessen durchzusetzen. Die kommunalpolitische Behandlung des marokkanischen Moscheeprojektes liefert dazu gute Belege.

Der nachfolgende Bericht registriert die Aktionen der beteiligten „Interessenparteien“ und rekon-

struiert damit den Konfliktverlauf. Auf der zugeordneten Karte (Abb. 6) wird der Standortstreit in den Stadtraum projiziert.

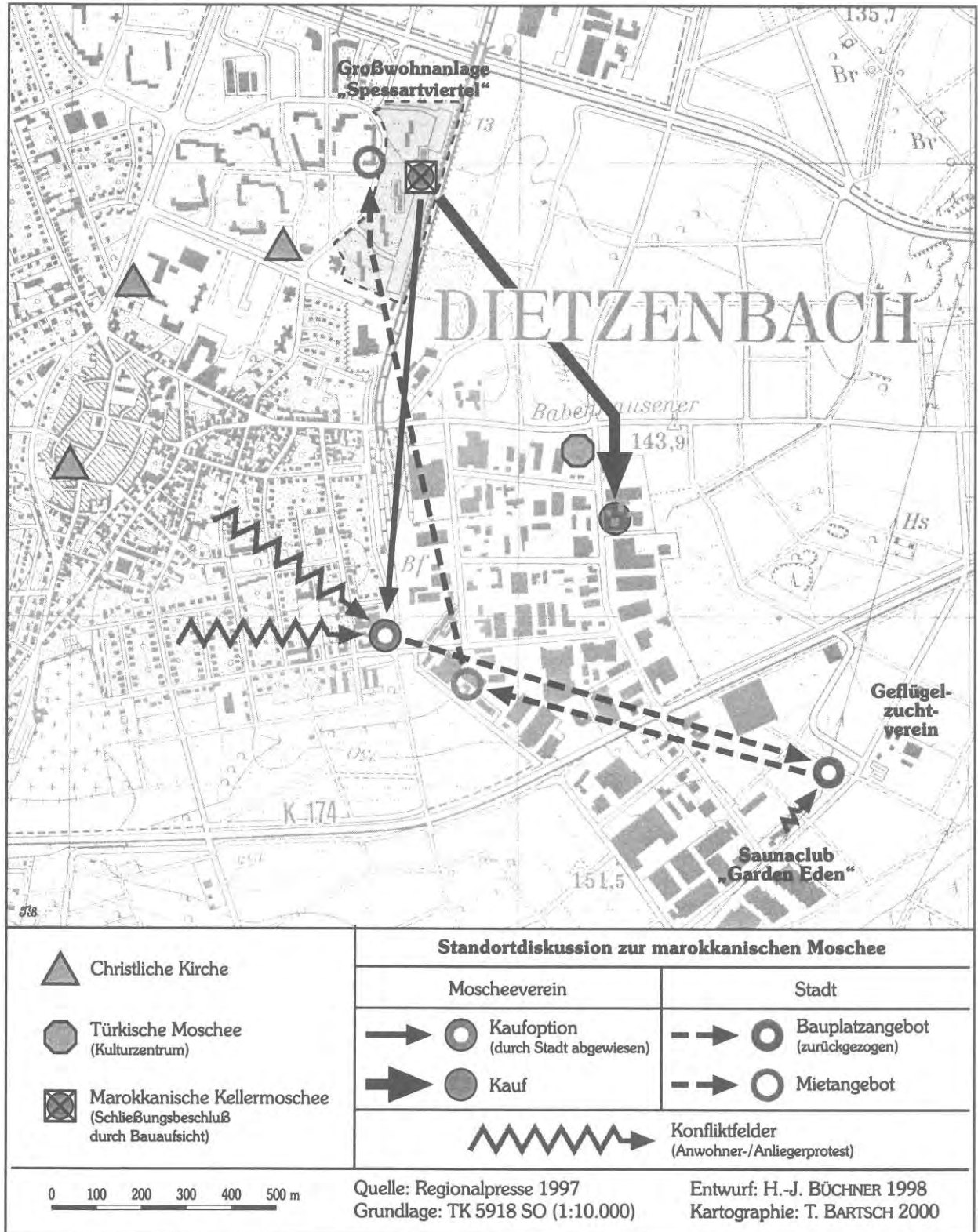
4.2.1 Kurzbericht zum Konfliktverlauf

Die beim Bauaufsichtsamt des Landkreises Offenbach eingereichte Bauvoranfrage zum geplanten Moscheeprojekt brachte hier zunächst keine Einwände. Die Behörde verlangte allerdings von der Stadt Dietzenbach zur beantragten Nutzungsänderung (Umwandlung des leerstehenden Gewerbebetriebs in eine Moschee) eine planungsrechtliche Stellungnahme, ob nach dem bestehenden Bebauungsplan hier Anlagen für kirchliche und kulturelle Zwecke überhaupt zulässig sind. Der zuständige Bauausschuss sah sich auch nach längeren Auseinandersetzungen aber nicht imstande zu entscheiden, ob im entsprechenden Baugebiet solche Anlagen „generell“ oder nur „ausnahmsweise“ zugelassen werden können. Denn vom fraglichen Grundstück, das in seiner Hauptfläche dem Wohngebiet zuzuordnen ist, ragt ein kleiner Teil ins Gewerbegebiet.

Die kontroverse Bauausschussdiskussion wurde über die Presse in die Öffentlichkeit getragen. Und so formierten sich aus der weiteren Nachbarschaft der geplanten Moschee viele deutsche Eigenheimbesitzer, in der Mehrzahl „Altdietzenbacher“, um auf die Kommunalpolitiker mit dem Ziel einzuwirken, die Moschee an diesem Standort zu verhindern. Vordergründig ging es bei ihrer Argumentation um die angeblich fehlenden Parkplätze für die zukünftigen Moscheebesucher, ein Einwand, der mittlerweile von Planungsbehörden häufig im Kontext mit Moscheebauten aufgegriffen wird. Und so wurde der Bauantrag über die festgesetzte Entscheidungsfrist von drei Monaten verschleppt. Der Moscheeverein, auf Konfliktvermeidung eingestellt, setzte keine Rechtsmittel ein. Damit war der von ihm eingereichte Bauplan Makulatur.

Die Stadt hat dann dem Moscheeverein als Ersatz zunächst in einem bislang wenig erschlossenen Gewerbegebiet weitab von der Ortssiedlung am Rand der Gemarkung einen stadteigenen Bauplatz angeboten, auf dem nach einem inzwischen verworfenen Flächennutzungsplan ursprünglich eine Kompostieranlage eingerichtet werden sollte. In seiner Nachbarschaft befindet sich heute der exklusive Saunaclub „Garden Eden“. Seine Betreiber haben gegen diesen Moscheestandort in der Presse mit dem Argument protestiert: „Gebetsräume und Sauna in unmittelbarer Nachbarschaft – dies beschwört Konflikte herauf.“ Auch die im Geflügelzuchtverein organisierten „Altdietzenbacher“ haben indirekt über die Parteien versucht, Stimmung gegen diesen Moscheestandort in ihrer Nähe zu machen. Anfang November 1997 hat die Stadt dann dem Moschee-

Abb. 6: Standortsuche für die neue marokkanische Moschee; Standortpräferenzen und -restriktionen im kommunalpolitische Diskurs



verein als neue Alternative eine von ihr angemietete, aber mittlerweile ungenutzte große Halle zur Miete angeboten mit dem Hinweis, dass ein solches zur Moschee umgebautes Gebäude ja dann auch von anderen in Dietzenbach lebenden islamischen Gruppen genutzt werden sollte. Das aber konnte

nicht im Interesse des marokkanischen Moscheevereins sein, der vorrangig für seine Landsleute eine dauerhafte Lösung suchte und dafür ja auch durch Spenden über die notwendigen finanziellen Eigenmittel verfügte. Bald darauf schlug man von Seiten der Stadt vor, direkt gegenüber vom Spessartviertel

Abb. 8: Das Immobilienkaufobjekt des Moscheevereins, nämlich eine einfache, architektonisch völlig anspruchslose Werkhalle als Baukörper der zukünftigen Moschee



in einer Wohnung der freigewordenen Nato-Wohnblocks einen Gebetsraum zu ermöglichen, ein Angebot, auf das die Marokkaner erst recht nicht eingehen konnten, weil sie sich ja bewusst aus dem Umfeld des diskriminierten Spessartviertels entfernen wollten.

Nachdem durch einen von der CDU Dietzenbach gefassten Parteibeschluss klar war, dass jetzt die Mehrheit der Stimmen im Stadtparlament einen Moscheestandort im Wohngebiet nicht zulassen werde, hat der marokkanische Moscheeverein im Dezember 1997 im Gewerbegebiet in der Nähe des 1992 dort eingerichteten türkischen Kulturzentrums ein schon länger zum Verkauf angebotenes Gewerbeobjekt mit Halle und Wohnhaus auf einem Gelände von rd. 2.000 qm für 1,5 Mill. DM gekauft, ohne sich vorher bei Stadt und Kreis rückzusichern, nur im Vertrauen darauf, dass man ihnen nicht verweigern könne, was man den Türken in der gleichen Straße doch schon vor Jahren zugestanden habe (Abb. 7).

4.2.2 Interpretation der Standortdiskussion

Analysiert man diese Auseinandersetzungen um den Moscheestandort aus einer perceptionsgeographischen bzw. handlungsorientierten politisch-geographischen Perspektive, dann reflektieren die verschiedenen räumlichen Standortfixierungen die unterschiedlichen Strategien der am Entscheidungsprozess beteiligten Hauptgruppen.

Alle Parteien in Dietzenbach betonen zwar, dass „sie an sich nichts gegen eine Moschee haben“. Denn sie wissen sehr wohl, dass nach Artikel 4 Grundgesetz ein legaler Anspruch auf freie Religionsausübung und damit auch auf Gebetsräume für Moslems besteht. Die Mehrheit der deutschen Seite in Dietzenbach will aber Distanz durchsetzen, d. h. die Moschee entweder separiert von der deutschen Wohnbevölkerung möglichst peripher im Gewerbegebiet ansiedeln oder sie in den mit großer mentaler

Distanz wahrgenommenen Ghettobereich schieben. Der Moscheeverein seinerseits will mit seinem marokkanischen Kulturzentrum die räumliche Isolation des Ghettos durchbrechen und sucht einen Standort, an dem sich die marokkanische Kolonie in einem angemessenen Rahmen organisieren und nach außen repräsentieren kann.

Betrachtet man die Standortdiskussion vor dem Hintergrund der geltenden Baunutzungsverordnung, dann wird die räumliche Diskriminierung der Marokkaner offensichtlich. Denn dort ist in den § 4 bis 8 festgelegt, dass „Anlagen für kirchliche, kulturelle, soziale, sportliche und gesundheitliche Zwecke“ in Wohn-, Dorf- und Mischgebieten zulässig sind, also nicht verweigert werden dürfen. Dem entspricht ja auch die Lage der christlichen Kirchen. Im Gewerbe- und Industriegebiet können diese Zwecke aber nur „ausnahmsweise“, also mit Sondergenehmigung, zugelassen werden.

Diese Regelungen der Baunutzungsverordnung gelten aber nur für die Glaubensgemeinschaften, denen der Staat das Körperschaftsrecht eingeräumt hat. Die islamischen Gruppen, denen dieser Status (bislang noch ?) verweigert wird, können daher aus dieser Verordnung auch keine Rechtsansprüche ableiten (z. B. Berücksichtigung von Moscheen bei der Ausweisung neuer Baugebiete). Sie sind also auf Zugeständnisse im Einzelfall angewiesen, eine im Konfliktfall ausgesprochen schlechte Position.

Die Abdrängung der marokkanischen Moschee ins Gewerbegebiet ist also letztendlich ein Beleg für räumliches Dominanzverhalten der deutschen Mehrheitsbevölkerung. Und die marokkanische Kolonie als Minderheit, die in Dietzenbach immerhin 4,5 Prozent der Gesamtbevölkerung stellt, fügt sich als artikulationschwache, nicht für gleichwertig errichtete Randgruppe dieser Raumzuweisung.

5 Die Verwirklichung des marokkanischen Moscheeprojektes

Unter dem Druck der drohenden Schließung der Kellermoschee hatte der Moscheeverein noch während des Ramadans einen gut abgesicherten Bauantrag für die neuerworbene Immobilie eingereicht und sofort, ohne die Umnutzungsgenehmigung abzuwarten, mit den Aufräum- und Umbaumaßnahmen begonnen, die im wesentlichen von Mitgliedern der marokkanischen Kolonie, darunter besonders viele Jugendliche, durchgeführt wurden. Nach der Schließung der Kellermoschee konnte dann hier, wenn auch zunächst mit erheblichen Einschränkungen, das gemeinsame Gebet vollzogen werden. Mit-

Abb. 8: Außenansicht der neuen marokkanischen Moschee mit Hauptpforte als Zugang zum Gebetsraum und kleiner Tür zu den gekachelten Anlagen für die Waschung und körperliche Reinigung. Die weißverputzte Fassadenfläche ist durch blaue säulenartige Bänder gegliedert, ein zum Moscheestil passendes Schmuckelement. (Aufnahme: 04/98)



te 1998 traf dann endlich auch die Baugenehmigung ein.

Der Moscheetrakt und die für die Waschungen notwendigen Sanitäreinrichtungen waren zu diesem Zeitpunkt schon weitgehend fertiggestellt. Die Koranschule wurde in der ehemaligen Garage untergebracht. Der Umbau des Wohnhauses mit Versammlungsräumen für Frauen und Jugendliche etc. vollzieht sich schrittweise. Das Innere der neuen Moschee wurde mit Teppichboden und prächtigen Lüstern ausgestattet und neu eingerichtet. Mihrab und Minbar sind sehr aufwendig gestaltet, allerdings nicht ganz in dem in Marokko üblichen Stil, weil man, wie es heißt, unter den Tischlern in Dietzenbach als gläubigen Moslem nur einen Ägypter hat finden können (Abb. 9). Die marokkanische Kolo-

Abb. 9: Blick ins Innere der neuen Moschee mit Minbar und Mihrab in Eckstellung aufgrund der vorgeschriebenen Ausrichtung nach Mekka. Diese Leitelemente einer jeden Moschee sind hier aufwendig in Edelholz gearbeitet und mit verschiedenen farblichen Dekorelementen „geschmückt“. Die Architekturmotive Kuppel und Halbmond, die man außen nicht hat verwirklichen können, sind quasi ins Innere der Moschee transferiert worden.



nie jedenfalls ist stolz auf ihre Leistung und froh, dass sich wie durch eine höhere Fügung für sie letztendlich alles zum Guten gewendet hat.

Für Irritationen sorgte nur noch die Änderung der Straßenbeschilderung. Auf Betreiben eines der Moschee benachbarten Gewerbebetriebes, der den Fahrzeugzugang zu seinem Grundstück unbedingt sicherzustellen wollte, wurde in straßenseitiger Länge des Moscheegrundstücks ein Halteverbot ausgewiesen, obwohl hier wie im gesamten Straßenverlauf ein fahrzeugsbreiter Parkstreifen vorhanden ist.

Von Seiten der Behörden oder Parteien kamen keine weiteren Widerstände gegen das marokkanische Kulturzentrum. Der Wahlkampf liegt schon lange zurück. Die neue marokkanische Moschee hat ihren Platz im Gewerbegebiet in räumlicher Nähe zum türkischen Kulturzentrum gefunden, ein Standort, der wohl auch deshalb in Dietzenbach akzeptiert wird, weil er dem ungleichen Machtverhältnis entspricht und die marokkanische Minderheit mit ihrer Moschee räumlich dort fixiert, wo sie die Mehrheitsgesellschaft „nicht stört“.

6 Literatur

- ALBERT, REINER, TALAT KARMAN und BEKIR ALBOGA: Die Neue Moschee in Mannheim. Ihre Einrichtung und ihre Ziele. - Mannheim 1995.
- ALBERT, REINER, RAINER LUKHAUP und FRANK SWIACZNY: Eine Moschee für Mannheim. - Praxis Geographie 26 (1997) 7-8: 35-37.
- ANDERSON, PHILIP: Muslime in München. - München 1996: AusländerInnenbeauftragte der Landeshauptstadt München.
- BERNS'AU, MARKUS: Muslime in der Bonner Nordstadt: Religion – Identität – Integration. - Bonn 1993 (unveröffentl. Schriftl. Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatprüfung für das Lehramt für die Sekundarstufe II - Staatl. Prüfungsamt Köln).
- BEDNARZ, DIETER und RALF KREUELS: Allahmania. - Spiegel Special (1998) 1: 106-112.
- BERRIANE, MOHAMED: Die Wahrnehmung Deutschlands durch marokkanische Gastarbeiter in der Bundesrepublik. In: POPP, HERBERT (Hrsg.): Die Sicht des Anderen – Das Marokkobildder Deutschen, das Deutschlandbild der Marokkaner. - Passau 1994: 239-250 (= Maghreb-Studien 4).
- BERRIANE, MOHAMED: L'image de l'Allemagne et des Allemands chez les émigrés marocains. In: BERRIANE (Hrsg.): Marocains et Allemands. La

- perception de l'Autre. - Casablanca 1995: 67-98. (= Université Mohammed V, Publications de la Faculté des Lettres et des Sciences humaines - Rabat, Série Colloques et Séminaires N° 44).
- BERRIANE, MOHAMED, HANS HOPFINGER, ANDREAS KARGERMEIER und HERBERT POPP: Remigration Nador I : Regionalanalyse der Provinz Nador (Marokko) – Analyse régionale de la province de Nador (Maroc). - Passau 1996 (=Maghreb-Studien, 5).
- BERRIANE, MOHAMED : Die Provinz Nador : Eines der wichtigsten Herkunftsgebiete der marokkanischen Emigration – La province de Nador : un des principaux foyers traditionnels de l'émigration internationale marocaine. In: BERRIANE, MOHAMED et al.: Remigration Nador I : Regionalanalyse der Provinz Nador (Marokko) – Analyse régionale de la province de Nador (Maroc). – Passau 1996: 157-192 (=Maghreb-Studien, 5).
- BOURDIEU, PIERRE : Physischer, sozialer und angelegener Raum. In : WALTZ, MARTIN (Hrsg.): Stadt-Räume. - Frankfurt, New York 1991: 26-34 (= Die Zukunft des Städtischen – Frankfurter Beiträge 2: Dezernat Planung der Stadt Frankfurt am Main)
- BÜCHNER, HANS-JOACHIM: Die temporäre Arbeitskräftewanderung nach Westeuropa als bestimmender Faktor für den gegenwärtigen Strukturwandel der Todra-Oase (Südmorokko). - Mainz 1986 (= Mainzer Geographische Studien 18).
- BÜCHNER, HANS-JOACHIM: Les Marocains de Dietzenbach et leur mosquée ou les difficultés de vivre dans un ghetto. In: BERRIANE, M. u. H. POPP (Hrsg.): Migrations internationales entre le Maghreb et l'Europe – les effets sur les pays de destination et d'origine. - Passau 1998: 29-37 (= Maghreb-Studien 10).
- BÜCHNER, HANS-JOACHIM: Ein Jahrhundert Politische Geographie in Deutschland. In: Mitteilungen der Geographischen Gesellschaft in München 83, 1998: 15-43.
- DANGSCHAT, JENS S.: Raum als Dimension sozialer Ungleichheit und Ort als Bühne der Lebensstilisierung? – Zum Raumbezug sozialer Ungleichheit und von Lebensstilen. In: SCHWENK, OTTO G. (Hrsg.): Lebensstil zwischen Sozialstrukturanalyse und Kulturwissenschaft. - Opladen 1996: 99-135 (= Sozialstrukturanalyse 7).
- Der Spiegel (ohne Autorennennung): Vorstädte. Ruinen der Hoffnung: Hessische Bürgerinitiative fordert Abriß einer Problemsiedlung. - Der Spiegel 6/1998: 62-65.
- EGGELING, WILLI: Kontakte zwischen Christen und Muslimen, Türken und Deutschen. - Geographie im Kontext 5, 1999: 81-89.
- ENGELBRECHT, MARTIN: Die Islamischen Vereine in Erlangen, Fürth, Nürnberg und Schwabach. - Nürnberg 1998: Die Ausländerbeiräte von Erlangen, Fürth und Nürnberg.
- ESCHER, ANTON: Persistenz und Dynamik sozialgeographischer Institutionen in Fes el-Bali. In: ESCHER, ANTON und EUGEN WIRTH: Die Medina von Fes: Geographische Beiträge zu Persistenz und Dynamik, Verfall und Erneuerung einer traditionellen islamischen Stadt aus handlungstheoretischer Sicht. - Erlangen 1992: 89-97 (= Erlanger Geographische Arbeiten 53; = Mitteilungen der Fränkischen Geographischen Gesellschaft 39).
- FEINDT-RIGGERS, NILS und UDO STEINBACH: Islamische Organisationen in Deutschland. Eine aktuelle Bestandsaufnahme und Analyse. - Hamburg 1997.
- FRESE, HANS-LUDWIG und TILMAN HANNEMANN: Wir sind keine Gäste mehr. Religiöse Einrichtungen Bremer Muslime. - Bremen 1995: Bremische Evangelische Kirche.
- GEBHARDT, DIRK: Muslimische Gemeinden auf der Suche nach Räumlichkeiten. In: JONKER, GERDIEN und ANDREAS KAPPHAN (Hrsg.): Moscheen und islamisches Leben in Berlin. - Berlin 1999: 52-58.
- GEERTZ, CLIFFORD: Dichte Beschreibung: Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. 5. Aufl. - Frankfurt a. M. (=Suhrkamp-Taschenbuch Wissenschaft 696).
- GIDDENS, ANTHONY: Die Konstitution der Gesellschaft. Grundzüge einer Theorie der Strukturierung. 3. Aufl. - Frankfurt, New York 1997.
- HECKMANN, FRIEDRICH: Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen. - Stuttgart 1992.
- HEINE, PETER: Halbmond über deutschen Dächern. Muslimisches Leben in unserem Land. - München, Leipzig 1997.
- JÄHNICHEN, TRAUOGOTT: Zwischen alltäglicher Distanz, Dialogbereitschaft und Abgrenzungsversuchen. - Geographie im Kontext 5, 1999: 67-79.
- JONKER, GERDIEN: Die islamischen Gemeinden in Berlin zwischen Integration und Segregation. In: HÄUBERMANN, HARTMUT und INGRID OSWALD (Hrsg.): Zuwanderung und Stadtentwicklung = Leviathan Zeitschrift für Sozialwissenschaft Sonderheft 17, 1997: 347-365.
- JONKER, GERDIEN und ANDREAS KAPPHAN (Hrsg.): Moscheen und islamisches Leben in Berlin. - Berlin 1999: Die Ausländerbeauftragte des Senats.
- KRUMMACHER, MICHAEL und VIKTORIA WALTZ: Einwanderer in der Kommune – Analysen, Aufgaben und Modelle für eine multikulturelle Stadtpolitik. - Augsburg 1996.
- LIER, THOMAS und ULRICH PIEST: Muslimische

- Vereinigungen und Moscheen in Köln. Eine Bestandsaufnahme religiöser Einrichtungen der in Köln lebenden Muslime. - Köln 1994: Der Ausländerbeauftragte der Stadt Köln.
- LUBIG, E.: Segregation, Integration, Binnenintegration. In: Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Ausländer und Stadtentwicklung. - Dortmund 1990: 24-29 (=ILS Schriften 30).
- Magistrat der Stadt Dietzenbach – Sozial- und Jugendamt (Hrsg.): 10 Jahre Bewohnerzentrum – 10 Jahre Gemeinwesenarbeit im Stadtteil. Die Zukunft der Wohnanlage Rosenpark schaffen wir heute! - Dietzenbach 1996: Fachtagung der Stadt Dietzenbach und des Kreises Offenbach am 23.10.96 im Bürgerhaus Dietzenbach. Veröffentl. Tagungsprotokoll.
- MIHÇRYAZGAN, URSULA: Moscheen türkischer Muslime in Hamburg. Dokumentation zur Herausbildung religiöser Institutionen türkischer Migranten. - Hamburg 1990: Senator für Arbeit, Gesundheit und Soziales.
- PRZYBYLA, ROTRAUT: Projekte und Perspektiven einer Zentralmoschee. In: JONKER, GERDIEN und ANDREAS KAPPHAN (Hrsg.): Moscheen und islamisches Leben in Berlin. - Berlin 1999: 59-65.
- RATHERT, GISELA und DETLEV KINDEL: 775 Jahre Dietzenbach – Heimat- und Geschichtsbuch. - o.O. 1995: Magistrat der Stadt Dietzenbach
- REUBER, PAUL: Raumbezogene politische Konflikte. Geographische Konfliktforschung am Beispiel der Gemeindereformen. - Stuttgart 1999 (= Erdkundliches Wissen 131).
- SPULER-STEGEMANN, URSULA: Muslime in Deutschland – Nebeneinander oder Miteinander? - Freiburg 1998 (= Herder/Spektrum 4419).

PAUL GANS

Ausländer in Deutschland: Bevölkerungsstruktur und Erklärungsansätze zur regionalen Verteilung

1 Einführung

Im November 1996 beschrieb ein Beitrag der *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die damals typische Situation vor vielen deutschen Auslandsvertretungen am Beispiel von Tunis: Dort bildeten sich tagtäglich zwei Menschenschlangen, auf der einen Seite Algerier, auf der anderen Tunesier, die alle ein Einreisevisum begehrten. Bei jeder Person mussten die Botschaftsangestellten entscheiden, ob es sich um einen Touristen, der wieder zurückkehren würde, oder um einen Migranten handelte, der zumindest vorübergehend in Deutschland Einkommen erzielen möchte.

Stellt man die Kernaussage dieses Berichtes der Entwicklung bei den Zu- und Fortzügen über die Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland gegenüber (vgl. Abb. 1), dann ist seit Mitte der 80er Jahre zunächst ein wachsender Zuwanderungsdruck ähnlich wie in den übrigen westlichen Industrieländern zu beobachten. Seit 1985 verdreifacht sich die Zahl der Zuzüge mehr oder minder kontinuierlich auf ein Maximum von 1,5 Mio. im Jahre 1992 und verringert sich dann bis 1998 auf etwa 803.000. Zeitlich parallel dazu entwickelt sich der Wanderungssaldo, dessen höchster Wert 788.000 Personen 1992 beträgt und der dann auf ca. 47.000 im Jahre 1998 absinkt. Bezüglich des eingangs erwähnten Berichts ist also einzuschränken, dass sich bereits 1996 die Situation aufgrund des Zuzugsrückganges um ein Drittel im Vergleich zu 1992 deutlich entspannt hat, sich dieser Trend bis 1998 (Verringerung von 47 % im Vergleich zu 1992) fortsetzt und 1998 bei Ausländern sogar Wanderungsverluste von

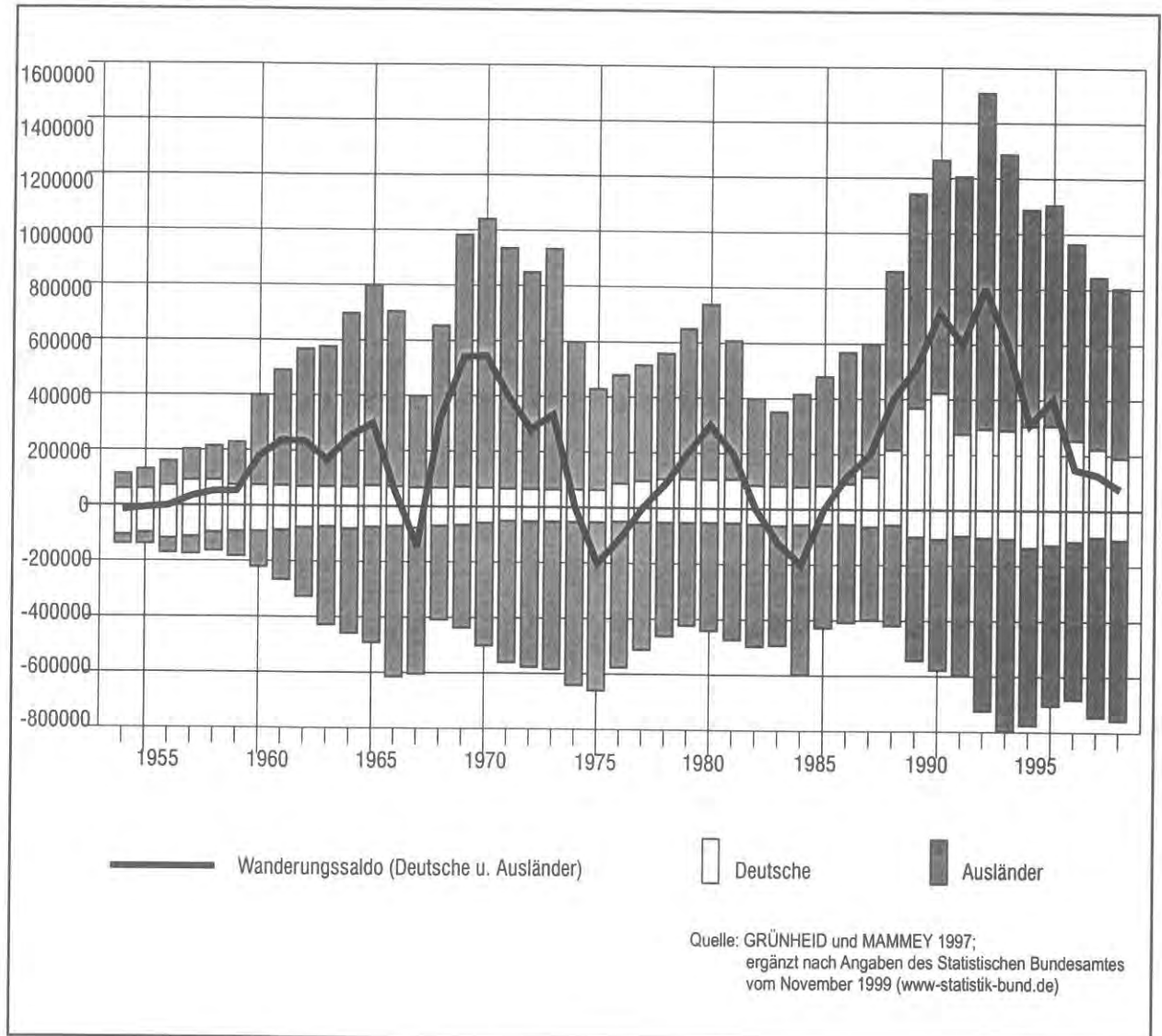
33.500 Personen vorliegen. Fasst man die Außenwanderungen von West- und Ostdeutschland zusammen, so ergibt sich für die Zeit zwischen 1950 und 1998 ein Migrationsgewinn von 9,1 Mio. Menschen. Davon entfällt auf den Zeitraum seit 1985 mit über 5 Mio. mehr als die Hälfte. Zu dieser positiven Bilanz tragen seit Ende der 80er Jahre vermehrt auch Personen mit deutscher Staatsangehörigkeit bei, ohne die der Außenwanderungssaldo von Deutschland seit 1997 sogar negativ wäre (vgl. Abb. 1).

Aus der hier nur angerissenen Dynamik der internationalen Migration bzgl. Deutschlands leiten sich Fragen nach den bevölkerungsstrukturellen Konsequenzen und nach den Auswirkungen auf die räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung ab. Mit diesen beiden thematischen Schwerpunkten befasst sich der folgende Beitrag und versucht damit, die Dynamik der internationalen Wanderungen von und nach Deutschland mit inter- und intraregionalen Bevölkerungsverteilungen zu verknüpfen.

2 Struktur der ausländischen Bevölkerung in Deutschland

Ende 1998 lebten 7,32 Mio. Ausländer in Deutschland, was einem Bevölkerungsanteil von 8,9 % entsprach. Hatte sich die Zahl von 1973, dem Jahr des Anwerbstopps, bis 1984 nur geringfügig um rund 400.000 Einwohner oder 5,6 % erhöht, führte

Abb. 1: Wanderungen von Deutschen und Ausländern über die Außengrenzen der Bundesrepublik Deutschland, 1954–1998



die Zuwanderungswelle ab 1985 zu einem explosionsartigen Anstieg von knapp 3 Mio. bis 1998 oder einem Zuwachs von fast 60 %.

Wer sind die Migranten? Von den 1,21 Mio. der zugezogenen Ausländer im Jahre 1992 waren 36,2 % Asylbewerber, bis 1998 ist dieser Anteil auf 16,4 % gesunken. Dieser Rückgang von 438.000 (1992) auf 127.000 (1994) und 99.000 (1998) zugezogenen Asylbewerbern ergab sich aus den Änderungen im Asylverfahrensgesetz, die Mitte 1993 in Kraft traten. Entscheidend waren vier Prinzipien (GRÜNHEID und MAMMEY 1997):

- Reist eine ausländische Person aus einem **sicheren Drittstaat** ein, kann sie sich nicht auf das Asylgrundrecht berufen.
- Asylanträge von Personen aus **sicheren Herkunftsstaaten** werden als unbegründet abgelehnt, wenn die von ihnen angegebenen Tatsachen oder vorgelegten Beweismittel nicht die

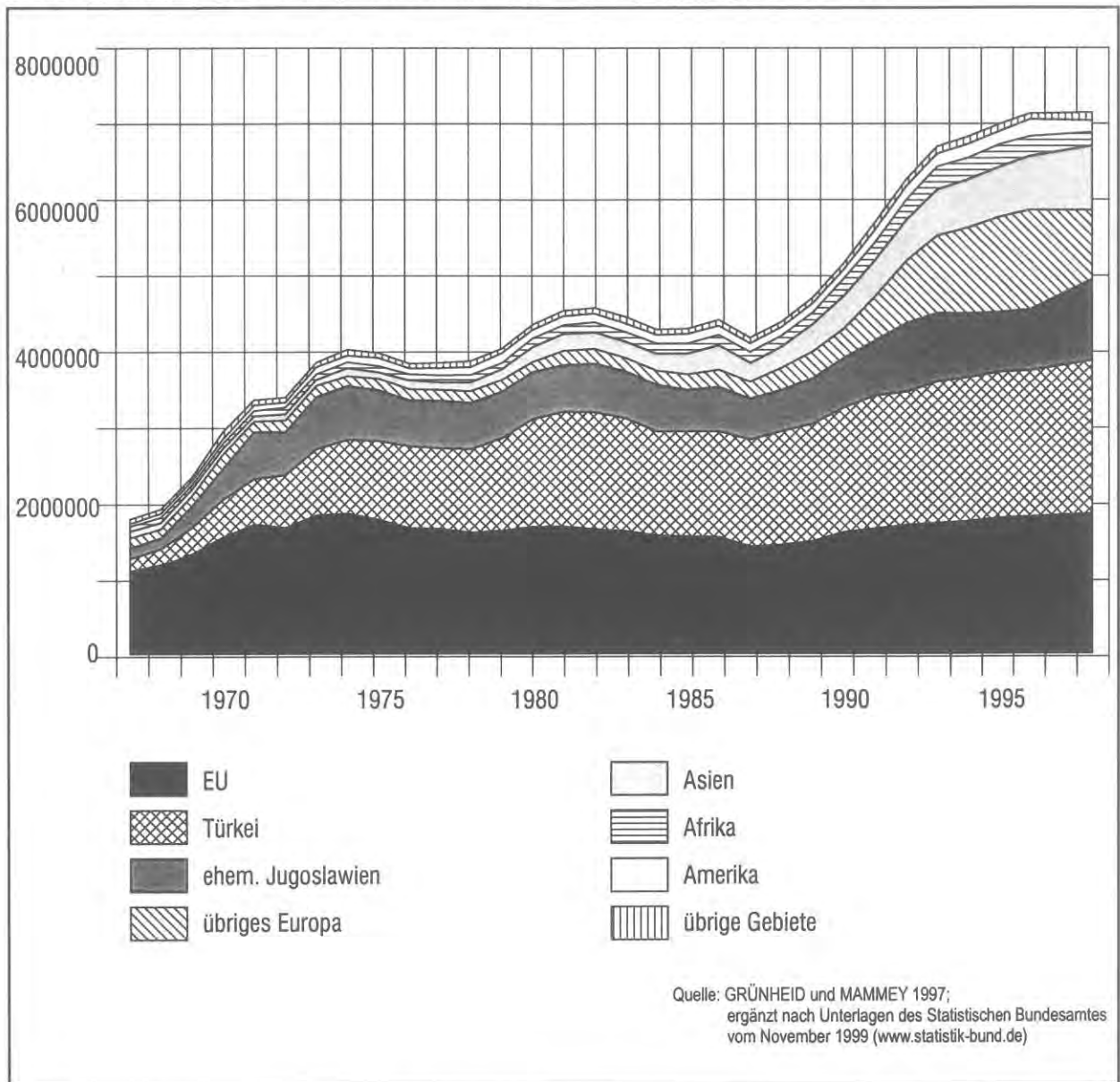
Annahme einer politischen Verfolgung begründen.

- **Offensichtlich unbegründete Asylanträge** liegen dann vor, wenn der Bewerber z. B. Angaben verweigert oder über seine Identität täuscht.
- Asylbewerber, die auf dem Luftweg nach Deutschland kommen, müssen für die Dauer des Verfahrens im Transitbereich verbleiben (**Flughafenregelung**).

Für Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge wurde die Möglichkeit einer vorübergehenden Aufnahme im Bundesgebiet geschaffen.

Die Zuwanderungsströme wirken sich auf die nationale Zusammensetzung der in Deutschland lebenden Ausländer aus. In Abbildung 2 erkennt man eher rückläufige Zahlen für Personen aus den „klassischen“ Gastarbeiterländern wie Italien, Griechenland oder Spanien, während die für türkische Staatsangehörige sowie für Personen aus

Abb. 2: Ausländer in der Bundesrepublik Deutschland nach Staatsangehörigkeit, 1967–1998



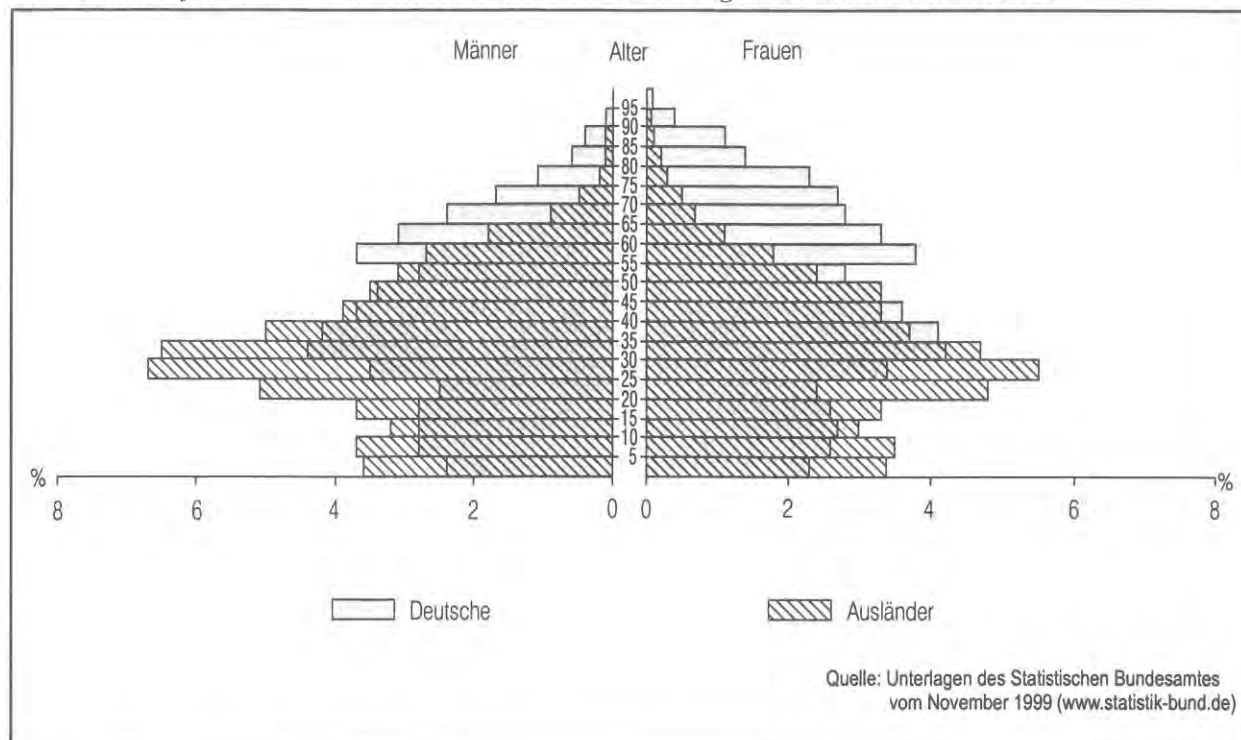
dem ehemaligen Jugoslawien und aus dem übrigen Europa sehr positiv verliefen. Insbesondere fällt ab Mitte der 80er Jahre die zunehmende Zahl in Deutschland lebender Ausländer „sonstiger Nationalität“ auf, zu denen vor allem Asiaten zählen. Es handelt sich überwiegend um Asylbewerber und Flüchtlinge, aber auch – wenngleich in geringerem Ausmaß – um hochqualifizierte Personen aus Industrieländern.

Vor allem jüngere Menschen sind nach Deutschland gekommen. Die Alterspyramiden in Abbildung 3 belegen für die Ausländer eine junge Altersstruktur mit einer überdurchschnittlichen Bedeutung für die 20- bis unter 35jährigen und sehr geringen Anteilen im Vergleich zur deutschen Bevölkerung bei Personen im Alter von mindestens 55 Jahren. Diese junge Altersstruktur wirkt sich positiv auf Geburtenüberschüsse bei den Ausländern aus, deren

Anteil bei den bis zu 35jährigen durchweg über dem nationalen Mittel von 9 % liegt.

Die internationalen Migrationen von und nach Deutschland sind großen Schwankungen unterworfen. Je nach ökonomischer Situation in Deutschland und der damit verbundenen Arbeitskräftenachfrage wechselten sich Anwerbeprogramme, Zuzugserleichterungen und Rückkehrhilfen einander ab. Seit Mitte der 80er Jahre hat sich neben der arbeitsmarktorientierten Zuwanderung die Armuts- und Flüchtlingszuwanderung entwickelt (GÖDDECKE-STELLMANN 1994). Dieser neue Typ war Folge der politischen Umbrüche in Ost- und Südosteuropa, einschließlich der damit verbundenen regionalen Konflikte sowie Grenzöffnungen und der außerordentlich hohen Unterschiede in den Lebensbedingungen zwischen dem ehemals „sozialistisch“ und „kapitalistisch“ orientierten Europa. Die Zuwande-

Abb. 3: Altersaufbau der deutschen und ausländischen Bevölkerung in Deutschland am 31.12.1997



rungen richteten sich in den 90er Jahren nicht mehr nur an Erfordernissen des Arbeitsmarktes aus, sondern ergaben sich aus dem Zusammenspiel der Bedingungen im Herkunfts- und Zielland, des Informationsflusses und der Kommunikationsstrukturen zwischen möglichen Abwanderungsgebieten und Deutschland sowie aus bestehenden Netzwerken zwischen Migranten und den jeweiligen Bevölkerungsgruppen im Ziel- und Herkunftsgebiet. Zugleich gewinnen politische Vorgaben an Bedeutung. So kontingentierte das Kriegsfolgenbereinigungsgesetz die Zuwanderung von Aussiedlern und auch die neue Asylregelung verringerte die Zuzüge dieser Gruppe.

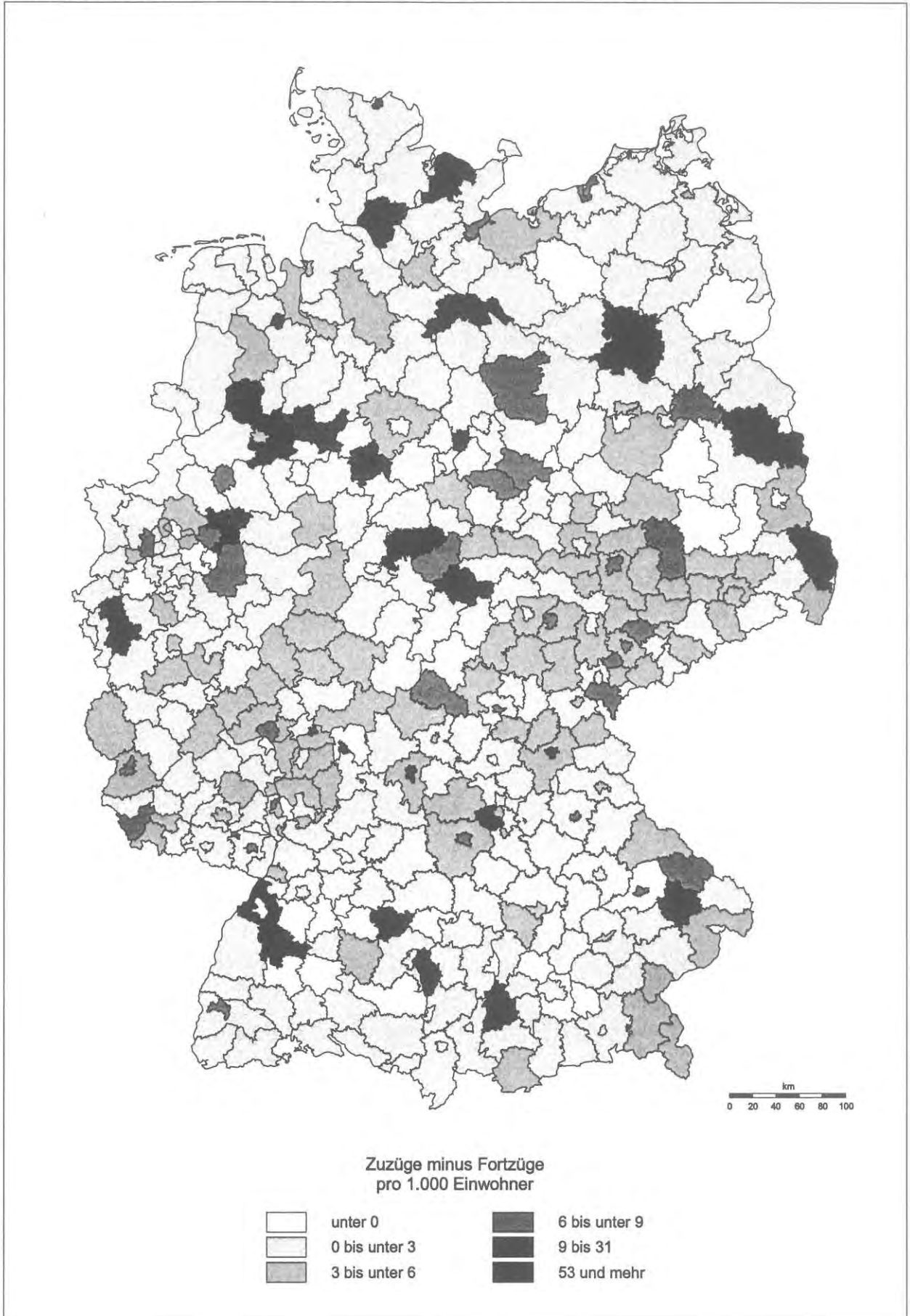
3 Regionale Differenzierung der Ausländer

Welche Auswirkungen hat dieser neue Zuwanderungstyp auf die räumliche Verteilung der ausländischen Bevölkerung? Die Außenwanderungssalden für die Kreise sind Mitte der 90er Jahre, bis auf einige Sonderfälle, durch relativ geringe räumliche Abweichungen gekennzeichnet (vgl. Abb. 4). Die Ursache hierzu liegt in der regionalen Quotierung von Aussiedlern, Asylbewerbern und Flüchtlingen, die einen Ausgleich der Belastungen von Wohnungsmarkt und öffentlichen Haushalten anstrebt

(GANS und KEMPER 1999). Im Laufe der 90er Jahre wurden die Neuen Länder immer mehr in die Quoten einbezogen, sodass sich ihr Anteil am Außenwanderungssaldo von 4,4 % im Jahr 1991 auf 19,5 % (1997) erhöht hat. In Abbildung 4 spiegelt sich die Gleichförmigkeit in der relativ geringen räumlichen Variation der Bilanzen mit einem ganz überwiegenden Anteil von Kreisen mit leichten Wanderungsgewinnen. Jedoch gibt es einige Kreise wie Plön, Osnabrück-Land, Göttingen, Rastatt oder Ostprignitz-Ruppin mit starken bis extrem hohen Zuwanderungen aus dem Ausland. Sie enthalten zentrale Aufnahmelager, in die Aussiedler und Asylbewerber nach ihrer Ankunft in Deutschland kommen, um dann anderen Regionen zugewiesen zu werden. Daher sind die genannten Kreise mit den großen Aufnahmelagern durch extrem hohe Fortzüge mit Ziel innerhalb Deutschlands gekennzeichnet (GANS und KEMPER 1999).

Es ist aber festzustellen, dass sich die Zuwanderer aus dem Ausland in den 90er Jahren nicht mehr in dem Maße auf Großstädte und Verdichtungsräume konzentrieren, wie es während der stärker arbeitsmarktorientierten Phase der Fall war, sondern dass auch kleine Gemeinden und ländliche Räume an Bedeutung gewinnen wie in Hessen, Nordbayern, Thüringen oder Sachsen. Die regionale Verteilung der Außenwanderungsbilanz wird in den 90er Jahren mehr vom Wohnungs- als vom Arbeitsmarkt beeinflusst, der die Gastarbeiterwanderungen entscheidend prägte. Dadurch treten aber auch in ländlichen Räumen verstärkt Probleme, wie z. B. die Beschäftigung der Migranten, auf.

Abb. 4: Außenwanderungssalden der Kreise in der Bundesrepublik Deutschland (1995)



Tab. 1: Ausländeranteil (Ende 1995) und seine Veränderung seit 1990 nach siedlungsstrukturellen Regions- und Kreistypen in den Alten und Neuen Ländern

Raumbezug	Alte Länder		Neue Länder	
	Ausländeranteil	Entwicklung in Prozentpunkten	Ausländeranteil	Entwicklung in Prozentpunkten
Agglomerationsräume	12,9	2,4	6,5	2,1
Kernstädte	16,7	3,0	9,8	2,8
Hochverdichtete Kreise	11,5	2,2	0,9	0,4
Verdichtete Kreise	7,7	1,9	1,6	0,7
Ländliche Kreise	6,1	2,1	2,0	1,4
Verstädterte Räume	8,0	1,8	1,5	0,7
Kernstädte	11,9	2,5	2,2	1,1
Verdichtete Kreise	8,0	1,7	1,1	0,4
Ländliche Kreise	5,9	1,6	1,4	0,7
Ländliche Räume	5,7	1,6	1,4	1,0
Ländliche Kreise höherer Dichte	6,3	1,7	1,4	1,0
Ländliche Kreise geringerer Dichte	4,2	1,3	1,4	1,0
insgesamt	10,4	2,1	3,8	1,4

Quelle: Laufende Raumbewertung der BBR

Die Angaben zum Ausländeranteil Ende 1995 bestätigen zum Teil diese Ausführungen (vgl. Tab. 1). Auf der Regionsebene verringert sich der Ausländeranteil von Gebieten mit hoher (Agglomerationsräume) zu denen mit niedriger Dichte (ländliche Räume). Dieser Trend ist in den Alten Ländern auch innerhalb der Regionen auf der Ebene der Kreise klar zu erkennen, während in Ostdeutschland in den ländlich geprägten, also eher dünn besiedelten Kreisen, die ausländische Bevölkerung an Bedeutung gewinnt. Bei der Veränderung des Ausländeranteils verzeichnen die ländlichen Kreise hauptsächlich in den Neuen Ländern eine eher überdurchschnittliche Entwicklung. Es ist aber beim Indikator „Ausländeranteil“ zu bedenken, dass in den Alten Ländern die Zahl der deutschen Einwohner in stärker verdichteten Kreisen wie den Kernstädten eher rückläufig ist, in weniger dicht besiedelten Gebieten zunimmt, während in den Neuen Ländern die absoluten und relativen Zahlen für die ausländische Bevölkerung im Jahre 1990 im Vergleich zu Westdeutschland aufgrund des unterschiedlichen Migrationssystems in der ehemaligen DDR und früheren Bundesrepublik sehr niedrig ausfielen. Die Tabelle betont insgesamt nachdrücklich die außerordentlich hohen Ausländeranteile in den Kern- oder Großstädten der Alten Länder, sodass im folgenden die dortige Dynamik im Vordergrund steht.

3.1 Wirtschaftsstruktur der Städte und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte

Ausländische Arbeitnehmer hatten und haben zumindest eine doppelte Bedeutung für den Arbeitsmarkt (SCHÜTTE und SINZ 1985, JONES 1994): Sie glichen quantitative Defizite bei der deutschen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter aus und substituierten vor allem im industriellen Sektor als weitgehend ungelernete, billige Arbeitskräfte besser ausgebildete, teurere deutsche Arbeitnehmer. Mitte 1992 waren mit 47,5 % nach wie vor die meisten ausländischen Arbeitnehmer im Verarbeitenden Gewerbe beschäftigt. Allerdings ist aus der Tabelle 2 zu erkennen, dass die relative Bedeutung dieser Wirtschaftsabteilung gegenüber 1987 mit über 53 % rückläufig war und dass die Zunahme der Beschäftigung mit fast 14 % deutlich hinter dem Trend vor allem der sonstigen Dienstleistungen zurückblieb.

Der sich in den 80er Jahren beschleunigende Strukturwandel verursachte Entlassungen vor allem in Industriebranchen mit weitgehend standardisierten Erzeugnissen. Der damit verbundene ökonomische Niedergang wird nach dem vereinfachten Schema in Abbildung 5 entscheidend von der Vielfalt der städtischen Wirtschaftsstruktur beeinflusst (FRIEDRICHS 1993). Je mehr die ökonomische Basis von wenigen Branchen geprägt bzw. von nur

Tab. 2: Ausländerbeschäftigung nach Wirtschaftsabteilungen, 1987–1992

Wirtschaftsabteilung	30.06.87		30.06.92		Entwicklung 1987 / 1992	
	abs.	In %	abs.	In %	abs.	In %
Verarbeitendes Gewerbe	850892	53,6	968128	47,5	117236	13,8
Sonstige Dienstleistungen	299612	18,9	4626154	22,7	163003	54,4
übrige Abteilungen	438380	27,5	605537	29,8	167157	38,1
insgesamt	158884	100	2036280	100	447396	28,2

Quelle: Zarth 1994

einer Branche oder sogar von nur einem Unternehmen dominiert wird und je weiter die Standardisierung der Produkte dieser Branche fortgeschritten ist, desto wahrscheinlicher ist der ökonomische Niedergang der Stadt, d. h. desto wahrscheinlicher sind Arbeitsplatzverluste und desto eher rufen selektive Abwanderungen vorwiegend jüngerer und höher qualifizierter Personen auch einen demographischen Niedergang hervor. Ökonomischer und demographischer Niedergang wirken sich im allgemeinen negativ auf die finanzielle Situation der Städte aus und verringern damit den finanziellen Spielraum der Kommunen zur Gegensteuerung.

Als Beispiel sei auf die Städte im Ruhrgebiet verwiesen, die von der Deindustrialisierung besonders betroffen waren. Trotz der seit den 60er Jahren anhaltenden Wanderungsverluste bei der deutschen Bevölkerung ist nach wie vor die Arbeitslosigkeit vergleichsweise hoch und sind Erwerbsquoten, vor allem bei Frauen, niedrig. Es ist ein umfangreiches Reservoir an deutschen Personen im erwerbsfähigen Alter vorhanden, sodass Unternehmen weniger als in prosperierenden Räumen der 80er Jahre auf die Einstellung ausländischer Erwerbstätige angewiesen waren. Ihre Beschäftigung unterliegt der Vorstellung, dass damit kurzfristig auftretende Nachfragespitzen abgefangen werden können. Ausländer sind dadurch von Auf- und Abschwunghasen der Wirtschaft besonders betroffen, was sich in einer kürzeren Dauer ihrer Arbeitslosigkeit im Vergleich zu der der Deutschen äußert. Viele Ausländer erhalten Arbeitsplätze, die wenig attraktiv sowie schlecht entlohnt sind und ein hohes Beschäftigungsrisiko besitzen. Damit steht gegenüber den Deutschen auch eine erhöhte regionale Mobilität der Ausländer im Zusammenhang. Sie ziehen bevorzugt in Regionen mit einem hohen Ausländeranteil, was die Bedeutung ethnischer Netzwerke für die Beschäftigung herausstellt und räumlich gesehen einen fortschreitenden Konzentrationsprozess zur Folge hat.

Im Gegensatz zum Ruhrgebiet stellen SCHÜTTE und SINZ (1985) für die großen Dienstleistungs- und Verwaltungszentren eine hohe Ausländerbeschäftigung bei für sie eher ungünstiger Branchenstruktur fest: ungünstig deshalb, weil in den Dienstleistungs-

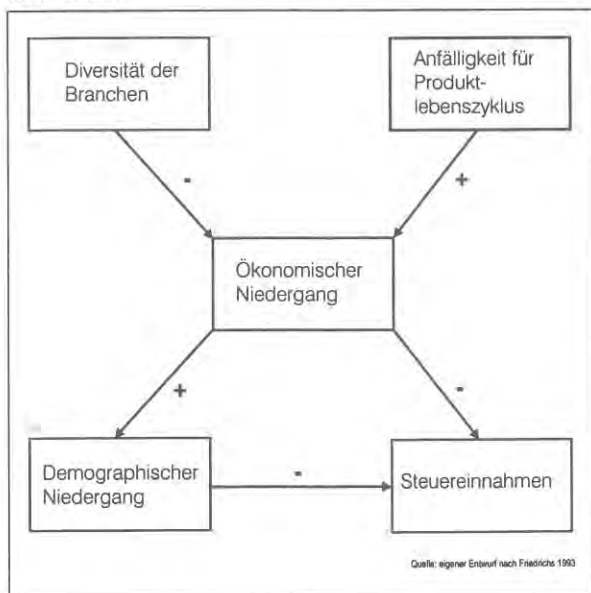
und Verwaltungszentren das Verarbeitende Gewerbe unterproportional vertreten ist. Mit München, Frankfurt/Main, Bonn-Köln-Düsseldorf, Hamburg und Berlin benennen sie zugleich die Kerne der großen metropolitanen Gebiete Deutschlands, in denen zahlreiche Konzernzentralen international tätige Finanz- und Beratungsunternehmen, Forschungseinrichtungen sowie Behörden von hohem Rang ihren Sitz haben (KEMPER 1996). Dort ist die Nachfrage nach Dienstleistungen mit geringen Qualifikationsanforderungen an die Beschäftigten wie in Hotels und Gaststätten besonders hoch. Tabelle 2 lässt erkennen, dass Mitte 1992 fast jeder vierte beschäftigte Ausländer in sonstigen Dienstleistungen tätig war und dass sich deren Bedeutung im Vergleich zu den anderen Wirtschaftsabteilungen gegenüber 1987 relativ wie absolut am stärksten erhöhte. Diesen Effekt der Nachfrage aufgrund der ökonomischen Basis in den großen Zentren steigern gute Verkehrslage und Kommunikationsvorteile der Metropolen, sodass sie schon aufgrund ihrer internationalen Vernetzung Ziel von Zuzügen aus dem Ausland sind. So liegen die wichtigsten deutschen Flughäfen bei den genannten Städten.

Aus diesem kurzen Überblick lässt sich folgern, dass in großen Dienstleistungszentren von internationaler Bedeutung eher Wanderungsgewinne, in Großstädten mit stagnierender ökonomischer Basis stärker die Geburtenüberschüsse die Entwicklung der ausländischen Einwohnerzahlen seit 1980 beeinflussen. Dieser Zusammenhang zwischen den beiden Komponenten des ausländischen Bevölkerungswachstums in den Großstädten auf der einen und der regionalen Wirtschaftsstruktur sowie der Stadtgröße auf der anderen Seite soll näher untersucht werden.

3.2 Datenbasis

Als Grundlage dienen die nach Deutschen und Ausländern differenzierten Angaben zu Bevölkerungsentwicklung und -bewegungen für die Jahre von 1980 bis 1994, die im „Statistischen Jahrbuch Deutscher Gemeinden“ zur Verfügung stehen. Aus arbeitsökonomischen Gründen wurden jene Städte

Abb. 5: Schema zur Beschreibung des Niedergangs von Städten



berücksichtigt, die in den Alten Ländern nach der wohnberechtigten Bevölkerung zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung am 27. Mai 1987 mindestens 100.000 Einwohner hatten. In den Neuen Ländern ist ein vergleichbarer Datensatz erst ab 1991 vorhanden, sodass sich auch aufgrund der unterschiedlichen Systeme in West- und Ostdeutschland die folgenden Ausführungen auf das Gebiet der früheren Bundesrepublik beziehen.

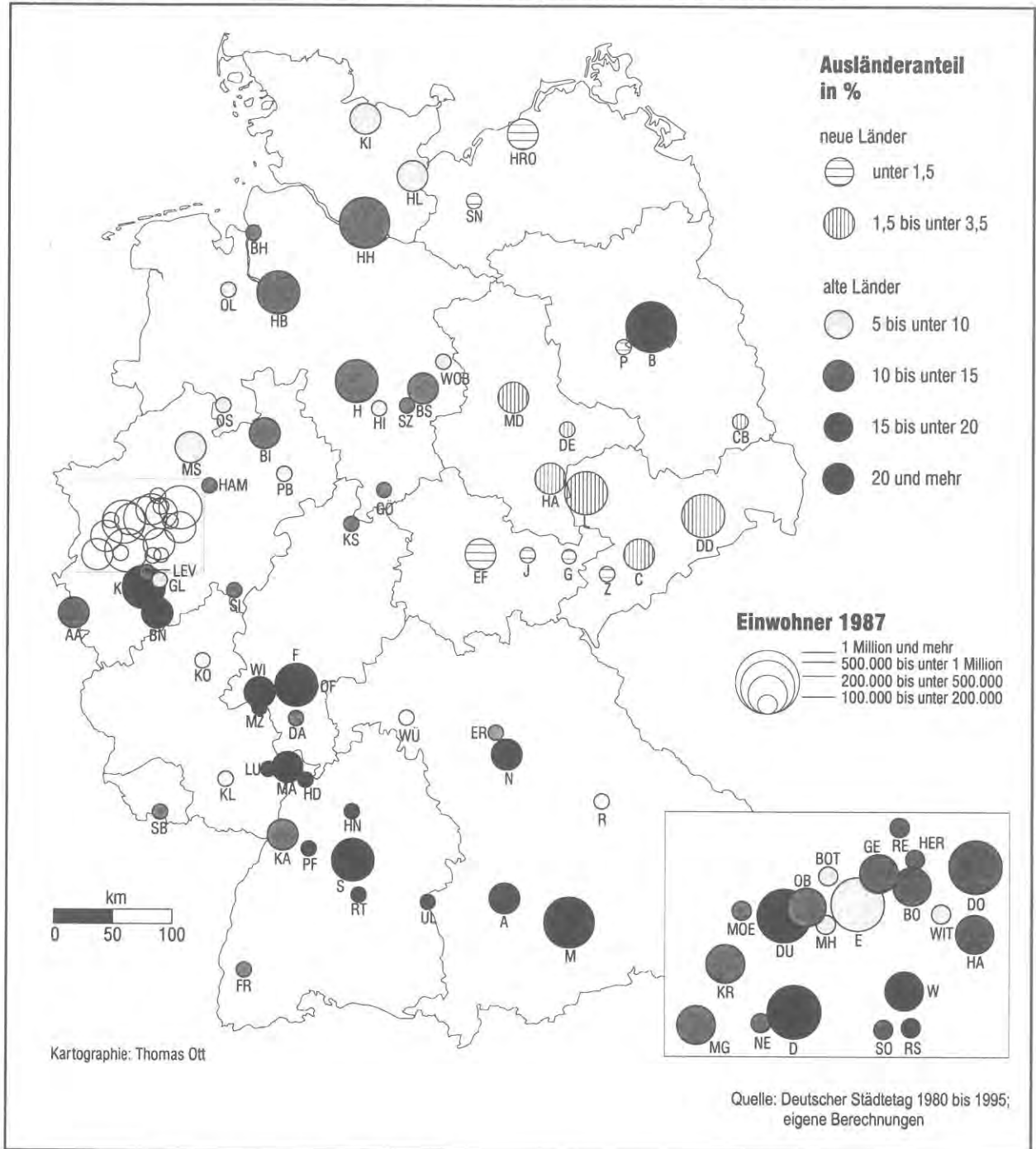
3.3 Verteilung der ausländischen Einwohnerzahlen und ihre Veränderung

Abbildung 6 belegt für Ende 1994 eindrucksvoll den stark voneinander abweichenden Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Großstädten der Alten mit 15,1 % und der Neuen Länder mit 2,1 %. Dort erzielte Cottbus mit 3,1 % den höchsten Wert, der klar unter dem niedrigsten in Westdeutschland mit 5,3 % in Oldenburg lag. Ende 1994 hatten die ostdeutschen Großstädte – ohne Berlin-Ost – etwa die vierfache Gesamtbevölkerung von Frankfurt/Main, aber mit 65 000 ausländischen Einwohnern nur etwas über ein Drittel der Zahl der Ausländer allein in der Mainmetropole. In den Alten Ländern sind besonders auffällig hohe Werte der großen Zentren im Süden und überwiegend unterproportionale Anteile im Norden. Städte mit einem hohen Ausländeranteil konzentrierten sich auf einer Achse, die von München über den mittleren Neckar-, Rhein-Neckar- und Rhein-Main-Raum bis nach Köln und Düsseldorf verläuft. In den Dienstleistungs- und Verwaltungszentren lag der höchste Wert mit 27,4 % für Frankfurt/Main vor, der niedrigste für Düsseldorf mit 16,1 %. Die genannten

genannten Kernstädte darüber hinaus Berlin und Hamburg, hatten schon Mitte der 80er Jahre einen überdurchschnittlichen Ausländeranteil, der deutlich den aufgrund der Wirtschaftsstruktur geschätzten Wert übertraf. Aus diesen positiven Abweichungen zwischen erwarteten und tatsächlich vorliegenden relativen Zahlen für die ausländische Bevölkerung lässt sich folgern, dass zur Erklärung der räumlichen Unterschiede nicht nur ökonomische Faktoren beitragen.

Südlich der Mittelgebirgsschwelle fiel der Ausländeranteil in Großstädten außerhalb der großen Verdichtungsräume niedrig aus. Beispiele sind Regensburg mit relativ vielen Beschäftigten in der Industrie sowie Würzburg mit einem Übergewicht im Dienstleistungssektor. Bei entsprechenden Anteilen der ausländischen Wohnbevölkerung mit 9,2 %, aber verschiedener Wirtschaftsstruktur ist als Erklärung für die regionale Differenzierung die Diffusion „Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer“ heranzuziehen. Diese Innovation war Anfang der 60er Jahre im Grenzgebiet zur Schweiz, im Saarland, in Stuttgart und Frankfurt/Main zu beobachten. 1965 hatte sich die Innovation in allen großen Verdichtungsräumen bis auf Hamburg und Bremen durchgesetzt. Die Ausbreitung der „Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer“ folgte in dieser ersten Phase vornehmlich dem hierarchischen Prinzip, d. h. die Innovation machte sich zunächst in Orten höchster Zentralitätsstufe bemerkbar und sprang von dort zu solchen niedrigerer Stufe über. So erfasste die von Süden her kommende Innovation zunächst Frankfurt/Main und dann Mannheim/Ludwigshafen. Entsprechend dieser Ausbreitung der Gastarbeiterbeschäftigung ist ein sukzessives Vorrücken von Zentren im Süden zu Zentren im Norden zu beobachten. Erst in einer zweiten Phase ab Mitte der 60er Jahre spielen Nachbarschaftseffekte eine größere Rolle, sodass auch im Umland der Zentren eine vermehrte Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer registriert werden kann (GIESE 1978). Mit dieser sich von Süden nach Norden wellenförmig ausbreitenden und hierarchisch gestaffelten Diffusion verschob sich zugleich die nationale Zusammensetzung der ausländischen Zuwanderer. Diese Änderung verursachte eine bis heute größere Bedeutung von Italienern und Jugoslawen in den Großstädten südlich der Mittelgebirgsschwelle, während nördlich davon Türken dominieren. Vor allem in Nordrhein-Westfalen, und hier im Ruhrgebiet, häufen sich Städte mit einer nach 1980 unterdurchschnittlichen Zunahme der ausländischen Bevölkerung und ihres Anteils. Diese Eigenschaft ist auch für Nürnberg, Wolfsburg oder Salzgitter zu beobachten. Ihre industrielle Basis war entweder wie in Dortmund oder Duisburg seit 1980 von

Abb. 6: Anteil der ausländischen Bevölkerung in den Großstädten Deutschlands, Ende 1994

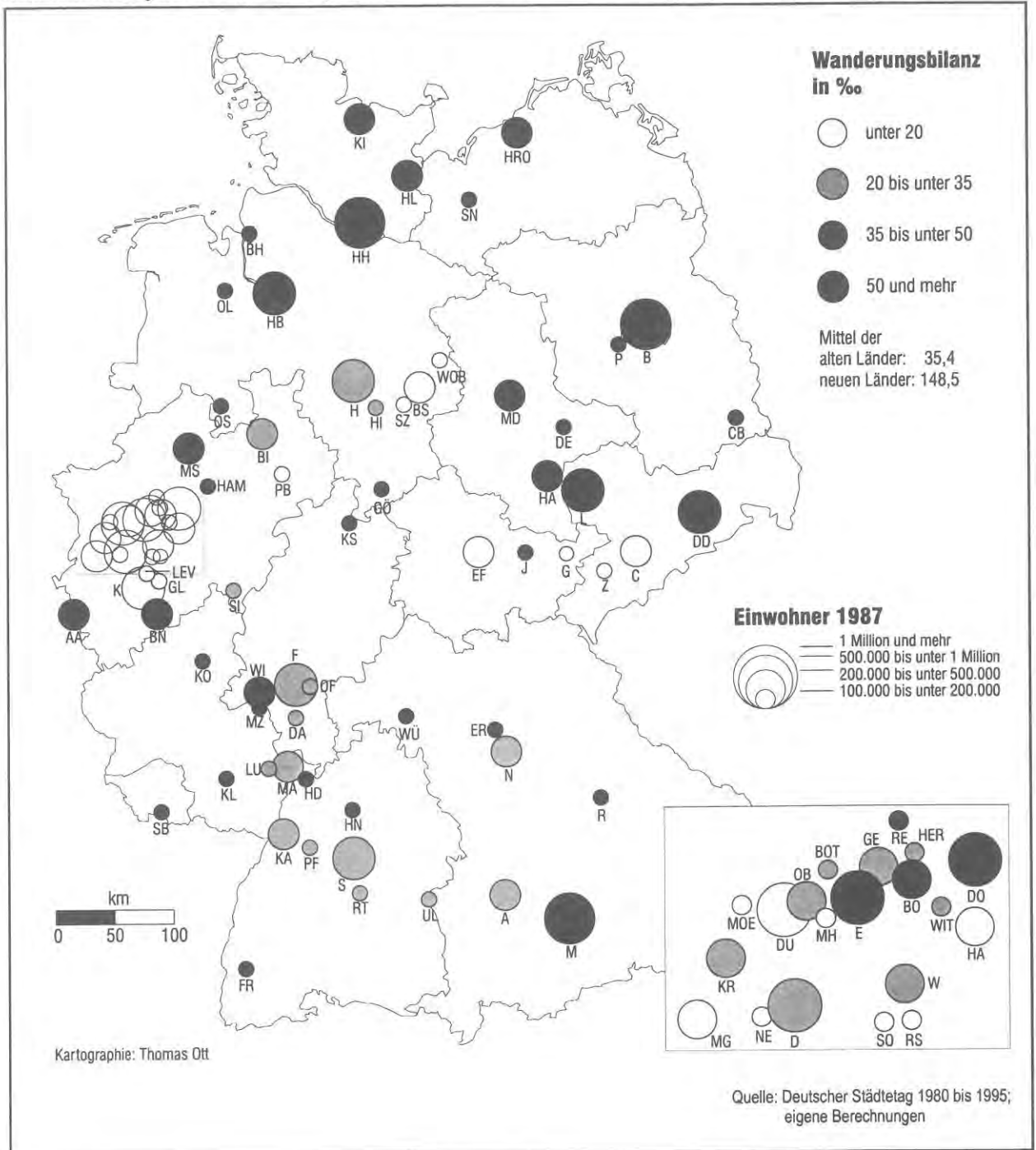


einem erheblichen Arbeitsplatzabbau in ausländer-spezifischen Wirtschaftszweigen betroffen oder stagnierte bei ausgesprochener Dominanz einer Branche. In diesen Städten hatten Migrationen, z. B. aus Arbeitsplatzgründen, im Vergleich zum natürlichen Wachstum eine eher untergeordnete Bedeutung für die Entwicklung der ausländischen Einwohnerzahlen. Damit sind die beiden Komponenten der Bevölkerungsentwicklung, natürliche und räumliche Bewegungen, angesprochen.

3.3.1 Wanderungsbewegungen und natürliches Bevölkerungswachstum

Einen Überblick über die Größenordnung der Wanderungsgewinne gibt die folgende Abbildung 7. Von 1980 bis 1994 betrug in den Alten Ländern die mittlere jährliche Wanderungsbilanz 35,4 ‰. Vor allem kleinere Städte mit geringerem Ausländeranteil 1994 übertrafen den Mittelwert ähnlich wie die Zentren Berlin, Hamburg und Bremen, während

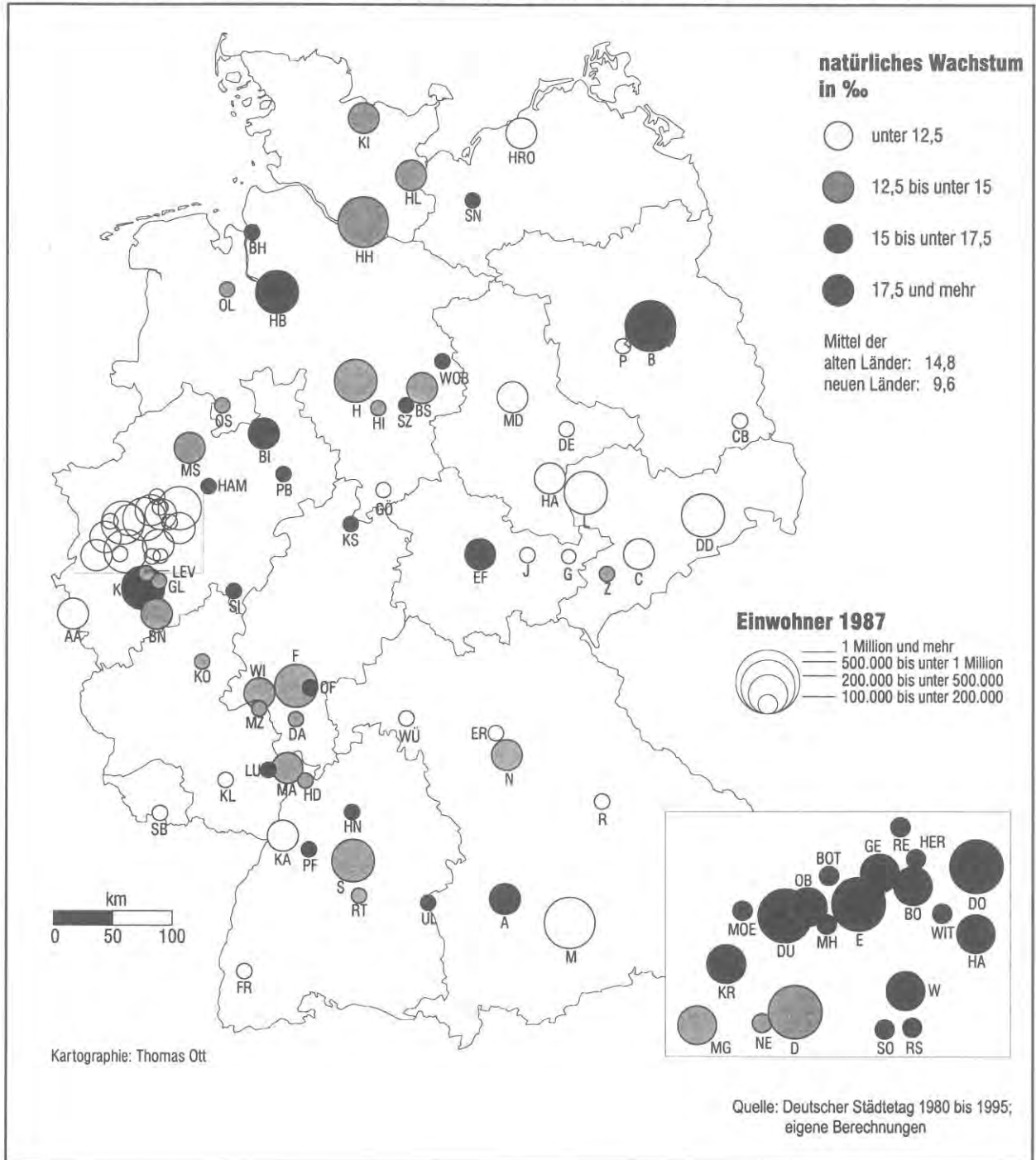
Abb. 7: Mittlere jährliche Wanderungsbilanz der ausländischen Bevölkerung in den Großstädten, 1980-1994



Frankfurt/Main, Stuttgart oder Mannheim eher niedrige Salden verzeichneten. Extremwerte von über 90 % wie in Osnabrück erklären sich aus der Zuweisung von Asylbewerbern oder Spätaussiedlern im Zusammenhang mit dem Vorhandensein von Aufnahmelagern. Geringe Bilanzen liegen für die Städte im Ruhrgebiet vor, die z. T. nicht das natürliche Wachstum erreichen. Die beschriebene Verteilung der Wanderungsbilanzen verweist auf die ökonomische Basis der Städte und auf die Innovations-Diffusions-Hypothese.

Die Geburtenüberschüsse, die mit einem jährlichen Mittel von 14,8 % nur 30 % zum positiven Trend der ausländischen Einwohnerzahlen beisteuerten, lassen in Abbildung 8 durchaus regionale Abweichungen zur Wanderungsbilanz erkennen. Die zehn Städte mit einer Zunahme von mindestens 17,5 % liegen in Niedersachsen oder in Nordrhein-Westfalen und hier vor allem im Ruhrgebiet. Im Süden war die Differenz aus Geburten- und Sterbefällen eher unterdurchschnittlich. Zur Erklärung der räumlichen Unterschiede lassen sich zwei Ansätze

Abb. 8: Mittleres jährliches Wachstum der ausländischen Bevölkerung in den Großstädten, 1980-1994



heranziehen:

1. die nationale Zusammensetzung: Zwischen den verschiedenen ausländischen Bevölkerungsgruppen bestehen trotz erfolgter Anpassung noch erhebliche Unterschiede im generativen Verhalten. Eine Sonderstellung nehmen nach wie vor türkische Frauen ein, deren zusammengefasste Geburtenziffer zwar mit 2,41 im Jahre 1985 nur wenig über dem Bestandserhaltungsniveau lag, aber deutlich über der Geburtenhäufigkeit anderer nationaler Gruppen, deren Werte etwa denen der deutschen Bevölkerung entsprachen (THIEME

und LAUX 1996). Daher registrierten diejenigen Städte, in denen der türkische Anteil an der ausländischen Bevölkerung 50 % überstieg, sämtlich ein natürliches Wachstum von mindestens 15 ‰. Eine hohe Bedeutung der Türken ist jedoch gerade für die Städte in Norddeutschland und im Ruhrgebiet festzustellen, eine räumliche Verteilung die wiederum mit dem erwähnten Diffusionsprozess zusammenhängt.

2. die Förderung der Rückkehrbereitschaft ausländischer Einwohner: Im Juni 1983 brachte die Bundesregierung ein Gesetz ein, dass Arbeit-

Tabelle 3: Komponenten der ausländischen Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur in ausgewählten Verdichtungsräumen

Merkmal	Ruhrgebiet	Ruhrgebiet ohne Dortmund	Rhein-Main-Raum
Beschäftigte in %			
Verarbeitendes Gewerbe	27,8	29,2	20,6
Handel	16,1	16,1	14,3
Verkehr und Nachrichtenübermittlung	5,6	5,5	9,7
Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe	3,4	2,9	11,2
Bevölkerungsstruktur in %			
Ausländeranteil 1980	7,6	7,6	15
Ausländeranteil 1994	12,4	12,2	22,8
Bevölkerungswachstum in ‰			
natürliches Wachstum	17,3	17,5	13,5
Wanderungsbilanz	45	27,3	31,1
Zuzugsrate	148,5	130,9	161,3
Fortzugsrate	103,5	103,5	130,2

Quelle: Deutscher Städtetag 1980–1995; eigene Berechnungen

nehmer aus Staaten, die nicht der Europäischen Gemeinschaft angehörten, unter bestimmten Bedingungen – z. B. Arbeitslosigkeit infolge Betriebsschließung – finanzielle Unterstützung erhielten, wenn sie mit ihrer Familie in das Herkunftsland zurückkehrten. Portugiesische und türkische Arbeitnehmer konnten ohne Einschränkung ihre in die deutsche Rentenversicherung eingezahlten Beiträge zurückerhalten (MEHRLÄNDER 1986). Diese zeitlich befristeten Maßnahmen Anfang der 80er Jahre hatten zur Folge, dass Großstädte mit einer hohen Bedeutung der türkischen Bevölkerung erhebliche Wanderungsverluste vor 1985 registrierten. Beispiele sind Duisburg mit einem Rückgang von 12,1 % oder Salzgitter mit 29,5 % von 1980 bis 1985. Doch verzeichneten Gelsenkirchen, Herne oder Recklinghausen bei einem türkischen Anteil von über 60 % im Jahre 1980 keine oder nur geringe Abnahmen. Diese Differenzierung hing entscheidend von der Situation einzelner Unternehmen ab.

Die Ausführungen zeigen durchaus Bezüge des natürlichen Wachstums sowie der Wanderungsbilanzen der Ausländer zur städtischen Wirtschaftsstruktur. Dieser räumliche Faktor wird von politischen Einflüssen und von Größeneffekten überlagert, die nicht zuletzt aus der von Nachbarschaft und Zentrenhierarchie gesteuerten Diffusion der Ausländerbeschäftigung, die bis zum Anwerbestopp 1973 zu beobachten war, resultierten (GIESE 1978; SCHÜTTE und SINZ 1985). Die Entwicklung der ausländischen Bevölkerung soll abschließend am Beispiel der Großstädte im Ruhrgebiet und im

Rhein-Main-Raum mit unterschiedlicher ökonomischer Basis gegenübergestellt und dann nach der Stadtgröße differenziert werden.

Tabelle 3 hebt die Unterschiede der Wirtschaftsstruktur in den beiden Verdichtungsräumen hervor. Während in den Großstädten von Krefeld bis Dortmund Arbeitsplätze im Verarbeitenden Gewerbe überdurchschnittlich vertreten sind, zeichnet sich der Rhein-Main-Raum durch eine starke Position in den Bereichen Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Kreditinstitute und Versicherungsgewerbe aus. Die Werte für das natürliche Wachstum der ausländischen Bevölkerung bestätigen die bisherigen Ausführungen. Die hohen Geburtenüberschüsse im Ruhrgebiet beruhen wesentlich auf dem generativen Verhalten der hier stark vertretenen türkischen Gruppe. Die Ergebnisse für die Wanderungsbewegungen sind aber auf den ersten Blick erstaunlich, verzeichnete doch das Ruhrgebiet höhere Migrationsgewinne bei größerer Effektivität als der Rhein-Main-Raum. Die dort deutlich höheren Zu- und Fortzugsintensitäten entsprechen den aus der Branchenstruktur und dem Arbeitsmarkt abgeleiteten Aussagen. Folgende Faktoren überlagern die Bedeutung der ökonomischen Basis:

- Die Standorte von Aufnahmelagern für Asylbewerber und/oder Spätaussiedler bzw. Zuweisungen dieser Gruppen verzerren den Einfluss der Wirtschaftsstruktur. Das Beispiel Dortmund verdeutlicht diesen Effekt. Ohne die Stadt fällt der Wanderungsgewinn des Ruhrgebietes mit 27,3 ‰ unter den mittleren Wert des Rhein-Main-Raumes aufgrund sinkender Zuzugsintensität zurück (vgl. Tab. 3).

Tabelle 4: Komponenten der ausländischen Bevölkerungsentwicklung und Wirtschaftsstruktur der Großstädte nach deren Größe

Merkmal	Großstädte nach deren Einwohnerzahl				Alle Großstädte
	100000 – 200000	200000 – 500000	500000 – 1000000	1000000 und mehr	
Beschäftigte in % Verarbeitendes Gewerbe	32,2	27,7	23,1	19,8	25,9
Bevölkerungsstruktur in % Ausländeranteil 1980	8,4	8,7	11,4	11,6	9,9
Ausländeranteil 1994	12,6	13,4	17,5	17,2	15,1
Wanderungsbilanz	33,4	31,5	31,4	48,2	35,4

Quelle: Deutscher Städtetag 1980–1995; eigene Berechnungen

- Die nationale Zusammensetzung der ausländischen Bevölkerung verstärkt über Netzwerke in die jeweiligen Heimatländer den Nachzug von Landsleuten. Von 1980 bis 1992 verdoppelte sich die Zahl der Einwohner aus dem ehemaligen Jugoslawien auf über 300.000. Diese Gruppe war zu Beginn des Untersuchungszeitraumes in Frankfurt/Main am stärksten vertreten. Die massive Erhöhung des Ausländeranteils in der Mainmetropole von etwa 20 % 1980 auf teilweise fast 30 % Anfang der 90er Jahre geht vor allem auf den Zuzug dieses Personenkreises zurück. So stellte das Amt für Stadtentwicklung und Statistik der Stadt Frankfurt/Main 1996 fest: „Erst in den Jahren 1991 und 1992 setzt – unvorhersehbar und explosionsartig – die Flüchtlingswelle aus dem ehemaligen Jugoslawien die geltenden Gesetzmäßigkeiten zwischen gesamtwirtschaftlicher Entwicklung und Wanderungsbewegungen außer Kraft“ (BICK 1996). Die Netzwerke spielten in München oder Stuttgart sicherlich ebenfalls eine Rolle, wo 1980 fast 30 % der Ausländer aus dem ehemaligen Jugoslawien stammten. Die Einführung quotierter Verteilungsverfahren für ausländische Flüchtlinge Anfang der 90er Jahre, um die finanzielle Belastung der Kommunen ausgewogener zu gestalten, änderte an der Bedeutung der Netzwerke wenig. Zwar verzeichneten ländliche Kreise hohe Zuwachsraten für Ausländer, doch genießen sie nach Asylrecht Freizügigkeit und ziehen zu Verwandten oder Bekannten in die Großstädte um.
- Der Anstieg der ausländischen Einwohnerzahlen wurde größtenteils von Wanderungsgewinnen getragen. Doch entgegen der Erwartung erreichten die Bilanzen genau wie Zu- und Fortzugsintensität Maxima in den Großstädten mit weniger als 200.000 Einwohnern und in den Millionenstädten. Damit ist der Größeneffekt als Erklärung

für die Dynamik der ausländischen Einwohnerzahlen begrenzt. Zumindest zwei Faktoren sind zu beachten: Zum einen ist die wirtschaftliche Basis der Städte innerhalb einer Größenklasse sehr heterogen. So fallen Frankfurt/Main, Stuttgart, Duisburg oder Hannover in eine Gruppe. Zum andern erhöht sich mit abnehmender Stadtgröße die Bedeutung des industriellen Sektors und damit die Zahl ausländer-spezifischer Arbeitsplätze.

Doch verdeutlicht Tabelle 4, dass der Ausländeranteil trotz eines überdurchschnittlichen Ausgangsniveaus 1980 in den größeren Städten stärker zulegte als in den kleineren. Dies spricht für einen gewissen Einfluss der Größe, bei der nationale Netzwerke, Nachzugseffekte sowie ökonomische Basis eine Rolle spielen.

4 Zusammenfassung

Die Entwicklung der ausländischen Einwohnerzahlen in den Großstädten verweist – wie die Gegenüberstellung von Ruhrgebiet und Rhein-Main-Raum – durchaus auf eine Abhängigkeit von der Wirtschaftsstruktur. Doch wird zugleich deutlich, dass mehrere Faktoren diese Relation überlagern:

- Der Diffusionsprozess „Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer“, der bis zum Anwerbestopp 1973 wirksam war, rief in den Alten Ländern ein Gefälle des Ausländeranteils von Süd nach Nord hervor.
- Die Zentrenhierarchie, welche die räumliche Ausbreitung steuerte, verursachte in den Metropolen Deutschlands einen überproportionalen Ausländeranteil an der Wohnbevölkerung.
- Mit der Diffusion ausländischer Arbeitskräfte

- änderte sich ihre nationale Zusammensetzung, sodass in den Großstädten nördlich der Mittelgebirgsschwelle eher türkische Staatsangehörige, südlich davon eher Italiener, Spanier oder Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien vertreten sind. Die einzelnen Gruppen weisen ein unterschiedliches generatives Verhalten auf.
- Zu ergänzen sind gesetzliche Maßnahmen zur Rückkehrförderung, die nur auf Personen angewandt werden konnten, die nicht aus einem Mitgliedsland der Europäischen Union stammten.
 - Anfang der 90er Jahre konzentrierte sich die Zuwanderung auf Personen aus dem ehemaligen Jugoslawien. Die räumliche Verteilung dieser Flüchtlingswelle wurde offensichtlich in hohem Maße von bestehenden Netzwerken und damit von der nationalen Zusammensetzung der Einwohner in den Großstädten beeinflusst.
 - Nicht zuletzt wirken sich die Standorte von Aufnahmelagern für Asylbewerber und Spätaussiedler bzw. die Zuweisung dieser Gruppen auf die ausländische Bevölkerungsentwicklung aus. Zwischen diesen Faktoren bestehen wechselseitige Beziehungen, die zudem von lokalen bzw. regionalen Einflüssen beeinflusst werden.

5 Literatur

- BÄHR, JÜRGEN: Internationale Wanderungen in Vergangenheit und Gegenwart. - Geographische Rundschau 47 (1995) 7-8: 398-404.
- BÄHR, JÜRGEN und PAUL GANS: Bevölkerungsveränderungen und Migrationsmuster in den Großstädten der Bundesrepublik Deutschland seit 1970. In: FRIEDRICHS, JÜRGEN (Hrsg.): Die Städte in den 80er Jahren. Demographische, ökonomische und technologische Entwicklungen. - Opladen 1989: 70-116.
- BICK, WOLFGANG: Die Zuwanderung von Ausländern nach Frankfurt am Main seit 1949. - Frankfurter Statistische Berichte 58 (1996): 35-45.
- BERGMANN, ECKHARD und ARIBERT PETERS: Ausländer und Wirtschaft. - Informationen zur Raumentwicklung (1994): 387-398.
- BÖHNING, WOLF R.: Helping migrants to stay at home. - Annals of the American Academy of Political and Social Science 534 (1994): 165-177.
- Deutscher Städtetag (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch Deutscher Gemeinden 67 bis 82. - Köln 1980-1995.
- FRIEDRICHS, JÜRGEN: A theory of urban decline: Economy, demography and political elites. - Urban Studies 30 (1993) 6: 907-917.
- GANS, PAUL: Bevölkerungsentwicklung der deutschen Großstädte (1980-1993). In: FRIEDRICHS, JÜRGEN (Hrsg.): Die Städte in den 90er Jahren. Demographische, ökonomische und soziale Entwicklungen. - Opladen, Wiesbaden 1997: 12-36.
- GANS, PAUL und FRANZ-JOSEF KEMPER: Bevölkerung. In: Institut für Länderkunde (Hrsg.): Nationalatlas Bundesrepublik Deutschland, Staat und Gesellschaft, Bd.1, mitherausgegeben von HEINRITZ, GÜNTHER, SABINE TZSCHASCHEL und KLAUS WOLF. - Heidelberg, Berlin 1999: 78-81.
- GIESE, ERNST: Räumliche Diffusion ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik Deutschland 1960-1976. - Die Erde 109 (1978) 1: 92-110.
- GÖDDECKE-STELLMANN, JÜRGEN: Räumliche Implikationen der Zuwanderung von Aussiedlern und Ausländern. Rückkehr zu alten Mustern oder Zeitenwende? - Informationen zur Raumentwicklung (1994) 5-6: 373-386.
- GRÜNHEID, EVELYN und ULRICH MAMMEY: Bericht 1997 über die demographische Lage in Deutschland. - Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 22 (1997): 377-480.
- JONES, PHILIP N.: Economic restructuring and the role of foreign workers in the 1980s: The case of Germany. - Environment and Planning A26 (1994), 1435-1458.
- KASARDA, JOHN D., JÜRGEN FRIEDRICHS und KAY E. EHLERS: Urban industrial restructuring and minority problems in the US and Germany. In: CROSS, MALCOLM (Hrsg.): Ethnic minorities and industrial change in Europe and North America. - Cambridge 1992: S. 250-275.
- KEMPER, FRANZ-JOSEF: Ökonomische Restrukturierung, politische Umbrüche in Europa und internationale Migration in Deutschland. In: HEINRITZ, GÜNTHER, JÜRGEN OBENBRÜGGE und REINHARD WIEßNER (Hrsg.): Raumentwicklung und Sozialverträglichkeit. - 50. Dt. Geographentag Potsdam 1995, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 2. - Stuttgart 1996: 21-32.
- KEMPER, FRANZ-JOSEF: Ausländer in Deutschland. Ethnische Vielfalt und regionale Schwerpunkte. - Geographische Rundschau 49 (1997) 7-8: 392-398.
- MEHRLÄNDER, URSULA: Auswirkungen der „neuen“ Ausländerpolitik auf Situation und Verhalten der ausländischen Wohnbevölkerung im Aufnahmeland - Beispiel Bundesrepublik Deutschland. In: KÖRNER, HEIKO und URSULA MEHRLÄNDER (Hrsg.): Die „neue“ Ausländerpolitik in Europa. - Bonn (1986): 103-119.
- SCHÜTTE, GERLIND und MANFRED SINZ: Auslän-

- derbeschäftigung und Wirtschaftsstruktur. - Informationen zur Raumentwicklung (1985) 6: 527-543.
- STABENOW, MICHAEL: „...dann gehen die Menschen zum Reichtum“. Wohlstandsgefälle und Migration im Mittelmeerraum. - Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 263 (11. November 1996): 16.
- Statistisches Amt der DDR (Hrsg.): Statistisches Jahrbuch der DDR. - Berlin 1980 bis 1990.
- THIEME, GÜNTER und HANS-DIETER LAUX: Between integration and marginalization: Foreign population in the Ruhr Conurbation. In: ROSEMAN, CURTIS C., HANS DIETER LAUX und GÜNTER THIEME (Hrsg.): EthniCity. Geographic perspectives on ethnic change in modern cities. - Lanham 1996: 141-164.
- ZARTH, MICHAEL: Die beschäftigungspolitische Bedeutung ausländischer Arbeitnehmer unter sektoralen und regionalen Aspekten. - Informationen zur Raumentwicklung (1994) 5-6: 399-410.

Prof. Dr. Paul Gans
Geographisches Institut der Universität Mannheim
Gebäude L 9, 1-2, 68131 Mannheim
Email: paulgans@rumms.uni-mannheim.de

BODO FREUND

Hochqualifizierte Migranten im Rhein-Main-Gebiet

Im Jahre 1955 schloss die deutsche Bundesregierung ihren ersten Vertrag zur Anwerbung von Gastarbeitern mit Italien. Die Vollbeschäftigung der späten fünfziger Jahre und die unterbrochene Zuwanderung aus der DDR nach dem Berliner Mauerbau 1961 bewogen sie dazu, mit weiteren mediterranen Staaten ähnliche Verträge zu schließen. Innerhalb von zwölf Jahren stieg bis Ende 1973, dem Jahr der „Ölkrise“, der ausländische Bevölkerungsanteil von knapp 700000 auf fast 4 Millionen oder von 1,2 auf 6,4 %. Der Ausdruck „Ausländer“ wurde nun nahezu synonym für „mediterrane Gastarbeiter“ verwendet.

Nach dem Anwerbestopp gegen Ende 1973 ging die Population der Südeuropäer zurück. Diese Abnahme wurde allerdings bald durch Familienzusammenführung und Geburtenüberschüsse unter der türkischen Bevölkerung überkompensiert. In den vierzehn Jahren bis zur Volkszählung 1987 stieg der ausländische Bevölkerungsanteil nur noch auf 6,8 %. Der Anteil aus den „Gastarbeiterländern“ sank dabei geringfügig von 75 auf 72 %, veränderte sich allerdings deutlich nach der Zusammensetzung. Denn Türken und Maghrebener stellten nun nicht mehr nur ein knappes Drittel, sondern die Hälfte der Bevölkerung aus den ehemaligen Anwerbeländern.

Gegen Ende der achtziger Jahre bewirkten mehrere Impulse einen erneuten Zuwanderungsschub. Es stieg die Zahl der Asylbewerber aus außereuropäischen Staaten, der Migranten aus Polen und anderen bis dahin kommunistisch regierten Staaten sowie aus dem zerfallenden Jugoslawien. So kam es, dass im vereinten Deutschland 1996 mehr als 7,3 Millionen Ausländer lebten. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung war auf knapp 8,9 % gestiegen –

trotz der geringen Konzentration im östlichen Landesteil.

Bei allem Wandel der ethnischen Zusammensetzung während der vierzigjährigen Migrationsgeschichte erschienen Ausländer in der öffentlichen Wahrnehmung stets als Problemgruppe – mit wechselnden Konnotationen als Italiener, Gastarbeiter, Türken oder „Asylanten“.

1 Fach- und Führungskräfte: „atypische“ und deshalb unbeachtete Ausländer

Beinahe völlig unbeachtet von Politikern und Wissenschaftlern blieben die statushohen und allein deshalb schon „atypischen“ Ausländer, die finanziell abgesichert sind und meist nur wenige Jahre in Deutschland verweilen. Sie erregen weder sozialpolitische Besorgnis noch parteiliches Interesse. Ihre kulturelle Prägung lässt sie selbst bei großer Distanz der Herkunftsländer kaum fremd erscheinen. Eine physiognomisch eindeutig nichteuropäische Herkunft wird sogleich ergänzt durch Attribute wie Kleidung und Auto, die auf prestigeträchtige Funktionen deuten.

Funktional lassen sich zwei Hauptgruppen unterscheiden. Sie sind in Deutschland höchst ungleich vertreten. Erstens wären die Beschäftigten bei internationalen Organisationen zu nennen, deren Personal überwiegend aus dem Ausland stammt und zu meist nach Länderquoten zusammengesetzt ist. In

manchen Städten anderer Länder, beispielsweise in Rom, Genf oder Wien, bieten solche Organisationen viele Arbeitsplätze (LICHTENBERGER 1995). Zweitens kann eine Vielzahl international agierender Unternehmen mit jeweils wenigen ausländischen Fach- und Führungskräften eine Konzentration solcher „Migranten auf Zeit“ (*expatriates*) bedingen. Dies gilt für ökonomische Steuerungszentralen wie Toronto, Mailand, Amsterdam, Zürich oder Düsseldorf (GLEBE 1997). In einigen Städten treten beide Gruppen zusammen auf (New York, Paris, Brüssel, Luxemburg).

In der Entstehungszeit vieler wichtiger internationaler Organisationen wurde Deutschland wegen politischer Vorbehalte nicht mit Standorten bedacht. Dies wirkt sich bis heute aus, so auch im Rhein-Main-Gebiet. Allerdings gibt es in Frankfurt inzwischen die Europäische Zentralbank und in Darmstadt seit langem die Europäische Kontrollzentrale für Satelliten (ESOC). Das ändert aber nichts daran, dass die Anwesenheit ausländischer Fach- und Führungskräfte im Rhein-Main-Gebiet fast gänzlich auf privatwirtschaftliche Unternehmen zurückzuführen ist.

2 Ausländische Fach- und Führungskräfte als Merkmal ökonomischer Steuerungszentralen

Eine hohe Zahl an „*highly skilled migrants*“ kann als sozioprofessionelles Zeichen dafür gewertet werden, dass eine Großstadt ein Glied in der Hierarchie ökonomischer Metropolen ist. FRIEDMANN hat dieses Gefüge von „*world cities*“ 1986 erstmals dargestellt. Später wurden die lokalen Attribute von „*global cities*“ durch Saskia SASSEN (1994) an den Beispielen New York und Los Angeles thematisiert. Dass nicht alle Befunde von Nordamerika auf Westeuropa übertragbar sind, ist seit der Arbeit von HAMNETT (1994) über Amsterdam klar.

Die Zunahme von „*expatriates*“ aus hochentwickelten marktwirtschaftlichen Ländern in Frankfurt (vgl. Abb. 1) und – mehr noch – im Umland könnte die Auffassung vieler Autoren stützen, dass es sich bei der Main-Metropole um eine Steuerungszentrale von internationaler Bedeutung handelt. Denn nicht nur die technische Ausrüstung bestimmt die Bedeutung von Standorten, sondern mindestens ebenso stark die „sozio-professionelle“ Struktur.

Die Erfassung ausländischer Fach- und Führungskräfte ist nicht ohne Schwierigkeiten. Unterstellt man, dass Ausländer aus hochentwickelten Staaten in Deutschland normalerweise keine unqua-

lifizierten Tätigkeiten ausüben, dann könnten die allgemeinen Verteilungsmuster entsprechender Nationalitäten näherungsweise auch die Konzentration von Hochqualifizierten angeben. Es zeigt sich allerdings, dass Störfaktoren von erheblicher Intensität wirken. Am deutlichsten wirkt sich der Nachbarschaftsfaktor aus, denn in allen Grenzsäumen des alten Bundesgebietes sind überdurchschnittlich viele Bürger aus den Nachbarstaaten gemeldet, also Dänen, Niederländer, Franzosen und Österreicher (KEMPER 1997). Zweitens gibt es Nachwirkungen der ehemaligen Verteilung von Stationierungskräften. Vermutlich sind durch zivile Erwerbstätigkeit oder Heirat Bürger der entsprechenden Staaten ortsansässig geworden, sogar in ländlichen Räumen. Drittens zeichnen sich auch manche Hochschulorte ab. In Berlin beispielsweise stammen gut 3000 der 17000 ausländischen Studierenden aus hochentwickelten OECD-Staaten. In allen drei Fällen kann deshalb nicht ohne weiteres von dem Merkmal „Ausländer aus hoch entwickeltem Land“ auf ökonomische Führungskräfte geschlossen werden.

Auch wenn man die Betrachtung auf die deutschen Metropolen von europäischer Bedeutung einschränkt, bleibt die Interpretation der Daten problembehaftet. Die höchsten Absolutwerte an OECD-Ausländern findet man in München, Berlin und Hamburg (vgl. Tab. 1). Das kann allerdings kaum verwundern, sind dies doch mit Abstand die größten deutschen Städte. Die höchsten Anteile an der Einwohnerschaft sind in München, Frankfurt und Düsseldorf zu registrieren.

Tab. 1: Deutsche Metropolen und Rhein-Main-Gebiet
Ausländer aus OECD-Staaten ohne Italien, Spanien,
Portugal, Griechenland, Türkei (Ende 1995)

Stadt, Region	Insgesamt		Ohne Sonderpopulation*	
	Absolut	Prozentual	Absolut	Prozentual
Berlin	51.641	1,51	26.320	0,77
Hamburg	33.553	1,97	27.664	1,62
München	57.742	4,62	33.193	2,65
Düsseldorf	17.049	2,97	14.166	2,47
Frankfurt	22.155	3,29	17.777	2,64
Rhein-Main	61.326	2,12	47.273	1,63

* Als Sonderpopulation wurden abgezogen

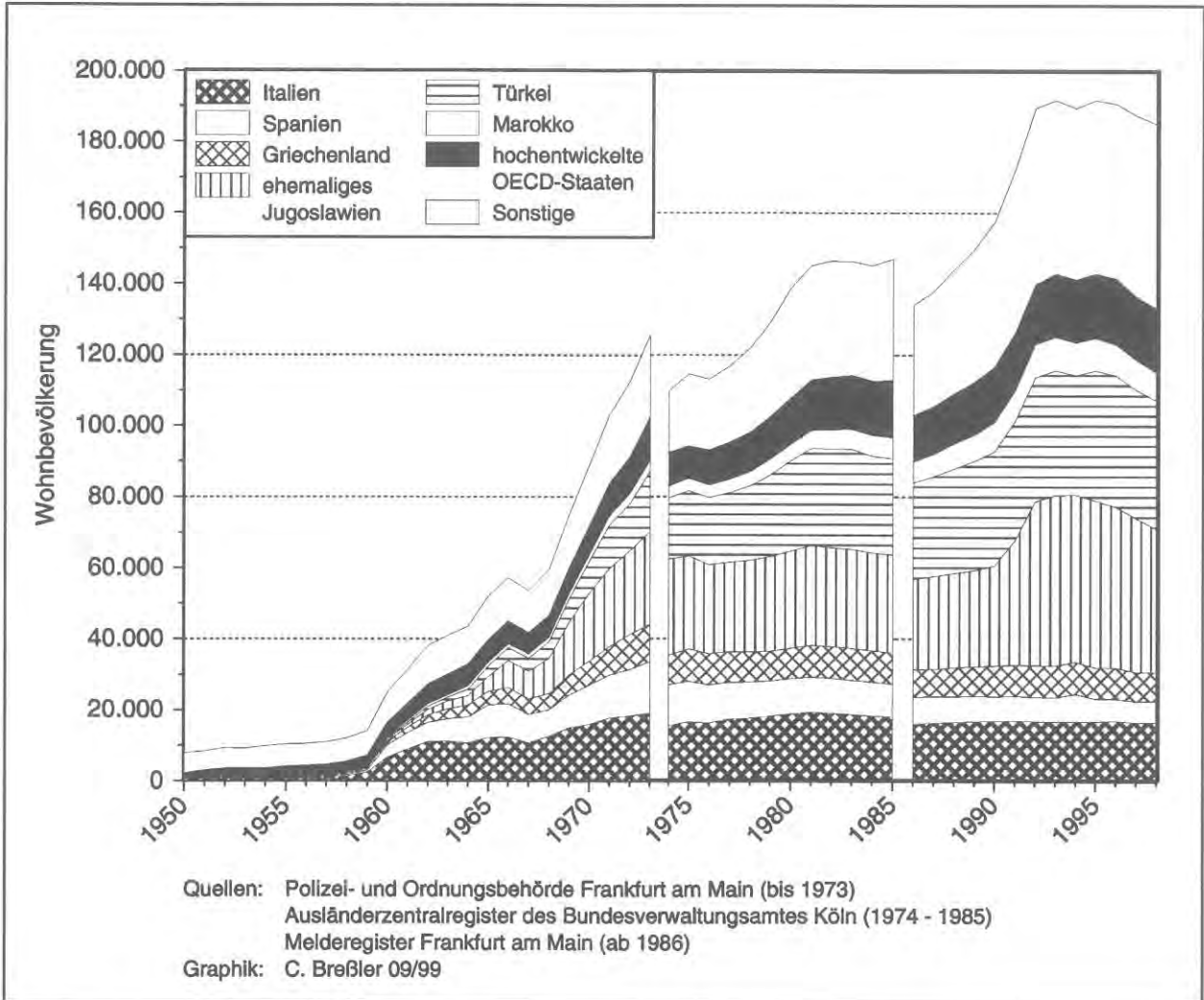
- Zivilbevölkerung aus Staaten der ehemaligen Stationierungskräfte in den Städten Berlin (USA, Frankreich, Großbritannien) und Frankfurt (Österreich).

- Bevölkerung mit „Nachbarschaftseffekt“ in den Städten München (Österreich), Hamburg (Skandinavien) und Düsseldorf (Niederlande, Belgien).

Quellen:

Angaben der Statistischen Ämter der Städte und Gemeinden. -
Eigene Berechnung

Abb. 1: Ausländische Wohnbevölkerung in Frankfurt am Main 1950–1998



Auch in den Großstädten sind die Effekte von Nachbarschaft, Stationierung und Hochschulen feststellbar. Beispielsweise besitzt fast die Hälfte der OECD-Ausländer in der bayerischen Hauptstadt einen österreichischen Pass und in Berlin stammt die Hälfte aus den Ländern der drei ehemaligen westlichen Schutzmächte USA, Frankreich und Großbritannien. Die Effekte der Nachbarschaft sind in Hamburg (Skandinavien) und Düsseldorf (Niederlande und Belgien) weit weniger intensiv; gleiches gilt für die Nachwirkung amerikanischer Militärpräsenz in Frankfurt. Reduziert man die lokalen Datenbestände jeweils pauschal um die genannten Nationalitäten, dann behalten die größten Städte die höchsten Absolutwerte, und die Abfolge der Relativwerte ändert sich nicht; aber es erscheinen deutlich veränderte Proportionen (vgl. Abb. 1 und Tab. 1).

Viel präziser ist es, ausländische Fach- und Führungskräfte durch die Merkmalskombination von Nationalität und Berufstätigkeit zu definieren. Mit Hilfe des Hessischen Landesamtes (Bernhard Kolbe) konnte dies durchgeführt werden. Als grobes

Kriterium des Berufsfeldes wurde die Büroarbeit verwendet. Dabei zeigt sich, dass die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der hier betrachteten Nationalitäten etwas häufiger Büroberufe ausüben als Deutsche und weitaus häufiger als „sonstige Ausländer“ (vgl. Tab. 2).

Außerdem wird deutlich, dass die Quote der Bürobeschäftigten regelhaft steigt, wenn man die Betrachtung von Westdeutschland über Hessen auf Frankfurt konzentriert. Die Zugehörigkeit zu den betrachteten Nationalitäten deutet also in (Süd-)Hessen und Frankfurt mehr als andernorts auf Bürobeschäftigung.

Bei einer tieferen Gliederung der Büroberufe wird erkennbar, dass die OECD-Ausländer in Frankfurt und im übrigen Hessen überdurchschnittlich oft Leitungsfunktionen, kaufmännische, technische und EDV-Tätigkeiten ausüben, dagegen eher selten rein administrative und subalterne Bürodienstleistungen erbringen (vgl. Tab. 3).

Aus diesen qualitativen Feststellungen ist allerdings noch nicht der Schluss zu ziehen, dass der Stadt Frankfurt und dem Rhein-Main-Gebiet eine

Tab. 2: Anteil der Personen in Büroberufen unter den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ausgewählter Nationen in Westdeutschland, Hessen und Frankfurt, 1996

Nationalität/ Herkunftsland	Alte Bundesländer	Hessen	Frankfurt
Korea	13,9	34,2	31,8
Frankreich	21,3	54,6	61,8
Island	24,8	30,8	43,8
Taiwan	27,8	35,7	60,4
Niederlande	28,0	45,1	49,1
Südafrika	28,1	31,5	48,0
USA	32,3	39,1	57,0
Irland	32,7	53,2	59,9
Österreich	33,2	41,5	46,3
Australien	33,8	50,3	59,0
Belgien	34,2	34,5	54,2
Großbritannien	35,1	55,4	63,1
Neuseeland	35,4	32,5	58,8
Kanada	38,9	58,9	68,0
Dänemark	44,8	58,1	73,2
Luxemburg	39,2	51,3	55,6
Schweiz	39,4	46,2	58,0
Norwegen	45,2	59,6	67,8
Finnland	47,7	61,1	70,1
Singapur	49,0	63,9	76,2
Schweden	52,6	63,8	66,4
Japan	62,6	72,1	67,1
Sonstiges Aus- land	8,4	11,5	17,8
Deutschland	34,8	44,9	56,0
Alle Nationalitäten	30,0	39,9	54,0

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit, Datenausdrucke
Bearbeitung: Susanne Klose

besondere Bedeutung innerhalb Deutschlands zukommt. Es sind noch Quantifizierungen nötig und Zusammenhänge mit ökonomischen Funktionen zu prüfen.

Zur Klärung dieser Fragen ist in einem ersten Schritt ein Datenvergleich auf der Ebene der Bundesländer nötig. Dabei zeigt sich, dass Hessen – nach dem Stadtstaat Hamburg – unter den Flächenstaaten die höchste Quote an Bürgern aus hochentwickelten OECD-Ländern aufweist.

Um in einem zweiten Schritt die Hypothese zu prüfen, dass ein Zusammenhang mit der Internationalisierung der Wirtschaft besteht, muss man die

Daten der Deutschen Bundesbank über ausländische Kapitalbestände in den Bundesländern sowie über Kapitalbestände aus den Bundesländern im Ausland auswerten. Addiert man für jedes Bundesland die beiden Zahlen und setzt den so gewonnenen Kennwert „Kapitalverflechtung“ ins Verhältnis zur Bruttowertschöpfung des entsprechenden Bundeslandes, so zeichnet sich Hessen durch intensivste Einbindung in die Weltwirtschaft aus.

Im dritten Schritt kann mit einer Korrelationsanalyse nachgewiesen werden, dass zwischen internationaler Kapitalverflechtung und Bevölkerungsanteil aus hochentwickelten OECD-Staaten tatsächlich eine enge Beziehung (Koeffizient 0.8469) besteht. Dieser Faktor hat in Hessen eine durchschlagende Wirkung, während in Bayern der Nachbarschaftseffekt zu Österreich dominiert (FREUND 1998: 65).

Die Analyse musste auf Länderebene vorgenommen werden, da für kleinere Raumeinheiten keine Daten über Auslandsinvestitionen verfügbar sind. Es kann jedoch keinem Zweifel unterliegen, dass die verwendeten Werte für Hessen durch den ökonomisch eindeutig dominierenden Süden des Bundeslandes bestimmt sind, das Rhein-Main-Gebiet also in Deutschland eine besondere Rolle spielt.

3 Motive der Unternehmen, Motive der Fach- und Führungskräfte

Ob leitende Mitarbeiter ins Ausland entsandt werden oder ob hochqualifiziertes Personal von ausländischen Niederlassungen an den Unternehmenssitz geholt werden – immer ist der Transfer personengebundenen „geistigen Eigentums“ ein wichtiges *Motiv der Unternehmensleitung*. Ein Engagement im Ausland ist nämlich nicht schon nutzbringend, wenn Kapital für Gebäude und Anlagen investiert und lokale Arbeitskräfte eingestellt werden. Wegen des Spezialisierungsgrades international tätiger Unternehmen ist die „geistige Infrastruktur“ äußerst wichtig, bei der man explizites und implizites Wissen unterscheiden kann: Ersteres ist quantifizierbar und kann erworben werden, beispielsweise in Form von Patenten, Lizenzen, Berater-Expertisen oder Personal mit zertifizierten Abschlüssen. Viel schwieriger ist jedoch der Einsatz „impliziten Wissens“, das Manager und Spezialisten vornehmlich informell innerhalb des Unternehmens erworben haben. Dazu gehören Kenntnisse der sozialen Unternehmensorganisation („Interna“), die Teilhabe an der „Unternehmenskultur“ (Identifikation, Loyalität, Arbeits-

Tab. 3: Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Büroberufen nach Nationalitäten und Tätigkeitsmerkmalen Frankfurt und übriges Hessen

Tätigkeitsmerkmale		USA, CDN, AUS, NZ	West- europäer*	Deutsche	Entwick. Ostasien**)	Sonstige Ausländer
Sozialversicherte insgesamt	Frankfurt	2.433	9.109	382.183	880	63.698
	übriges Hessen	4.405	12.827	1.503.288	858	145.057
Büroberufe insgesamt	Frankfurt	60,0	56,7	56,0	54,9	36,7
	übriges Hessen	29,4	44,5	35,8	56,9	8,8
Kaufmännische Tätigkeiten	Frankfurt	38,2	34,5	32,7	39,7	10,7
	übriges Hessen	14,7	19,1	18,9	23,9	4,4
Leitungstätigkeiten Management	Frankfurt	4,8	5,7	3,7	8,2	0,7
	übriges Hessen	4,1	6,7	2,0	19,9	0,4
Technische Tätigkeiten	Frankfurt	5,9	4,3	4,8	0,7	1,4
	übriges Hessen	3,0	6,8	4,4	6,5	1,2
Administrative Tätigkeiten	Frankfurt	1,6	1,9	4,3	0,6	1,4
	übriges Hessen	1,0	1,8	3,5	1,0	0,5
Datenverarbeitungs- tätigkeiten	Frankfurt	3,5	3,5	3,1	0,0	2,1
	übriges Hessen	3,5	4,1	1,6	1,3	0,5
Dienstleistungs- tätigkeiten	Frankfurt	2,5	1,9	2,8	1,0	1,3
	übriges Hessen	1,9	2,2	2,7	1,7	1,3

Anmerkungen:

Quelle: Landesarbeitsamt Hessen, Datenausdrucke für Absolutwerte 1996, Juni 1997

*) Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Island, Luxemburg, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz

**) Japan, Hongkong, Republik Korea, Singapur, Taiwan

einstellung, Zeitmanagement), die Vertrautheit mit Geschäftspartnern und mit den Gepflogenheiten der Firma im Geschäftsverkehr, und natürlich das Fachwissen, das durch spezifische Erfahrungen angereichert wurde. Solches implizites Wissen kann fast nur durch Transfer von Personen an andere Orte gebracht werden.

Je nachdem, ob Personal in die Zentrale geholt oder ins Ausland entsandt wird, dominieren in der Unternehmensführung dabei unterschiedliche Motive, wie Übersicht 1 zeigt.

Aus der *Perspektive der Mitarbeiter* bietet ein Auslandsaufenthalt eine persönliche Chance, durch die übernommene Aufgabe sofort innerbetrieblich aufzusteigen oder durch zusätzliche Qualifizierung Karriere machen zu können. Außerdem lockt ein höherer Lebensstandard durch gestiegenes Ein-

kommen und geldwerte Zuwendungen (Auto, Wohnung, Heimatflüge u. a.). Die höhere Vergütung ist oft deshalb nötig, weil der Ehepartner im Ausland nicht erwerbstätig sein kann (Sprachbarriere, Arbeitserlaubnis, nicht anerkannte Zeugnisse, extrem niedrige Vergütung). Durch den kompensatorischen Gehaltszuschlag wird im Ergebnis allerdings die Lebensqualität der Haushaltsmitglieder gesteigert.

Übersicht 1: Unternehmensinterne Motive für die Präsenz hochqualifizierter Ausländer in Zentrale und Filiale

Lokale Betriebsfunktion	Motive des Unternehmens
Zentrale	<ol style="list-style-type: none"> 1. Filialspezifische Kenntnisse sind in der Zentrale gefragt (Ausländer des Herkunftslandes) 2. Maßnahme der Personalentwicklung für die ausländische Filiale
Filiale	<ol style="list-style-type: none"> 1. Übertragung firmenspezifischer Kenntnisse durch Experten in die Filiale (Auf-/Ausbau, Produktdiffusion) 2. Sicherung internationaler Koordination durch leitende Mitarbeiter 3. Bedarf an Autorität zur Kontrolle (besonders bei zentralistischer Führung) 4. Behebung eines Qualifikationsengpasses im Land der Filiale 5. Übertragung spezifischen Wissens an potentielle Aufsteiger als unternehmensglobale Ausbildungsmaßnahme 6. Motivation von Mitarbeitern mit temporär blockiertem Aufstieg in der Zentrale (Karrierestreckung durch Gratifikation)

Zusammengestellt nach Wolter 1997

4 Weniger Wanderung und Migrationstheorie, eher Zirkulation und Organisationstheorie

Es ist offensichtlich, dass Deutschlandaufenthalte qualifizierter Kräfte in vielerlei Hinsicht von den übrigen, quantitativ hierzulande vorherrschenden Wanderungsfällen abweichen. Denn bei der weit überwiegenden Zahl der Ausländer herrschen völlig andere Migrationsformen vor. Generell wurde eine Tätigkeit bei einem bisher fremden, neuen Arbeitgeber gesucht, wobei in der Regel eine Rückkehrabsicht ohne klare Terminierung besteht (Gastarbeiter, Illegale). Bei der phasenhaft intensivierten Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylbewerbern besteht ebenfalls ein Zusammenhang mit der Suche nach ökonomisch günstigen Lebensbedingungen in einem fremden Umfeld. Die Erklärungen erfolgen jeweils

mit Ansätzen aus der Makroökonomie (z. B. internationales Lohngefälle, Arbeitslosenquoten), dem gruppenspezifischen Verhalten (z. B. Kettenwanderung von Merkmalsgruppen) und selektiv wirkenden Randbedingungen („constraints“, z. B. Kriterien für Aufenthaltsgenehmigung).

Bei den Fach- und Führungskräften handelt es sich dagegen um Bewegungen innerhalb eines *unternehmensinternen*, wenn auch grenzüberschreitenden *Arbeitsmarktes*. Der Auslandsaufenthalt ist in der Regel zeitlich klar begrenzt, so dass man von einer *Zirkulation* zwischen Standorten sprechen kann. Die Richtung der Mobilität ist nicht durch internationales Lohngefälle und persönliche Netzwerke zu erklären und administrative Restriktionen spielen bei dieser Personengruppe eine ganz geringe Rolle. Die Bewegungen sind deshalb nicht mit den konventionellen Wanderungstheorien, sondern am besten *organisationstheoretisch* aus Strategien der Unternehmen erklärbar.

5 Die „Zubringer“ an hochqualifizierten Ausländern

Wenn die Mobilität ausländischer Fach- und Führungskräfte überwiegend in internationalen Netzwerken abläuft, dann gilt es herauszufinden, welche Arbeitgeber besonders auslandsaktiv sind und ob sie im Rhein-Main-Gebiet besonders viele Niederlassungen haben.

Größte Bedeutung haben die Unternehmens-, Europa- und Deutschland-Zentralen *multinationaler Unternehmen*. Sie können den verschiedenen Wirtschaftszweigen angehören.

Für das Rhein-Main-Gebiet sind besonders die international arbeitenden *Verkehrsunternehmen* wichtig. Neben 175 ausländischen Luftverkehrsgesellschaften sind es auch Speditionen, Expressdienste und ausländische (Staats-)Bahnen.

Der größte Frachtflughafen Europas begünstigt natürlich die Ansiedlung von Betrieben für *Importhandel und Vertrieb*. Trotz des geringen Gewichtes erreichten die Einfuhren über den Flughafen 1995 wertmäßig fast 10 % aller deutschen Importe. Besonders wichtig sind Produkte aus wissensintensiven Branchen (Elektronik, Pharmazie, Medizintechnik etc.).

Sehr differenziert und ebenfalls durch den Flughafen begünstigt ist auch die *Reisebranche*. Das Rhein-Main-Gebiet ist das überragende Zentrum ausländischer Fremdenverkehrsämter, der deutsche Schwerpunkt der internationalen Kettenhotellerie (Betriebe und Zentralen), Standort großer Reiseveranstalter, Reservierungsagenturen und Incoming-Büros.

Als zweitwichtigstes europäisches *Finanzzentrum* nach London ist Frankfurt 1999 Standort von etwa 225 Auslandsbanken. Die drei deutschen Großbanken beschäftigen an ihrem Sitz rund 1300 Ausländer, wovon die Hälfte als hochqualifiziert gilt. Mit der Funktion eines internationalen Finanzplatzes verbunden ist auch die Präsenz spezieller Dienstleister (z. B. Nachrichtendienste).

Zu den größten *Versicherungszentren* gehört das Rhein-Main-Gebiet nicht, wenn man das Prämienaufkommen als gängigen Maßstab anwendet. Für die hier behandelte Thematik ist dies allerdings weniger wichtig als die Feststellung, dass rund dreißig Deutschland-Zentralen es eindeutig zum Schwerpunkt ausländischer Assekuranzen machen.

Unter den deutschen *Industriebranchen* zeichnen sich Chemie und Pharmazie, Automobilbau sowie Elektrotechnik und Elektronik durch höchste Internationalisierungsgrade aus. Das sind genau die Branchen, die für die gewerbliche Wirtschaft des Untersuchungsgebietes strukturbestimmend sind. Im öffentlichen Bewusstsein sind die meisten Unternehmen nicht namentlich präsent, da sie entweder

nicht für die Endverbraucher erzeugen oder die Waren unter vielerlei eingeführten Namen verkauft werden. Ganz besonders gilt dies für Produkte der chemischen und pharmazeutischen Industrie. Das Rhein-Main-Gebiet ist für diese Branche eindeutig das deutsche Kompetenz-Zentrum mit rund dreißig großen Hauptniederlassungen, darunter die Hälfte von ausländischen Firmen.

Frankfurt weist zusammen mit seinem Umland die höchste Dichte und Diversifizierung an Betrieben für *wissensintensive unternehmensorientierte Dienstleistungen* auf. Dazu gehören Werbe- und Medienagenturen, Marktforschungs-Institute, Gesellschaften für Wirtschaftsprüfung, große Software-Hersteller, Berater für EDV und Betriebsorganisation, Vermittler von Fach- und Führungskräften, Telekommunikationsanbieter, Betriebe des Nachrichtenwesens (Wirtschaftsinformatik, Fachmedien, Presseagenturen), Anlagenbauer, Ingenieurbüros und technische Consultings, Vermittler von Gewerbe-Immobilien sowie die schnell wachsenden Anwaltssozialitäten. Die meisten dieser Betriebe sind in die Weltwirtschaft eingebunden, sei es durch Kapitalbeteiligung, Kooperationsverträge, Geschäftstätigkeit im Ausland – und nicht zuletzt durch die Beschäftigung ausländischer Spezialisten.

Neben dem erkennbar heterogenen Bereich der Privatwirtschaft gibt es den Bereich der staatlichen, staatsnahen, öffentlichen oder gemeinnützigen Unternehmen. Außer den internationalen Organisationen (Europäische Zentralbank, ESOC) wäre die privatisierte Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (gtz) als wichtigste Stelle für die deutsche Entwicklungshilfe zu nennen. Sie entsendet nicht nur Fachkräfte ins Ausland, sondern beschäftigt auch qualifizierte Ausländer in ihrer Zentrale in Eschborn.

Viele Länder unterhalten oder unterstützen in Frankfurt Institutionen zur Förderung von Wirtschaftskontakten, beispielsweise 60 Fremdenverkehrsämter, 65 Handelskammern und Wirtschaftsvertretungen sowie 75 Konsulate.

Die „Kanäle“, durch die ausländische Fach- und Führungskräfte nach Deutschland kommen, sind in Übersicht 2 dargestellt.

In multinationalen Unternehmen erfolgt der Transfer durch einen (unternehmens)internen Arbeitsmarkt. Bei internationalen Verbänden, zu denen sich viele unternehmensorientierte Dienstleister zusammengeschlossen haben, ist es eher ein geregelter Austausch zwischen den rechtlich selbständigen Firmen (Agenturen, Kanzleien, Instituten, Büros). Für staatliche und internationale Institutionen gilt meist die „Abordnung“ auf freiwilliger Basis. Nur in Ausnahmefällen werden ausländische Fach- und Führungskräfte auf einem „normalen“ externen Arbeitsmarkt gesucht.

1. Multinationale Unternehmen: interner Arbeitsmarkt
 - Banken (Deutsche Bank / Crédit Lyonnais)
 - Industrieunternehmen (Degussa-Hüls / ICI)
 - Versicherungen (Alte Leipziger / Zürich Versicherung)
 - Handelsunternehmen (Metallgesellschaft / Woolworth)
 - Verkehrsunternehmen (Lufthansa / Delta Air)
2. Internationale Kooperationen, Verbände (Wirtschaftsprüfung, Rechtsberatung, Werbung, Personalvermittlung): interner Arbeitsmarkt und Austausch
3. Mittlere und kleine Unternehmen mit Auslandsgeschäft (Anlagenbauer, Ingenieurconsultings, technische Spezialanbieter; z. T. externer Arbeitsmarkt)
4. Internationale Institutionen (EZB, ESOC). z. T. Quotenregelung
5. Gemeinschaftsbezogene (halb-)amtliche Dienstleistungseinrichtungen (Konsulate, Handelskammern, Wirtschaftsvertretungen, Fremdenverkehrsämter, Schulen, Kulturinstitute): Rekrutierung je nach Träger unterschiedlich

6 Eine Population mit charakteristischen Tendenzen: erwachsen, jung, ungebunden, mobil

Die untersuchte Ausländerpopulation weist im Rhein-Main-Gebiet, wofür pragmatisch vereinfachend der Regierungsbezirk Darmstadt stehen muss, durchaus keine einheitlichen demographischen Merkmale auf. Im Strukturdreieck (Abb. 2) wird eine weite Variationsbreite zwischen den Staatsbürgern aus den USA und Finnland, Österreich und der Republik Korea deutlich.

Für die Gesamtpopulation zeigt sich allerdings ein kennzeichnender Unterschied gegenüber der deutschen Bevölkerung: Bei einem gleich hohen Prozentsatz an Frauen (42,5 %) ist der Anteil der Männer deutlich höher und entsprechend weit liegt die Quote der Kinder und Jugendlichen noch unter dem ohnehin niedrigen deutschen Wert (12,5 / 18,8). Damit wird das Bild einer *erwerbsorientierten, eher männlich geprägten Population* bestätigt.

Besonders *wenige Personen unter 18 Jahren* findet man unter den Bürgern aus solchen Ländern, die sich sowohl durch räumliche Nachbarschaft als auch sprachliche Nähe auszeichnen (Österreich, Schweiz, Luxemburg, Niederlande). Dagegen sind Japaner und Koreaner offenbar besonders häufig im Familienverband gekommen, was auf kulturspezifische

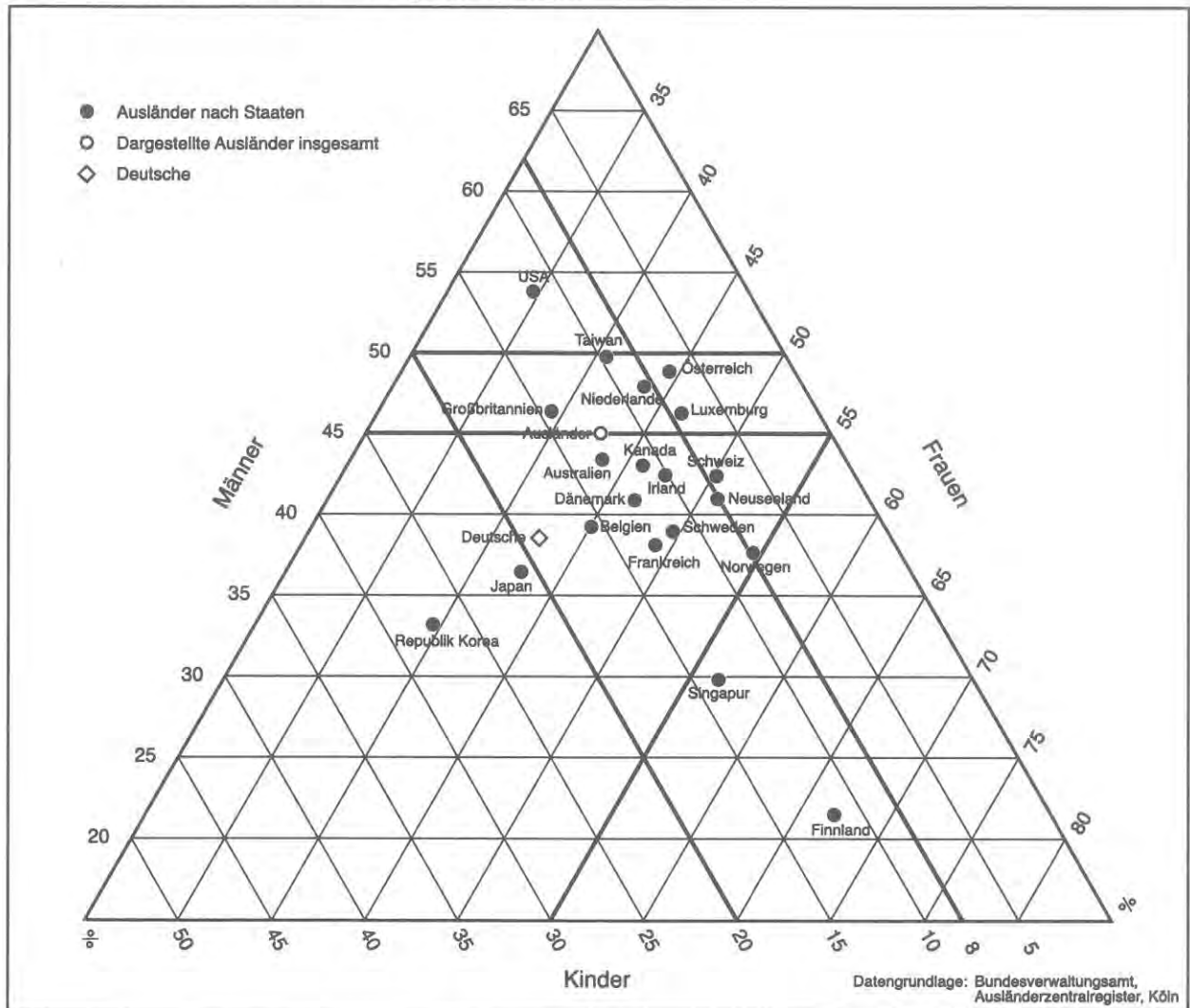
Gepflogenheiten schließen lässt, die von den Unternehmen unterstützt werden. Die Daten für US-Bürger lassen auf eine Population schließen, die einerseits durch Familien, andererseits durch allein-stehende Männer bestimmt ist. Dagegen dominieren die Frauen extrem unter den Bürgern mit finnischem Pass.

Aktuelle Daten über *Familienstand*, Alter und Wohndauer sind nicht für alle Nationalitäten und den Gesamttraum verfügbar, wohl aber über die EU-Bürger in Frankfurt. Denn für die Kommunalwahl 1999 wurde das städtische Melderegister durch SCHRÖPFER und RAMB aufbereitet (vgl. Tab. 4-6).

Unter den Männern und Frauen der hier betrachteten Nationalitäten liegt die Quote der Verheirateten ausnahmslos – und meist sehr deutlich – unter 50 %. Darin besteht ein weiterer Unterschied zu den Erwachsenen südeuropäischer Herkunft (vgl. Tab. 4). Dagegen ist der Anteil der Ledigen durchgängig höher, und auch die Quote der Geschiedenen liegt im Allgemeinen über derjenigen der Südeuropäer.

Von den nichtmediterranen EU-Bürgern entfällt in Frankfurt ein auffällig hoher Anteil von 41,6 % auf *junge Erwachsene* im Alter von 18 bis 34 Jahren (vgl. Tab. 5). Da die Zahl der Studierenden nachweisbar äußerst gering ist (FREUND 1997: 11), kann man auf eine starke Bedeutung beruflicher Qualifizierung schließen. Auch die Altersklasse von 35 bis 44 Jahren, in der ein Aufstieg in Führungspositionen erfolgt, ist mit 20,9 % noch stark besetzt.

Abb. 2: Regierungsbezirk Darmstadt, Männer und Frauen sowie Personen unter 18 Jahren unter den Ausländern aus entwickelten marktwirtschaftlichen Ländern



Die Mehrzahl der Erwachsenen aus den hochentwickelten EU-Ländern lebt seit weniger als 5 Jahren in Frankfurt, was auf eine durchschnittlich kurze Wohndauer schließen lässt (vgl. Tab. 6). Das stützt zugleich die Auffassung, dass Erwerbstätige aus hochentwickelten Ländern vor allem im Rahmen zeitlich begrenzter Vorhaben wie Qualifizierung, Projektarbeit oder Leitungsaufgaben zwischen den Unternehmensniederlassungen zirkulieren. Ganz anders verhält es sich mit den eher sesshaft gewordenen Südeuropäern, die nämlich überwiegend schon mindestens 15 Jahre in dieser Stadt wohnen. Innerhalb der gegenübergestellten Gruppen gibt es Ausnahmen, und zwar die Österreicher, die trotz langer Ansässigkeit ihre Staatsbürgerschaft nicht aufgeben möchten, und die Portugiesen, von denen noch viele in einem rezenten Migrationschub gekommen sind.

Die Konfiguration der Daten zeigt an, dass aus den hochentwickelten Ländern der „kapitalistischen Welt“ *überwiegend junge und ledige Aufsteiger für*

wenige Jahre kommen. Daneben gibt es auch Manager und Experten mit Familien, die wegen zeitlich begrenzter Aufgabenstellung allerdings ebenfalls nicht auf lange Dauer bleiben.

7 Hochwertige Wohnstandorte in Stadt und Umland

Versucht man herauszufinden, ob es typische Wohngebiete für Ausländer aus hochentwickelten Ländern gibt, so sucht man am besten unter zwei Kriterien. Erstens ist zu prüfen, wo die entsprechenden Nationalitäten höchste Anteile (Konzentration) an der lokalen Bevölkerung erreichen, und zweitens, auf welche Gebietseinheiten die höchsten Anteile der betrachteten Population entfallen. Die zweifache Zugangsweise ist nötig, da die Gebietseinheiten sehr

Tab. 4: Frankfurt am Main. Erwachsene EU-Bürger mit Hauptwohnsitz nach Nationalitäten, Geschlecht und Familienstand (Prozentwerte). 31.12.1998

Nachweisungen	Staatsangehörigkeit		
	Deutsche	Mittelmeerländer der EU	Sonstige EU-Länder
Familienstand der Männer			
ledig	35,8	37,5	56,5
verheiratet	52,6	57,9	36,0
geschieden	8,2	3,5	6,5
verwitwet	3,4	1,1	0,9
Familienstand der Frauen			
ledig	27,1	29,1	48,3
verheiratet	44,8	62,4	40,2
geschieden	10,9	4,0	7,6
verwitwet	17,2	4,5	3,9

Mittelmeerländer der EU: Griechenland, Italien, Portugal, Spanien
 Sonstige EU-Länder: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden
 Eigene Berechnungen auf der Datenbasis von Schröpfer, W. und H. Ramb.:
 Ausländische EU-Bürger in Frankfurt am Main. Statistisches Kurzporträt. In:
 Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen der Stadt Frankfurt a. M.
 (Hrsg.): Frankfurter Statistische Berichte 1/99: 38-67.

Tab. 5: Frankfurt am Main. EU-Bürger mit Hauptwohnsitz nach Nationalitäten und Altersklassen (Prozentwerte). 31.12.1998

Nachweisungen	Staatsangehörigkeit		
	Deutsche	Mittelmeerländer der EU	Sonstige EU-Länder
Altersklassen			
unter 18 Jahre	14,1	16,9	9,4
18-34 Jahre	22,0	33,6	41,6
35-44 Jahre	15,7	16,9	20,9
45-64 Jahre	27,4	26,9	23,4
65 Jahre und älter	20,8	5,7	4,7

Mittelmeerländer der EU: Griechenland, Italien, Portugal, Spanien
 Sonstige EU-Länder: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden
 Eigene Berechnungen auf der Datenbasis von Schröpfer, W. und H. Ramb.:
 Ausländische EU-Bürger in Frankfurt am Main. Statistisches Kurzporträt. In:
 Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen der Stadt Frankfurt a. M.
 (Hrsg.): Frankfurter Statistische Berichte 1/99: 38-67.

ungleich groß sind. Deshalb können in demographisch kleinen Zählbezirken hohe Konzentrationswerte erreicht werden, ohne dass ein großer Teil der Merkmalsgruppe dort wohnt. Umgekehrt kann ein hoher Anteil auf ein Gebiet mit großer Einwohnerzahl entfallen, ohne dort einen Konzentrationswert an der Bevölkerung zu erreichen und damit prägend zu wirken. Erst wo beide Kennwerte hoch sind, handelt es sich um ein typisches Gebiet. Nach diesem Verfahren wurden in Frankfurt diejenigen

Tab. 6: Frankfurt am Main. Erwachsene EU-Bürger mit Hauptwohnsitz nach Wohndauer (Prozentwerte). 31.12.1998

Nachweisungen	Staatsangehörigkeit		
	Deutsche	Mittelmeerländer der EU	Sonstige EU-Länder
Wohndauer der erwachsenen Bevölkerung mit Hauptwohnsitz			
unter 5 Jahre	15,4	23,8	41,4
5-14 Jahre	18,8	23,3	26,7
15 und mehr Jahre	65,8	52,9	31,9

Mittelmeerländer der EU: Griechenland, Italien, Portugal, Spanien
 Sonstige EU-Länder: Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Schweden
 Eigene Berechnungen auf der Datenbasis von Schröpfer, W. und H. Ramb.:
 Ausländische EU-Bürger in Frankfurt am Main. Statistisches Kurzporträt. In:
 Amt für Statistik, Wahlen und Einwohnerwesen der Stadt Frankfurt a. M.
 (Hrsg.): Frankfurter Statistische Berichte 1/99: 38-67.

Stadtteile gekennzeichnet, auf die nach absteigenden Konzentrations- bzw. Anteilswerten jeweils das erste und zweite Viertel ausgewählter Nationalitäten entfällt.

Die stärkste Prägung hat in Frankfurt das südliche Westend, wo rund 2100 Personen aller einbezogenen Nationalitäten etwa 11 % der Bevölkerung stellen. Unberücksichtigt bleibt definitionsgemäß die dortige Konzentration wohlhabender Ausländer aus sonstigen Staaten. Weitere typische Wohngebiete sind das Holzhausenviertel (westliches Nordend), außerdem das zwischen diesen beiden Zählbezirken gelegene nördliche Westend sowie Sachsenhausen mit dem bevorzugten südlichen Teil. Bockenheim weist nicht nur deutlich abgeschwächte Werte auf, sondern diese sind eventuell auch erheblich durch ausländische Studierende beeinflusst.

Die aufgeführten Stadtteile haben überwiegend folgende Merkmale gemein: Der zentrale Geschäftsbereich ist sehr schnell erreichbar. Zum CBD gehören nicht nur der westliche, hochrangige Teil der Einkaufs-City und das Bankenviertel, das ja einen Teil des Westends einnimmt, sondern auch das Bahnhofsviertel mit seinen zahlreichen Fluggesellschaften und staatlichen Fremdenverkehrsämtern. Andererseits sind innerhalb weniger Minuten die Autobahnauffahrten West, Nordwest oder Süd erreichbar, die eine schnelle Verbindung zum Flughafen und zum Fernstraßennetz ermöglichen.

Der Wohnungsbestand dieser Quartiere entfällt mit rund 96 % zu einem viel höheren Teil als im gesamtstädtischen Durchschnitt auf Mehrfamilienhäuser (86 %). Es gibt in diesen Stadtteilen noch einen hohen Anteil relativ repräsentativer Geschossbauten der Kaiserzeit und auch aufgeteilte alte Großvillen (Holzhausenviertel). Von den extrem wenigen Villengebieten der Stadt Frankfurt liegen einige in den

genannten Vierteln, nämlich im südlichen Sachsenhausen (Lerchesberg, Sachsenhäuser Berg) und in Bockenheim (Ginnheimer Höhe). Die Nähe zur westlichen City ermöglicht einen schnellen Zugang zu exklusiven Geschäften und Restaurants, Unterhaltungsbetrieben und Stätten der Hochkultur; gleichwohl muss auf Erholungsflächen nicht verzichtet werden (Grüneburgpark, Palmengarten). Sieht man von den baulich sehr heterogenen Bezirken Bockenheim und Sachsenhausen-Süd ab, so haben die Quartiere mit 0,1 bis 7,9 % eine extrem geringere Quote an Sozialbauwohnungen im Vergleich zum städtischen Durchschnitt von 25,3 %.

Lage, Gebäudetypen und Eigentumsverhältnisse deuten auf Zentrumsnähe, Repräsentativität und oft auch Urbanität, also Merkmale, die von „young urban professionals“ geschätzt werden. Auf ähnlich situierte deutsche Bevölkerung deuten mehrere Indikatoren. Denn überdurchschnittlich sind in diesen Quartieren generell die Bildungsabschlüsse (Abitur), die Wohnflächen pro Person, die Miethöhen, Anteile der Nebenwohnsitze und die Stimmenanteile von CDU und FDP, unterdurchschnittlich dagegen die Haushaltsgröße, der Arbeiteranteil an den Erwerbstätigen und die Wohndauer. Die genannten Viertel gehören – außer Bockenheim – zu den traditionell bürgerlichen Wohngebieten. Deren deutsche Bevölkerung hat sich gewandelt, indem Familienhaushalte deutlich schwanden und folglich eine relative Alterung eingetreten ist.

Wegen der extrem fortgeschrittenen Suburbanisierung von Bevölkerung und Arbeitsstätten sowie der polyzentrischen Struktur des Rhein-Main-Gebietes ist es im Falle Frankfurts mehr als bei den übrigen deutschen Metropolen geboten, die Region in die Analyse einzubeziehen. Denn im Durchschnitt leben nur 36 % der Ausländer aus hochentwickelten Staaten in der Kernstadt (vgl. Tab. 7).

Von den hier betrachteten Nationalitäten wohnt lediglich die Mehrheit der Japaner in Frankfurt, von den Franzosen und Briten ist es immerhin ein hoher Anteil von rund 40 %. Für die Amerikaner hat auch Wiesbaden eine gewisse Bedeutung, das in Bezug auf einige große Betriebe günstig gelegen ist (Opel, EDS, Abbott, Motorola, Black & Decker). Außerhalb der Metropole und der Großstädte Wiesbaden, Darmstadt und Offenbach, also im „suburbanen Raum“, lebt die Mehrheit der Bürger aus den Benelux-Ländern, Skandinavien, Österreich und der Schweiz, den USA sowie den anderen anglophonen Überseeeländern Kanada, Australien, Neuseeland und Südafrika.

Die bevorzugten Gemeinden des Umlandes liegen im Main-Taunus- und Hochtaunus-Kreis, in weitaus geringerem Maße im südmainischen Flughafenumfeld. Höchste Anteile mit 3 bis 7 % an der

Tab. 7: Rhein-Main-Gebiet. Prozentuale Bevölkerungsanteile der Kernstadt Frankfurt und der rheinmainischen Landkreise nach Nationalitäten, 1995

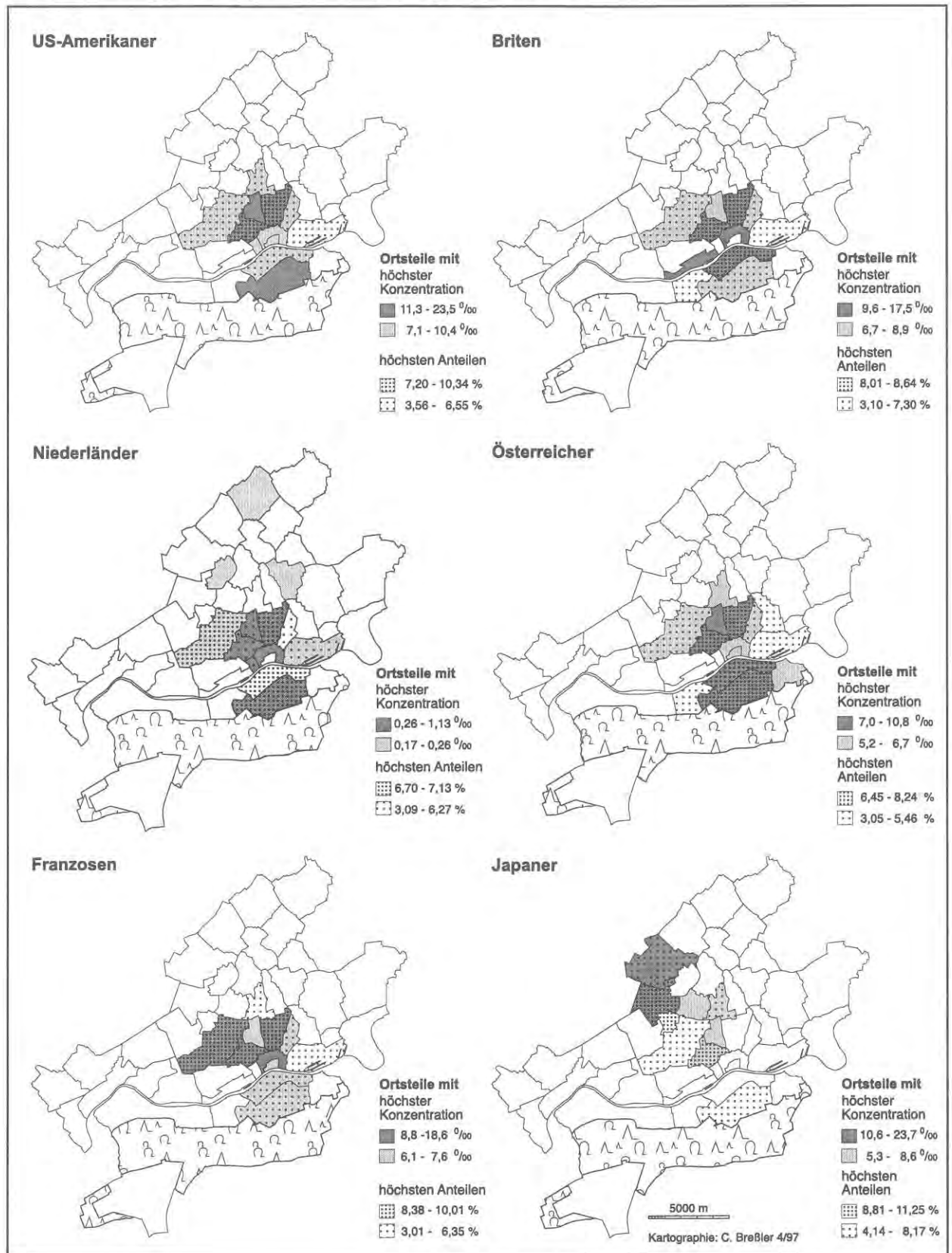
Staat(en)	Frankfurt	Landkreise
Deutschland	19,7	62,6
Benelux	27,3	56,9
Österreich	28,4	56,7
Skandinavien	28,9	53,3
USA	29,0	53,2
Schweiz	30,5	52,8
Korea, Rep.	32,4	59,2
CDN, AUS, NZ, SAU	33,4	51,2
Großbrit., Rep. Irland	38,3	46,5
Frankreich	41,7	41,6
Japan	56,2	38,0
E,P,I,GR	32,9	44,3
Ex-Jugoslawien	48,4	34,8

Anm.: Nur hessischer Anteil des Rhein-Main-Gebietes. Die Differenz zu 100 entfällt auf Wiesbaden, Darmstadt und Offenbach
E = Spanien, I = Italien, P = Portugal, GR = Griechenland

Bevölkerung findet man in Königstein, Kronberg, Glashütten, Bad Soden, Oberursel und Bad Homburg. Die beiden Taunuskreise bieten mehrere Vorteile: Es gibt sehr gute Zugänge zur Frankfurter City mit öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln, auch der Zugang zum Flughafen ist günstig; außerdem liegen in diesen Kreisen auffällig viele ausländische Unternehmen. Nicht zuletzt wird die natürliche, bauliche und soziale Umwelt allgemein sehr geschätzt, worauf die Spitzenwerte für Wohnimmobilien deuten. Die betrachtete Ausländerpopulation konzentriert sich also auf ähnliche Standorte wie die deutsche Bevölkerung mit hohem Einkommen und hohem sozialen Status.

Sowohl innerhalb Frankfurts als auch in den Umlandgemeinden ist feststellbar, dass die Ausländer aus hochentwickelten kapitalistischen Ländern sich unabhängig von Nationalität und Sprache in denselben Gebieten konzentrieren. Dies ist an den – durchweg niedrigen – Dissimilaritätsindices zu erkennen, mit denen die räumliche Ungleichverteilung ausgewählter Nationalitäten quantifiziert werden kann (FREUND 1997: 21). Österreicher und Amerikaner, Briten, Franzosen und Skandinavier wohnen eher in denselben Gebieten als Spanier und Portugiesen, Griechen und Italiener. Ähnliche Lebensansprüche und Realisierungsmöglichkeiten bewirken, dass die Mitglieder der internationalen „business community“ trotz viel intensiverer Fluktuation eher zusammen leben als die schon lange zugewanderten Personen aus dem mediterranen Raum.

Abb. 3: Die wichtigsten Frankfurter Ortsteile für ausgewählte Nationalitäten



8 Fremdsprachliche Schulen - ein Element der Wirtschaftsförderung

Gewisse Standorttendenzen deuten darauf hin, dass die Wohnungswahl auch von ausländischen Schulen beeinflusst wird. Am deutlichsten gilt dies für die Japaner, die großenteils mit Kindern kommen und für die es im unscheinbaren Stadtteil Hausen eine eigene Schule gibt. Nicht nur wohnt ein auffällig hoher Anteil der Japaner in Frankfurt, sondern auch die innerstädtische Konzentration ist auffällig auf den Schulstandort bezogen und weicht dadurch von der Regelmäßigkeit für die anderen Nationen ab. Franzosen weisen innerhalb der Stadt eine gewisse Präferenz für Bockenheim und im Umland für den Main-Taunus-Kreis auf. Der frühere Standort der französischen Schulen im unattraktiven Gallusviertel war auf diese Weise (über Opelkreisel bzw. Westkreuz) schnell erreichbar. Der neue Standort in Westhausen, also zwischen dem Nordwestkreuz und dem Anschluss Ludwig-Landmann-Straße dürfte keine wesentlichen Veränderungen induzieren, allenfalls eine höhere Präferenz für den Hochtaunus-Kreis aufkommen lassen. Auffällig ist die Wirkung der „Frankfurt International School“, die fast seit ihrer Gründung in den sechziger Jahren an der Peripherie von Oberursel zum Taunus liegt. Bürger aus anglophonen Staaten konzentrieren sich im Hochtaunuskreis, und zwar auch jenseits des Taunuskammes, wo andere Ausländer sich kaum niederlassen. Ein durchaus erheblicher Teil der 1400 Schüler ist ostasiatischer Herkunft oder gehört den „kleinen“ europäischen Sprachen an. Eine Zweigstelle der International School im dörflichen Wiesbadener Stadtteil Naurod könnte ein Faktor dafür geworden sein, dass in Rüsselsheim bei Opel tätige Amerikaner sich in Wiesbaden(-Sonnenberg) niederließen.

Das Interesse an ausländischen Privatschulen – und auch die Zahlungsfähigkeit – ist unter den Nationalitäten unterschiedlich stark ausgeprägt. Es muss aber davon ausgegangen werden, dass ein entsprechendes Schulangebot aus der Sicht ausländischer Unternehmer ein sehr wichtiger Faktor für die Attraktivität eines Gebietes ist.

9 Literatur

- FREUND, BODO: Staatsbürger aus entwickelten marktwirtschaftlichen Ländern in Frankfurt am Main und Umgebung. - frankfurter statistische berichte Jg. 59. (1997) H. 1: 7-22.
- FREUND, BODO: Frankfurt am Main und der Frankfurter Raum als Ziel qualifizierter Migranten. - Zeitschrift für Wirtschaftsgeographie, Jg.42 (1998) H. 2: 57-81.
- FREUND, BODO: Ausländische Fach- und Führungskräfte in deutschen Großstädten. In: SCHULZ, MARLIES, OLIVER GEWAND (Hrsg.): Märkte und Strukturen. - Berlin 1999 (= Berliner Geographische Arbeiten, Bd. 89: 99-108.
- FRIEDMANN, JOHN: The World City Hypothesis. - Development and Change, 17 (1986), 1: 69-84.
- GLEBE, GÜNTHER: Statushohe ausländische Migranten in Deutschland. - Geographische Rundschau, 49 (1997): 406-412.
- HAMNETT, CHRIS: Social Polarisation in Global Cities: Theory and Evidence. - Urban Studies, vol. 31, 3 (1994): 401-424.
- KEMPER, FRANZ-JOSEF: Ausländer in Deutschland. Ethnische Vielfalt und regionale Schwerpunkte. - Geographische Rundschau 49 (1997): 292-298.
- LICHTENBERGER, ELISABETH: Schmelztiegel Wien. Das Problem der „neuen Zuwanderung“ von Ausländern. - Geographische Rundschau 47, 1 (1995): 10-17.
- SASSEN, SASKIA: The global city. - New York, London, Tokyo, Princeton 1991.
- SASSEN, SASKIA: Metropolen des Weltmarkts. Die neue Rolle der Global Cities. - Frankfurt 1996. (engl.: Cities in a World Economy, - New York 1994).
- SCHRÖPFER, WALTRAUD, HANS RAMB: Ausländische EU-Bürger/innen in Frankfurt am Main. Statistische Kurzporträts. - frankfurter statistische berichte (1999) H. 1: 38-67.
- WHITE, PAUL: The Settlement Patterns of Developed World Migrants in London. - Urban Studies, vol. 35, 10 (1998): 1725-1744.
- WOLTER, ACHIM: Globalisierung der Beschäftigung. Multinationale Unternehmen als Kanal der Wanderung Höherqualifizierte innerhalb Europas. - Baden-Baden 1997.

WOLFGANG RIEDEL

Die ethnischen Minderheiten im Vereinigten Königreich (UK)

1 Die multikulturelle Illusion

Während die britische Regierung im April 1992 stolz die ‚britische Führungsrolle unter den europäischen Staaten bei der Bekämpfung von Rassendiskriminierung und Rassismus‘ (*Survey of Current Affairs*, Bd. 22: 106) verkündete, warnte der britische Soziologe Philip Cohen in seiner Beschreibung der ethno-politischen Situation der 70er und 80er Jahre von der ‚multikulturellen Illusion‘ in seinem Land (COHEN 1988: 1), die den institutionalisierten Rassismus ignoriere. Die erste der beiden Bemerkungen zeigt, daß die Thatcher/Major-Politik nach einer langen Phase mehr oder minder deutlich rassistischer Gesetzgebung (CASHMORE 1989) bereit war, den Rassismus als politisches und soziales Problem – wie erstmals im sog. ‚Scarman Report‘ von 1981 beschrieben - anzuerkennen; diese angesichts der langen Geschichte von Xenophobie und Rassismus in England (vgl. RIEDEL 1998) signifikante Verzögerung markiert ein deutliches Selbstbeschreibungsdefizit des UK nach der Auflösung des Empire, d. h. für den Zeitraum von der Gründung des (New) Commonwealth (als Folge der ‚Imperial Conference‘ 1930 und dem ‚Statute of Westminster‘ 1931) bis zur Anbindung an die Europäische Gemeinschaft (1972). Die Meinung Cohens, ausgeführt in seiner Einleitung zu einer von mehreren Autoren unternommenen Querschnittsanalyse zur Geschichte, Politik und sozialen Wirklichkeit der Konstruktionen von Rasse, kann als Ausdruck der Skepsis sowohl gegenüber dem ‚englischen Weg‘ im Umgang mit ethnischen Minderheiten wie gegenüber dem Konzept der

multikulturellen Gesellschaft allgemein gelten. F.-O. Radtke hatte vor einiger Zeit auf unterschiedliche Formen des Multikulturalismus in den Ländern mit kolonialer Vergangenheit hingewiesen und dabei zwischen vier Varianten differenziert:

1. einer programmatisch-pädagogischen mit einer starken Tendenz zur ‚Pädagogisierung von sozialen Themen‘,
2. einer kulinarisch-zynischen, die sich zwischen einem tendenziell rassistischen ‚interkulturellen Hedonismus‘ und (politisch affirmativer) ‚post-moderner‘ Indifferenz bewegt,
3. einer instrumentell demographischen, die die Aufgabe einer bedarfsgerechten Einwanderung in der gesellschaftlichen Kompatibilisierung an die globalisierten Märkte versteht und
4. einer reaktiv-fundamentalistischen als kommunitive – Reaktion v. a. von ursprünglich integrationswilligen, dann aber zunehmend frustrierten MigrantInnen, die sich in die Authentizität ihrer eigenen ‚kulturellen Identität‘ zurückziehen. (RATDKE 1990)

Zum Verständnis der ethnischen Minderheiten im Vereinigten Königreich scheinen mir die beiden letzten Beschreibungen hilfreich zu sein: danach betreibt die englische Politik mit dem Konzept der multikulturellen Gesellschaft nach wie vor die Anpassung der sozialen und d. h. hier insbesondere der kommunitären interethnischen Lebensformen an die neo-liberalistisch formulierten Erfordernisse als Folge der Globalisierung der Märkte – ungeachtet des (vermeintlichen) politischen Wechsels von Tory zu New Labour; die fundamentalistische Reaktion eines freiwilligen Rückzugs in kulturelle und soziale Ghettoisierung ist ein typisches Phänomen der derzeitigen Situation in den ‚ethnic communities‘

und kann im großen und ganzen als Folge des gescheiterten Versuchs der Legislative gesehen werden, rassische/ ethnische Diskriminierung durch Gesetzesmaßnahmen (mehrere ‚Race Relations Acts‘ seit 1965) zu bekämpfen.

Da die Kenntnis der Chronologie dieser Gesetzgebung und der Geschichte der Rassenunruhen seit 1948 sowohl dem besseren Verständnis der jetzigen Situation in England wie auch der Markierung der Unterschiede zur Problematik in Deutschland dienen kann, sollen beide Entwicklungen im folgenden skizziert werden. Zur begrifflichen Verwendung von ‚schwarz‘ bzw. ‚die Schwarzen‘ – nach eigenem Sprachgebrauch ‚Blacks‘ oder ‚Black British‘ – ist zu bemerken, daß im folgenden dabei nicht eine mehr oder minder rassistische Signifizierung von (Haut-)Farbe gemeint ist, sondern (mit A. Sivanandan) die Bezeichnung für alle sozial und kulturell marginalisierten ethnischen Minderheiten, für ‚das Andere‘ des angelsächsischen, (klein-)bürgerlichen, männlichen Subjekts: ‚Black is not a colour‘.

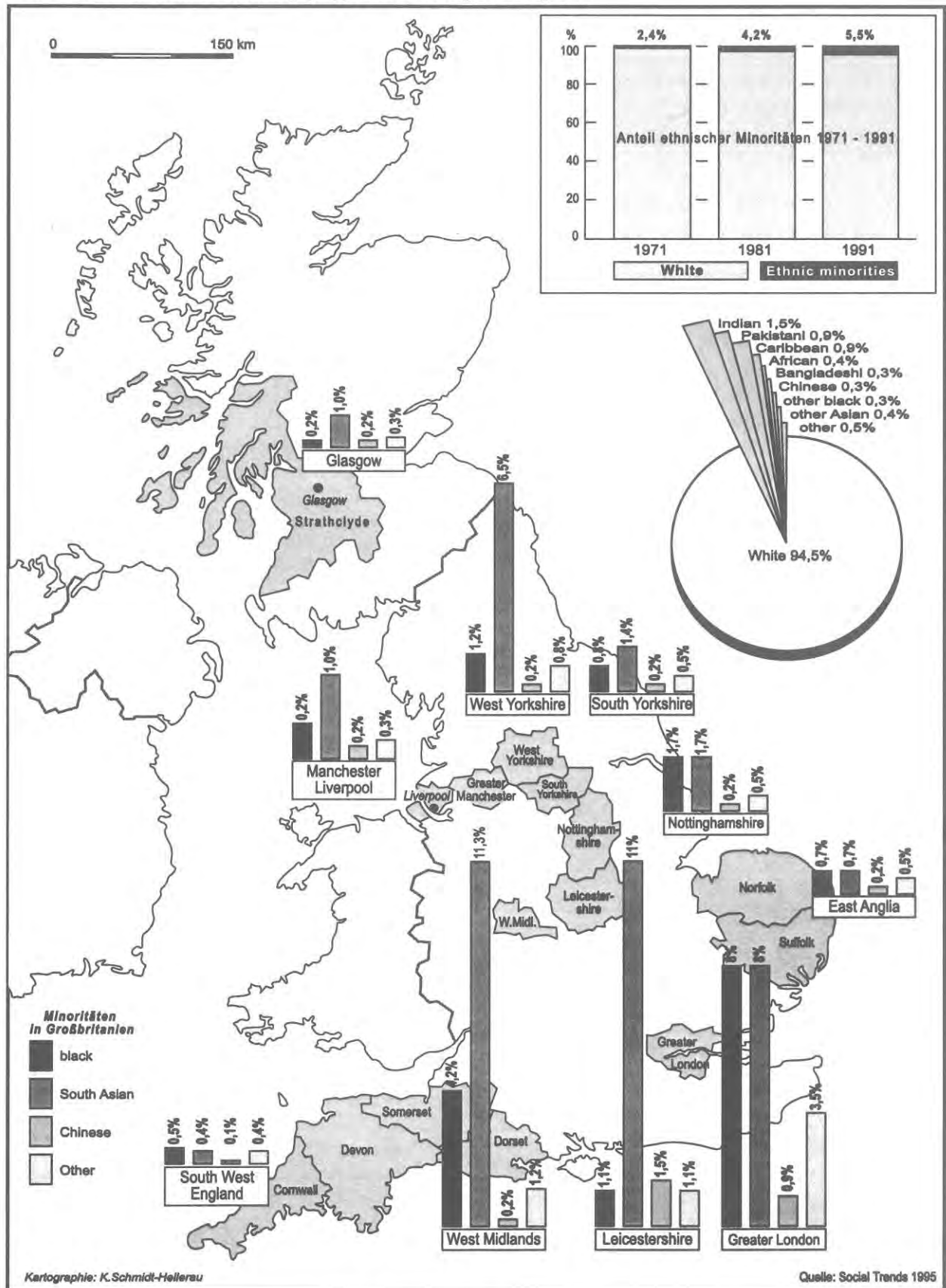
2 Gesetzgebung und Rassismus nach 1948

Diese Geschichte beginnt Ende Juni 1948 mit der Ankunft der *Empire Windrush* im Hafen von Tilbury; die 492 von der englischen Regierung angeworbenen Passagiere sind die ersten von etwa 125000 westindischen MigrantInnen, die in den nächsten zehn Jahren nach Großbritannien einwandern – als ‚britische BürgerInnen‘ nach dem Nationalitätengesetz von 1948 – und dort im ‚Mutterland‘ willkommen geheißen werden, unter anderem von einem Tory-Minister namens Enoch Powell, der 1968 in einer als ‚Rivers of blood‘-Rede bekannt gewordenen Tirade die Gefahr eines blutigen Bürgerkrieges beschwören und damit den Rassenhaß schüren sollte. In den beiden folgenden Jahrzehnten wachsen auch die übrigen ethnischen Gemeinschaften – v. a. die indische, pakistanische und westafrikanische – durch Einwanderung stark an, so daß 1971 etwa 2,4%, 1981 etwa 4,2% und 1991 etwa 5,5% der Bevölkerung (in Deutschland 1992: 7%; vgl. Abb. 1) zu den ethnischen Minderheiten gerechnet werden, in absoluten Zahlen gut 3 Millionen, von denen 1995 etwa die Hälfte im Vereinigten Königreich geboren sind. (FRYER 1984: 327 ff.; BARINGHORST 1998: 148 f.; BARINGHORST und SCHÖNWÄLDER 1992)

Die feindseligen Reaktionen v. a. der gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer beginnen

ebenfalls 1948, zunächst als Demonstrationen für die Erhaltung der eigenen Jobs bzw. der damit verbundenen Überstunden, setzen sich fort mit der Einführung eines betrieblichen ‚Quotensystems‘ für die Beschäftigung schwarzer Arbeitnehmer (5%), dann folgen vereinzelte Streiks, bis es dann im August 1958 zu den ersten rassistisch motivierten Straßenkämpfen in Nottingham und London kommt. Die Politik gerät durch die öffentliche Meinung, eine sich formierende Anti-Einwanderungslobby der Tories (‚Birmingham Immigration Control Association‘, gegründet 1959) und den Wechsel von fremdenfeindlicher zu offen rassistischer Berichterstattung und Kommentierung in den Medien – nach Stuart Hall der Beginn einer Art öffentlichen Legitimierung von Rassismus (HALL 1978) – so unter Druck, daß 1962 das erste Einwanderungsgesetz (‚Commonwealth Immigrants Bill‘) verabschiedet wird, vom damaligen Labour-Oppositionsführer Gaitskell als ‚erbärmlich, beschämend und schäbig‘ bezeichnet. (FRYER 1984: 381) Aber Labour, 1964 Wahlsieger, macht es keineswegs besser: in einem ‚Weißbuch‘ zur Einwanderung wird 1965 das Rassismus-Problem in einen unmittelbaren Zusammenhang mit den Einwanderungszahlen gebracht und damit schärfere Kontrollen und reduzierte Quoten gerechtfertigt. Der mit Blick auf das amerikanische Vorbild 1965 verabschiedete ‚Race Relations Act‘ verbietet rassische Diskriminierung und institutionalisiert den Schutz der Rechte ethnischer Minderheiten durch Einrichtung des ‚Race Relations Board‘ und des ‚National Committee for Commonwealth Immigrants‘ – beide hochrangig besetzte halbstaatliche Untersuchungs- und Mediationsinstitutionen, die nichtsdestoweniger von der schwarzen Bevölkerung als diskriminierend empfunden werden und zugleich den Beginn des ‚institutionalisierten Rassismus‘ markieren. Es folgen ein zweites Gesetz zur Regulierung der Rassenbeziehungen (‚Race Relations Act‘ 1968), das Einwanderungsgesetz von 1971, mit dessen Inkrafttreten praktisch jede Primäreinwanderung gestoppt wird, und ein weiterer ‚Race Relations Act‘ (1976), mit dessen Umsetzung die ‚Commission for Racial Equality‘ betraut wird – allerdings werden die Erwartungen an CRE schon bald enttäuscht (vgl. BARINGHORST und SCHÖNWÄLDER 1992) und der spöttische Begriff von der ‚race relations industry‘ geht um. Außerparlamentarisch stehen sich in dieser Zeit reaktionäre Agitation (‚National Front‘ 1967, ‚British National Party‘, ‚British Ku Klux Klan‘ 1968) und anti-rassistischer Widerstand (‚Campaign Against Racial Discrimination‘, gegründet 1965 nach einem Besuch Martin Luther Kings in London, ‚Racial Action Adjustment Association‘ als britischer Ableger der Black Muslims, ‚Anti-Nazi League‘) in nichts nach.

Abb. 1: Die ethnischen Bevölkerungsgruppen im Vereinigten Königreich



Die Graphiken zeigen: oben rechts das Wachstum zwischen 1971 und 1991; Mitte rechts die Größe im Verhältnis zur Gesamtbevölkerung; in den Landesumriß sind für ausgewählte Regionen – wobei für die Verteilung in den ländlichen Regionen eher der Südwesten Englands typisch ist – die prozentualen ethnischen Bevölkerungsanteile eingefügt; mit „West Midlands“ (W. Midl.) ist v. a. die Region Birmingham gemeint. Die Daten entstammen dem Census 1991

Der ‚British Nationality Act‘ (1981) und ein weiteres Einwanderungsgesetz („Immigration Act“ 1988) bewirken zusätzliche Restriktionen und Einschränkungen von Bürgerrechten der ‚black Brits‘. Das Jahr 1981 bringt jedoch v. a. mit bürgerkriegsähnlichen Kämpfen zwischen schwarzen Jugendlichen und der Polizei den Höhepunkt einer langen Entwicklung von zunehmender ‚faschistischer und polizeilicher Gewalt‘, die in einer provokativen Kontrollaktion der Londoner Polizei („Operation Star“, als Reminiszenz an eine rassistische Bemerkung Thatchers auch ‚Swamp 81‘ genannt) unmittelbar vor Ausbruch der Rebellion kulminierte (FRYER 1984: 395 ff.) Innerhalb weniger Tage ist das gesamte Land überzogen von Ausschreitungen, Bränden und Straßenkämpfen, die alle Hoffnungen auf eine wirksame Bekämpfung des Rassismus mittels gesetzgeberischer und politisch korrekterer Maßnahmen Lügen strafte. Zwar flauen die Unruhen ab, das Land ‚erbaut sich‘ am ‚Operetten‘krieg über die Falkland-Inseln (1982), Thatcher feiert ihre Wiederwahl (1983) und ‚besiegt‘ die streikenden Bergarbeiter (1984/85), jedoch kehrt 1985 die Gewalt auf die Straßen von Birmingham und Tottenham zurück. Trotz des bereits erwähnten Berichts der zur Untersuchung der Rassenunruhen in Brixton eingesetzten Regierungskommission unter Lord Scarman (1981) und dem darin hergestellten Zusammenhang zwischen hoher Arbeitslosigkeit, sozialer Depravation, erbärmlicher Wohnsituation, Perspektivlosigkeit bei den Jugendlichen der ‚inner city area‘ und einem erhöhten kriminellen und Gewaltpotential geschieht wenig – die Ausweitung der Polizeikompetenz im ‚Police and Criminal Evidence Act‘ von 1984 zeigt eher den Willen zum starken Staat als zum Abbau von sozialer Ungerechtigkeit und rassistischer Diskriminierung. Daran hat sich bis auf den heutigen Tag wenig geändert, ungeachtet einiger schwarzer Bürgermeister, vier nicht-weißer Parlamentsmitglieder (Labour) und eines schwarzen Lords im Oberhaus.

3 Die ethnischen Gemeinschaften und die Reproduktion der Ethnisierung

In einer Kurzgeschichte von Hanif Kureishi mit dem Titel *My Son the Fanatic* wird beschrieben, wie ein aus Indien eingewanderter Vater und sein (in England geborener) Sohn auf die soziale und kulturelle Marginalisierung der britischen Gesellschaft reagieren. Es zeigt sich dabei, daß der Vater

in seinem Bemühen um Integration sich seit zwanzig Jahren in einer Weise überangepaßt hat, die ihn zu einem oberflächlichen, kleinbürgerlichen ‚black Brit‘ hat werden lassen mit einem Leben zwischen Beruf, Fernsehen und Alkohol. Der Sohn hingegen, aufgrund seiner Ausbildung und Sozialisation eigentlich besser für ein ‚normales‘ Leben in England vorbereitet und Buchhalter von Beruf, beginnt eines Tages, als Reaktion auf seine materialistische, gottlose häusliche und berufliche Umwelt, sich auf seine Religion zu besinnen und ein Leben gemäß den Regeln des Islam zu führen. Dies führt zu einer zunächst religiösen, dann auch politischen Entfremdung zwischen dem ratlosen Vater und seinem ‚fanatischen‘ Sohn. Während eines Streitgesprächs fragt Sohn Ali auf die Beteuerung seines Vaters, er liebe England, zurück: ‚How can you love something that hates you?‘ Die Geschichte endet als Parabel mit einer Gewaltszene, die die bittere Ironie der Rollenenumkehrung von Vater und Sohn verdeutlicht: der ‚englisch‘ aufgewachsene – und daher emanzipierte und konfliktfähige – junge Muslime erträgt die Schläge seines ‚englischen‘ Vaters, der – frustriert und hilflos gegenüber der religiösen und politischen Haltung seines Sohnes – sich damit in effigie zu einem Instrument der Repression und Gewalt des ihn selbst ausgrenzenden Systems macht. (KUREISHI 1997)

Schon die Bestimmung von Gemeinschaft („community“) erfordert im Hinblick auf ethnisch integrative Gemeinschaften andere als die konventionellen Kriterien wie die gemeinsame lebensweltliche Erfahrung und Werteorientierung bei Familien, klassenspezifischen oder lokal/regional definierten Gruppen; multi-ethnische Gemeinschaften sind, folgt man den grundlegenden Studien der Chicago School und in ihrer Folge der britischen Soziologie, deutlicher und rigider als andere Gemeinschaften entlang Kriterien wie Inklusion/Exklusion, Similarität/ Differenz, Dominanz/Subordination formiert, wobei die soziale Ausgrenzung nach ethnischen Merkmalen andauert, wenn nach einer gewissen Zeit in anderen Kontexten eine Abnahme erwartet werden kann; dies gilt vor allen Dingen für urbane Gemeinschaften, in denen räumliche Faktoren kein Integrationshindernis darstellen. Damit rücken nachhaltig wirkende Segregationsmechanismen in den Vordergrund, die zu beschreiben hier versucht werden soll – die Erklärungen hierfür sind unterschiedlicher Art (vgl. CROW und ALAN 1994: 90 ff.; FENTON 1999) und sollen der Soziologie überlassen bleiben. Nachdem die in vier Jahrhunderten Kolonialismus und Imperialismus bewährte Identifizierung von Zivilisation mit den Traditionen nationaler Kultur und Sprache, von Churchill noch in den Wahlkämpfen der 50er Jahre bemüht, am Wider-

spruch sowohl der Existenz anderer zur westlichen Zivilisation beitragenden nationalen Kulturen wie auch der *englisch*sprechenden MigrantInnen der Karibik unhaltbar geworden war, andererseits auch die darwinistisch motivierte Eugenik durch die Ereignisse des 20. Jahrhunderts desavouiert war, entwickelt sich mit dem ‚neuen Rassismus‘ der frühen 60er Jahre in England (wie in den meisten westeuropäischen Ländern: FENTON 1999: 205 f.) ein ebenso vager wie politisch effektiver ‚kultureller‘ Rassismus, in dessen Mittelpunkt die Identifizierung mit einem nationalen englischen Erbe steht (‚Englishness‘), das sowohl durch soziale Veränderungen allgemein (zunehmende Verstädterung, Zerfall der Familie, Autoritätsverlust des Staates, Konsumismus und Hedonismus) wie durch ‚nicht-englische‘ Einflüsse insbesondere (von der ‚Amerikanisierung‘ der Lebenswelt bis zur Einwanderung als Invasion unenglischer Kulturen). Ob diese Ablehnung im UK auf einer diffusen (evtl. auch klassenspezifischen) Kapitalismusangst – hier beginnt ja bereits die Denationalisierung der Volkswirtschaften – oder auf rassistischen Überfremdungängsten beruht, ist hier weniger von Belang, desgleichen das für England signifikante Phänomen des rhetorischen Transfers dieser Befürchtungen auf die europäische Integration ab Mitte der 90er Jahre. (FENTON 1999: 207) Das für England typische Resultat scheint vielmehr zu sein, daß der permanente ökonomisch erzwungene soziale Wechsel und Wandel vor dem Hintergrund eines (immer noch) zerfallenden Empire – man denke an die Konsumikone der ‚New Zealand butter‘ der 60er Jahre – und seiner Hinterlassenschaft, dem ‚leeren Zentrum‘ England, den Verlust des sozialen Friedens sowie Ungleichheit und Ungerechtigkeit als exogen erscheinen lassen und damit deren Identifizierung mit dem fremden ‚Anderen‘ sich anbietet. Im neuen Rassismus laufen also koloniale Nostalgie, Fremdenfeindlichkeit, Streben nach Bewahrung einer diffusen ‚englischen‘ Identität (hier gibt es durchaus Parallelen zur Identifizierung mit der ‚deutschen Nation‘), der Ruf nach dem starken Staat (dto.) und Angst vor sozialem Wandel zusammen und werden, wie oben gezeigt, durch thematische Korrelierungen in den Medien (‚schwarze‘ Kriminalität; in Deutschland z. B. die ‚ausländische Drogenmafia‘, die Kriminalitätsrate ‚der Ausländer‘) und eine latent rassistische Gesetzgebung mit der Folge eines ‚institutionalisierten‘ Rassismus aufgenommen und verstärkt.

Für die ethnischen Minderheiten münden alle diese Motivationen in soziale und räumliche Ausgrenzung. Die klassische Studie der englischen Sozialforschung zu den multiethnischen Beziehungen innerhalb eines ‚inner city‘ Stadtteils

(Sparkbrook in Birmingham) ergibt, daß die meisten Mitglieder ethnischer Migrationsgruppen wenig Anpassungsinteresse haben, davon die eine Hälfte aufgrund einer mittel- oder langfristigen Rückkehr-option (von der Politik propagiert als ‚work and return‘ Schema; vgl. das deutsche Konzept des *Gastarbeiters*), die andere Hälfte aufgrund der Erfahrung von Widerstand bei der Wahrnehmung ihrer Bürgerrechte und allgemeiner Diskriminierung. (REX und MOORE 1967: 283) Die Studie ergibt ferner eine indirekte – und sicherlich unbeabsichtigte – Mitwirkung der örtlichen Behörden zur ethnischen Segregation innerhalb des Bezirkes durch die Wohnungsvergabe. Dadurch wird eine wenn nicht Ghetto-, so doch Zonenbildung sowohl der Stadtteile selbst (meistens in den von der Mittelklasse zugunsten der Stadtrandzonen verlassenen Innenstädten) als auch innerhalb dieser Bezirke selbst gefördert mit dem Ergebnis, daß die Assimilation neuer MigrantInnengruppen an die bestehenden kommunalen Siedlungsstrukturen nur die innerbezirkliche Segmentierung und Segregation verstärken. Diese Entwicklung fördert eine Aggregation ethnisch homogener Gruppen und in deren Folge die Abkapselung (‚encapsulation‘) von der ‚weißen‘ Umgebung; hierbei spielt auch die Bildung von Migrantennetzwerken (‚migrant networks‘) eine wichtige Rolle, weil diese v. a. in engem Zusammenhang mit verwandtschaftlich motivierter Nachzugseinwanderung (‚chain migration‘) stehen (CROW und ALLAN 1994: 101 f.) und damit zur Perpetuierung der Enklavenbildung beitragen. Damit ergibt sich eine deutliche Abhängigkeit der prospektiven sozialen und beruflichen Möglichkeiten für Einwanderungsgruppen von dem Verfahren und der Organisation ihrer Einwanderung selbst, wenn man von affektiven und ökonomischen Primärmotivationen absieht. Die Enklavenbildung ist negativ und positiv motiviert, indem sie sowohl dem Schutz vor sozialer Repression und Diskriminierung im ‚Mutterland‘ als auch der Bewahrung ethnischer Identität dient; für den letzteren Aspekt hat man sogar eine ‚reaktiv verstärkte Ethnizität‘ innerhalb der zweiten Einwanderungsgeneration festgestellt. (CROW und ALLAN 1994: 105)

Damit ist das Integrationsdilemma der zweiten Einwanderungsgeneration im Vereinigten Königreich skizziert: Während Anpassungs- und Annäherungsbemühungen die Risiken der Ablehnung und Marginalisierung mit sich tragen, birgt die entgegengesetzte Strategie des Minimalkontaktes mit dem Gastland (‚host country‘) die Gefahr der ethnischen Abkapselung mit dem Nachteil v. a. der Reproduktion lebensweltlicher ‚Heimat‘ und der Konsequenz verstärkter Segregation.

Wie oben bereits angedeutet, ist der Einfluß der

kommunalen Sozialpolitik auf diese Entwicklungen erheblich. Das betrifft zunächst die Vergabe von Sozialwohnungen, die in England vielerorts noch als quasi-benefizitäre Handlung von den Wohnungsämtern der Gemeindeverwaltungen betrieben wird – aufgrund einer unendlich alten puritanischen Unterscheidung zwischen unverschuldeter und selbstverschuldeter Armut (*the deserving and the undeserving poor*), in die im Falle der Beteiligung von ethnischen Minderheiten unterschwellige Vorstellungen von *„Englishness“* hineinspielen. Dazu kommt eine deutliche Ausrichtung des gesamten Zuteilungssystems nach Kategorien wie *„problematisch“*, *„sozial unverträglich“*, *„unzumutbar“* und *„un/anständig“*, die in direkter Linie zur Überrepräsentation nicht-ethnischer Familien in *„besseren“* Wohngebieten mit entsprechender ethnischer Agglomeration (*„ethnic clustering“*) in sozial *„rauen“* Wohngebieten führt. Diese institutionelle Exklusion schließt auch privatwirtschaftliche Unternehmungen wie Makler, Bausparkassen (*„building societies“*) und Vermittlungsbüros ein, so daß z. B. für die Siedlungsstruktur des mittelenglischen Bedford Ende der 80er Jahre die Existenz von *„zwei Bedfords“* konstatiert wurde – eine ghettoähnliche multiethnische Innenstadt, umgeben von einem suburbanen Ring *„weißen“* mittelständischen Wohlstand signalisierender Eigenheime. (CROW und ALLAN 1994: 108 f.) Das Beispiel Bedford ist zudem typisch für die Bevölkerungsverteilung der ethnischen Minderheiten: sie sind im Verhältnis zum Landesdurchschnitt deutlich überrepräsentiert in Regionen mit geringer industrieller Beschäftigung. (WARD 1989: 115)

Auch im Beschäftigungsbereich zeigt sich, daß *„rassische“* Segregation zu einem strukturbildenden Element der Arbeitsverteilung bzw. der Gewerbe- und Unternehmensstruktur innerhalb der ethnischen Gemeinschaften geworden ist. Dabei ist zunächst eine statistisch signifikante Binnendifferenzierung bemerkenswert, die für die asiatischen Einwanderungsgruppen einen besonders hohen Anteil von Selbständigkeit (Geschäfte und Kleinunternehmen) ausweist: während für alle ethnischen Gruppen der Prozentsatz bei 6,3 % (aller Erwerbstätigen; bei der weißen Bevölkerung : 4,3 %) liegt, werden für die südasiatischen Gruppen 9,1 % und hier wiederum für die Chinesen 15,8 % errechnet. (BARINGHORST 1998: 152) Hier zeigt sich weniger die Bestätigung westlicher soziokultureller Klischees (*„der Orientale“* als Händler) als vielmehr eine besondere *„ethnische“* Organisation des Klein- und Mittelgewerbes, das die vorhandenen intra-enklavische Bedarfsstruktur als Nischen zu nutzen weiß; allerdings ist bei der Ertragslage dieser v. a. im Service-Bereich angesiedelten Unternehmen – Gaststätten, Second Hand-Läden, Klein- und

Lebensmittelhandel, Reparaturwerkstätten etc. – die relative Einkommensschwäche der überwiegend ethnischen Klientel zu berücksichtigen. Dazu kommt als zweites Charakteristikum der Faktor einer hohen Arbeitslosigkeit, die bei den ethnischen Minderheiten seit Jahrzehnten immer noch etwa doppelt so hoch ist wie die der weißen Bevölkerung, während die Jugendarbeitslosigkeit der Schwarzen (16 bis 24 Jahre) sogar dreimal so hoch ist wie bei der weißen Vergleichsgruppe (z. B. 1991: 62 %). Daß für die Minderheiten ethnische Diskriminierung immer auch religiöse Diskriminierung ist, zeigt die (ungewöhnliche) Korrelierung von Arbeitslosigkeit mit Religion: nach einer Schätzung beträgt 1995 die Arbeitslosenquote für Muslime 27 %, während sie für Christen bei 10 % liegt. (STORRY und CHILDS 1997: 102)

Zusammenfassend für die Zeit von etwa 1950 bis 1990 läßt sich die Teilnahme der ethnischen Minderheiten am örtlich städtischen Wirtschaftsleben unter Berücksichtigung der für sie typischen kommunalen Wohn- und Siedlungsformen wie folgt darstellen:

- In zwei Regionsvarianten fehlt eine signifikante Ansiedlung von MigrantInnen: in Gegenden mit rapide schrumpfender und in Gegenden mit rapide expandierender Wirtschaft – in beiden Fällen mangelt es an migrantentypischen Erwerbsmöglichkeiten.
- In bestimmten Bereichen hat die ansässige Arbeitnehmerschaft Stellen freigemacht, sei es durch örtlichen oder Branchenwechsel; hier ist Ersatznachfrage an Arbeit entstanden, die häufig von ethnischen Minderheiten befriedigt wird (z. B. in der Textilindustrie, im öffentlichen Verkehrs- und Gesundheitswesen).
- Als Folge dieser *„Nachrückfunktion“* entsteht oft ein lokal zwar begrenzter, aber auch geschützter Markt für Geschäfte und Kleingewerbe als *„ethnische Nische“*.
- Andererseits gibt es – evident insbesondere für eingewanderte Chinesen – die Möglichkeit für mittlere Unternehmen, sich inmitten einer etablierten englischen Mehrheitsregion anzusiedeln.
- Und schließlich wäre die fünfte – und wahrscheinlich häufigste – Möglichkeit die Mischung aller dieser Erwerbs- und Geschäftsformen. (WARD 1989: 113 f.)

Es bedarf kaum der Akzentuierung, daß ethnische Segregation und Diskriminierung sich nicht nur im schulischen Alltag, sondern im Schulsystem strukturell niederschlagen. Im bereits erwähnten Bezirk Handsworth / Birmingham liegt in den 80er Jahren der Anteil nicht-ethnischer SchülerInnen im Sekundarbereich unter 10 %. Da die Innenstädte außer von ethnischen Minderheiten und *„irischen“* Einwanderern, deren Kinder auf katholische

Schulen gehen', noch von finanziell weniger gut gestellten RentnerInnen bewohnt werden, ist diese Zahl im Verhältnis zur gesamten Einwohnerschaft nicht repräsentativ. (WARD 1989: 111) Nichtsdestoweniger bleibt eine die Ghettoisierung verstärkende Wirkung dieser von den kommunalen Schulbehörden hingenommenen bzw. geförderten Belegstruktur zweifelsfrei, was v. a. im Hinblick auf die ja bekannten Zahlen der ‚schwarzen‘ Jugendarbeitslosigkeit das oben erwähnte Phänomen der institutionellen /behördlichen Verstärkung von Segregation und sozialer Deprivation bestätigt.

Das englische Beispiel zeigt, daß die Auffassung, Rassismus und ethnische Diskriminierung seien unerwünschte Verhaltensweisen, die wie Ordnungswidrigkeiten zu behandeln und per Gesetz und Reglement zu ahnden seien, erheblich zu kurz greift. Vielmehr ist deutlich geworden, daß Rassismus eine in allen gesellschaftlichen Diskursen zu findende Matrix der sozialen Wahrnehmung ist, die in bestimmten Schlüsselsituationen und -kontexten jederzeit aktiviert und damit reproduziert werden kann; wie gezeigt wurde, ist Rassismus als eine in diesem Sinne dem kulturellen Hintergrundwissen zuzurechnende latente Verhaltenspräferenz tief in den kollektiven Wahrnehmungsrastern verwurzelt, in England in Anbetracht der langen demokratischen und liberalen Traditionen mit beachtlichem Beharrungspotential; sie entzieht sich dem legislativen und judikativen Diskurs und überlebt als kommunikative Präferenz vor allem während des ‚Thatcherism‘ im politischen Diskurs und in den Medien, wo er als gesellschaftlicher Subtext der Exklusion und nationalistischen Polarisierung reproduziert wird.

4 Literatur

BARINGHORST, SIGRID: Einwanderung und multi-ethnische Gesellschaft. In: KASTENDIEK, ROHE und VOLLE (Hrsg.): Länderbericht Großbritannien. Geschichte. Politik. Wirtschaft. Gesell-

schaft. -Bonn 1998: 146-159.

BARINGHORST, SIGRID und KAREN SCHÖNWÄLDER: Kann ein Gesetz vor Rassismus schützen? Über die Erfahrungen mit dem ‚race relations act‘ in Großbritannien. - Frankfurter Rundschau vom 2.7.1992: 17.

CASHMORE, E. ELLIS: United Kingdom? Class, Race and Gender since the War. - London 1989.

COHEN, PHILIP: Introduction: Perspectives on the Present. In: COHEN, BAINS (eds.): Multi-Racist Britain. - Basingstoke 1988: 1-8.

CROW, GRAHAM und GRAHAM ALLAN: Community Life. An Introduction to Local Social Relations. - Hemel Hempstead 1994.

FENTON, STEVE: Ethnicity. Racism, Class and Culture. - Basingstoke 1999.

FRYER, PETER: Staying Power. The History of Black People in Britain. - London 1984.

HALL, STUART: Racism and Reaction. In: Commission for Racial Equality (ed.): Five Views of Multi-Racial Britain. - London 1978: 23-35.

KUREISHI, HANIF: My Son the Fanatic. In: KUREISHI, HANIF: Love in a Blue Time. - London 1997: 119-131.

RADTKE, FRANK-OLAF: Multikulturalismus – vier Formen der Ethnisierung. - Frankfurter Rundschau vom 19.6.1990: 15.

REX, JOHN und ROBERT MOORE: Race, Community and Conflict. A Study of Sparkbrook. - London 1967.

RIEDEL, WOLFGANG: Fremdheit und Rassismus im Vereinigten Königreich (UK). In: Institut für Sozialpädagogische Forschung Mainz (Hrsg.): Rassismus und Fremdenfeindlichkeit in Europa. - Neuwied 1997: 82-113.

SMITH, SUSAN J.: The Politics of ‚Race‘ and Residence. Citizenship, Segregation and White Supremacy in Britain. - Oxford 1989.

STORRY, MIKE und PETER CHILDS (Hrsg.): British Cultural Identities. - London 1997.

WARD, ROBIN: Minority settlement and the local economy. In: MCDOWELL, SARRE und HAMNETT (Hrsg.): Divided Nation. Social and Cultural Change in Britain. A Reader. - Open University 1989: 111-127.

EBERHARD KROB

Theorie und Praxis der „Interkulturellen Erziehung“ im Geographieunterricht

1 Einleitung

„Die Erdkunde zeigt, daß der Mensch, als einzelner und in der Gemeinschaft, durch enge Bindungen gleichzeitig seiner Heimat, seinem Land, dem Erdteil und dem Erdganzen angehört. Dadurch fördert sie Gemeinschaftsverständnis und Gemeinschaftsbereitschaft in den Kleinst- wie in den Größtformen des menschlichen Zusammenlebens und erzieht damit zu Toleranz und Humanität. Sie zeigt den Weg zur Vereinbarkeit von Heimatliebe und Vaterlandsgesinnung mit weltumspannendem Menschheitsbewußtsein. Damit aber lehrt sie die Pflicht zu einer allgemein menschlichen Mitverantwortlichkeit, die weder enge persönliche noch räumliche Grenzen kennt“ (WAGNER 1957: 15 f.).

Dieses Zitat illustriert eine grundsätzliche Position des Geographieunterrichts: Er wollte von Anfang an nicht bloß über fremde Länder und Völker berichten und aufklären, um ein fundiertes Weltbild zu schaffen, sondern zugleich zum besseren gegenseitigen Verstehen der Menschen und Völker untereinander beitragen und zur Toleranz erziehen. Die Geographie war damit das wichtigste Fach, das fremde Menschen, deren Lebensraum und deren Lebensformen in großer Breite im Unterricht behandelte.

Das Selbstverständnis des Geographieunterrichts hätte von früh an multikulturell geprägt sein können, wenn es nicht durch fachliche, pädagogische und gesellschaftliche Einflüsse in eine andere Richtung gedrängt worden wäre. So hat der Unterricht über fremde Menschen in der Vergangenheit eine recht unterschiedliche Ausprägung erfahren, wobei

sich drei Hauptphasen unterscheiden lassen: die des alten länderkundlichen Unterrichts, die des frühen allgemeingeographischen Unterrichts und die aktuelle des thematisch-regionalen Unterrichts. Erst in der Gegenwart findet die Hinwendung zu einem interkulturellen Lernen statt, das sich aus Ansätzen zum internationalen Lernen in den beiden früheren Phasen ergab. Unabhängig davon blieb die Konkretisierung der hohen Ziele häufig weit hinter der Realität zurück.

2 Die Anfänge internationalen Lernens im länderkundlichen Unterricht

Im Zusammenhang mit der Reichsgründung 1871 erfuhr die Geographie in Deutschland als eigenständiges Unterrichtsfach wie als universitäre Disziplin eine bedeutende Aufwertung (vgl. HAAS 1998: 90). Das junge Unterrichtsfach war offen für eine politische Instrumentalisierung zur Förderung nationaler Interessen. Aus der historischen Situation heraus erschien es durchaus verständlich, wenn es sich nach den noch bis 1866 ausgefochtenen „Bruderkriegen“ der inneren Versöhnung der deutschen Stämme oder Völker öffnete. „Völkerverständigung“ nahm so in der Anfangsphase des Faches eine spezifische, nach innen gerichtete Prägung an, die zugleich die Wahrnehmung „fremder“ Völker beeinflusste (HAAS 1998: 87 ff.). Das wird oft mit einer Äußerung von HARMS (1996: 70) belegt, der 1895 schrieb: „Man

sagt ja uns Deutschen nach, daß wir das Fremdländische gar zu leicht höher schätzen als das Einheimische! Leiden auch wir als Geographielehrer an diesem nationalen Charakterfehler? Wenn ja, dann ist es wahrlich Zeit, daß wir uns eines anderen besinnen, daß wir als deutsche Lehrer deutscher Kinder die deutsche Vaterlandskunde auf den Schild erheben!... Hinaus mit dem fremdländischen Ballast!“

Gleich nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg wurde in Erfüllung des Verfassungsauftrages der Versuch gemacht, die Völkerversöhnung – wie es damals hieß – im Geographieunterricht zu verankern. Vergebens, denn schon Mitte der 20er Jahre gewannen konservativ-nationalistische Strömungen Oberhand, die die Exzesse des Dritten Reichs vorbereiten halfen (HAAS 1998: 195 ff.).

Unterrichtsinhalt für das junge Unterrichtsfach war die Länderkunde, die vor allem durch Veröffentlichungen des einflußreichen Hochschullehrers HETTNER (u. a. 1919) geprägt wurde. Ziel der Länderkunde war es, die unterschiedlichen Erdräume in ihrem jeweils spezifischen Charakter zu erfassen und zu erklären. Dazu gehörten ganz wesentlich die kulturellen Leistungen der Bewohner. Die Länderkunde erlebte eine zweite Blütezeit in der restaurativen Phase nach dem Zweiten Weltkrieg, ehe sie im Zuge der curricularen Reformbewegungen Ende der 60er Jahre aufgegeben wurde. Die Länderkunde erwies sich jedoch in mehrfacher Hinsicht als ungeeignet, Verständnis für die kulturellen Leistungen anderer Völker zu schaffen.

Zur Erfassung und Erklärung der Besonderheit von Ländern hatte HETTNER (1919: 20 f.) das sogenannte länderkundliche Schema entwickelt, das auch als hettnersches Schema bekannt ist. Die Geofaktoren oder Kräfte, die für die individuelle Gestaltung eines Erdraums verantwortlich sind, wurden in einer festen Reihenfolge behandelt: zunächst die physischgeographischen Faktoren wie Oberflächenformen und Klima und erst danach die humangeographischen Faktoren wie Landwirtschaft oder Städtewesen. Damit einher ging ein latenter Determinismus: Menschliche Leistungen wurden stets und ausschließlich vor dem Hintergrund der Naturausstattung beurteilt.

Das Bemühen um die Herausarbeitung der Individualität unterschiedlicher Länder führte – anders als in der Universitätsgeographie – unter den Zeit-, Raum- und Komplexitätsrestriktionen des Schulunterrichts zur Betonung des Exotischen und zu stereotypen Verkürzungen, wenn nicht gar zur Bildung von Vorurteilen. FOHRBECK, WIESAND und ZAHAR (1971) haben zahllose Klischees in ihrer ideologiekritischen Schulbuchanalyse aufgespießt. Ein Beispiel: „Der Neger lebt im allgemeinen genügsam. Die Hauptmahlzeit am Abend besteht aus einem

Brei, den die Frauen aus Mais, Hirse und Bananen herstellen. Dazu verzehrt der Neger gerne Erdnüsse, Hülsenfrüchte und getrocknete Fische. Wenn er aber ein Stück Wild erlegt hat, ißt er Fleisch in unglaublichen Mengen, das er am Spieß röstet. Beim Essen trinkt der Neger nicht. Das kommt vielmehr nach den Mahlzeiten und besonders bei den häufigen Tänzen, die er leidenschaftlich liebt und vor allem bei Vollmond veranstaltet. Die Frau gilt nicht viel. Sie ist für den Neger in erster Linie die Arbeitskraft“ (HECK 1955: 51).

Besonders verhängnisvoll sollte sich jedoch das Prinzip vom Nahen zum Fernen erweisen, das die Funktion hatte, die zu behandelnden Länder einer bestimmten Schulstufe zuzuordnen. Ihm wurde eine psychologische Aussagekraft unterstellt, indem das räumlich Nahe als psychologisch Nahes interpretiert wurde, wie jüngst noch von NEWIG (1993: 73). So wurden außereuropäische Räume erst ab dem 7. Schuljahr im Unterricht thematisiert, also in einem Alter, in dem nach den Erkenntnissen der Sozialpsychologie die Übernahme der Einstellungen und Vorurteile der Erwachsenenwelt weitgehend abgeschlossen ist. Hinzu kam die extrem ungleiche Gewichtung, indem im Heimatkunde- und Erdkundeunterricht zusammengenommen für nahe innerdeutsche Räume mehr Zeit zur Verfügung stand als für außerdeutsche „fremde“ Räume (GEIGER 1990: 14 f.). Auf diese Weise wurde dem Ethnozentrismus Vorschub geleistet, obwohl führende Didaktiker wie SCHNASS (1953: 45) oder VOGEL (1967: 127) immer wieder vor Einseitigkeiten gewarnt hatten.

Erst Mitte der 60er Jahre wurde mit der Verdichtung der Nachrichtenströme, der Einbindung Deutschlands in den Welthandel und der Zunahme der Fernreisen das Prinzip vom Nahen zum Fernen durch GROTELÜSCHEN (1965) in Frage gestellt. Ausgehend von der Erkenntnis, daß „diese engste Heimat nicht mehr ein von allem Fremden abgegrenzter Raum ist“, forderte er einen Gang „Dreimal um die Erde“. Der Versuch, die bunten Einzelbilder aus der Ferne mit geographischen Einsichten zu verbinden, ermöglichte es dann SCHULTZE (1970), die Wende zum allgemeingeographischen Unterricht einzuleiten.

3 Internationales Lernen im allgemeingeographischen Unterricht

Mit der Abkehr vom länderkundlichen und der Hinwendung zu einem allgemeingeographischen Unterricht ergaben sich ab 1970 Möglichkeiten, das Ferne und das Fremde bewußter und anders zur

Kenntnis zu nehmen. Auch dabei wurde mit verschiedenen Konzepten experimentiert.

Ein erster Versuch galt der Übernahme der Kulturstufentheorie von BOBEK (1959). Sie wurde keineswegs evolutionistisch verstanden, sondern bot den Rahmen, um unter der Überschrift „Rassen und Kulturen“ Themen wie „Naturvölker entwickeln oder bewahren?“ sowie „Menschen verschiedener Hautfarbe“ zu behandeln (BUCK u. a. 1972: 158-165). Der Lehrerband begründete das ausführlich: „Nach 1945 waren Rassenfragen in Deutschland tabu. Durch Totschweigen aber kann man Probleme nicht lösen; die Gefahren des Rassismus werden nicht geringer. Vorurteile belasten das Verhalten zwischen Menschen verschiedener Rassen und Kulturen. Das gilt auch heute noch, obwohl Menschen anderer Hautfarbe, anderer Nationalität und anderer Muttersprache in deutschen Städten keine Seltenheit mehr sind. Die Möglichkeit, solche Menschen zu Gesprächen mit den Schülern in die Klasse zu bitten, sollten die Lehrer nutzen, unabhängig von diesem Themenblock und schon auf früherer Klassenstufe. Die persönliche Begegnung kann durch nichts ersetzt werden“ (BUCK u. a. 1973: 6.0/1).

Von besonderer Bedeutung jedoch wurde die neue Sozialgeographie. Den Rahmen dafür bot die Daseinsgrundfunktion „Leben in Gemeinschaften/Zusammenleben“. Unter dem Einfluß der Konflikttheorie nahm der Themenkomplex seine spezifische didaktische Struktur an. So behandelte ein Schulbuch „Wie das Leben in Gemeinschaften Konflikte auslöst“ (HAUSMANN 1973: 251-276). Im Rahmen der Konfliktbewältigung ging es um das Leben mit Fremden, weniger um deren Integration. Zur Illustration wurden zunächst größere soziale Gruppen behandelt: Flüchtlinge, Türken, Neger, Gastarbeiter... Gastarbeiterkinder standen in einem unterrichtlichen Modellprojekt sogar im Mittelpunkt (BIRKENFELD, GEIPEL und JUNGFER 1987).

„Unser Planet“, ein Lehrwerk der Hauptschule, veränderte relativ bald die Perspektive der Betrachtung – weg vom Kollektiv hin zum Individuum (HAHN 1979: 170 f.). Mit Francesco Palazzo aus Sizilien wurde erstmals das Schicksal eines einzelnen Migranten und dessen Familie dargestellt. Damit werden menschliche Biographien nachvollziehbar, Betroffenheit und Anteilnahme – also Empathie – wird möglich (BISCHOP-KÖHLER 1989). VOLKMANN (1984) gab dieser Intention eine noch klarere Ausrichtung, indem er vorschlug, die Gastarbeiter-Heimatländer verstärkt im Geographieunterricht zu behandeln.

Die Weiterentwicklung der Sozialgeographie zur Wahrnehmungsgeographie schuf die Möglichkeit, subjektive Wahrnehmungen als Grundlage des Raumverhaltens zu analysieren. Nun fanden „mental maps“ als kognitive Karten oder „images“ als

Vorstellungsbilder Eingang in den Unterricht, so daß von dieser Position aus Ethnozentrismus und Vorurteilsstrukturen im Unterricht thematisiert werden konnten. Das wird in Schulbüchern unter Überschriften wie „Unsere Vorstellungen von der Welt“ oder „Kein Teil der Welt ist für sich allein“ angesprochen (KROß 1994: 6 f. und 10 f.).

Das Umdenken beeinflusste den entwicklungspolitischen Unterricht in besonderem Maße. Man hatte erfahren müssen, daß die bloße Faktenvermittlung wenig bewirkt, wenn es um die Akzeptanz für Entwicklungshilfemaßnahmen ging und vor allem wenn die Bedingungen zur Überwindung von Unterentwicklung verbessert werden sollten (KROß 1983: 350).

Am Beispiel von Afrika, dem scheinbar hoffnungslosen Kontinent, wurde unser Verhältnis zu den Menschen in Entwicklungsländern genauer untersucht (u. a. ENGEL 1972, HILLERS 1984, TRÖGER 1993). Dabei zeigte sich, daß Schüler kausale Beziehungen zwischen Armut, Unfähigkeit und Primitivität herstellen und damit den Menschen in Entwicklungsländern die Fähigkeit zur Entwicklung absprechen. Eine Konsequenz war, nunmehr lebendige Menschen mit Namen und Biographie vorzustellen, wie Herrn Ketu, den Hackbauer aus Nigeria, oder Kofi Boa, den Kakaobauer aus Ghana (SCHULTZE 1981: 90-93). Dieses zunächst methodisch konzipierte exemplarische Lernen an Fallbeispielen wurde dann entwicklungstheoretisch vertieft und in den strukturalistischen Ansatz eingebaut, der die lokale Mikroebene mit der globalen Makroebene verbindet (ENGELHARD und WILMSEN 1986: 135, SCHMIDT-WULFFEN 1987: 134).

Ein Grundproblem des entwicklungspolitischen Unterrichts konnte damit jedoch noch nicht gelöst werden: daß sich nämlich die Interessen unserer Schüler auf ihren momentanen Erfahrungshorizont beziehen, während die Entwicklungsthematik eine Perspektive verlangt, die ferne Räume und die Zukunft mit umfaßt. Hier führte die Übernahme der Bochumer Nahbereichsthese weiter, die insbesondere durch die Arbeiten von SCHMITT (1989, 1998) für den Unterricht fruchtbar gemacht worden ist. Damit geriet dieser Unterricht allerdings auch in die Gefahr, die spezifische Dritte-Welt-Perspektive zu verlieren.

Die Diskussion um die Reform des entwicklungspolitischen Unterrichts wurde vornehmlich von allgemeinen Pädagogen oder Sozialwissenschaftlern vorangetrieben. Sie war fachübergreifend orientiert. Von der Geographiedidaktik wurde darin vielfach eine Gefahr für die Existenz des eigenen Faches gesehen, der man nur durch klare inhaltliche und methodische Abgrenzung glauben begegnet zu können. Mit anderen primär fachübergreifenden Konzepten ist ähnlich umgegangen worden, bei-

spielsweise mit dem Konzept der Friedenserziehung. Die Reaktion reichte hier von der Ignorierung über die oberflächliche Vereinnahmung (REINHARD 1982) bis zu Versuchen einer Integration (BIRKENHAUER 1983). Die das Fach transzendierenden Ausführungen von FILIPP (1988) haben dabei eher kontraproduktiv gewirkt. Ähnlich blieben die Ansätze einer interkulturellen Erziehung, die bis zu VINK (1974) zurückverfolgt werden können, für den Geographieunterricht zunächst irrelevant.

Damit ist die Ausgangsposition für interkulturelles Lernen umrissen. Tradition, Fachverständnis und Existenzangst hatten den Geographieunterricht auf internationales Lernen festgelegt, so wie es 1974 von der UNESCO (1992: 179) in ihren sieben Leitsätzen formuliert worden ist. Das Bochumer Symposium 1991 (KROB und WESTRHENEN 1992) zur internationalen Erziehung im Geographieunterricht markierte dann den Umbruch von der Außen- zur Innenperspektive, die mit der Hinwendung zum interkulturellen Lernen verbunden ist. Ausschlaggebend war die Feststellung von MALLISON (1955, zit. n. SEITZ 1991: 8): „International education begins at home“.

4 Ziele, Inhalte und Methoden interkulturellen Lernens im Geographieunterricht

Anfang der 90er Jahre begann im Geographieunterricht eine intensivere Diskussion um die interkulturelle Erziehung und deren Umsetzung. Sie wurde beeinflusst und nicht unwesentlich erleichtert durch gleichzeitig ablaufende tiefgreifende Veränderungen in der Geographiedidaktik insgesamt. Diese Veränderungen beziehen sich auf die Ziele des Geographieunterrichts, dessen Inhalte und Methoden.

4.1 Neue Zielsetzungen

Die Diskussion um den entwicklungspolitischen Geographieunterricht verschmolz Anfang der 90er Jahre mit der Diskussion um den ökologischen Geographieunterricht. Schon früh hatte SCHMIDT-WULFFEN (1980) die Saheldürre von 1969-1973 nicht als Naturkatastrophe, sondern als Sozialkatastrophe gedeutet. Die Diskussionen nach jedem „Jahrhunderthochwasser“ am Rhein führen zu ähnlichen Schlußfolgerungen. Für die Verbindung entwicklungspolitischer und ökologischer Perspektiven war der Brundtland-Bericht (Weltkommission 1987)

wegweisend. Er geht konsequent von einer globalen Perspektive aus. Im didaktischen Verständnis hat „global“ eine doppelte Bedeutung: weltweit und ganzheitlich. Das Schweizer Forum „Schule für eine Welt“ versteht unter globalem Lernen „die Vermittlung einer globalen Perspektive und die Hinführung zum persönlichen Urteilen und Handeln in globaler Perspektive auf allen Stufen der Bildungsarbeit“ (Forum 1996: 19).

Um diesem globalen Lernen eine konkrete Richtung zu geben, wurde vorgeschlagen, den Geographieunterricht insgesamt an einem neuen Leitbild auszurichten, an der „Bewahrung der Erde“ (KROB 1991). In Hinblick auf die weiter wachsende Weltbevölkerung und den weiter wachsenden Wohlstand der Menschen könnte dieses Leitbild als rückwärtsgerichtet oder fortschrittsfeindlich angesehen werden. Es meint aber nichts anderes, als daß unter dieser Prämisse – sozusagen in einem „magischen Viereck“ – das Streben nach einem friedlichen Zusammenleben der Menschen und einer tragfähigen gesunden Umwelt mit der Dynamik von Bevölkerungswachstum und Wohlstandswachstum austariert werden muß (KROB 1995a: 160).

„Friedliches Zusammenleben“ konkretisiert sich auf verschiedenen Maßstabsebenen vom Zusammenleben kleinerer Gruppen bis hin zu Völkern, Kulturen und Machtblöcken. Es konkretisiert sich zugleich in verschiedenen Bereichen von der Würdigung kultureller Besonderheiten bis hin zur Schaffung gerechter, gleichwertiger Lebensbedingungen für alle.

4.2 Neue Inhalte

Die Diskussion um veränderte Aufgaben von Geographieunterricht und Schule hat unmittelbare Konsequenzen für die Unterrichtsinhalte: traditionelle Themen entfallen oder verändern sich, neue Themen drängen in den Lehrplan. Interkulturelles Lernen allein als Unterrichtsprinzip wirken zu lassen, birgt die Gefahr der Unverbindlichkeit in sich (AUERNHEIMER 1995: 170). Allerdings muß ein geeigneter Platz gefunden werden, um die grundlegenden Fähigkeiten zur Selbstreflexion, zur Empathie, zum Dialog und zur Solidarität auch ansprechen zu können und den Schülerinnen und Schülern zu helfen, sie zu erproben und zu entfalten (PRENGEL 1993: 184-196).

Die Veränderung traditioneller geographischer Themen läßt sich leicht an den Schulbüchern ablesen. Deutschlandthemen, Europathemen und Weltthemen werden jedoch unterschiedlich beeinflusst. Besonders aufschlußreich sind die auftretenden regionsübergreifenden Themen.

Das Einstiegskapitel in den deutschlandzentrierten Fachunterricht der 5. Klasse, das seit jeher primär der räumlichen Orientierung dient, spricht im Rahmen der Identitätssuche junger Menschen nun die subjektive Wahrnehmung des eigenen Lebensraumes an. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage nach der Herkunft der Klassenkameraden: „Woher kommst du?“ (KROß 1993: 16 f.). Das Thema über Freizeit und Reisen, das über die Erkenntnis von Raumstrukturen hinaus ein angemessenes Raumverhalten ermöglichen will, bezieht unter der Überschrift „Hilfe, die Touristen kommen ...“ die Perspektive der Bereisten ein (KROß 1993: 94 f.).

Auf der mittleren Maßstabebene kommt der Europaerziehung eine Schlüsselrolle zu. Für den geographischen Europaunterricht hat KIRCHBERG (1991: 412 f.) vier Bereiche identifiziert, von denen sich das „Thema Europa“ direkt dem Europagedanken und damit der interkulturellen Erziehung widmet, so wie sie KRÜGER-POTRATZ (1994, zit. n. AUERNHEIMER 1995: 168) in einem erweiterten Sinne versteht. Darunter läßt sich die Wahrnehmung der Vielfalt und Einheit Europas subsumieren, des europäischen Intergrationsprozesses sowie die persönliche Auseinandersetzung mit dem, was europäische Identität ausmachen könnte. Besondere Signalwirkung hatte in einzelnen Bundesländern die Behandlung der Nachbarn, die früher als „Erzfeinde“ galten, etwa der Franzosen und Polen in Niedersachsen (siehe SCHULTZE 1985: 136-155).

Interessant ist auch die verändernde Wirkung des bilingualen Unterrichts auf die Wahrnehmung Fremder. Dem Geographieunterricht fällt hierbei die Schlüsselrolle zu, weil er als erstes Sachfach bereits in der 5. Klasse einbezogen wird. WEBER (1993: 129) konnte zeigen, daß selbst die Wahrnehmung von Türken weniger rigide ist, auch wenn sie im Unterricht nicht direkt angesprochen wurden. Die Erfahrungen der UNESCO-Projektschulen haben in ähnlicher Weise interkulturelles Lernen befruchtet (VOIGT 1993).

Im Weltmaßstab drängt das Konzept von NEWIG (1986, 1997) neu in den Lehrplan, zehn große Kulturerdteile zu identifizieren und zu behandeln. Zugrunde liegt ein idealisierter, weitgehend statischer Kulturbegriff, der alltagsweltliche Bezüge ausklammert und wirtschaftlichen Betätigungen nur eine dienende Funktion zuspricht. Räumliche Andersartigkeit entsteht nicht nur durch kulturelle, sondern auch durch physische Faktoren. Didaktisch durchaus positiv ist der Versuch zu werten, von der Gleichwertigkeit der Kulturen auszugehen. Kulturelle Unterschiede werden harmonisierend gesehen, nicht als Quelle neuer Feindbilder, wie in der aufsehenerregenden Studie von HUNTINGTON (1996), der nach dem Ende des Ost-West-Konflikts an den

Nahtstellen bedeutender Weltkulturen konfliktträchtige Zusammenstöße erwartet. Allerdings spielen im Kulturerdteilkonzept Armut und Unterentwicklung mit ihren Konsequenzen für Milliarden Menschen eine eher abgehobene Rolle, wie Schulbücher aus Sachsen-Anhalt oder Bayern zeigen (APPENROTH u. a. 1996, DEURINGER 1995). So kann wohl interkulturelles Verständnis gefördert werden, aber kaum Solidarität mit den Opfern sozialer Ungerechtigkeit. Das direkte Zusammenleben mit Migranten aus den verschiedenen Kulturerdteilen bleibt ausgeklammert.

Sinnvoller scheinen Themen zu sein, die in globaler Perspektive die gegenseitige Abhängigkeit von Menschen und Regionen betonen. Überschriften wie „Unsere eine Welt“, „Ungleichheit auf der Erde – kein Naturgesetz“ (KROß 1994: 4 ff. und 76 ff.) illustrieren das. Selbst die Diskussion um eine global nachhaltige Entwicklung kann interkulturellen Zielsetzungen dienstbar gemacht werden. Besonders ergiebig ist jedoch das Migrationsthema, weil es die lokale und die globale Perspektive verbindet und das eigene Fremdheitserleben im Urlaub oder nach einem Umzug mit der Fremdheitserfahrung von Migranten verknüpfen kann. Es wird deshalb gesondert vorgestellt.

4.3 Neue Methoden

Die Veränderungen in der Schule sind nicht minder dramatisch. Mit der sich wandelnden Umwelt und den sich wandelnden Schülern (KIRCHBERG 1998) ändert sich auch das Selbstverständnis der Schule. Statt in der Tradition einer Lehranstalt zu verharren, muß sich Schule hin zu einer Lernwerkstatt entwickeln, die den Schülern Handlungsangebote macht. Die Diskussion um Handlungsorientierung weist in diese Richtung. HENTIG (1993) hat das Konzept der lernenden Schule entwickelt, in der der Rückbindung an die Lebenswirklichkeit der Schüler große Bedeutung zukommt. Dementsprechend wird in Nordrhein-Westfalen das Programm „Öffnung der Schule“ propagiert.

Ausgehend von Forschungen zur Wahrnehmung und Vorurteilsbildung und zur Ideologiehafteigkeit von Schulbüchern sind wir zunehmend für Einseitigkeiten, Defizite, ja sogar Gefahren des bisherigen Unterrichts sensibilisiert. Dabei war das Dreikomponenten-Modell der menschlichen Persönlichkeit überaus fruchtbar, um methodische Defizite im Bereich der Information, der Einstellungen und der Handlungen feststellen zu können.

Bislang dominierten kognitive Aspekte. Die Informationsvermittlung läßt sich aber weiter verbessern, indem Ethnozentrismen gezielt angesprochen und in ihrer Funktion erklärt werden, indem fremde

Menschen in ihrem Lebensraum aufgesucht werden, indem bei Vergleichen übergeordnete Gemeinsamkeiten explizit gemacht werden. Didaktisch fruchtbar ist dabei der ständige Perspektivenwechsel (RHODE-JÜCHTERN 1996). Viele Probleme der Klischeebildung lassen sich bereits vermeiden, wenn die Generalisierung so flexibel vorgenommen wird, daß der Blick auf die dahinterstehenden individuellen Fälle erhalten bleibt. Ein Ziel sollte es sein, die „Fremden“ nicht als anonyme Masse darzustellen, sondern ihnen Gesicht und Namen zu geben. Dafür bietet sich angesichts der bunten Vielfalt der Welt das exemplarische Verfahren an.

Zunehmend sind affektive Aspekte in den Vordergrund gerückt, weil ihnen eine Schlüsselfunktion bei der Identifikation und Entwicklung von Einstellungen zugeschrieben wird. Hier ist es möglich, durch „mental maps“ und „brainstorming“ die Vorurteile explizit zu machen, für Menschen in Not Anteilnahme zu schaffen und Empathie zu wecken. Für die Korrektur einseitiger Vorstellungen kann die Schule Schonräume bereitstellen und offenere Kategorisierungsschemata anbieten. Generell ist es hilfreich, das Selbstwertgefühl der Lernenden gezielt zu stärken und zur Identitätsbildung beizutragen.

Das deckt sich mit den Empfehlungen von SCHMIDT-WULFFEN (1998: 16 ff., 125 ff.), der im Entwicklungsunterricht soziale Nähe schaffen und allgemeinmenschliche Lebenssituationen ansprechen möchte. Für den Einstieg empfiehlt er die Behandlung überschaubarer Personenkreise in ihrem Alltagshandeln, die sogenannte Mikro-Ebene. Dabei bieten sich Spielsituationen an, weil sie am wenigsten durch die Leistungsansprüche belastet sind, denen die Schüler in ihrem Sozialisationsprozeß selbst unterworfen sind (TRÖGER 1993: 153). Erst dann wagt er den Sprung in die weltweite, zukunftsgerichtete strukturelle Ebene – die Makro-Ebene. Hierbei lassen sich immer wieder Querverbindungen ziehen, denn Arbeitslosigkeit oder Umweltbelastungen greifen in das Leben unserer Schüler in vergleichbarer Weise ein.

Im Rahmen der Diskussion um Handlungsorientierung ist schließlich den konkreten Aktivitäten besondere Aufmerksamkeit zu schenken. Hier ist inzwischen ein großer Fundus an Beispielen entstanden. Man kann die Lebenssituationen anderer Menschen außerhalb der Schule erkunden durch den Besuch einer Moschee, die Teilnahme an einem Nachbarschaftsfest mit den im Viertel lebenden Ausländern oder eine Spurensuche unter Anleitung ausländischer Mitschüler (KROß 1995b), man kann andere Lebenssituationen in der Schule beim Bau einer „Slumhütte“ (STEINMANN 1989) oder der Kinderarbeit (GÖBEL und GEHMEYR 1993) simulieren, man kann Begegnungen mit fremden Menschen

organisieren oder einen internationalen Meinungsaustausch per Internet durchführen (HÖLSCHER 1994), man kann schließlich die Bewältigung von Konflikten zwischen Menschen konkret einüben. Eine besonders sinnvolle Unterrichtsform dafür ist natürlich das Projekt.

Gerade durch die Einbeziehung konkreter Handlungen konnten eingefahrene Lernwege verlassen werden. In einem ganzheitlich begriffenen Lernprozeß kann jeder Lernbereich die Führung übernehmen, wobei die Erfahrung zeigt, daß konkrete Handlungsaufforderungen ein Schlüssel sein können, um die Informationsbeschaffung und Informationsaneignung zu erleichtern (KROß 1995a: 156 f.).

Die Behandlung von Einstellungen und den darauf bezogenen Handlungsmöglichkeiten erfordert eine stärkere Individualisierung des Unterrichts. Zum einen wäre die altersabhängige Entwicklung der Wahrnehmung zu berücksichtigen, zum andern die gruppenspezifisch unterschiedliche Wahrnehmung. Aber in keinem Fall ist dem Unterricht ohne überzeugende Vorbildfunktion der Lehrperson ein Erfolg sicher.

Dabei sollten die Probleme nicht übersehen werden, insbesondere in Hinblick auf die Effektivität des Unterrichts. Zunächst einmal wäre zu beachten, daß Schule nicht außerhalb der Gesellschaft steht und so Ethnozentrismus im außerschulischen Bereich die „weniger ethnozentrische Information in der Schule entwertet“ (HANSEN 1994: 102). Ohnehin sind die schulischen Lernziele sehr unspezifisch, wenn man etwa berücksichtigt, daß sie häufig noch nicht einmal interkulturell, sondern mit Blick auf die türkische Gruppe höchstens bikulturell konzipiert sind. Und selbst eine eindeutige Lernsituation wie die Begegnung ist in Hinblick auf einen Einstellungswandel schwierig zu steuern (THOMAS 1994: 229 und 237).

5 Migration als Thema für interkulturelles Lernen

Migrationsprozesse und deren Ursachen und Folgen haben den geographischen Unterricht schon lange beschäftigt. Im länderkundlichen Unterricht der Weimarer Zeit wurde als Folge der territorialen Verluste das Grenz- und Auslandsdeutschtum besonders behandelt. In ähnlicher Weise spielte in den ersten Jahren der Bundesrepublik Deutschland die Vertreibung aus dem Osten und der Verlust der Heimat dort eine besondere Rolle. Beide Male stand die von Deutschen geprägte Kulturlandschaft im Mittelpunkt.

Mit der Hinwendung zu einem allgemeingeographischen Unterricht ergaben sich seit 1970 neue Möglichkeiten zur Behandlung von Wanderungsbewegungen. Zum einen wurde die Migration im Rahmen der Erschließung neuer Räume an der Grenze der Ökumene angesprochen. Dazu gehörte die Zuwanderung in das Kolonisationsgebiet an der Transamazonica ebenso wie die Gewinnung von Arbeitskräften für die Erschließung Sibiriens (BOIS und JAHN 1977: 36 f.). Im Zusammenhang mit der aufkommenden Planungsgeographie wurde der Entwicklungsrückstand peripherer Räume untersucht, wobei der Abwanderung als einem weitverbreiteten Lebensschicksal der Menschen die Bedeutung eines Indikators zukam. Solche peripheren Räume konnten innerhalb Deutschlands liegen ebenso wie an der Peripherie Europas. Sie wurden daraufhin untersucht, ob und wie man „zurückgebliebene Gebiete fördern“ soll (BUCK u. a. 1974: 158 ff.). Die Wanderungen innerhalb Deutschlands konnten auch unter dem Aspekt der Chancengleichheit thematisiert werden (SCHULTZE u. a. 1979: 4 ff.). Periphere Räume kamen nicht nur in Europa vor, sondern auch anderswo in der Welt, besonders in Entwicklungsländern, wo durch Bevölkerungswachstum und Modernisierung Millionen Menschen zur Landflucht getrieben wurden. Die räumlichen Disparitäten und die dadurch ausgelösten Wanderungen wurden modernisierungstheoretisch als Indikator für Unterentwicklung angesehen (u. a. SCHULTZE u. a. 1976: 156-159). Im Oberstufenunterricht wird dieser Prozeß bis in die Gegenwart hinein gern mit Hilfe des „push and pull“-Modells behandelt (u. a. BENDER u. a. 1994: 379). Allen drei Beispielen ist eines gemeinsam: Das Migrationsthema ist weder originär noch autonom, es ist vielmehr Teilaspekt einer raumstrukturellen Thematik.

Erst mit der bewußten Hinwendung zu einem interkulturellen Lernen gewinnt das Migrationsthema eine eigenständige didaktische Funktion. Inzwischen haben Lehrpläne vieler Bundesländer die Verantwortung gesehen und das Migrationsthema aufgenommen, beispielsweise in Nordrhein-Westfalen (Kultusministerium 1993) und in Baden-Württemberg (Kultusminister 1993). In unterrichtspraktischen Zeitschriften und in Schulbüchern sind bereits zahlreiche Modelle für den Geographieunterricht entwickelt worden, die neue Wege weisen, z. B. RUPPERT (1994), ROTHER (1995), ROHWER (1996) und BRAMEIER (1997).

Als Beispiel soll hier die Gestaltung der Unterrichtseinheit „Menschen in Bewegung“ aus TERRA Erdkunde Realschule 7/8 für Nordrhein-Westfalen vorgestellt werden, die folgende Themen umfaßt: „Deutschland – ade!“, „Das Ruhrgebiet als ‚neues Amerika‘“, „Mein Freund ist Ausländer“, „Auslän-

der bei uns – eine Erkundung“, „Arbeitssuche – weltweit“, „Die Flucht in die Städte“, „Menschen auf der Flucht“, „Orientieren und Üben“ (KROB 1994: 126-145).

Der Lehrplan hatte dafür folgende Qualifikation vorgesehen: „Die Schülerinnen und Schüler sollen die Fähigkeit und Bereitschaft entwickeln, anderen Menschen, fremden Völkern und Kulturen in dem Bewußtsein zu begegnen, daß offene, vorurteilsfreie Kontakte und solidarisches Handeln zum Abbau von Disparitäten beitragen und das gewaltfreie, friedliche Zusammenleben aller fördern“. Die didaktische Orientierung für das entsprechende Themenfeld forderte: „Schülerinnen und Schüler erleben an ihrem Wohnort und im Nahraum die Auswirkungen der Wanderungsbewegungen. Über die Medien erhalten sie zudem Informationen über Menschen, die in Deutschland Wohnung und Arbeit suchen. Vor diesem Hintergrund ist es auch eine Aufgabe des Geographieunterrichts, über die Veränderungen aufzuklären und Schülerinnen und Schüler bereit zu machen und zu befähigen, sich auf der Grundlage der Menschenrechte für ein friedliches Zusammenleben mit anderen einzusetzen. Begegnungen mit anderen Kulturen können die Identitätsentwicklung fördern und die Einfühlung in Lebensformen anderer Kulturen ermöglichen“ (Kultusministerium 1993: 41 und 100).

Im Mittelpunkt des Unterrichts hat also der Fremde zu stehen, den unterschiedliche Motive zum Verlassen seiner Heimat und zur Wanderung genötigt haben. Im Grunde kann jeder dieser Fremde sein, denn wir alle sind in einer sehr mobil gewordenen Umwelt fast permanent auf Wanderung – auf der Suche nach Erholung oder Erfüllung im Urlaub, auf der Suche nach einem Arbeitsplatz, auf der Suche nach einem Alterswohnsitz. Der Unterricht hat dabei mit dem Problem fertig zu werden, daß wir trotz all unserer Wanderungserfahrungen den aus der Ferne zu uns Zuwandernden mit so starken Vorurteilen begegnen. Die Barriere dieser Vorurteile, die politisch gern instrumentalisiert werden, muß unterrichtlich zunächst einmal überwunden werden.

Der Themenblock beginnt deshalb mit einer „Verfremdung“: Er stellt die Auswanderung von Deutschen nach Nordamerika dar. Sie läßt sich eng verknüpfen mit den Wanderungen innerhalb des früheren Deutschen Reiches im Rahmen der Industrialisierung und Verstädterung. An beiden Themen lassen sich Ursachen und Strukturen von Wanderungen und Schicksale von Migranten exemplarisch erarbeiten, ohne daß gleich Vorurteile mobilisiert würden. Erst danach wird der Bogen zur aktuellen, heiß diskutierten Zuwanderung nach Deutschland geschlagen. Ansatzpunkte hierbei sind die ausländischen Mitschüler, die von ihrem persönlichen Schicksal berichten und damit die häufig sehr all-

gemein geführte Diskussion konkretisieren und personifizieren helfen. Ähnliches gilt für die Erkundung von Spuren ausländischer Mitbürger im Nahraum.

Der zweite Teil des Themenblocks macht dann deutlich, daß das Leben mit Zuwanderern kein spezifisch deutsches Schicksal ist, sondern eine globale Herausforderung. Die Lebenschancen auf dem Globus sind sehr ungleich verteilt, und immer wieder und immer häufiger werden Menschen durch politische Konflikte, ökonomische Krisen oder ökologische Katastrophen aus ihrer Heimat vertrieben. Von besonderer Brisanz für die Zukunft ist der Prozeß der Metropolisierung, des gigantischen Stadtwachstums in der Dritten Welt. Möglicherweise werden die Metropolen dort ihre Auffang- und Entlastungsfunktion im Migrationsprozeß nicht dauerhaft erfüllen können. Dann könnte die Wanderung ungebremst weitergehen – in die Industrieregionen und Verdichtungsräume der Ersten Welt. So gesehen handelt es sich bei den bisher bei uns eingetroffenen Zuwanderern aus der Dritten Welt nur um die Vorhut.

Trotz vieler apokalyptischer Äußerungen zu „Bevölkerungsexplosion“ und „neuer Völkerwanderung“ sollte der Unterricht jede unnötige Dramatisierung der Probleme vermeiden und die Schülerinnen und Schüler nicht mit Katastrophenszenarien entmutigen. Vielmehr sollten sie im Rahmen des globalen Lernens aufgefordert werden, konkrete Verhaltensformen zu bedenken und möglichst zu erproben, um in dem Lebensbereich, der von ihnen mitverantwortet ist, dafür zu sorgen, daß sich einerseits die Wohlstandsgegensätze auf dem Globus nicht weiter verschärfen und andererseits die Umweltbedingungen nicht weiter verschlechtern. Beide Prozesse beschleunigen und verstärken nämlich die Wanderungen. Zugleich könnten sie lernen, sich für eine rasche Integration von Zuwanderern einzusetzen und jeder Form von Benachteiligung oder gar Diskriminierung entgegenzutreten. Den Schülerinnen und Schülern muß die Chance gegeben werden, ihre vielfach noch unfertigen Urteile zu schärfen, zu prüfen und gegebenenfalls zu korrigieren. Dafür ist ein offener Unterricht erforderlich. Er sollte sich von Anfang an an den Menschenrechten orientieren, so wie sie in unserem Grundgesetz verankert sind.

Grundlegend sind die Einsichten zum Bevölkerungswachstum und demographischen Übergang, zu Wanderungsmotiven und Wanderungsabläufen, zu unterschiedlichen Formen der Integration und Segregation von Migranten (siehe u. a. BÄHR 1997). Sicherlich sind solche bevölkerungsgeographischen Tatbestände noch fundierter einzubeziehen, als es bisher geschehen ist.

Es geht aber um mehr, denn schon damals, als über das Auslandsdeutschtum oder die Vertreibung

unterrichtet wurde, sollte ganz selbstverständlich die persönliche Anteilnahme geweckt werden. Damit war sicherlich auch die Erwartung verbunden, daß die Schülerinnen und Schüler sich für die angesprochene Sache engagieren sollten. Selbst als im Rahmen der Raumordnungspolitik und der Entwicklungspolitik Wanderungen thematisiert wurden, galt es, neben der Anteilnahme für das Schicksal einzelner Migranten Verständnis für die Notwendigkeit von Raumplanung oder Entwicklungshilfe zu wecken. Für eine Umverteilung zugunsten Benachteiligter sollte „geworben“ werden. Dieses Ziel hat seine Relevanz keineswegs eingebüßt.

Die explizite Betonung der Handlungsdimension ist allerdings neu. Ohne Einbeziehung dieser Handlungsdimension ist das emotional hoch besetzte Thema nicht angemessen zu bewältigen. Ein Vorteil der Schule ist ja, daß sie Freiräume für die Reflexion und Erprobung neuer Verhaltensweisen anbieten kann. Das muß keineswegs kontrovers sein, wie die bereits genannten Beispiele belegen.

Der Unterricht hat also Kopf, Herz und Hand gleichermaßen anzusprechen. In der jüngsten Empfehlung der Kultusministerkonferenz zur interkulturellen Bildung und Erziehung heißt es entsprechend: „Eine besondere Bedeutung kommt dabei der Selbstreflexion, der kritischen Beobachtung des eigenen Standpunktes und des eigenen Handelns zu“ (Sekretariat 1996: 8).

Da wir nicht für die Schule, sondern für das Leben lernen, kommen wir um eine Ausweitung des Migrationsthemas kaum herum. Es ist eines der brisantesten Gegenwarts- und Zukunftsthemen. Es wird in der Öffentlichkeit, im Elternhaus und im Freundeskreis überaus kontrovers diskutiert, so daß viele Fragen offen sind. Z. B. ist bereits absehbar, daß durch die Dynamik des Bevölkerungswachstums in Verbindung mit dem Wirtschaftswachstum die Tragfähigkeit der Erde gefährdet und die sozioökonomischen Gegensätze auf der Erde verschärft werden. Die weltweiten Migrationsprozesse dürften entsprechend zunehmen. Schon werden sie als ein Globalisierungsphänomen gedeutet, das für uns alle eine Veränderung unserer Verhaltensweisen mit sich bringt (BECK 1997: 131 ff.). Hier kann sich der Geographieunterricht durch die Quantität und Qualität der vermittelten Lebenshilfen bewähren.

6 Schluß

Ursprünglich ging es dem Geographieunterricht um den Abbau von Vorurteilen und die Vermeidung von Konflikten zwischen Staaten, dann um den Ab-

bau von Vorurteilen und die Vermeidung von Konflikten zwischen Volksgruppen bzw. Menschengruppen unterschiedlicher Herkunft, nun wird noch spezifischer der Abbau von Vorurteilen und die Vermeidung von Konflikten zwischen Menschen verschiedener Herkunft in einem Land, in einer Stadt und sogar in einer Schulklasse gefordert. Allerdings wird der Geographieunterricht nicht die mit dem Kulturkontakt, dem Assimilationsprozeß und dem Einstellungswandel verbundenen sozialen und psychologischen Aspekte direkt behandeln können, auch wenn sie für ihn wichtig sind, um die eigenen Unterrichtsthemen besser strukturieren und den Lehrkräften Hilfestellung bei der Realisierung der Unterrichtsvorschläge bieten zu können.

Der Umgang mit Vorurteilen ist schon schwierig genug. Vorurteile können den konfliktfreien, ungezwungenen Umgang von Menschen unterschiedlicher Herkunft behindern, aber es ist schlecht möglich, Vorurteile durch „richtige“ Urteile ersetzen zu wollen. Es ist nur möglich, Vorurteile bewußt zu machen und in Hinblick auf ihre Entstehung, Funktion und Wirkung zu analysieren (siehe u. a. SCHÄFER und SIX 1978). Noch schwieriger wird die Auseinandersetzung mit unseren Vorurteilen, wenn diese sich gegen den Nächsten in der Klasse oder der Nachbarschaft richten. Dabei werden tief wurzelnde Ängste vor dem Dunklen, Fremden in uns selber wachgerufen. Dem interkulturellen Geographieunterricht stellt sich dabei ein doppeltes Problem.

Zum einen führte die Diskussion um Vorurteile und deren Ursachen und Auswirkungen zu der Erkenntnis, daß man das „Fremde“ besser aushalten kann, wenn man sich seiner selbst gewiß ist und eine gefestigte Identität besitzt. So wurde es auch ein Ziel, die Identität der deutschen Schülerinnen und Schüler so zu entwickeln, daß sie mit der nötigen Sensibilität und Gelassenheit die interkulturelle Verständigung suchen können. Im Geographieunterricht geht es dabei um regionale Identität. Dieses Motiv wird gegenwärtig gern als Begründung herangezogen, um Deutschland, vielfach sogar das eigene Bundesland, wieder früher und zentraler im Unterricht berücksichtigen zu können und alles Außerdeutsche in höhere Klassenstufen zu verschieben. Dennoch kommt man nicht um die Frage herum, ob zu dieser Heimat auch „Fremde“ gehören, die möglicherweise schon Jahre dort „zu Hause“ sind. Eine solche – aufgeklärte – Position würde es ermöglichen, Nähe und Ferne in einem dialektischen Prozeß parallel von Anfang an zu behandeln (GRAUMANN 1998). Eine solche Verschränkung von Nah- und Fernthemen trägt bereits dazu bei, die Identitätsfindung differenzierter anzulegen und interkulturelles Lernen besser zu fundieren.

Zum andern stellt sich die Frage, ob im Umgang mit dem Fremden eher die Differenz oder die Ähn-

lichkeit zu betonen ist. Dem traditionellen Geographieunterricht ist es aus seinem Selbstverständnis heraus schlecht möglich, das Fremde bzw. den Fremden seiner Fremdheit zu entkleiden und nur noch das Verbindende zu sehen. So spiegelt das bereits erwähnte Konzept der Kulturerdteile die große Differenzierung menschlichen Lebens auf dem Globus. In einem anderen Konzept wird die Auffassung des entwicklungspolitischen Geographieunterrichts übernommen, daß gerade vergleichbare Lebenssituationen thematisiert werden sollten, um die unterschwellig wirkenden eurozentrischen Maßstäbe außer Kraft zu setzen (TRÖGER 1993: 153 f.). Selbst dann bliebe immer noch hinreichend Fremdheit, die als Herausforderung für die Selbstfindung und als Aufforderung zu einer Rollenerweiterung zu begreifen wäre. Entsprechend muß die Wahrnehmung des Fremden kontinuierlich ausgeweitet und immer wieder am Eigenen gespiegelt werden, um das Fremde begreifbar zu machen – nach dem Motto „Wie bei uns – nur ganz anders“.

Es dürfte deutlich geworden sein, welche Potentiale der Geographieunterricht für eine interkulturelle Erziehung besitzt. Aber zugleich dürfte deutlich geworden sein, daß im Geographieunterricht als einem Fachunterricht nur ein Beitrag zur interkulturellen Erziehung geleistet werden kann, denn seine eigentlichen Ziele und Aufgaben sind breiter angelegt. So läßt sich das interkulturelle Lernen als ein Teilaspekt des sozialen Lernens begreifen, das sich von der Kommunikations- und Handlungsfähigkeit bei räumlichen Planungsprozessen bis hin zum Engagement für entwicklungspolitische Zielsetzungen spannen kann. Gleichberechtigt daneben steht das ökologische Lernen, das auf einen schonenden Umgang mit den Ressourcen ausgerichtet ist und das ähnlich komplex und kompliziert ist wie das soziale Lernen.

Gerade weil sich der Geographieunterricht in besonderem Maße dem sozialen und ökologischen Lernen verpflichtet fühlt und die engen Grenzen kennt, die sich aus den Möglichkeiten eines Zweistundenfachs ergeben, ist er offen für überfachliches bzw. fächerverbindendes Arbeiten.

7 Literatur

- AUERNHEIMER, GEORG: Einführung in die interkulturelle Erziehung. - Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 2. Auflage 1995.
- APPENROTH, ECKHARD et al.: TERRA Geographie 7/8 Sekundarschule Sachsen-Anhalt. - Gotha, Stuttgart: Klett-Perthes 1996.

- BÄHR, JÜRGEN: Bevölkerungsgeographie. - Stuttgart: Eugen Ulmer, 3. Auflage 1997 (UTB-Taschenbücher 1249).
- BECK, ULRICH: Was ist Globalisierung? - Frankfurt a.M.: Suhrkamp 1997 (= Edition Zweite Moderne).
- BENDER, HANS-ULRICH u. a.: Fundamente. Geographisches Grundbuch für die Sekundarstufe II. - Stuttgart usw.: Klett-Perthes 1994.
- BIRKENFELD, HERBERT, ROBERT GEIPEL und HEDDA JUNGFER: Gastarbeiterkinder in einer deutschen Großstadt. - München: RCFP – Raumwissenschaftliches Curriculum-Forschungsprojekt 1978 (= RCFP-Materialien zu einer neuen Didaktik der Geographie 11).
- BIRKENHAUER, JOSEF: Friedenspädagogischer Erdkundeunterricht: „Sie sind faul und dumm“. - Geographie im Unterricht 8 (1983) 7: 280-285.
- BISCHOF-KÖHLER, DORIS: Spiegelbild und Empathie. Die Anfänge der sozialen Kognition. - Bern: Huber, 1989.
- BOIS, HOLGER DU und GERT JAHN (Hrsg.): List Geographie 7/8. - München: Paul List 1977.
- BRAMEIER, ULRICH (Hrsg.): Migration. - Praxis Geographie 27 (1997) 2: 3-44.
- BUCK, LOTHAR, u. a.: Geographie, 7. und 8. Schuljahr. - Stuttgart: Ernst Klett 1972.
- BUCK, LOTHAR, u. a.: Geographie 7. und 8. Schuljahr. Elemente zur Unterrichtsplanung. - Stuttgart: Ernst Klett 1973.
- BUCK, LOTHAR u. a.: Geographie, 9. und 10. Schuljahr. - Stuttgart: Ernst Klett 1974.
- DEURINGER, LORENZ (Hrsg.): TERRA Erdkunde 8 Gymnasium Bayern. - Gotha, Stuttgart: Klett-Perthes 1995.
- ENGEL, JOACHIM: Afrika im Schulbuch unserer Zeit – eine vergleichende Untersuchung deutscher und ausländischer Erdkundebücher unter erziehungswissenschaftlichen und unter fachlichen, vorwiegend wirtschaftlich-sozialgeographischen Aspekten. - Hamburg 1972: Fundament Verlag Sasse (= Schriften der Stiftung Europa-Kolleg Hamburg 19).
- ENGELHARD, KARL und CHRISTIAN WILMSEN: Didaktische Leitlinien für die entwicklungspolitische Bildung und Informationstätigkeit. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Dritte Welt und Entwicklungspolitik. - Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung 1986: 131-150 (= Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung 241).
- FILIPP, KARLHEINZ: Geographieunterricht und Friedenserziehung. In: CALLIEB, JÖRG und REINHOLD E. LOB (Hrsg.): Handbuch Praxis der Umwelt- und Friedenserziehung, Band III. - Düsseldorf: Schwann 1988: 258-265.
- FOHRBECK, KARLA, ANDREAS J. WIESAND und REINATE ZAHAR: Heile Welt und Dritte Welt. - Opladen: Leske 1971 (= Arbeitsplatz Schule 1).
- Forum „Schule für eine Welt“: Globales Lernen. Anstöße für die Bildung in einer vernetzten Welt. - Jona (Schweiz): Forum „Schule für eine Welt“ 1996.
- GEIGER, MICHAEL: Räumliche Bezugsebenen des Geographieunterrichts. - Praxis Geographie 20 (1990) 4: 14-17.
- GÖBEL, RÜDIGER und ANDREAS GEHMEYR: Arbeiten wie Kinder in Indien. - Geographie heute 14 (1993) 108: 22-24.
- GRAUMANN, CARL F.: Zur Sozialpsychologie der Identitätsbildung. In: GEBHARDT, HANS, GÜNTER HEINRITZ und REINHARD WIESSNER (Hrsg.): Europa im Globalisierungsprozeß von Wirtschaft und Gesellschaft. - Stuttgart: Franz Steiner 1998: 188-195 (= Deutscher Geographentag, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen 51, Bd. 1).
- GROTELÜSCHEN, WILHELM: Die Stufen des Heimatkunde- und Erdkundeunterrichts in der Volksschule. - Die Deutsche Schule 57 (1965): 366-370.
- HAAS, MONIKA: Von der Völkerversöhnung und Völkerverständigung zur interkulturellen Erziehung. Eine historisch-hermeneutische Untersuchung geographiedidaktischer Konzepte. - Frankfurt a.M.: Peter Lang 1998 (= Europäische Hochschulschriften 759).
- HAHN, ROLAND (Hrsg.): Unser Planet. Geographie für das 5. und 6. Schuljahr. - Braunschweig: Westermann 1979.
- HANSEN, GEORG: Reduzierung von Fremdenfeindlichkeit in Bildungsinstitutionen? In: Thomas, Alexander (Hrsg.): Psychologie und multikulturelle Gesellschaft. Problemanalysen und Problemlösungen. - Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie 1994: 100-105.
- HARMS, HEINRICH: Fünf Thesen zur Reform des geographischen Unterrichts. In: SCHULTZE, ARNOLD (Hrsg.): 40 Texte zur Didaktik der Geographie. - Gotha: Justus Perthes 1996: 68-71 (= Pädagogische Schriften 3).
- HAUSMANN, WOLFRAM (Hrsg.): Welt und Umwelt. Geographie für die Sekundarstufe I, 7. und 8. Schuljahr. - Braunschweig: Westermann 1973.
- HAUSMANN, WOLFRAM (Hrsg.): Welt und Umwelt. Geographie für die Sekundarstufe I, 9. und 10. Schuljahr. - Braunschweig 1975.
- HECK, KARL: Die Ostfeste. - Stuttgart: Klett, 7. Auflage 1955 (= Länder und Völker 3).
- HENTIG, HARTMUT VON: Die Schule neu denken. - München: Hauser 1993.
- HETTNER, ALFRED: Die Einheit der Geographie in Wissenschaft und Unterricht. - Berlin: Ernst

- Siegfried Mittler und Sohn 1919 (= Geographische Abende im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht 1).
- HILLERS, ELFRIEDE: Afrika in europäischer Sicht. - Braunschweig: Georg-Eckert-Institut für internationale Schulbuchforschung 1984 (= Studien zur Schulbuchforschung 38).
- HÖLSCHER, PETRA (Hrsg.): Interkulturelles Lernen. Projekte und Materialien für die Sekundarstufe I. - Frankfurt a.M.: Cornelsen Scriptor 1994.
- HUNTINGTON, SAMUEL P.: Kampf der Kulturen. - München, Wien: Europaverlag 1996.
- KIRCHBERG, GÜNTER: Europa – eine Herausforderung für den Geographieunterricht. - Zeitschrift für den Erdkundeunterricht 43 (1991) 12: 410-414.
- KIRCHBERG, GÜNTER: Veränderte Jugendliche – unveränderter Geographieunterricht? - Praxis Geographie 28 (1998) 4: 24-29.
- KROß, EBERHARD: Entwicklungstheorien und Entwicklungsprobleme im Geographieunterricht. - Geographische Rundschau 35 (1983): 346-351.
- KROß, EBERHARD (Hrsg.): TERRA Erdkunde 5/6 Realschule Nordrhein-Westfalen. - Stuttgart usw.: Klett Perthes 1993.
- KROß, EBERHARD (Hrsg.): TERRA Erdkunde 7/8 Realschule Nordrhein-Westfalen. - Stuttgart usw.: Klett Perthes 1994.
- KROß, EBERHARD: Umwelt und Entwicklung aus der Sicht der Geographiedidaktik. In: ENGELHARD, KARL (Hrsg.): Umwelt und Entwicklung. Eine Herausforderung für Wissenschaft, Politik und Schule. - Münster, New York: Waxmann 1995a: 149-162 (Schriften der Arbeitsstelle „Eine Welt/Dritte Welt-Initiativen“).
- KROß, EBERHARD: Die ganze Welt in unserer Stadt. - Geographie heute 16 (1995b) 134: 20-22.
- KROß, EBERHARD: Entwicklungsländer im Erdkundeunterricht heute. - Geographische Rundschau 51 (1999) 1: 38-43.
- KROß, Eberhard und JOHAN VAN WESTRHENEN (Hrsg.): Internationale Erziehung im Geographieunterricht. - Nürnberg: Hochschulverband für Geographie und ihre Didaktik 1992 (= Geographiedidaktische Fortschungen 22).
- Kultusminister des Landes Baden-Württemberg (Hrsg.): Lehrplan Erdkunde Realschule. - Stuttgart: Kultusministerium 1993.
- Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen (Hrsg.): Richtlinien und Lehrpläne für die Realschule in Nordrhein-Westfalen – Erdkunde. - Frechen: Verlagsgesellschaft Ritterbach 1993.
- NEWIG, JÜRGEN: Drei Welten oder eine Welt: Die Kulturerdteile. - Geographische Rundschau 38 (1986): 262-267.
- NEWIG, JÜRGEN: Die Bedeutung des Prinzips „Vom Nahen zum Fernen“ zur Strukturierung des Erdkundeunterrichts. - Zeitschrift für den Erdkundeunterricht 45 (1993) 1: 28-32 und 45 (1993) 2: 72-76.
- NEWIG, JÜRGEN: Die Kulturerdteile. Zur Arbeit mit der Wandkarte und dem Poster der Kulturerdteile. - Gotha, Stuttgart: Klett-Perthes 1997.
- PRENGEL, ANNECORE: Pädagogik der Vielfalt. Verschiedenheit und Gleichberechtigung in interkultureller, feministischer und integrativer Pädagogik. - Opladen: Leske + Budrich 1993 (= Schule und Gesellschaft 2).
- REINHARDT, KARL HEINZ: Der Beitrag der Geographie zur Friedenserziehung. - Geographie in der Schule (1982) 24: 4-6.
- RHODE-JÜCHTERN, TILMAN: Welt-Erkennen durch Perspektivenwechsel. - Praxis Geographie 26 (1996) 4: 4-9.
- ROHWER, GERTRUDE (Hrsg.): Interkulturelles Lernen. - Geographie heute 17 (1996) 141: 3-45.
- ROTHER, LOTHAR (Hrsg.): Interkulturelles Lernen im Geographieunterricht. - Praxis Geographie 25 (1995) 7/8: 4-42.
- RUPPERT, HELMUT (Hrsg.): Migration in Europa. - Geographie heute 15 (1994) 123: 3-47.
- SCHÄFER, Bernd und BERND SIX: Sozialpsychologie des Vorurteils. - Stuttgart usw.: W. Kohlhammer 1978 (= Urban-Taschenbücher 207).
- SCHMIDT-WULFFEN, WULF-DIETER: Die Dürre im Sahel. - Geographie heute 1 (1980) 1: 24 und 41-48.
- SCHMIDT-WULFFEN, WULF-DIETER: 10 Jahre entwicklungstheoretischer Diskussion. Ergebnisse und Perspektiven für die Geographie. - Geographische Rundschau 39 (1987): 130-135.
- SCHMIDT-WULFFEN, WULF-DIETER.: Leben in Afrika – (k)ein Kinderspiel? Lebensverhältnisse und Visionen afrikanischer Jugendlicher. Ein Arrangement für einen interkulturellen Projektunterricht in der 5. bis 8. Schulstufe. - Wien: Institut für Geographie der Universität Wien 1998 (= Materialien zur Didaktik der Geographie und Wirtschaftskunde 14).
- SCHMITT, RUDOLF (Hrsg.): Dritte Welt in der Grundschule. - Frankfurt a. M.: Arbeitskreis Grundschule 1989.
- SCHMITT, RUDOLF: „Soziale Nähe“ als didaktisches Prinzip im Globalisierungsprozeß. In: GEBHARDT, HANS, GÜNTER HEINRITZ und REINHARD WIESSNER (Hrsg.): Europa im Globalisierungsprozeß von Wirtschaft und Gesellschaft. - Stuttgart: Franz Steiner 1998: 196-202 (= Deutscher Geographentag, Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen 51, Bd. 1).
- SCHNASS, FRANK: Der Erdkundeunterricht. - Bonn usw.: Dürrsche Buchhandlung 1953.
- SCHULTZE, ARNOLD: Allgemeine Geographie statt Länderkunde! - Geographische Rundschau 22

- (1970): 1-10.
- SCHULTZE, ARNOLD u. a.: Geographie für Hauptschulen, 7. bis 9. Schuljahr. - Stuttgart: Ernst Klett 1976.
- SCHULTZE, ARNOLD u. a.: TERRA Geographie 9. und 10. Schuljahr, Ausgabe B. - Stuttgart: Klett 1979
- SCHULTZE, ARNOLD u. a.: TERRA Geographie 5. und 6. Schuljahr, Ausgabe B. - Stuttgart: Klett 1981.
- SCHULTZE, ARNOLD u. a.: TERRA Geographie 9. und 10. Schuljahr für Gymnasien in Niedersachsen. - Stuttgart: Klett 1985.
- SEITZ, KLAUS: Erziehung zur Einen Welt. Zur Vorgeschichte eines entwicklungspolitischen Mythos. - Zeitschrift für Entwicklungspädagogik 14 (1991) 4: 2-10 und 15 (1992) 1: 18-27.
- Sekretariat der Ständigen Konferenz der Kultusminister der Länder der Bundesrepublik Deutschland (Hrsg.): Empfehlung „Interkulturelle Bildung und Erziehung in der Schule“ lt. Beschluß der Kultusministerkonferenz vom 25.10.1996
- STEINMANN, WILHELM: Einmal leben wie in der „Dritten Welt“. - Geographie heute 10 (1989) 75: 11-13.
- THOMAS, ALEXANDER: Können interkulturelle Begegnungen Vorurteile verstärken? In: THOMAS, ALEXANDER (Hrsg.): Psychologie und multikulturelle Gesellschaft. Problemanalysen und Problemlösungen. - Göttingen: Verlag für Angewandte Psychologie 1994: 227-238.
- TRÖGER, SABINE: Das Afrikabild bei deutschen Schülerinnen und Schülern. Saarbrücken und Fort Lauderdale: - Breitenbach 1993 (Sozialwissenschaftliche Studien zu internationalen Problemen 186).
- UNESCO: Empfehlung über die Erziehung zu in-
 ternationaler Verständigung und Zusammenar-
 beit und zum Weltfrieden sowie die Erziehung
 im Hinblick auf die Menschenrechte und Grund-
 freiheiten. In: KROß, EBERHARD und JOHAN VAN
 WESTRHENEN (Hrsg.): Internationale Erziehung
 im Geographieunterricht. - Nürnberg 1992: 177-
 190 (Geographiedidaktische Forschungen 22).
- VINK, JAN: Außerschulische Fördermaßnahmen für
 ausländische Kinder. In: MÜLLER, HERMANN
 (Hrsg.): Ausländerkinder in deutschen Schulen. -
 Stuttgart: Klett 1974: 127-142.
- VOGEL, ALFRED: Der Bildungswert des Erdkunde-
 unterrichts in der Volksschule. Ratingen bei
 Düsseldorf: Henn, A. 1967 (= Heidelberger Stu-
 dien zur Erziehungswissenschaft).
- VOIGT, GERHARD: Interkulturelle Erziehung im
 Geographieunterricht und in der politischen Bil-
 dung. - Zeitschrift für den Erdkundeunterricht 45
 (1993) 7/8: 254-259.
- VOLKMANN, HARTMUT: Die Berücksichtigung der
 Gastarbeiter-Heimatländer im Geographieunter-
 richt. - 44. Deutscher Geographentag, Tagungs-
 bericht und wissenschaftliche Abhandlungen. -
 Wiesbaden, Stuttgart: Franz Steiner 1984: 349-
 352.
- WAGNER, JULIUS: Der geographische Unterricht
 nach dem zweiten Weltkrieg mit besonderer Be-
 rücksichtigung der Volksschule. - Lebendige
 Schule 12 (1957) 1: 11-21.
- WEBER, ROBERT: Bilingualer Erdkundeunterricht
 und internationale Erziehung. - Nürnberg:
 Selbstverlag des Hochschulverbandes für Geo-
 graphie und ihre Didaktik 1993 (= Geographie-
 didaktische Forschungen 23).
- Weltkommission für Umwelt und Entwicklung: Un-
 sere gemeinsame Zukunft. - Greven: Eggenkamp
 1987.

Prof. Dr. Eberhard Kroß
 Geographisches Institut, Ruhr-Universität Bochum
 44780 Bochum

JOCHEN BARTH

Ein interkulturelles Projekt im Geographieunterricht: „Wanderungsgeschichten aus Bingen“ – Schülerinnen erkunden die Lebensgeschichte von Migranten am Schulort

1 Fachdidaktische Vorüberlegungen zum Projekt: „Wanderungsgeschichten aus Bingen“

Das Projekt „Wanderungsgeschichten aus Bingen“ wurde in einer 10. Klasse der Hildegardisschule in Bingen durchgeführt¹. Schülerinnen der Hildegardisschule, einem katholischen Mädchengymnasium, haben in der Regel weniger Kontakt zu ausländischen Mitschülerinnen und Mitschülern wie an einer staatlichen Schule. Nach ROTHER ist gerade in Klassen ohne nennenswerten Ausländeranteil „Kulturoffenheit und interkulturelles Lernen“ zu praktizieren (ROTHER 1995: 6). Hier setzte das Unterrichtsprojekt an. Interviews mit Migranten sollten den Schülerinnen die Ziele interkulturellen Lernens näherbringen. Hierzu zählen die Fähigkeit zur Begegnung mit Menschen aus anderen Kulturkreisen und die Einübung von „globaler Empathie, Toleranz und Solidarität“ im Sinne einer „internationalen Friedenserziehung“ (ROTHER 1995: 4).

1.1 Interkulturelles Lernen soll zur Begegnung mit Menschen aus anderen Kulturen befähigen

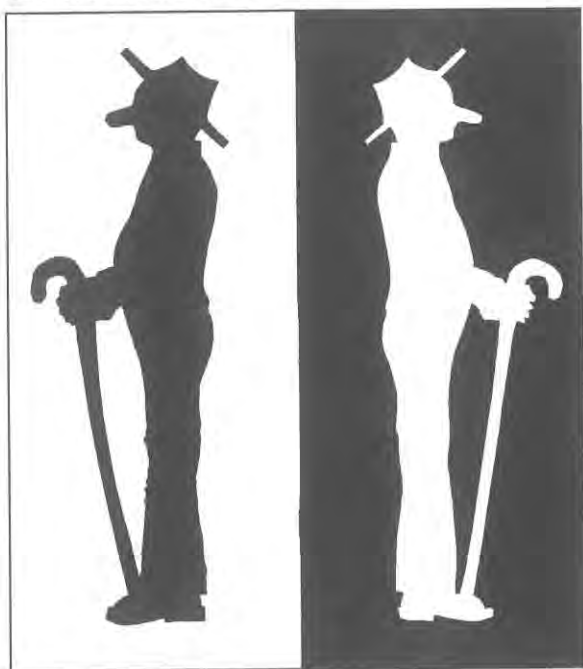
Der Scherenschnitt (Abb. 1) illustriert das Plakat zweier Schülerinnen über die Geschichte einer Migrantin aus Polen. Dargestellt sind die Deutschen aus Sicht der Polin:

„Die beiden Deutschen bezeichnen sich als Freunde, doch in Wirklichkeit wissen sie nicht viel voneinander. Jeder geht seine eigenen Wege, keiner macht sich die Mühe sich vollends auf den anderen einzulassen. Nach Ansicht der Polin sind Deutsche in großem Maße desinteressiert und gleichgültig bezüglich dem Wohlergehen ihrer Mitmenschen.“ (Auszug aus dem Plakat von Anne und Catherine)

„Interkulturelles Lernen befaßt sich mit dem Fremden und Andersartigen im Alltag unserer multikulturellen Gesellschaft“ (ROTHER 1995: 4). Das einführende Beispiel zeigt, dass die Auseinandersetzung mit fremden Kulturen zur kritischen Reflexion der eigenen Kultur beiträgt. Nur wenn Jugendliche „mit ihren eigenen Erfahrungen bewußt reflektierend umgehen“, sind sie auch bereit, „auf fremde Menschen anderer Lebenswelten offener zuzugehen und neugierig deren Lebenslösungen als Alternative anzuerkennen“ (TRÖGER 1994: 12).

¹ In die nachfolgende Beschreibung der Unterrichtsreihe sind bereits konkrete Anregungen und Verbesserungsvorschläge der Schülerinnen sowie der Teilnehmer der Lehrerfortbildungsveranstaltung eingearbeitet.

Abb. 1: Zwei deutsche Freunde



1.2 Interkulturelles Lernen als Beitrag zur internationalen Friedenserziehung

Das 20. Jahrhundert war das „Jahrhundert der Flüchtlinge“. Das Thema internationale Migration besitzt in allen Zielländern politische Brisanz. Die aktuelle Diskussion um Einwanderungsgesetz und Zuwanderung in Deutschland stellt nur eine Facette dieses globalen Problemfeldes dar. Ziel interkulturellen Lernens im Geographieunterricht sollte es sein, die aktuelle Diskussion um die Zuwanderung mit wissenschaftlich fundierten Erkenntnissen über Migrationsprozesse zu verknüpfen. Ein vertieftes Verständnis der Migrationsbewegungen bildet die Basis für eine globale Friedenserziehung.

Die Aktualität des Themas sollte die Schülerinnen auf der affektiven Ebene ansprechen. Es wäre jedoch problematisch, würde man auf dieser Ebene stehenbleiben und nur Empfindungen im Unterricht thematisieren. So fordert KROß, dass gerade durch den „Rückbezug auf Daten und Theorien zu Ursachen, Strukturen und Folgen des Migrationsprozesses“ der Fachunterricht der weiterführenden Schulen in eine Dimension vorrückt, „die für ein vertieftes Verständnis von Migrationsprozessen und deren nüchterne politische Bewertung unabdingbar ist“ (KROß 1998: 146 f.).

1.3 Annäherung an das Thema Migration über Lebensgeschichten von Migranten

Die Unterrichtsreihe zum Thema Migration stellte konkrete Menschen unterschiedlicher Herkunft in den Mittelpunkt. Ausgangspunkt waren nicht abstrakte Wanderungsprozesse oder anonyme Migrantengruppen (vgl. KROß 1998: 146). Jeder einzelne Migrant hat seine ganz persönliche Lebensgeschichte zu erzählen. Diese wurden im Unterricht thematisiert, um bei den Schülerinnen Verständnis für die Situation der Einwanderer zu fördern.

Dazu war es notwendig, den Kontakt zwischen Schülerinnen und Migranten zu ermöglichen. Die direkte Konfrontation mit dem Fremden sollte „vor Ort, in der Lebenswelt der Schüler beginnen“ (ROTHER 1995: 5). Ideal wäre, bei ausländischen Mitschülern anzusetzen. Da die Hildegardisschule nur von wenigen ausländischen Schülerinnen besucht wird, war es notwendig, Kontakt zu gesellschaftlichen Institutionen am Schulort aufzunehmen. In Bingen sind dies z. B. der Ausländerbeirat, der Deutsch-internationale Freundeskreis und die Flüchtlingsbetreuung der Caritas. Über diese Einrichtungen kam ich an Adressen von Migranten. Die Vertreter dieser Institutionen konnten mir auch mitteilen, wer besonders offen für Interviews ist und erste Kontakte herstellen. Bei der Auswahl der Interviewpartner habe ich darauf geachtet, dass unterschiedliche Migrantengruppen berücksichtigt wurden.

Um eine stärkere Identifikation der Schülerinnen mit den Migranten zu erreichen, wurden qualitative Interviews durchgeführt. Die Schülerinnen besuchten zu zweit jeweils einen Migranten zu Hause. Die Auswertung der Interviews erfolgte durch die Gestaltung von Plakaten, auf denen die Geschichte der einzelnen Migranten dargestellt wurde.

1.4 Lernziele des Projekts

Bei der Betrachtung der Lernziele lassen sich drei Ebenen unterscheiden:

1. *kognitive Lernziele*: Die Schülerinnen sollten sich umfassend mit den sachlichen Grundlagen der Migration beschäftigen. Sie sollten die vielfältigen Migrationsursachen kennenlernen und sowohl die räumlichen als auch die sozialen Muster der Migration erkennen. Hierzu zählt, dass die Schülerinnen die drei Hauptgruppen

Abb. 2: Wanderungsgeschichten aus Bingen – Projektablauf

Prä - Projekt- phase	1. Std	Einstieg: Was wäre wenn ich meine Heimat verlassen müsste? Die Schülerinnen sollen für das Thema Migration sensibilisiert werden.
	2. Std	Vorbereitung der Befragung: Fragen sammeln Die Schülerinnen sollen lernen, wie man ein Interview durchführt.
Durch- führung der Befragung	3. Std	Kriterien für ein gutes Plakat aufstellen Die Schülerinnen sollen lernen, wie man ein Plakat gestaltet.
	4. Std	Das Boot ist voll ? Die Schülerinnen sollen über Einwanderung in Deutschland diskutieren.
Auswer- tung der Ergeb- nisse	5. Std	Präsentation der Plakate I, räumliche Muster der Migration Die Schülerinnen sollen erkennen, warum Migranten bevorzugt in Städten leben.
	6. Std	Präsentation der Plakate II, ökonomische Folgen der Migration für Deutschland Die Schülerinnen sollen erkennen, dass D. von der Zuwanderung profitiert.

von Migranten in Deutschland: Arbeitsmigranten, Flüchtlinge und Aussiedler voneinander unterscheiden können. Die Sachinformationen dienen als Grundlage für die Behandlung weiterführender Fragestellungen im Verlauf des Schuljahres. So kann beispielsweise bei der Behandlung der globalen Klimaproblematik auf Umweltflüchtlinge eingegangen werden oder in die Diskussion um die EU-Osterweiterung können Aspekte aus dem Interview mit einer polnischen Migrantin einfließen.

2. *affektive Lernziele:* Der direkte Kontakt der Schülerinnen mit den Migranten sollte helfen, Vorurteile abzubauen. Den Schülerinnen „sollte Mut gemacht werden, unbefangen auf ausländische Menschen zuzugehen“ (ENGBER 1995: 8), um dadurch Verständnis für die Situation der Einwanderer zu entwickeln.
3. *instrumentale Lernziele:* Die Schülerinnen sollten grundlegende geographische Arbeitsmethoden einüben. Sie sollten lernen, wie man ein Interview durchführt und wie man sich Informa-

Abb. 3: Was wäre wenn ich meine Heimat verlassen müsste?

Jede(r) Jugendliche sollte nach der Schule für ein halbes Jahr ins Ausland gehen, damit er/sie lernt, selbstständiger zu werden und in einer fremden Umgebung zurechtzukommen. Wie stehst Du dazu?

Ein Jahr in einem Land in der sog. Dritten Welt (z. B. Indien) zu leben, hätte sicher auch seine Reize. Am schwierigsten dabei fände ich allerdings ...

tionen über einzelne Migrantengruppen beschafft. Bei der Auswertung der Interviews wurden Präsentationstechniken trainiert. Die Schülerinnen sollten lernen, wie man ein Plakat gestaltet und wie man dieses im Unterricht präsentiert.

2 Durchführung des Projekts: „Wanderungsgeschichten aus Bingen“

2.1 Prä-Projekt-Phase: Motivation der Schülerinnen

2.1.1 1. Stunde

Die Frage: „Was wäre, wenn ich meine Heimat verlassen müsste?“ leitete die Unterrichtsreihe ein. Dieser schülerzentrierte Einstieg sollte Trennungs- und Abschiedserfahrungen der Schülerinnen ermitteln. Obwohl solche Erlebnisse in der Regel nicht mit dem Schicksal von Migranten vergleichbar sind, ist die Aufarbeitung eigener Erfahrungen eine wichtige Hilfe, sich in die psychische Situation von Migranten hineinzusetzen (vgl. Dritte Welt Haus Bielefeld u. a. 1994: 2).

Ich legte den Schülerinnen zwei Fallbeispiele vor (vgl. Abb. 3), die sie in Partnerarbeit und anschließend im Plenum diskutieren sollten. Hierbei

Abb. 4: Leitfragen zu den Interviews

- Aus welchem Grund sind sie nach Deutschland gekommen?
- Warum sind sie nach Deutschland und nicht in ein anderes Land ausgewandert?
- Wie verlief die Wanderung?
- Sind ihre Hoffnungen / Erwartungen, die sie an Deutschland hatten, erfüllt?
- Wie lange leben sie schon in Deutschland?
- War die Eingewöhnung schwer?
- Welche Unterschiede / Gemeinsamkeiten können sie zwischen Deutschland und ihrem Herkunftsland feststellen?
- Gibt es noch Kontakt zu Freunden und Verwandten im Herkunftsland?
- Haben sie ihre Kultur beibehalten?
- Haben sie mehr Kontakt zu Deutschen oder zu Ausländern?
- Haben sie schon einmal Ausländerhass zu spüren bekommen?
- Wie ist ihre rechtliche Situation (Aufenthaltserlaubnis, Wahlrecht, Staatsbürgerschaft)?
- Haben Sie Fragen an uns?

Abb. 5: Wichtige Tipps zur Befragung

- Als erstes den Interviewpartnern zusichern, dass die Informationen streng vertraulich behandelt werden. Die Namen der Befragten werden nirgendwo erscheinen.
- Die Leitfragen, die wir zusammen entwickelt haben, sollen einen groben Orientierungsrahmen für das Gespräch darstellen. Es ist nicht gedacht, dass ihr eine nach der anderen abhakt. Ihr werdet merken, dass sich das Gespräch in eine ganz andere Richtung entwickeln kann. Dies ist sogar wünschenswert, da nur so eine lockere Gesprächsatmosphäre geschaffen werden kann. Wenn euch während dem Interview noch zusätzliche Fragen einfallen, könnt (bzw. sollt) ihr die selbstverständlich auch stellen.
- Eine goldene Regel für ein gutes Interview: Unangenehme, sehr persönliche Fragen erst am Ende des Interviews stellen. Auflockernde Fragen zu Beginn stellen.
- Wenn ihr merkt, dass es für Eure Interviewpartner unangenehm ist auf bestimmte Fragen zu antworten, dann wechselt das Thema. Es soll sich keiner bedrängt fühlen. Lieber verzichten wir auf Informationen.
- Viele Befragte leben schon seit langer Zeit in Deutschland. Trotzdem können sprachliche Schwierigkeiten auftreten. Wenn ihr merkt, dass die Fragen nicht verstanden werden, wiederholt sie noch einmal mit anderen Worten.
- Last but not least: Die beste Grundlage für ein gutes Interview ist eine freundliche Gesprächsatmosphäre!!!

kamen sehr unterschiedliche Eindrücke zur Sprache. Einige Schülerinnen konnten sich gut vorstellen, für eine begrenzte Zeit ins Ausland zu gehen. Sie sahen dies als Chance und Herausforderung. Andere Schülerinnen äußerten große Bedenken, ihren Freundeskreis oder ihre Familie zu verlassen.

2.1.2 2. Stunde

In der zweiten Stunde erarbeiteten wir einen Fragenkatalog, der als Leitfaden für das Gespräch diente (vgl. Abb. 4). Im Verlauf der Stunde wurde eine Interviewsituation besprochen. Die Schülerinnen trainierten die richtige Vorstellung zu Beginn

des Interviews. Ergänzend teilte ich den Schülerinnen wichtige Tipps zur Durchführung eines Interviews aus (vgl. Abb. 5).

2.2 Durchführung der Befragung und Gestaltung der Plakate

In der Hauptphase des Projekts führten die Schülerinnen die Interviews durch.² Einige besuchten Migranten aus ihrem Bekanntenkreis. Die anderen Schülerinnen griffen auf die vorgegebenen Adres-

² Zur Durchführung der Befragung als Hausaufgabe ist es wichtig, dass die Eltern vorab in einem Elternbrief informiert und um ihre Zustimmung gebeten werden. Eine Genehmigung von der Schulleitung ist ebenfalls einzuholen.

Abb. 6: Kriterien für die Gestaltung der Plakate

Inhalte:

- Herkunft der Befragten;
- Gründe für die Migration;
- Hintergründe zum Land;
- Vergleich Deutschland, Herkunftsland.

äußere Form:

- Zitate einbauen;
- so wenig Text wie möglich;
- lesbare Textgröße;
- Wichtiges in den Texten hervorheben;
- übersichtliche Gestaltung;
- Illustrationen, Graphiken einbauen;
- bei Zusatzinformationen: Quellen angeben.

sen zurück. Genaue Terminabsprachen nahmen die Schülerinnen selbständig vor. Für die Verabredung hatten sie eine Woche Zeit.

2.2.1 3. Stunde

Die Schülerinnen erarbeiteten in Partnerarbeit Kriterien, die bei der Gestaltung der Plakate beachtet werden sollten. Die größte Schwierigkeit beim Erstellen der Plakate bestand darin, die Interviewprotokolle, die teilweise mehrere Seiten Text umfassten, in kurzen und knappen Zusammenfassungen strukturiert wiederzugeben. Ergänzend recherchierten einige Schülerinnen im Internet und in der Schulbibliothek.³ Sie integrierten die Zusatzinformationen über die jeweiligen Migrantengruppen in Form von Graphiken und Textbeiträgen in das Plakate. Für die Erstellung der Plakate hatten die Schülerinnen eine Woche Zeit.

2.2.2 4. Stunde:

Die Zeit bis zur Präsentation der Plakate nutzten wir, um wichtige Grundlagen zum Thema Migration zu behandeln. Ich betrachtete mit den Schülerinnen die einzelnen Migrantengruppen, die nach Deutschland kommen. Zur Visualisierung setzte ich Graphiken zur Entwicklung der ausländischen Wohnbevölkerung in Rheinland Pfalz ein (vgl. Abb. 7 und 8). Im Anschluss diskutierten wir über das Thema Einwanderung nach Deutschland. Als Aufhänger diente die Karikatur „Das Boot ist voll“ (vgl. Abb. 9). Die Schülerinnen ergänzten die Diskussion durch Berichte aus den bereits durchgeführten Interviews.

³ Als zusätzliche Literatur stellte ich den Schülerinnen ein Lexikon über die ethnischen Minderheiten in Deutschland zur Verfügung (vgl. SCHMALZ-JACOBSEN und HANSEN 1997).

2.3 Auswertung der Befragung im Unterricht

Um die Auswertungsphase nicht zu weit auszudehnen, ließ ich nur einzelne Plakate präsentieren. In jeder Stunde stand dabei ein Teilaspekt des Themas Migration im Vordergrund. Anhand der präsentierten Plakate erschlossen wir induktiv räumliche und soziale Muster der Migration.

2.3.1 5. Stunde

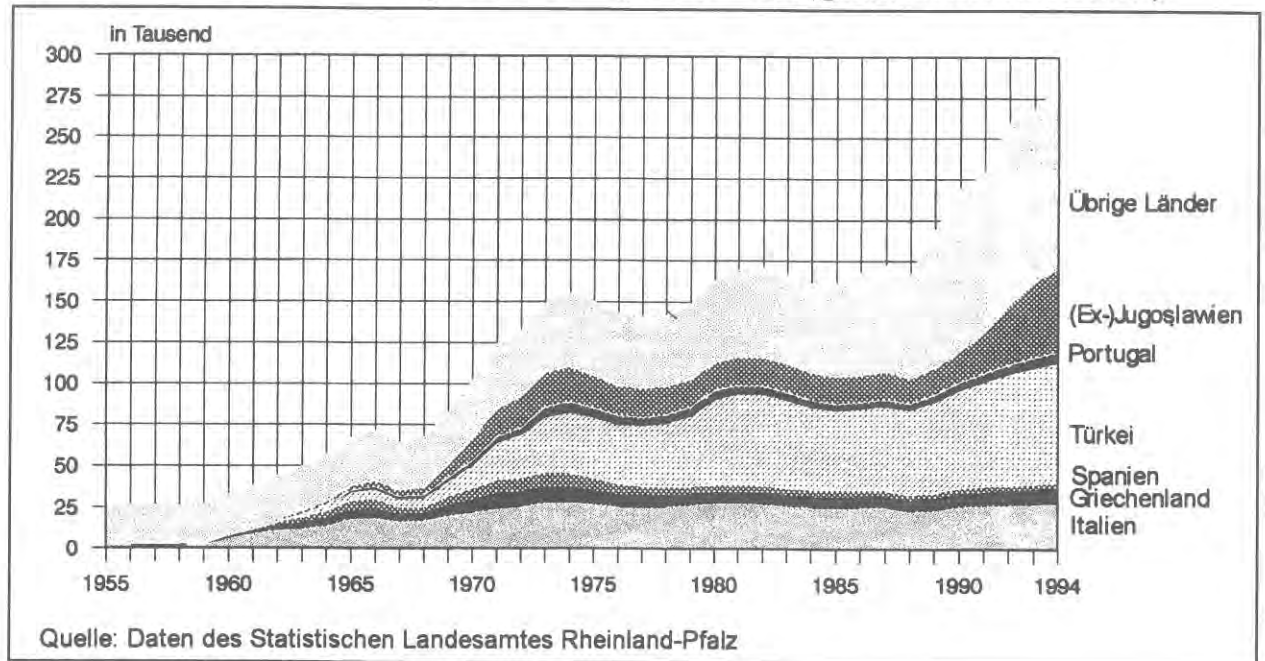
Der Schwerpunkt der 5. Stunde lag auf den räumlichen Mustern der Migration. Zwei Gruppen präsentierten ihre Plakate. In einer Tabelle erfassten wir die Wohnorte der Migranten aus allen Gruppen. Es zeigte sich, dass die meisten Migranten im städtischen Bereich von Bingen leben (Büdesheim, Bingen-Stadt, Bingerbrück). Ergänzend setzte ich eine Graphik über die Verteilung der Ausländer auf die einzelnen Stadtteile von Bingen ein (vgl. Abb. 10). Hier zeigte sich dasselbe Bild. Die ländlichen Vororte (z. B. Gaulsheim, Dromersheim, Sponsheim) weisen die geringsten Ausländeranteile auf. Im anschließenden Unterrichtsgespräch erarbeitete ich mit den Schülerinnen Gründe für die Segregation der ausländischen Wohnbevölkerung in deutschen Städten. Wir unterschieden in freiwillige Segregation, wenn ein Migrant seinen Wohnort bewußt in einem Viertel mit einem hohen ausländischen Bevölkerungsanteil wählt (z. B. durch die Nähe zu Geschäften, Gebetsräumen, Vereinslokalen oder durch den Schutz vor Diskriminierung) und gezwungene Segregation z. B. durch die Benachteiligung von Migranten auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt.

2.3.2 6. Stunde

In der 6. Stunde behandelten wir das Thema „ökonomische Folgen der Migration für Deutschland“. Der Einstieg erfolgte mit einem Zeitungsausschnitt, über den Anteil der Ausländer an den Sozialhilfeempfängern, der bei 24% liegt (vgl. Abb. 11)⁴. Die reißerische Aufmachung des Artikels gipfelte in der Überschrift: „Sozialhilfe: Jeder 4. ist Ausländer“. In einer kurzen Diskussionsphase äußerten sich die Schülerinnen spontan zu dem Artikel. Nach der Fixierung des Stundenthemas an der Tafel folgte die Präsentation eines Plakats. Im

⁴ Ich entdeckte diesen Artikel zufällig auf dem Sitz in eines Regionalzugs. Er war von jemandem kopiert und verteilt worden. Die Überschrift: „Sozialhilfe: Jeder 4. ist Ausländer“ hatte der Verteiler rot unterstrichen.

Abb. 7: Ausländische Wohnbevölkerung in Rheinland – Pfalz 1955 – 1994 (Quelle: HAMBURGER 1997: 111)



Mittelpunkt standen dabei Fragen zur Person der Migranten. In einer Tabelle wurden anschließend die Altersangaben der Befragten zum Zeitpunkt der Wanderung gesammelt. Es zeigte sich, dass alle Befragten zum Zeitpunkt der Wanderung unter 35 Jahre alt waren. Im anschließenden Unterrichtsgespräch diskutierten wir die Folgen dieser „Verjüngung“ für die Bundesrepublik Deutschland. Ergänzend setzte ich zwei Graphiken zum Thema Einfluss der Zuwanderung auf das Steueraufkommen und die Rentenfinanzierung (vgl. Abb. 12 und 13) ein. Die Schülerinnen erkannten, dass im einführenden Artikel (Abb. 11) lediglich der erste Balken von Abbildung 12 (Sozialhilfe, Eingliederungshilfen) erwähnt wird. Sie stellten die Forderung auf, dass ein seriöser Journalismus auch die Einnahmen durch die Zuwanderung erwähnen muss.

2.4 Darstellung der Ergebnisse: Auszüge aus den Schülerplakaten

Die Auswertung der Interviews in Plakatform verlief ohne große Vorgaben von meiner Seite. Die Schülerinnen erarbeiteten eigenständig die Kriterien, die bei der Gestaltung der Plakate beachtet werden sollten (vgl. Abb. 6). An diesen Kriterien orientierte sich die Benotung der fertigen Plakate. Diese Offenheit sollte die Kreativität der Schülerinnen herausfordern, was zum Großteil gelang. Die Schülerplakate sind ansprechend gestaltet und liefern eine tolle Zusammenfassung der Interview-

inhalte.⁵ Die sehenswerten Ergebnisse dieser Unterrichtsreihe wurden in einer Ausstellung im Schulgebäude präsentiert.⁶ Im folgenden werden einzelne Ausschnitte aus den Plakaten exemplarisch dargestellt. Sie vermitteln einen kurzen Einblick der intensiven Gespräche der Schülerinnen mit den Migranten.

In mehreren Plakaten werden Vergleiche zwischen Herkunftsland und Deutschland thematisiert:

„Über das Familienleben hier in Deutschland meint Frau D.: ‚Ich finde es schade, dass man hier nicht zusammenhält wie früher in Äthiopien. Dort hilft man den anderen in der Familie und unterstützt sie.‘ Sie meint aber auch, dass sich das geändert habe, da die Reichen immer mehr wollen, die Armen daher immer ärmer werden und sich gegenseitig nicht mehr helfen: ‚Da geht auch etwas kaputt‘“ (Auszug aus dem Plakat von Christine und Mareike).

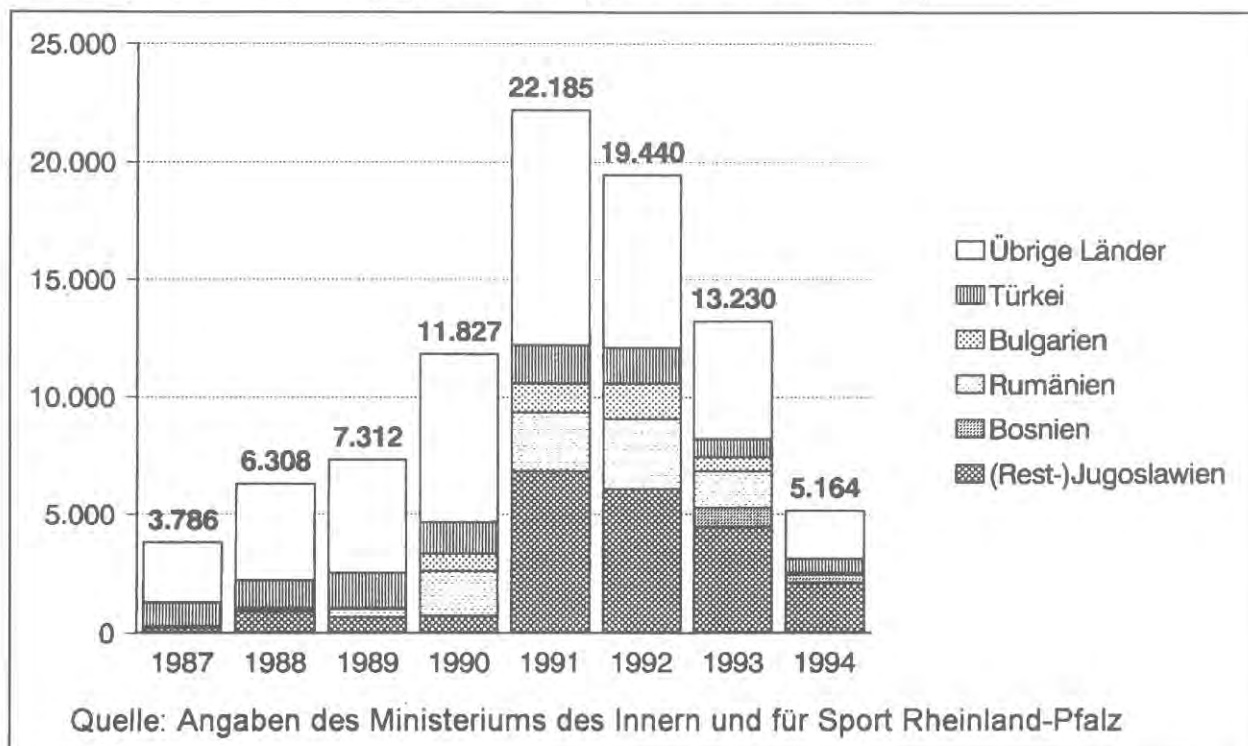
Ein Interview mit einem Arbeitsmigranten aus Tunesien vermittelt den Schülerinnen einen differenzierten Blick auf eine fremde Kultur:

„In Tunesien kommt es ganz auf das soziale Umfeld und die Umgebung an, wie ernst der Moralbegriff genommen wird. Die Toleranz gegenüber Beziehungen zwischen Jugendlichen ist in kleineren Ortschaften und Dörfern natürlich viel geringer. (...) Dort suchen die Eltern dann auch noch

⁵ An dieser Stelle sei den Schülerinnen der Klasse 10a für ihren überdurchschnittlichen Einsatz gedankt. Die Verabredung mit den Migranten erforderte eine große zeitliche Flexibilität. Die Gestaltung der Plakate überstieg den sonst üblichen Rahmen einer Hausaufgabe im Nebenfach Erdkunde.

⁶ Angedacht ist auch eine Ausstellung in der Stadtbücherei Bingen in Zusammenarbeit mit dem Ausländerbeirat der Stadt Bingen.

Abb. 8: Asylsuchende in Rheinland-Pfalz 1987-1994 (Quelle: HAMBURGER 1997: 110)



die Ehepartner für ihre Töchter aus. (...) Bei in Deutschland lebenden Tunesiern ist die Einstellung vergleichbar mit der in tunesischen Großstädten.

Manchmal schlägt es aber auch gerade in das Gegenteil um und die Kinder werden fast noch strenger als in Tunesien erzogen.“

(Auszug aus dem Plakat von Hannah und Sarah)

Das Thema Ausländerfeindlichkeit taucht in vielen Plakaten auf:

„Das einzige, was hier stört, ist der Ausländerhass, der hier leider weit verbreitet ist. Leider habe ich auch schlechte Erfahrungen damit gemacht. Fast täglich werde ich von unserem Nachbarn ‚dumm angemacht‘ und mit ‚SCHEISS RUSSENWEIB‘ oder ähnlichem beschimpft. Ich reagiere schon gar nicht mehr darauf!“ (Auszug aus dem Plakat von Madeleine)

Im Gespräch mit einer Migrantin aus Äthiopien erfahren die Schülerinnen welche Hürden ausländi-

Abb. 9: Das Boot ist voll? (Quelle: Bundeszentrale für politische Bildung 1995: 14)



sche Arbeitnehmerinnen bewältigen müssen:

„Die doppelte Staatsbürgerschaft würde einiges erleichtern. Zum Beispiel braucht sie eine Arbeitserlaubnis von beiden Bundesländern: von dem, wo sie wohnt (Rheinland-Pfalz) und von dem, wo sie arbeitet (Hessen). Bei dem ‚ganzen Papierkram‘ würden die sehr unfreundlichen Behörden ihr viele Steine in den Weg legen. (...) ‚Im großen und ganzen möchte ich mehr Rechte. Das macht vieles einfacher‘“ (Auszug aus dem Plakat von Christine und Mareike)

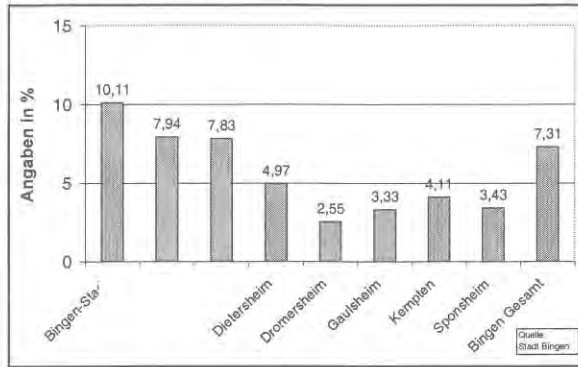
Durch die Interviews wurden einzelne Schülerinnen angeregt, sich intensiver mit den jeweiligen Migrantengruppen zu beschäftigen. Zur Illustration der Plakate entwickelten die Schülerinnen eigenständig Diagramme mit Bevölkerungszahlen der Herkunftsländer. Sie visualisierten Wanderungsströme an Karten oder stellten z. B. die Geschichte der Russlanddeutschen in einer Zeitleiste dar (vgl. Abb. 14).

3 Nachbetrachtung des durchgeführten Projekts aus Sicht der Schülerinnen

Im Anschluss an die Unterrichtsreihe wurden die Schülerinnen gebeten, eine kurze Stellungnahme zum Projekt schriftlich abzugeben.

Die Schülerinnen beurteilten die Durchführung der Interviews mit der anschließenden Plakatgestaltung sehr positiv (vgl. Abb. 15).

Abb. 10: Anteil der Ausländer an der Gesamtbevölkerung in den Binger Stadtteilen



- „Ich habe durch die Interviews vieles erfahren, worüber ich früher nie nachgedacht habe.“
- „Die Möglichkeit mit Migranten zu kommunizieren hat auch zur Auflösung unbewusster Vorurteile geführt.“
- „Dadurch, dass wir uns mit den Migranten unterhalten haben, war der Unterricht nicht nur trockene Theorie.“
- „Durch die Gestaltung der Plakate haben wir uns intensiver mit den Leuten und auch mit dem Thema auseinander gesetzt.“

Kritisiert wurde die Planung der Plakatgestaltung. Einerseits war vielen nicht klar, wie ein fertiges Plakat auszusehen hat. Sie wünschten sich mehr Vorgaben. Zum anderen war die Zeit, die für die Gestaltung der Plakate zur Verfügung stand zu kurz, zumal sie in der letzten Woche vor den Herbstferien lag, in der viele Klassenarbeiten geschrieben wurden:

- „Das Projekt artete in großen Stress aus, was ja nicht Sinn der Sache war.“

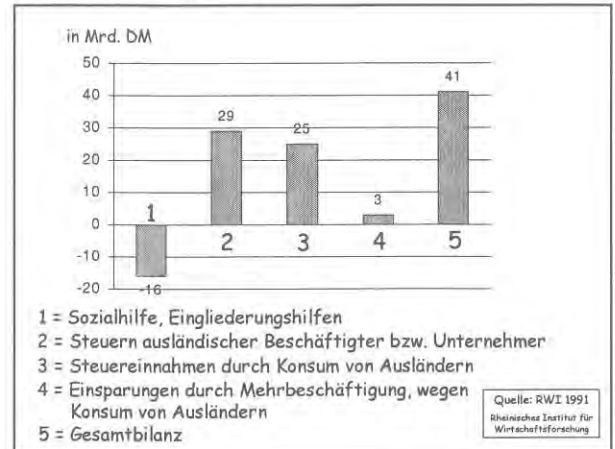
Einige Schülerinnen kritisierten die kurze Zeit (2 Stunden), die für die Besprechung der Plakate zur Verfügung stand. Sie wünschten sich mehr Diskussion über die Plakate und einen intensiveren Erfahrungsaustausch über die Interviews:

- „Ich hätte mir gewünscht, dass wir vielleicht von jedem die Geschichte ihres Immigranten gehört hätten, das war nämlich ganz interessant.“

Abb. 11: Ausländer und Sozialhilfe (Quelle unbekannt)



Abb. 12: Staatliche Ausgaben und Einnahmen durch die Zuwanderung (1991)



3.1 Schlussfolgerung

Der Verlauf der Reihe zeigte, dass es sinnvoll war, möglichst früh mit den Interviews zu beginnen. Das Interesse für die Thematik wurde bei den Schülerinnen erst durch die Gespräche mit den Migranten geweckt. In den Folgestunden konnten sie als Expertinnen Einzelheiten aus den Interviews beitragen. Dies belebte den Unterricht und brachte allen Beteiligten neue Erkenntnisse. Die Lebensgeschichten der insgesamt 10 Interviewpartner ermöglichten einen vielfältigen Einblick in das Migrationsgeschehen in Bingen.

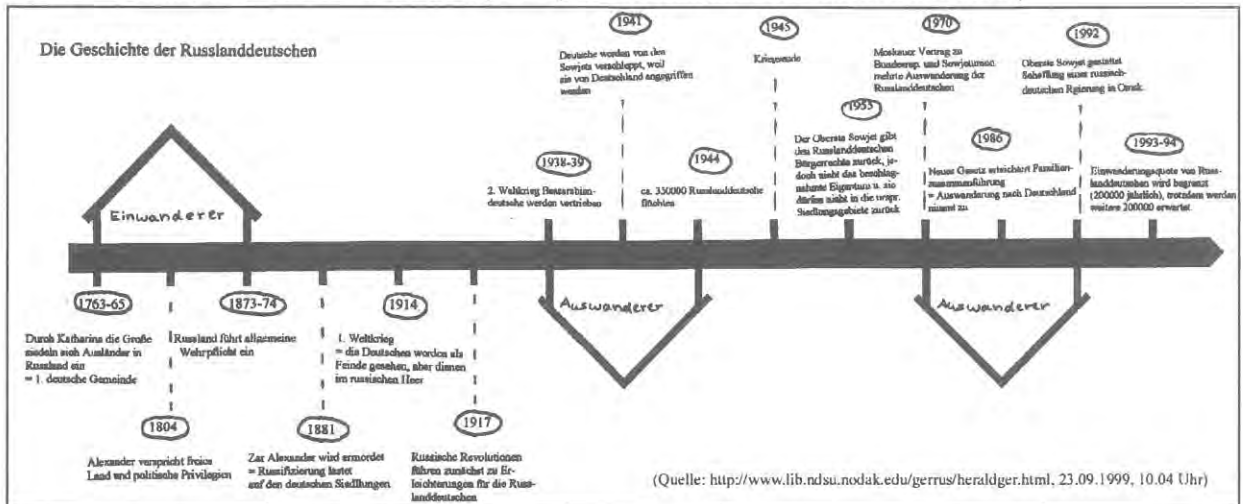
Je nach zur Verfügung stehender Zeit sollte eine zusätzliche Stunde für die Plakatgestaltung eingeplant werden. Damit kann ein Teil der umfangreichen Arbeit aus den Hausaufgaben in den Unterricht verlegt werden. Für den Lehrer besteht in dieser Stunde die Möglichkeit, Korrekturen vorzunehmen und gezielt Anregungen zur Plakatgestaltung zu geben. Ich könnte mir zudem vorstellen, noch weitere Stunden für die Besprechung der Plakate zu nutzen, um die Folgen für die Ziel- und Quellgebiete der Migration zu vertiefen (siehe Kap. 4).

4 Fazit: Potentielle Einsatzbereiche der Unterrichtsreihe im Geographieunterricht

Die vorgestellte Unterrichtsreihe eignet sich sowohl für den Einsatz in der Oberstufe, als auch in der Mittelstufe.

In der Oberstufe lässt sich die Reihe in das Lehrplanthema: „Verteilung und Entwicklung der

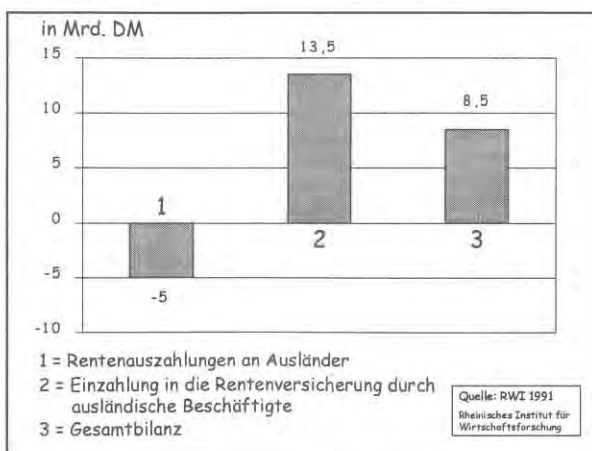
Abb. 14: Geschichte der Russlanddeutschen (Auszug aus dem Plakat von Alexandra und Sarah)



Weltbevölkerung“ einordnen. Für die Behandlung im Leistungskurs sollte mehr Zeit als die vorgeschlagenen sechs Stunden eingeplant werden. Vertiefend könnte auf soziale Folgen der Migration für die Quellgebiete (z. B. Osttürkei) eingegangen werden. Anregungen zur Behandlung ökonomischer und sozialer Auswirkungen in den Zielländern finden sich in diesem Band. An die Behandlung der Migrationsbewegungen von und nach Deutschland sollte sich die Betrachtung der globalen Wanderungsbewegungen anschließen, damit deutlich wird, dass das Leben mit Migranten „kein spezifisch deutsches Schicksal ist, sondern eine globale Herausforderung“ (KROB 1998: 149).

In der Mittelstufe lässt sich die Unterrichtsreihe in keines der Themen des rheinland-pfälzischen Lehrplans einordnen. Trotzdem ist es sinnvoll, sich bereits frühzeitig mit dem Thema Migration zu beschäftigen. Entwicklungspsychologische Untersuchungen deuten an, dass im Alter von etwa 10 Jahren noch eine große Offenheit gegenüber

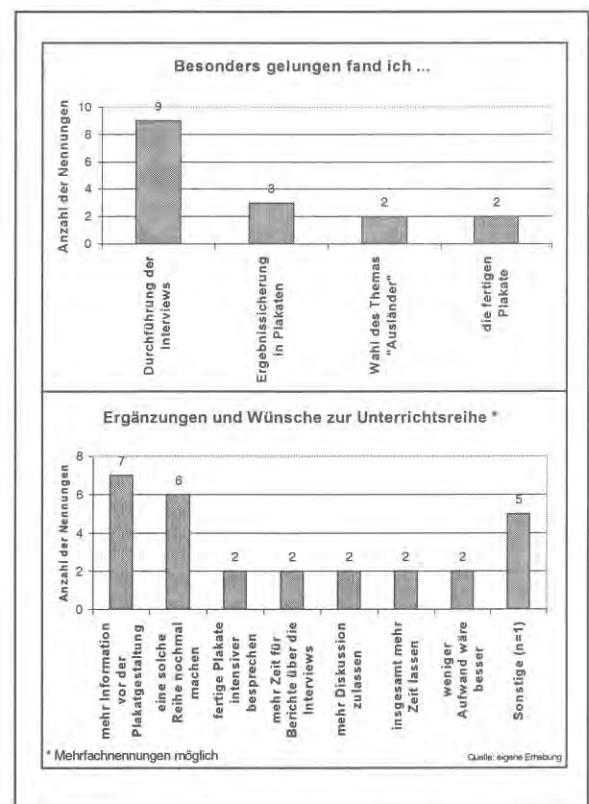
Abb. 13: Einfluss der Zuwanderung auf die Rentenversicherung (1991)



fremden Menschen besteht. Im Zuge der Sozialisation werden die in der Gesellschaft bekannten Klischees übernommen. „Deshalb dürfte es sinnvoll sein, eine bewusste, didaktisch verantwortete Begegnung mit dem Fremden möglichst frühzeitig zu beginnen“ (KROB 1992: 42).

Das Projekt „Wanderungsgeschichten aus Bingen“ zeigt, wie eine „Begegnung mit dem Fremden“ aussehen kann. Das Erkunden fremder Welten in Bingen hat mir und den Schülerinnen die gesell-

Abb. 15: Beurteilung der Unterrichtsreihe aus Sicht der Schülerinnen (n=16)



schaftliche Vielfalt der Kleinstadt vor Augen geführt. Die Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Realität ist notwendig, wenn wir unsere Schülerinnen und Schüler auf ein Leben in einer transkulturellen Gesellschaft vorbereiten wollen.

5 Literatur

- Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.): Menschen auf der Flucht. - Bonn 1995 (= Zeitslupe, H. 32).
- KROß, EBERHARD: Internationale Erziehung im Geographieunterricht – ein Überblick über den Diskussionsstand. In: KROß, EBERHARD und JOHAN VAN WESTRHENEN (Hrsg.): Internationale Erziehung im Geographieunterricht. Zweites deutsch-niederländisches Symposium - Bochum 1991. - Nürnberg 1992: 31-50 (= Geographiedidaktische Forschungen, Bd. 22).
- KROß, EBERHARD: Migration als Unterrichtsthema: Genese - Intention - Modelle. In: RINSCHEDÉ, GISBERT und JOSEF GAREIS (Hrsg.): 26. Deutscher Schulgeographentag in Regensburg 1998, Tagungsband II. Global denken - Lokal handeln: Geographieunterricht! - Kelheim 1998: 145-152
- (= Regensburger Beiträge zur Didaktik der Geographie, Bd. 5).
- Dritte Welt Haus Bielefeld u. a. (Hrsg.): Im Jahrhundert der Flüchtlinge. Unterrichtsmaterialien für Sek. I (ab Klasse 8) und Sek. II. - Bielefeld 1994.
- ENGBER, URSULA: Migranten an unserer Schule – ein Projekt zur handlungsorientierten Annäherung für die Klassenstufen 7/8. - Stuttgart 1995 (= RAAbits Geographie. Impulse und Materialien für die kreative Unterrichtsgestaltung).
- HAMBURGER, FRANZ u. a.: Migration. Geschichte(n) - Formen - Perspektiven. Ein Arbeits- und Lesebuch für Rheinland-Pfalz. - Mainz 1997 (= Multiplikatorenpaket Politische Bildung).
- ROHWER, GERTRUDE: Interkulturelles Lernen im Geographieunterricht. In: geographie heute 17 (1996) 114: 4-9.
- ROTHER, LOTHAR: Interkulturelles Lernen im Geographieunterricht. In: Praxis Geographie 25 (1995) 7/8: 4-11.
- SCHMALZ-JACOBSEN, CORNELIA und GEORGHANSEN (Hrsg.): Kleines Lexikon der ethnischen Minderheiten in Deutschland. - München 1997 (= Beck'sche Reihe 1192).
- TRÖGER, SABINE: Leben in der „Einen Welt“ - Leben in der „Un-Einen Welt“. In: Praxis Geographie 24 (1994) 3: 8-12.

Jochen Barth
Am Mahnes 34, 55120 Mainz
Email: bartj007@mail.uni-mainz.de
<http://www.uni-mainz.de/~bartj007/>